Hans Jürgen Rösner

DAS "MAGISCHE" VIERECK DER KONJUNKTURPOLITIK

Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland von 1957 bis 1960

1975

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547202_0013

Das „magische" Viereck der Konjunkturpolitik

Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland von 1957 bis 1960

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft - Sozial= wissenschaft durch den Fachbereich Wirt= schafts- und Sozialwissenschaft der Westfä= lischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von Hans Jürgen Rösner
aus Cloppenburg
Jahr 1975

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vorgelegt bei: Dekan Prof. Dr. E. Helmstädter
Erster Berichterstatter: Prof. Dr. H. St. Seidenfus
Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. E. Helmstädter

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Januar 1975

Meinen Eltern

in dankbarer Erinnerung

G L I E D E R U N G

Seite

Vorbemerkung 1

1. Hauptteil: Die konjunkturelle Situation der Bundesrepublik Deutschland von 1957 bis 1960 5

1.1. Die Konjunktur als Datenkranz 5

1.1.1. Sozialprodukt und gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung

1.1.2. Außenhandel und Zahlungsbilanz 10

1.1.3. Verbrauch, Ersparnis und Investition der öffentlichen Haushalte 23

1.1.3.1. Der Bund, öffentliche Unternehmen und soziale Institutionen 23

1.1.3.2. Die Länder 37

1.1.3.3. Die Gemeinden 41

1.1.4. Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte 45

1.1.5. Geldmenge und Kreditvolumen 54

1.2. Die Konjunktur als Ergebnis von Verhaltensweisen 71

1.2.1. Das Ausgabegebaren von Bund, Ländern und Gemeinden 71

1.2.2. Das Konsum- und Sparverhalten der privaten Haushalte 85

1.2.3. Das Verhalten der Sozialpartner: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 102

1.2.4. Das investitions- und preispolitische Verhalten der Unternehmer in Industrie und Handel 116

1.2.5. Das geld- und kreditpolitische Verhalten der Deutschen Bundesbank 137

2. Hauptteil: Die konjunkturpolitischen Möglichkeiten 158

2.1. Die Realisierung der konjunkturpolitischen Zielsetzungen im Rückblick auf die Jahre 1957 bis 1960 158

2.1.1. Vorbemerkung 158

2.1.2. Preisniveaustabilität 161

2.1.2.1. Probleme der Indikatorwahl 161

2.1.2.2. Lebenshaltungskosten als Maßstab der Geldwertstabilität 163

2.1.3. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 172

2.1.4. Vollbeschäftigung 182

2.1.4.1. Begriffserklärung 182

2.1.4.2. Der Weg zur Vollbeschäftigung 185

2.1.5. Wirtschaftswachstum 195

2.1.5.1. Zielformulierung und wachstumstheoretischer Hintergrund 195

2.1.5.2. Probleme der Wachstumsmessung 199

2.1.5.3. Analyse des empirischen Sachverhalts 202

2.2. Exkurs: Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung 211

2.2.1. Vorbemerkung 211

2.2.2. Die Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung 213

2.2.3. Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung 225

2.2.3.1. Einleitung 225

2.2.3.2. Die Selbständigen-Haushalte 227

2.2.3.3. Die Angestellten- und Beamtenhaushalte 230

2.2.3.4. Die Rentner-Haushalte 231

2.2.3.5. Die Arbeiter-Haushalte 232

2.2.4. Die Entwicklung der Vermögensverteilung 240

2.2.4.1. Einleitung 240

2.2.4.2. Die Vermögensverteilung in der Pundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1963 243

2.3. Zusammenschau und Ausblick 250

2.3.1. Einleitung 250

2.3.2. Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum 250

2.3.3. Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung 256

2.3.4. Einflüsse der Außenwirtschaft 262

2.3.5. Mittel und Wege zu einer gleichmäßigeren Einkommens- und Vermögensverteilung 266

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

Seite

Tabelle 1 - Die Verwendung des Sozialprodukts 9
Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
1957 bis 1959

Tabelle 2 - Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt 9
Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
1957 bis 1959

Schaubild 1 - Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland von 1954 bis 1959 17
Ausfuhr, Einfuhr und Handelsbilanz, Handelsbedingungen (terms of trade) und Auftragseingang aus dem Ausland

Schaubild 2 - Die Entwicklung der Leistungs- und Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1959 22

Schaubild 3 - Verschuldung und Einlagen der öffentlichen Haushalte 36
1957 - 1960 in Mrd. DM

Schaubild 4 - Aufkommen aus den Einkommenssteuern 44
1957 - 1959 in Mrd. DM

Schaubild 5 - Nettoabsatz öffentlicher Wertpapiere 44
1949/50 - 1959/60 in Mrd. DM

Schaubild 6 - Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte 52
1954 bis 1959 in Mrd. DM

Tabelle 3 - Die Verteilung des Volkseinkommens 53
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
1957 bis 1959

Tabelle 4 - Die Entwicklung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit 53
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
1957 bis 1959

Schaubild 7 - Entwicklung des inländischen Geldvolumens 69
Bundesrepublik Deutschland von 1957 bis 1959
Angaben in Mrd. DM

Schaubild 8 - Die Entwicklung der Bankkredite 70
Bankkredite an inländische Nichtbanken

Schaubild 9 - Lohnkosten, Produktivität und Erzeuger=preise in der Industrie 114

Tabelle 5 - Arbeitseinkommen und gesamtwirtschaft=liche Produktivität 115

Tabelle 6 - Effektiv-Löhne und Arbeitszeit in der Industrie 115

Schaubild 10 - Kassenmittel und Verschuldung des Bundes 157
Rechnungsjahre 1958/59 und 1959/60
Angaben in Mrd. DM
Stand am jeweiligen Monatsende

Schaubild 11 - Die Entwicklung der wichtigsten Preis=indizes nach Monatswerten 170
1957 bis 1959

Tabelle 7 - Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland 181
Bundesgebiet einschl. Westberlin, ab 6.7. 1959 einschl. Saarland
1956 bis 1961 in Mio. DM

Tabelle 8 - Die Entwicklung der monatlichen Arbeits=losenzahlen 194
Bundesgebiet ohne Berlin, alle Angaben bis einschl. 1959 auch ohne Saarland
1957 bis 1959, 1963 und 1967 in Tausend

Tabelle 9 - Die vierteljährliche Entwicklung des Bruttosozialproduktes 208
Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
1957 bis 1960

Tabelle 10 - Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik 208
Meßzahlen und Zuwachsraten
1956 bis 1960
Bundesgebiet ohne Berlin, ab 1960 mit Saarland

Tabelle 11 - Die realen Zuwachsraten der industriellen Produktion 209
Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
1957 bis 1959 in vH

Schaubild 12 - Reales Bruttosozialprodukt ausgewählter Länder 210
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

Tabelle 12 - Daten zur funktionellen Einkommensverteilung der Bundesrepublik Deutschland von 1956 bis 1968 223

Tabelle 15 - Indices der Lohnentwicklung 235
1958 bis Anfang 1961
Bundesgebiet ohne Berlin
Neuer Index (Originalbasis 1958 = 100)

Schaubild 13 - Die Einkommensschichtung der privaten Haushalte 1955 Darstellung in kumulierten Anteilen 236

Tabelle 13 - Zahl und Nettoeinkommen aller Haushalte nach der Stellung des Haushaltsvorstandes und nach Einkommensklassen 1955 237
Bundesrepublik Deutschland ohne West-Berlin und Saarland

Schaubild 14 - Die Einkommensschichtung der privaten Haushalte 1959 Darstellung in kumulierten Anteilen 238

Tabelle 14 - Zahl und Nettoeinkommen aller Haushalte nach der Stellung des Haushaltsvorstandes und nach Einkommensklassen 1959 239

Tabelle 16 - Die Schichtung der privaten Nominalvermögensbildung 247
1950 bis 1963, ab 1960 Bundesgebiet mit Berlin. Nach soziologischen Gruppen der privaten Haushalte

Schaubild 15 - Die Schichtung der privaten Nominalvermögensbildung 248
1950 bis 1963 nach soziologischen Gruppen Vermögen je Einkommensbezieher und je Haushalt

Tabelle 1[illegible] - Strukturdaten zur Vermögensverteilung 249

Anteile der Sektoren an der Vermögens=
verteilung
Selbstfinanzierungsquote der Selbständigen
1950 bis 1964, ab 1960 Bundesgebiet mit
West-Berlin und Saarland

Schaubild [illegible] - Die Realisierung der konjunkturpolitischen
Zielsetzungen 251

Vorbemerkung

Die vorliegende Dissertation über „Das ‚magische' Viereck der Konjunkturpolitik" begründet sich auf einer Analyse der Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren von 1957 bis 1960.

Der die Arbeit beherrschende Grundgedanke ist, ob hier tatsächlich eine „magische" Beziehung bei der gleichzeitigen Realisierung von Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei angemessenem und stetigem Wirtschaftswachstum vorliegt, d.h. ob eine Inkompatibilität zwischen diesen Zielsetzungen besteht,[1] oder aber ein gesamtwirtschaftlicher Zustand, der eine gleichzeitige Verwirklichung der angestrebten Ziele erlaubt, denkbar und - vor allem - auch empirisch nachweisbar ist.

Ein Problem bestand hierbei darin, daß wir unserer Analyse nicht ohne weiteres die erst später im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates formulierten Zielsetzungen der Konjunkturpolitik zugrundelegen konnten.[2] Als Basis diente daher ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium aus dem Jahre 1956, in dem erstmals die dreifache Zielsetzung von Preisniveaustabilität, möglichst hohem Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei positivem und möglichst stetigem Wirtschaftswachstum zur Grundlage der Konjunkturpolitik überhaupt erklärt wurde.[3]

Lange Zeit bestand Uneinigkeit darüber, ob die Erreichung stetigen Wirtschaftswachstums als selbständige Zielsetzung anzusehen sei, oder aber es sich hier nur um eine Rahmenbedingung für den übrigen Zielkomplex handeln könnte.[4] Mit der Formulierung eines „Vierecks" konjunkturpolitischer Zielsetzungen haben wir uns in dieser Frage der Auffassung angeschlossen, die in den (späteren) Jahreswirtschaftsberichten der Bundesregierung zum Ausdruck kommt, wo „angemessenes" Wirtschaftswachstum als den großen wirtschaftspolitischen Zielen zugehörig angesehen wird.[5]

---

1 Vgl.: Alfred E. Ott, Magische Vielecke, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, Hrsg. Alfred E. Ott, Tübingen 1967, S. 94.

2 Siehe dazu das Jahresgutachten 1964/65 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart und Mainz 1965, S. V im Vorwort.

3 Vgl.: Gutachten vom 3.6. und 8.7. 1956 des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, in: Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, Göttingen 1973, S. 291 ff.

4 Artur Woll, Wachstum als Ziel der Wirtschaftspolitik, Vorträge und Aufsätze des Walter Eucken Instituts, Band 22, Tübingen 1968, S. 9.

5 Vgl. bspw.: Jahreswirtschaftsbericht 1968 der Bundesregierung,

Darüber hinaus ließen sich in der „konjunkturpolitischen Geometrie" noch durchaus andere Vielecke als Erweiterungen der ursprünglichen Dreiecksbeziehung vorstellen, so könnte bspw. die Erreichung einer gerechten Verteilung des Volkseinkommens noch miteinbezogen werden, wie es Oppenländer vorgeschlagen hat.[1] Da wir diese denkbare verteilungspolitische Zielsetzung nicht in unseren Zielkatalog explizit aufgenommen haben, wurde der Bedeutung der Erreichung einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung in einem ausführlichen Exkurs Rechnung getragen.

Der erste Gliederungsabschnitt der Dissertation dient der Darstellung des volkswirtschaftlichen Datenkranzes der konjunkturellen Entwicklung in den Jahren 1957 bis 1960. Für die Bearbeitung wurden hier vor allem wegen der besseren Vergleichbarkeit (aber auch Qualität) die Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank und die des Statistischen Bundesamtes herangezogen.
Wir sind uns dabei vollauf dessen bewußt gewesen, daß auch eine noch so - scheinbar - objektive Auswahl der für die Analyse herangezogenen Daten doch stets eine subjektive Bewertung beinhaltet, daß wir, wie es der Atomphysiker Werner Heisenberg für die Naturwissenschaften formulierte, „nicht nur Zuschauer, sondern stets auch Mitspieler im Schauspiel des Lebens sind." Die Art der Fragestellung und die Datenwahl prädestiniert daher schon in gewissem Maße die Art von Antworten, welche schließlich gefunden werden.
Dieses Problem haben wir dadurch zu umgehen versucht, indem die Auswahl der zugrundegelegten Daten stets begründet und die ihnen zumeßbare Genauigkeit „schonungslos" offengelegt wurde.
Der Zeitraum der Jahre 1957 bis 1960 erschien vor allem deshalb als geeignet, weil in diesem Abschnitt der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland eine wenigstens annähernde Realisierung aller oben genannten konjunkturpolitischen Zielsetzungen erreicht worden ist. Auch zeigt sich, daß sich in diesen Jahren in der Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Wirtschaft ein gewisser „Umbruch" vollzogen hat: die Aufbauphase der unmittelbaren Nachkriegszeit ging ihrem Ende zu, und ein Wechsel von bisher extensivem zu nunmehr intensivem Wirtschaftswachstum wurde

1 K. Oppenländer, Probleme des Wirtschaftswachstums, IfO-Studien, Zeitschrift des IfO-Instituts für Wirtschaftsforschung, 5. Jg. (1959), S. 170 f. Zitiert bei: Alfred E. Ott, Magische Vielecke, a.a.O., S. 95.

erkennbar, ein neuer Abschnitt hatte begonnen.[1] Daher ist die Wirtschaftsentwicklung jener Zeit mit ihren Problemen durchaus der heutigen vergleichbar. Vieles, was die Wirtschaftspolitiker heute beschäftigt, bspw. die Probleme im Zusammenhang mit der Ausländerbeschäftigung, aber auch diejenigen auf dem Gebiet der Währungspolitik, begannen schon zu jener Zeit ihre Schatten vorauszuwerfen.

Der zweite große Gliederungsabschnitt des ersten Hauptteils ist der Verhaltensanalyse vorbehalten. Angesichts des nun bereits vorgezeichneten Datenkranzes wird hier dargestellt, wie sich öffentliche und private Haushalte, Gewerkschaften und Unternehmer und die Deutsche Bundesbank auf Datenveränderungen eingestellt haben, und wie - auf der anderen Seite - ihr Verhalten die Datenentwicklung beeinflußt hat.

Die Unterteilung in Darstellung des Datenkranzes und der Beschreibung der Verhaltensweisen wurde vorgenommen um zu verhindern, daß die letzteren unter einem Wust von statistischen Angaben nicht mehr genügend klar hervorgetreten wären und zugleich, um einen schnellen „Rückgriff" auf die Fakten zu erleichtern, indem diesen ein eigener Gliederungsabschnitt vorbehalten wurde.

Die Datenentwicklung beeinflußt die Verhaltensweisen et vice versa. Da diese natürlichen Interdependenzen mit der Aufteilung nicht durchtrennt werden sollten, kommt es an einigen Stellen der beiden Kapitel zu Überschneidungen. Dies erwies sich jedoch nicht nur als unvermeidbar, sondern im Endeffekt sogar als wünschenswert, weil somit wichtige Entwicklungstendenzen sozusagen von zwei Blickrichtungen aus betrachtet und analysiert werden konnten. Der Zusammenhang zwischen den korrespondierenden Kapiteln wurde zudem durch Hinweise auf entsprechende Passagen an anderer Stelle aufrechterhalten.

Erschwert wurde die Verhaltensanalyse durch die der Bedeutung für die Konjunkturpolitik gegenüber unangemessen wenig umfangreiche deutschsprachige Literatur auf dem Gebiet der in der Bundesrepublik noch „jungen" sozialökonomischen Verhaltensforschung.[2] Auf ausländische Werke mußte weitgehend wegen der Vorbehalte verzichtet werden, unter denen sich die in anderen Ländern ermittelten Verhaltensweisen auf inländische Verhältnisse übertragen

1 Vgl.: Ernst Helmstädter, Wachstumsfaktoren im Lichte der Wachstumstheorie, in: Wirtschaftsdienst, 49. Jg. Hamburg 1969, S. 686.
2 Vgl.: Hellmuth St. Seidenfus, Sozialökonomische Verhaltensforschung. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), Tübingen und Göttingen 1961, Bd. 11, S. 95 ff.

lassen. Am Ende eines jeden Kapitels der Verhaltensanalyse wurden die Ergebnisse als „Essenz" in der Form von Verhaltenshypothesen zusammengefaßt, um einen späteren „Rückgriff" zu erleichtern.

Der zweite Hauptteil der Dissertation beginnt mit einer Analyse der Zielerreichungsgrade der konjunkturpolitischen Zielsetzungen (außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum) in den Jahren 1957 bis 1960. Es erwies sich hierbei als notwendig, zunächst geeignete Zieldefinitionen festzulegen und durch die Auswahl entsprechender Indikatoren eine Quantifizierung von Zielerreichungsgraden zu ermöglichen. Da in dem bereits erwähnten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats vom Jahre 1956 keine Quantifizierung der Ziele erfolgt ist und auch keine definitorische Eingrenzung vorgenommen wurde, bot es sich hier geradezu an, den gedanklichen Bogen zu spannen von jenen ersten Aussagen über das Wesen der Konjunkturpolitik bis in den späteren Zeitraum der Jahresgutachten des Sachverständigenrates und der mittelfristigen Zielprojektionen der Bundesregierung.[1] Dies erschien auch aus dem Grunde vorteilhaft, da ja der Wissenschaftliche Beirat bereits 1956 davon ausgegangen war, daß zwischen den konjunkturpolitischen Zielsetzungen (hier: drei, da ohne Wachstum) eine „bedingte" Inkompatibilität vorliegt, d.h. daß die Konjunkturpolitik eine Kompromißlösung zwischen den drei Zielen zu suchen habe, da sie miteinander bei der Verwirklichung jederzeit in Widerspruch geraten könnten.[2] Wegen der Bedeutung, die der Lösung verteilungspolitischer Probleme angesichts der ständig wachsenden Macht der Interessenverbände in der heutigen Gesellschaft zukommt, schließt sich an diesen Gliederungsabschnitt aus erwähnten Gründen als Exkurs eine Untersuchung der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik an. Dieser Exkurs findet seine Ergänzung in dem Kapitel über „Mittel und Wege zu einer gleichmäßigeren Einkommens- und Vermögensverteilung" im letzten Gliederungsabschnitt.
Diesen Abschluß bildet eine Zusammenschau der bisherigen Ergebnisse, jedoch liegt der Schwerpunkt nun auf der gesamtwirtschaftlichen Situation. Galt das Augenmerk bisher den einzelnen Zielsetzungen, so gilt es nun dem gesamten Zielkomplex in einer abschließenden Wertung.

---

1 Auf Grund des Gesetzes „zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (StWG) vom 8. Juni 1967, § 2. Vgl.: Bundesgesetzblatt 1967, Teil I, S. 582.

1. Hauptteil: Die konjunkturelle Situation der Bundesrepublik Deutschland von 1957 bis 1960

1.1. Die Konjunktur als Datenkranz

1.1.1. Sozialprodukt und gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung

Das Wachstum des Sozialproduktes schwächte sich im Jahre 1957 zwar gegenüber dem Vorjahr ab, blieb jedoch auf einem nach wie vor hohen Niveau von 8,8 % (Bruttosozialprodukt zu jeweiligen Preisen, siehe Tabelle 1, Seite 9). Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß diese Wachstumsrate trotz der von den Gewerkschaften durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen erreicht wurde, denn bei einer Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen fand eine so starke Reduktion der Arbeitszeit statt, daß insgesamt weniger Arbeitsstunden als im Vorjahr abgeleistet wurden. Die durch die hohen Rationalisierungsinvestitionen der Vorjahre erzielten Produktivitätsfortschritte schlugen sich dementgegen jetzt voll im Produktionsergebnis nieder.[1]

Diese beiden gegenläufigen Bewegungen führten, neben der nachlassenden Nachfrage im Inland, insgesamt zu einer Abschwächung des Sozialproduktwachstums von knapp 6 % 1956 auf nurmehr 4,6 % (real) im Jahre 1957.[2]

Für die Aussagekraft der solchermaßen ermittelten Preissteigerungsrate des Sozialprodukts ist allerdings zu bedenken, daß bei der Umrechnung auf konstante Preise auch Kostensteigerungen miteinbezogen werden, die nicht unbedingt Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau haben, so zum Beispiel die Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst. Ebenfalls nicht erfaßbar bei derartigen Berechnungen bleiben Preisnachlässe, die in Zeiten sinkender konjunktureller Anspannung des Produktionsapparates häufig gewährt werden. Die Diskrepanz zwischen solcher

---

1 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank (im folgenden zitiert als: „Monatsberichte"), Frankfurt (Main) Januar 1958, S. 49 f.

2 Ebenda. Diese von der Bundesbank bereits zu einem frühen Zeitpunkt veröffentlichten (vorläufigen) Zahlen mußten später korrigiert werden. So ergaben die Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes 1959 (vergleiche Tabelle 1) einen Wert von + 5,4 % (statt 4,6 %) für das Wachstum des realen Bruttosozialproduktes.

Nominal- und Realentwicklung des Sozialproduktes erscheint daher größer, als für die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus maßgeblich wäre.[1]
Auf der Verwendungsseite des Sozialproduktes zeigt sich ein abgeschwächtes Wachstum des privaten Verbrauchs gegenüber einem stärker als das Sozialprodukt (in konstanten Preisen) ansteigenden Staatsverbrauch. Da beide Bewegungen sich annähernd kompensieren, bleibt der Anteil des gesamten Verbrauchs gegenüber 1956 unverändert. Da der Anteil des Außenbeitrags jedoch gestiegen ist, hat sich die Bruttoinvestitionsquote leicht vermindert.[2]

1958 setzte sich die bereits im Vorjahr bemerkbare Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums verstärkt fort. Retardierend wirkten vor allem auch die sich auf immer weitere Wirtschaftszweige ausdehnenden Arbeitszeitverkürzungen, welche durch die noch weiter ansteigende Beschäftigtenzahl nicht mehr kompensiert wurde. Mehr denn je war das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher von den erzielbaren Produktivitätsfortschritten bestimmt, die jedoch weit hinter denen der Vorjahre zurückblieben. So war die Zunahme des realen Bruttosozialproduktes je geleisteter Arbeitsstunde 1958 mit 3,8 % erheblich geringer als 1957, wo sie noch 5 % betragen hatte.[3]
Alle diese Faktoren bewirkten, zusammen mit der sich weiter abschwächenden privaten Nachfrage, daß das Bruttosozialprodukt im Jahre 1958 mit nominal 6,8 % und real 2,2 % (siehe Tabelle 1, S. 9) die geringste Wachstumsrate seit der Währungsreform aufwies.[4]
Das Preisniveau der inländischen Güter und Dienstleistungen stieg jedoch weit geringer an, da infolge sinkender Einfuhrpreise Kostensteigerungen häufig von den Produzenten „aufgefangen" werden konnten, und die schwache inländische Nachfrage eine elastische Preispolitik angezeigt erscheinen ließ. So blieb das Preisniveau etwa

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 50.
2 Wirtschaft und Statistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Stuttgart 1958, S. 328.
3 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1959, S. 3.
4 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 10.

ab Jahresmitte 1958 konstant, verschiedentlich setzten sich sogar Preissenkungstendenzen durch.[1]
Insgesamt war im Jahresdurchschnitt 1958 für privaten und staatlichen Verbrauch und Investition nur eine Teuerungsrate von etwa 2,3 % aufzuzeigen.[2]

Schon gegen Mitte des Jahres 1959 begann sich der erneut einsetzende konjunkturelle Aufschwung abzuzeichnen, das von vielen befürchtete (und auch oft beschworene) Tief in der wirtschaftlichen Entwicklung war ausgeblieben, die verhältnismäßig kurze und milde Abschwächungsphase im Jahre 1958 beließ die Wirtschaft auf hohem Beschäftigungs- und Auftragsbestand.
Die Diskrepanz zwischen nominaler und realer Sozialproduktentwicklung betrug 1959 nur etwa 1,7 % gegen 3,5 % des Vorjahres. Selbst diese ohnehin verhältnismäßig geringe Teuerungsrate schlug sich nicht voll im inländischen Preisniveau nieder, hauptsächlich wegen der nach wie vor mit den sinkenden Einfuhrpreisen einhergehenden Verbesserung der Handelsbedingungen (terms of trade).
Die Preise der im Inland nachgefragten Güter und Dienstleistungen haben sich 1959 im Durchschnitt nur um 1,3 % erhöht. An den Verteuerungen waren neben den Bauleistungen die Agrarprodukte auf Grund der schlechten Ernte wegen des sehr trockenen Sommers in besonders hohem Maße beteiligt. Die Preise für industriell erzeugte Verbrauchsgüter und Investitionsgüter blieben dagegen stabil oder gaben teilweise sogar nach.[3]
Die Arbeitszeitverkürzungen, welche in den vorangegangenen Jahren das volkswirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt hatten, setzten sich nicht weiter fort. Ihre Folgen sind von der Wirtschaft inzwischen weitgehend „verkraftet" worden, so daß sich das weiterhin ansteigende Beschäftigungsvolumen voll auf die Produktionssteigerung auswirkt. Zudem erhöhte die steigende Kapazitätsauslastung der industriellen Anlagen automatisch auch die Arbeitsproduktivität. Mit steigender konjunktureller Belebung

---

1 Eine ausführliche Erörterung der Preissituation erfolgt zu Beginn des zweiten Hauptteils.
Vgl.: Monatsberichte, a.a.O., Februar 1959, S. 4.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 10.
3 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1960, S. 9. Auch hier sei auf die Analyse der Preissituation zu Beginn des zweiten Hauptteils verwiesen.

wuchs die westdeutsche Wirtschaft somit allmählich in den Rahmen, der durch die hohen vorangegangenen Investitionen und durch die Beibehaltung der starken Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials auch während der „Durststrecke" des Jahres 1958 vorgegeben war.[1]

Betrachten wir nun abschließend den Beitrag, den die einzelnen Wirtschaftsbereiche zur Entwicklung des Sozialprodukts beigetragen haben (dazu auch Tab. 2, umseitig),[2] so ist besonders die sowohl real als auch nominal feststellbare Reduktion des Anteils des (zusammengefaßten) Bereiches Land- und Forstwirtschaft, Fischerei bemerkenswert, ebenso die seit 1951 ununterbrochene nominelle Steigerung der Anteile des Dienstleistungssektors. Der Sektor Handel und Verkehr konnte seinen Anteil in etwa behaupten, wogegen der des warenproduzierenden Bereiches in den Jahren 1957 und 1958 leicht zurückgegangen ist. Es muß jedoch mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die prozentualen Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt hinsichtlich ihrer Genauigkeit nicht überbeansprucht werden dürfen, da sich bei der Ermittlung große Probleme bspw. schon bei der institutionellen bzw. funktionellen Zuordnung zu den einzelnen Bereichen ergeben,[3] dies gilt besonders für den Sektor Handel und Verkehr, denn hier werden bspw. private Verkehrsleistungen nicht berücksichtigt.

Immerhin können wir aber insoweit mit den Prozentanteilen argumentieren, wie sie Ausdruck einer anhaltenden Tendenz im Strukturwandel sind, dies gilt vor allem für die Reduktion des Anteils der Landwirtschaft und den Anstieg der Inanspruchnahme von Dienstleistungen.[4]

---

1 Vgl. dazu das Kapitel über Vollbeschäftigung (2.1.4.) und Tabelle 8 auf Seite 194 (Arbeitslosenzahlen).

2 Bei der Einteilung der Wirtschaftsbereiche folgen wir hier dem Statistischen Bundesamt, vgl.: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 7.

3 Vgl.: Die Systematik der Wirtschaftszweige, in: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 55 ff., hier besonders die Seiten 57 f.

4 Die Auswirkungen dieses Wandels in der westdeutschen Wirtschaftsstruktur werden in nachfolgenden Kapiteln

Tabelle 1 - Die Verwendung des Sozialprodukts

Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
1957 bis 1959

Jahr	Bruttosozialprodukt		Privater Verbrauch		Staatsverbrauch		Anlageinvestitionen		Ausfuhr		Einfuhr	
	Zuwachs[1] vH	1950 = 100	Zuwachs[1] vH	1950 = 100	Zuwachs[1] vH	1950 = 100	Zuwachs[1] vH	1950 = 100	Zuwachs[1] vH	1950 = 100	Zuwachs[1] vH	1950 = 100
					in jeweiligen Preisen							
1957	+ 8,8	220	+ 9,1	201	7,7	195	+ 3,7	256	18,8	447	13,3	340
1958[2])	+ 6,8	235	+ 7,4	216	+ 12,7	220	+ 7,9	276	1,1	465	+ 1,8	356
1959[2])	+ 8,2	254	+ 7,2	232	10,5	243	+ 13,6	313	11,9	521	+ 11,9	199
					in Preisen von 1954							
1957	+ 5,1	174	+ 6,9	160	+ 4,3	138	+ 0,2	196	+ 16,0	370	15,0	311
1958[2])	+ 3,2	179	+ 1,7	177	+ 8,9	151	+ 6,1	208	+ 4,5	366	+ 1,1	359
1959[2])	+ 6,4	191	+ 6,1	188	+ 9,5	165	+ 11,2	231	13,7	416	18,5	115

[1]) Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Stuttgart 1960, S. 512.

Tabelle 2 - Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche[1] zum Bruttoinlandsprodukt

Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
1957 bis 1959

Jahr	in jeweiligen Preisen					in Preisen von 1954				
	Bruttoinlandsprodukt	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe[2])	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsbereiche[4])	Bruttoinlandsprodukt	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe[2])	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsbereiche[4])
					Mrd. DM					
1957	214,2	15,6	113,3	43,6	41,7	197,1	13,8	106,7	40,3	36,3
1958[5])	228,5	16,5	120,0	46,4	45,6	203,0	14,6	109,7	41,1	37,6
1959[5])	247,5	17,1	130,7	50,7	49,0	216,1	14,8	118,2	43,7	39,4
					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
1957	+ 8,7	+ 4,3	+ 8,0	+ 10,7	+ 10,4	+ 5,4	+ 3,0	+ 5,1	+ 6,0	6,3
1958[5])	+ 6,7	+ 6,1	+ 5,9	+ 6,4	+ 9,2	+ 3,0	+ 5,7	+ 2,8	+ 2,0	3,6
1959[5])	+ 8,3	+ 3,4	+ 8,9	+ 9,2	+ 7,6	+ 6,4	+ 1,6	+ 7,7	+ 6,3	+ 4,8
					1950 = 100					
1957	220	154	236	217	220	174	117	200	166	154
1958[5])	235	163	250	231	240	180	124	205	170	159
1959[5])	255	169	272	252	259	191	126	221	180	167
					vH					
1957	100	7,3	52,9	20,3	19,5	100	7,0	54,1	20,5	18,4
1958[5])	100	7,2	52,5	20,3	20,0	100	7,2	54,0	20,3	18,5
1959[5])	100	6,9	52,8	20,5	19,8	100	6,9	54,7	20,2	18,2

[1]) Zusammengefaßt nach der hauptsächlichen Funktion. — [2]) Bergbau und Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe. — [3]) Einschl. Nachrichtenübermittlung. — [4]) Banken und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Staat, Sonstige Dienstleistungen. — [5]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Stuttgart 1960, S. 512.

1.1.2. Außenhandel und Zahlungsbilanz

Die hohen, teils spekulativ, teils zinsbedingten Devisenzuflüsse vom Sommer und Herbst 1956 schienen zu Beginn des Jahres 1957 abzuflauen. Verursacht durch die Nachwirkungen der Nahostkrise weist die Leistungs- und Kapitalbilanz zum ersten Male seit eineinhalb Jahren im Februar wieder ein leichtes Defizit von 61 Mio. DM auf.[1] Diese Entwicklung kehrt ihre Richtung jedoch schon bald wieder um, denn der milde Winter begünstigt eine früh einsetzende konjunkturelle Belebung der westdeutschen Wirtschaftstätigkeit, welche sich auf Grund der hohen Auftragsbestände aus dem Vorjahr schon bald in den steigenden Exportzahlen niederschlägt. Diese unerledigten Aufträge stützen nicht nur die exportintensiven Industriebereiche, sondern auch die inländische Konjunktur überhaupt, wogegen in vielen europäischen Handelspartnerländern Importrestriktionen wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten vorherrschen.

Bis April 1957 steigert sich die Ausfuhr um 38 % (!) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.[2] Auch die Einfuhren erreichen einen absoluten Höchststand, aber obwohl auch die Kapitalbilanz wegen der staatlichen Vorauszahlungen für Rüstungslieferungen ein hohes Defizit von 600 Mio. DM aufweist, ist insgesamt im März durch den hohen Überschuß von rund 900 Mio. DM im Waren- und Dienstleistungsverkehr ein Überschuß in der Gesamtrechnung zu verzeichnen.[3]

Der bis in den Mai - wenn auch abgeschwächt - anhaltende Gold- und Devisenzustrom kehrt sich erst etwa gegen Jahresmitte um, nachdem durch Zollsenkungen und weitere Einfuhrliberalisierungen ein hohes Anwachsen der Einfuhren begünstigt wurde.[4]

Für die inländische Verbrauchsgüterkonjunktur wurde durch diese Einfuhrliberalisierungen ein Ventil geschaffen welches verhinderte, daß auf dem Verbrauchsgütersektor

1 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1957, S. 31.
2 Monatsberichte, a.a.O., April 1957, S. 32 f.
3 Ebenda.
4 Auf den Mechanismus, welcher offenbar hohe Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit einem spekulativen Devisenzustrom verbindet, werden wir in Kapitel 1.1.5. und im 2. Hauptteil noch genauer eingehen.

durch Angebotsverknappungen Preiserhöhungsspielräume für die Produzenten entstanden. Auf der anderen Seite erwuchs der Beschäftigung der inländischen Wirtschaft durch die rapide steigenden Ausfuhren eine nachhaltige Stütze. Dieses wohlausbalancierte „Spiel der Kräfte" - mag es nun von der Wirtschaftspolitik gezielt herbeigeführt worden sein oder nicht - ließ die Bundesrepublik als einen Hort solider wirtschaftlicher Entwicklung erscheinen, und alsbald begann das Kapital aus dem Ausland auf vielerlei Wegen hereinzuströmen. So bemühten sich bspw. ausländische Bezieher deutscher Waren durch Vorauszahlungen auf künftige Lieferungen den Folgen einer erwarteten Aufwertung der DM zu entgehen. Dies hatte eine starke Marktstellung der westdeutschen Exporteure zur Folge, welche diese dazu benutzten, um Preiserhöhungen durchzusetzen.

Welche Bedeutung der Preisentwicklung im Außenhandel zukommt, zeigt folgende Rechnung: Im ersten Halbjahr 1957 stiegen die Ausfuhren insgesamt um 19 %, die Einfuhren um etwa 17 %. Da aber nun bei den Einfuhrdurchschnittswerten Senkungen, und bei den Ausfuhrdurchschnittswerten Anhebungen zu verzeichnen waren (siehe Schaubild 1, S. 17), hätte der Außenhandel bei Zugrundelegung von konstanten Preisen (Basis = 1950) im ersten Halbjahr mit einem Defizit von 350 Mio. DM abschließen müssen - durch die Preisbewegungen ergab sich jedoch ein Überschuß von 1,9 Mrd. DM (bei jeweiligen Preisen).[1] Dieses für die Konjunkturpolitik unglückliche Zusammenspiel[2] von im Import sinkenden und im Export steigenden Preisen ließ den ständigen Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland immer weiter anschwellen. Für spekulativ angelegte Auslandsgelder wurde die Bundesrepublik somit immer verlockender. Da mochte die damalige Bundesregierung auch mit allen Mitteln Geld in das Ausland „schaufeln": Rüstungsvorauszahlungen, Wiedergutmachungsleistungen und Tilgungszahlungen im

1 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1957, S. 35 f.

2 „Unglücklich für die Konjunkturpolitik" war das Zusammenspiel der entgegengerichteten Preistendenzen im Außenhandel insoweit, als es über das wirkliche Austauschverhältnis von Waren- und Dienstleistungen hinwegtäuschte und Devisenspekulationen in die „aufwertungsverdächtige" DM provozierte.

Rahmen des Londoner Schuldenabkommens vermochten die Kapitalflut aus dem Ausland nicht auszugleichen. Im August 1957 erreichte der Devisenzugang mit 1,403 Mrd. DM eine bisher unerreichte Höhe, die Währungsreserven der Bundesbank (damals: Bank deutscher Länder) stiegen auf fast 22,5 Mrd. DM an.[1] Ein großer Teil dieser Devisenzuflüsse basierte allerdings nicht auf einem „echten" Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr, sondern auf veränderten Zahlungsbedingungen (terms of payment), welche wir schon weiter oben beschrieben haben: künftige Importe werden vom Ausland vorausbezahlt, inländische Importeure schieben die Bezahlung erhaltener Lieferungen soweit wie möglich hinaus. Dennoch erreichte die Einfuhr im Juli ebenfalls einen neuen monatlichen Höchststand mit fast 2,8 Mrd. DM,[2] hier wirkte sich die inländische Nachfrage auf dem importintensiven Verbrauchsgütersektor aus.
Dennoch stieg im September der Außenhandelsüberschuß mit 499 Mio. DM fast auf seinen höchsten monatlichen Nachkriegsstand.[3] Es schien damals jedoch zweifelhaft, ob sich diese Aufwärtstendenz fortsetzen würde, da infolge des Preisverfalls auf den Weltrohstoffmärkten viele Staaten sich ernsten Zahlungsbilanzproblemen gegenübersahen. Besonders waren hierbei unter den Rohstofflieferanten natürlich die Entwicklungsländer betroffen. Die inländischen Importeure disponierten zurückhaltend, weil sie weitere Preissenkungen erwarteten.
Gegen Ende des Jahres 1957 zeichnet sich dann schließlich eine Tendenzwende ab: Der Gold- und Devisenzugang, von noch im September 1,104 Mrd. DM schon im Oktober auf bloße 75 Mio. DM (!) gesunken,[4] macht einem sich verstärkenden Abfluß der Auslandsgelder Platz, der im Dezember mit 372 Mio. DM seinen Höhepunkt erreicht.[5] Schon vorher hatte sich dieser Umschwung in den sich verschlechternden Zahlungsbedingungen angekündigt, denn den

1 Monatsberichte, a.a.O., August 1957, S. 41 f.
2 Ebenda, S. 46.
3 Monatsberichte, a.a.O., September 1957, S. 37 ff.
4 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1957, S. 36.
5 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 41.

im Laufe des Jahres vorausbezahlten deutschen Exporten, die nun zur Auslieferung gelangten, standen keine entsprechenden Deviseneinnahmen gegenüber. Zugleich mußten nun, nach der „spekulativen Zahlungsverzögerung" durch die Importeure (siehe oben), die steigenden eigenen Einfuhren bezahlt werden. Die Importe erreichten im Oktober einen neuen Höchststand von 2,881 Mrd. DM, wobei besonders bemerkenswert ist, daß wegen der sinkenden Einfuhrdurchschnittswerte das Volumen der Lieferungen in Wirklichkeit noch höher als den Zahlen entsprechend zu veranschlagen ist.[1] Beim Export haben sich die Preiserhöhungsspielräume wegen der gestiegenen Weltmarktkonkurrenz und der sich abschwächenden Auslandsnachfrage merklich verringert, dennoch wuchs der Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr weiter an und erreichte im Dezember 1957 mit 862 Mio. DM eine neue Rekordhöhe.[2] Die Kapitalbilanz und die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen wirkten stark passivierend: allein im Dezember bestand hier ein Ausgabeüberschuß von 560 Mio. DM.[3] Nach wie vor hatte der Staat den größten Anteil an dieser Entwicklung, denn der Abbau des „Juliusturmes"[4] ließ den Strom der ins Ausland abfließenden Gelder breit anschwellen: Ausgaben für erfolgte und zukünftige Rüstungslieferungen, Wiedergutmachungsleistungen, zum Teil vorzeitige Überweisung von Tilgungsraten für die Nachkriegswirtschaftshilfe und die hohen Folgekosten der Wiedereingliederung des Saarlandes. Daneben war der allmählich in Gang kommende private Kapitalexport von Bedeutung, zunächst nur in Form von Nettoinvestitionen sollte er im Verlauf des neuen Jahres zunehmend an Gewicht gewinnen.

Insgesamt ergab die Kapitalbilanz und die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen im Jahre 1957 einen Passivsaldo von etwa 4,3 Mrd. DM.[5] Gegenüber dem Vorjahr hat

---

1 Monatsberichte, a.a.O., November 1957, S. 38.
2 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 41.
3 Ebenda, S. 43.
4 Auf die Entstehung und Verwendung der als sog. Juliusturm angesammelten Geldmittel kommen wir in Kapitel 1.1.3. noch genauer zu sprechen.
5 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 45. Siehe dazu auch das Schaubild 2 auf Seite 22. Der Passivsaldo erscheint hier geringer, da der negative Saldo der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen von cirka 1,6 Mrd. DM der Bilanz der laufenden Posten

er sich damit nahezu verdreifacht. Durch die hohen Außenhandelsüberschüsse wurde diese Entwicklung allerdings mehr als nur kompensiert. Die Gold- und Devisenbestände bei der Bundesbank sind gegen Ende 1957 um etwa 5,1 Mrd. DM auf rund 23 Mrd. DM gestiegen, dies entspricht ungefähr dem Wert von 9 Monatseinfuhren, die entsprechenden Reserven in der Schweiz betragen 12 und in den USA sogar 20 Monatseinfuhren. Dabei ist außerdem noch zu berücksichtigen, daß den deutschen Devisenreserven hohe Auslandsverpflichtungen gegenüberstehen, und sie zudem, da termingebunden (zum überwiegenden Teil), nicht insgesamt unbeschränkt verwendungsfähig sind.[1]

Im Frühjahr 1958 schwächte sich das gesamte Außenhandelsvolumen dann allmählich ab, die Ausfuhr blieb im März erstmals seit fünf Jahren hinter dem Vorjahreswert zurück (um 5 %).[2] Da zugleich aber auch auf der Einfuhrseite ein Wachstumsrückgang zu verzeichnen war - im Mai 1958 um 10 % unter Vorjahresstand - blieb der hohe Außenhandelsüberschuß zunächst erhalten (siehe Schaubild 1, S.17). Auch dieses Mal spielten die Preisbewegungen dabei wieder eine große Rolle, „die Schere zwischen den Durchschnittswerten der Einfuhr und denen der Ausfuhr hat sich weit geöffnet". Besonders deutlich zeigte sich diese Tendenz im Mai, denn trotz des wertmäßigen Rückgangs der Einfuhren lag diese volumenmäßig noch gering über dem Vorjahresstand.[3]
Nach der Jahresmitte 1958 belebte sich der Außenhandel wieder, besonders gilt dies für die Einfuhren, denn hier beginnt sich die allmähliche Festigung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt dahingehend auszuwirken, daß die westdeutschen Importeure nunmehr ihre Läger aufzufüllen beginnen, um ihre noch günstigen Einkaufschancen zu nutzen, jedoch ist auch bei der Einfuhr von Fertigwaren eine ständige Zunahme zu beobachten.[4]
Offenbar hat sich der Preisvorteil der deutschen gegen-

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 45.
2 Monatsberichte, a.a.O., April 1958, S. 29.
3 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1958, S. 37 f.
4 Monatsberichte, a.a.O., August 1958, S. 29.

über den ausländischen Produzenten merklich verringert, für eine verstärkte Weltmarktkonkurrenz spricht auch die Veränderung in den Zahlungsmodalitäten: War es bislang so, daß westdeutsche Exporteure Preiserhöhungen relativ leicht durchsetzen konnten, und ließ sich bisher ein ständiges Ansteigen der Ausfuhrdurchschnittswerte beobachten, so beginnen die Preise nunmehr abzubröckeln (siehe Schaubild 1, S. 17), und die Exporteure müssen längere Zahlungsfristen in Kauf nehmen, um am Markt zu bleiben. Die Investitionsgüter sind dabei nach wie vor die größte Stütze der westdeutschen Ausfuhren, wogegen die Grundstoffexporte (hauptsächlich Kohle und Stahl) wegen nachlassender Konjunktur in europäischen Partnerländern zurückblieben.

Auch die Gold- und Devisenzuflüsse haben sich merklich verlangsamt, im September 1958 betragen sie nur noch 170 Mio. DM gegen 309 Mio. im August und knapp 490 Mio. DM im Juli.[1] Dagegen wird der Strom eigener Kapitalleistungen an das Ausland immer breiter, allein im August ist in der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen ein Defizit von 400 Mio. DM zu verzeichnen. Ursache hierfür sind wiederum staatliche Zahlungen, nämlich Beiträge zum Internationalen Währungsfonds (IWF), Tilgungen im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens und Folgekosten der Wiedereingliederung des Saarlandes.[2]

Gegen Ende des Jahres 1958 nehmen die Einfuhren mit steigender inländischer Wirtschaftsbelebung noch einmal kräftig zu, im September sind sie mit 2,656 Mrd. DM zum ersten Male seit Januar auch dem Wert (und nicht nur dem Volumen) nach höher als im Vorjahresmonat,[3] zum Teil ist dies allerdings auch auf die sich jetzt allmählich festigenden Einfuhrdurchschnittswerte zurückzuführen, nachdem sie seit Mitte 1957 nahezu kontinuierlich gesunken waren (vgl. Schaubild 1, S. 17). Die Diskrepanz zwischen Wert und Volumen der Einfuhr wird zusehends kleiner.[4]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., September 1958, S. 28.
2 Ebenda, S. 33 ff.
3 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 38.
4 Für das Kapitel über das außenwirtschaftliche Gleichgewicht (S. 172 ff.) von großer Bedeutung.

Trotz der gestiegenen Einfuhren ist jedoch noch keine Abnahme des Außenhandelsüberschusses eingetreten, denn auch die Ausfuhr verzeichnet nach wie vor ein kräftiges Wachstum. Der vielerorts befürchtete Rückschlag wegen der nunmehr schon seit eineinhalb Jahren andauernden Abnahme des Zuwachses am Bestand der Auslandaufträge der einheimischen Industrie ist nicht eingetreten[1], auch die in vielen Partnerländern aufgetretenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und teilweisen Rezessionserscheinungen haben den westdeutschen Export nicht entscheidend beeinträchtigen können. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Bundesrepublik überwiegend hochwertige Investitionsgüter exportiert, welche in den Bezugsländern dringend für Industrieprojekte benötigt werden, und deren Bestellung daher nicht oder zumindest erst ganz zuletzt aufgeschoben wird.[2] Zudem konnten die inländischen Exporteure einen Auftragsrückgang wegen Zahlungsschwierigkeiten häufig durch Kreditgewährung auffangen, besonders da auch der Staat durch Wirtschaftshilfe und über Kredite für Projekte in Entwicklungsländern an die Weltbank die Liquiditätsprobleme besonders in diesen Ländern überbrücken half. Auch die Exporte in die USA stiegen trotz dort herrschender Rezession weiter an, hier war es die Spezialkonjunktur für kleinere Automobiltypen (Volkswagen), welche den Absatz stimulierte.[3]

Als Neuerscheinung unter den Passivposten der Kapitalbilanz machte sich 1958 erstmals der Tourismus in stärkerem Maße bemerkbar, die sog. Reisewelle führte zu einer bisher unbekannten starken Passivierung der Devisenbilanz des Touristenverkehrs im 3. Quartal 1958 von 270 Mio. DM.[4]

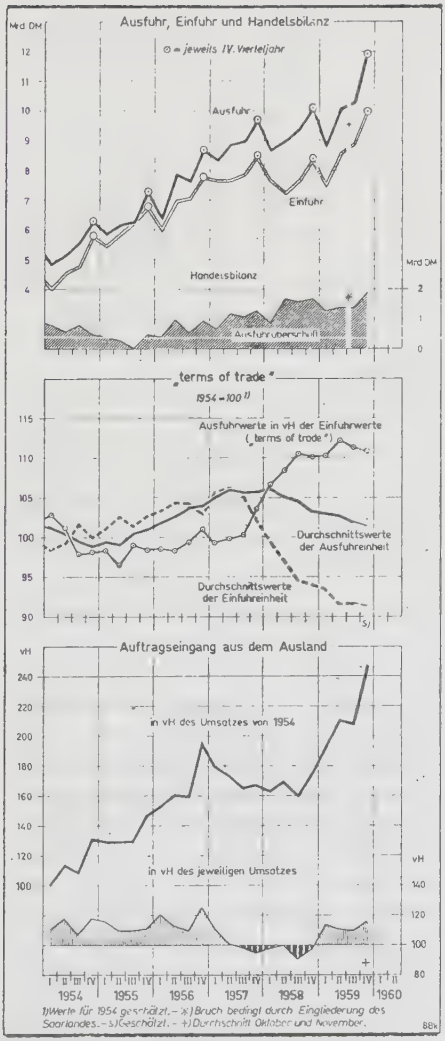
Trotz dieser unerwarteten Entwicklung weist die Handelsbilanz insgesamt im Dezember 1958 immerhin noch einen Aktivsaldo von 580 Mio. DM auf.[5]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 38 f.
2 Ebenda, S. 39.
3 Ebenda.
4 Monatsberichte, a.a.O., August 1959, Sonderbericht: „Die neuere Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr mit dem Ausland", S. 8 ff. Für die Zahlenangabe im Text: Monatsbericht vom Oktober 1958, S. 41.
5 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 50.

Schaubild 1 - Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland von 1954 bis 1959

Ausfuhr, Einfuhr und Handelsbilanz
Handelsbedingungen (terms of trade)
Auftragseingang aus dem Ausland



Begleittext:

Auf der ersten Tafel des Schaubildes erscheint der nahezu parallele Verlauf von Ein- und Ausfuhren besonders bemerkenswert. Die große Bedeutung des Exports für die inländische Konjunktur im Jahre 1958 ist ebenfalls gut erkennbar.

Der zweiten Tafel läßt sich das Auseinanderklaffen von Einfuhr- und Ausfuhrdurchschnittswerten entnehmen, erst 1959 beginnt sich diese „Schere" deutlich zu schließen.

Die „Pause" im Auftragseingang von Mitte 1957 bis Ende 1958 ist auffallend, ebenso aber ihre offenbar nur geringe Auswirkung auf die Ausfuhrziffern.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main) Januar 1960, S. 49.

Zu Jahresanfang 1959 sinken erstmals wieder die Währungsreserven der Bundesbank (um etwa 900 Mio. DM).[1] Ursache dafür ist der Rückstrom kurzfristigen Kapitals nach der erfolgten Abwertung des französischen Franc und der Herstellung der vollen Konvertibilität der DM am 29. Dezember 1958.[2] Die hohen Überschüsse im Außenhandel halten dagegen weiter an, durch den Passivsaldo in der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen werden sie allerdings mehr als nur kompensiert, so daß sich die Abnahme der Gold- und Devisenreserven der Bundesbank von 26,2 Mrd. DM gegen Ende 1958 bis zum April 1959 auf 22,5 Mrd. DM fortsetzt. Dem Aktivsaldo der Handelsbilanz im ersten Quartal von 2,1 Mrd. DM stand nämlich ein Defizit in der Kapitalbilanz von 4,8 Mrd. DM gegenüber.[3] Dieser Abstand zwischen den Salden wäre gewiß noch wesentlich größer ausgefallen, wenn die deutsche Exportwirtschaft nicht so erfolgreich ihre Stellung auf den Weltmärkten hätte behaupten können, denn auch die Einfuhren sind ständig angewachsen.

Die Ursachen dieses enormen Defizits der Bundesrepublik im Kapitalverkehr mit dem Ausland sind in staatlichen Transaktionen, dem Geldexport der Geschäftsbanken und dem der Privatwirtschaft zu suchen. So betrugen allein die Rüstungsvorauszahlungen in den ersten vier Monaten 1959 etwa 1,6 Mrd. DM, dies sind gut zweieinhalbmal so viel wie im gesamten Jahr 1958,[4] die vorzeitige Tilgung amerikanischer Nachkriegswirtschaftshilfe in Höhe von 630 Mio. DM fiel ebenfalls in diesen Zeitraum.[5]

Im zweiten Quartal 1959 blieb der Außenhandelsüberschuß dann erstmals seit 1954 hinter dem des ersten Quartals zurück. Entstanden war dieser Umschwung nicht etwa durch ein Nachlassen der Exporte, sondern durch einen sprunghaften Anstieg der Einfuhren, deren Wert mit fast 8,6 Mrd. DM den des Vorjahreszeitraumes um fast 19 % übertraf.[6] Da die Einfuhrwerte zudem kaum noch weiter

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 45.
2 Monatsberichte, a.a.O., Dezember 1958, S. 3 ff.
3 Monatsberichte, a.a.O., April 1959, S. 38.
4 Ebenda, S. 47.
5 Ebenda, S. 46.
6 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1959, S. 46.

gesunken sind, ist die im vergangenen Jahr und auch 1959 noch zu beobachtende Diskrepanz zwischen Wert und Volumen der Einfuhr beinahe verschwunden, so daß sich jede Steigerung der Lieferungen nun etwa gleichermaßen in den Werten niederschlägt. Die Ursache dieser Entwicklung liegt in dem sich abzeichnenden kräftigen konjunkturellen Aufschwung im Inland begründet, der zudem durch weiterhin ausgeprägte Lageraufstockungen westdeutscher Importeure begleitet wurde.[1] Als Sonderfaktor kam noch der starke Anstieg ernährungswirtschaftlicher Einfuhren auf Grund einer schlechten einheimischen Ernte hinzu.[2]

Die Fertigwareneinfuhr ist im zweiten Vierteljahr 1959 mit einer Steigerung von 35 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zur größten Warengruppe innerhalb der westdeutschen Einfuhr geworden.[3]

Der gestiegene Nettokapitalexport stützt sich im Gegensatz zu früheren Zeiträumen nunmehr auch auf den Erwerb ausländischer Wertpapiere, welcher noch im vorigen Jahr praktisch keine Rolle gespielt hatte. Mit etwa 500 Mio. DM im zweiten Quartal 1959 gegen cirka 30 Mio. (!) DM im entsprechenden Vorjahreszeitraum ist er damit erstmals zur bedeutendsten Komponente der deutschen Kapitalausfuhr geworden. Gekauft wurden überwiegend Dividendenpapiere, deren Emittenten ihren Sitz in den Niederlanden, in der Schweiz, in Frankreich sowie in den USA haben.[4]

Im weiteren Verlauf des Jahres tritt die Verminderung des Außenhandelsüberschusses immer deutlicher in Erscheinung, die Einfuhren erreichen im dritten Quartal mit 8,95 Mrd. DM einen neuen Höchststand, die Ausfuhren steigen zwar ebenfalls noch an, jedoch mit zunehmend geringerer Rate.[5] Außerdem hat sich hier die Entwicklung der vorangegangenen Jahre 1957 und 1958 geradezu umgekehrt: Die Ausfuhrdurchschnittswerte sinken, während das Volumen weiter ansteigt (siehe Schaubild 1, S. 17). Ursache dieser Tendenzwende ist der steigende Konkurrenz-

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1959, S. 46 f.
2 Ebenda, S. 47.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 50 f.
5 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 51 f.

druck auf dem Weltmarkt, der zu Preiskonzessionen zwang. Der Auftragseingang aus dem Ausland lag zwischen Juli und September um 29 % (im Durchschnitt) über dem der entsprechenden Vorjahrsmonate (siehe Schaubild 1, S. 17). Da der inländische Produktionsapparat offenbar bereits bis zur Kapazitätsgrenze ausgelastet zu sein scheint, mußten häufig Lieferfristen in Kauf genommen werden.[1]
In der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen haben sich auf das extrem hohe Defizit von 800 Mio. DM im dritten Quartal 1959 besonders die erhöhten Wiedergutmachungsleistungen ausgewirkt, welche mit 350 Mio. DM ihren bisherigen Höchststand (für vergleichbare Zeiträume) erreichten.[2] Der Staat schaffte durch Einzahlungen beim Internationalen Währungsfonds (Quotenerhöhung) und bei der Weltbank ebenfalls noch einmal 532 Mio. DM ins Ausland.[3]
Die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank, welche seit ihrem Höchststand vom Dezember 1958 (26,2 Mrd. DM) während des bisherigen Jahresverlaufes fortwährend abgenommen hatten, sind im letzten Vierteljahr 1959 wiederum angestiegen (um 1,9 Mrd. DM).[4]
Maßgeblich für den Anstieg der Gold- und Devisenbestände im vierten Quartal dürfte die veränderte Situation in der Kapitalbilanz gewesen sein, welche im bisherigen Verlauf des Jahres mit einem Defizit, insgesamt von 7,3 Mrd. DM, den Überschuß aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland von knapp 5,5 Mrd. DM stets etwa kompensiert hatte. Die Kapitalbilanz schloß nämlich im vierten Quartal mit einem Überschuß von etwa 400 Mio. DM ab, und da sich zugleich auch das Defizit in der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen von rund 2 Mrd. DM (in den ersten drei Vierteljahren) auf knapp 600 Mio. DM im letzten Quartal leicht ermäßigte, konnte sich der nach wie vor hohe Außenhandelsüberschuß nunmehr voll auswirken.[5] Verursacht wurde diese Entwicklung durch einen weitgehenden

---

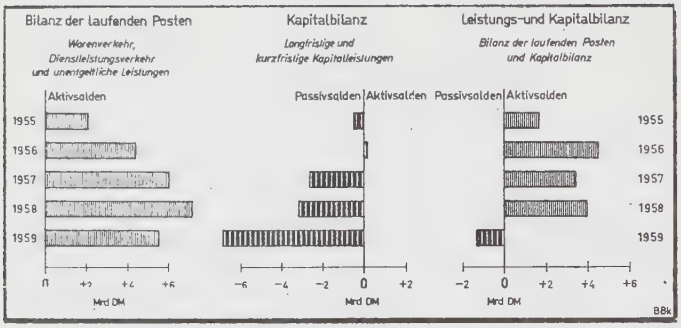
1 Wirtschaftskonjunktur, Berichte des IfO-Instituts für Wirtschaftsforschung München, Berlin und München 1959, Heft 4, S. 8.
2 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 54.
3 Ebenda, S. 56.
4 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 42. Vgl.: Kapitel 1.1.5.
5 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 43 f.

Wegfall der bereits erwähnten bisherigen Sonderzahlungen des Bundes und eine nachlassende private Nachfrage nach ausländischen Wertpapieren.[1]
Der wohl wesentlichste Einflußfaktor bestand jedoch in der Entwicklung des kurzfristigen Kapitalverkehrs, welcher im vierten Quartal einen Überschuß von 800 Mio. DM verzeichnete, gegen einen Kapitalabfluß von insgesamt reichlich 3,8 Mrd. DM während der ersten drei Vierteljahre.[2] Diese erstaunliche Wende ist (auch) Ergebnis der Kreditpolitik der Bundesbank, insbesondere Folge der Diskonterhöhung vom 22. Oktober[3] und der Heraufsetzung der Mindestreservesätze am ersten November des Jahres.[4] Die Geschäftsbanken sahen sich offenbar genötigt, ihre im bisherigen Verlauf des Jahres vorgenommenen Geldexporte nun unter Liquiditätsdruck wieder zurückzurufen.[5]
Allerdings wurde das außerordentliche hohe Gesamtdefizit (siehe Schaubild 2, S. 22) des Jahres 1959 in der Kapitalbilanz durch diesen Wandel nicht mehr entscheidend beeinflußt.
Bis zum Jahresende 1959 hat die Ausfuhr ihr Wachstum steigern können, allein im vierten Quartal um 18,4 % gegenüber der Vorjahreszeit, nachdem sie zur Jahresmitte bereits um etwa 11 % gewachsen war.[6] Da die Einfuhren jedoch ein etwa gleiches Wachstum verzeichnen konnten, ergab sich in der Waren- und Dienstleistungsbilanz insgesamt jedoch „nur" ein Überschuß von knapp 2,7 Mrd. DM im 4. Quartal gegen etwa 1,6 Mrd. DM im dritten und ungefähr je 1,9 Mrd. DM in den ersten beiden Quartalen.[7]
Bedeutsam für die lebhafte Außenhandelsentwicklung war vor allem die allgemeine konjunkturelle Belebung in den wichtigsten europäischen Handelspartnerstaaten und auch in den USA.[8]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 44.
2 Ebenda, S. 45.
3 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 3 ff.
4 Vgl. dazu mit Kapitel 1.2.5., S. 148 ff.
5 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 45.
6 Ebenda, S. 48.
7 Ebenda, S. 47.
8 Ebenda, S. 49.

Schaubild 2 - Die Entwicklung der Leistungs- und Kapital=bilanz der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1959



Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main) Januar 1960, S. 52.

Begleittext:

Nach den Überschüssen der vorangehenden Jahre hat sich in der Leistungs- und Kapitalbilanz 1959 erstmalig wieder ein Defizit ergeben.
Verursacht wurde diese Passivierung durch den überaus ungünstigen Abschluß der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen (im Schaubild nicht er=kennbar, da in der Bilanz der laufenden Posten zusammen=gefaßt), jedoch hat sich der Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland ebenfalls gegen=über 1958 leicht vermindert.[1]
Die Aktivsalden in der Bilanz der laufenden Posten werden für 1957 und 1958 durch die entgegengerichteten Preisbewe=gungen im Außenhandel (vgl.: Schaubild 1) gegenüber 1959 als zu hoch ausgewiesen. Für das Kapitel 2.1.3. „Außen=wirtschaftliches Gleichgewicht" von großer Bedeutung.

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 51 ff.

1.1.3. Verbrauch, Ersparnis und Investition der öffentlichen Haushalte

1.1.3.1. Der Bund, öffentliche Unternehmen und soziale Institutionen[1]

Das Jahresende 1956 brachte für den Bund saisongemäß hohe Steuereinnahmen, wenngleich auch das Vorjahresniveau nur knapp erreicht wurde, so ergab sich im Januar wegen der zurückbleibenden Ausgaben dennoch ein Kassenüberschuß von 566 Mio. DM.[2]

Für die Sozialversicherungen ist 1957 eine Verschlechterung der finanziellen Situation zu erwarten, da sich die im Februar beschlossene Rentenreform ebenso wie die bereits gegen Ende 1956 erfolgte Neuregelung des Rechts der Arbeitslosenversicherung in Ausgabenerhöhungen bemerkbar machen werden. Allerdings sind auch Einnahmeerhöhungen aus Zuschüssen des Bundes und heraufgesetzten Beitragszahlungen zu erwarten.[3]

Das letzte Rechnungsvierteljahr 1956/57 endet für den Bund mit einem Defizit, auch für das neue Rechnungsjahr ist ein Abbau der Kassenreserven (hier als „Ersparnis") in Höhe von 2,2 Mrd. DM und eine Kreditaufnahme von 1,1 Mrd. DM zusätzlich vorgesehen.[4]

Der Abschluß des Rechnungsjahres am 31. März ergibt schließlich insgesamt ein leichtes Defizit von 92 Mio. DM, dem allerdings erwirtschaftete Kassenüberschüsse von 7 Mrd. DM in den vorangegangenen 4 Rechnungsjahren gegenüberstanden - davon allein 3 Mrd. DM im Rechnungsjahr 1955/56. Damit hat sich der Abbau der „öffentlichen Ersparnisse" nun offenbar endgültig durchgesetzt. Auch die ungewöhnlichen Einnahmesteigerungen des letzten Rechnungsjahres konnten diese Entwicklung nicht verhindern, da die Ausgaben zur gleichen Zeit um mehr als das doppelte Ausmaß, nämlich um fast 5 Mrd. DM, das sind 21 % (!) gesteigert wurden.[5]

---

1 Mit in die Analyse einbezogen werden in diesem Kapitel: Bundespost, Bundesbahn, Lastenausgleichsfond, Renten- und Arbeitslosenversicherung.
2 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1957, S. 14.
3 Ebenda, S. 16 ff.
4 Monatsberichte, a.a.O., März 1957, S. 17.
5 Monatsberichte, a.a.O., April 1957, S. 18.

Das neue Rechnungsjahr begann mit Fehlbeträgen, die von nun an für die weitere Entwicklung der Bundesfinanzen symptomatisch werden sollten. Die von uns als „Ersparnis" bezeichneten öffentlichen Kassenreserven wurden vom Frühjahr 1957 an zwar noch sporadisch wieder aufgefüllt, am Ende unserer Berichtsperiode ist von ihnen jedoch nichts mehr vorhanden, im Gegenteil, der Bund hat sich obendrein noch verschuldet.[1] Von den ursprünglich für die Aufrüstung vorgesehenen Sparguthaben floß der größte Teil ins Ausland, da die Verteidigungsausgaben jedoch nur allmählich gesteigert werden konnten, wurden viele der dafür vorgesehenen Gelder auch für soziale Zwecke (Rentenreform, Kriegsentschädigung, Wohnungsbau) im Inland ausgegeben. Die hohen Steuernachzahlungen aus den Jahren des Booms von 1955 und 1956 verdeckten die Ausgabensteigerungen des Bundes im Inland allerdings zunächst noch, so daß im „inneren" Zahlungsverkehr des Bundes sogar Kassenüberschüsse erzielt werden konnten.[2]
Trotz des „großen" vierteljährlichen Steuertermins im Juni 1957 schloß der Bundeshaushalt dann aber wieder mit einem Fehlbetrag ab: Die erlassenen Steuererleichterungen (höhere Freibeträge bei der Einkommenssteuer) begannen sich jetzt auszuwirken, so blieb bspw. das Lohnsteueraufkommen mit einem negativen Wachstum von - 8 % im zweiten Quartal 1957 weit hinter dem Zuwachs von + 22 % des Vorjahreszeitraums zurück.[3] Da die Rüstungsvorauszahlungen an das Ausland im gleichen Zeitraum kräftig anstiegen, schloß der Bund sein erstes Rechnungsvierteljahr 1957/58 mit einem Fehlbetrag von 737 Mio. DM ab - im gleichen Zeitraum des vergangenen Rechnungsjahres hatte der Überschuß noch 688 Mio. DM betragen.[4] Die Inlandsausgaben blieben wieder hinter den ordentlichen Einnahmen zurück, so daß ein „innerer" Überschuß von 356 Mio. DM in dieser Zeit erzielt wurde,

1 Das konjunkturpolitische „Für und Wider" dieser Entwicklung der Staatsausgaben werden wir im Rahmen der Verhaltensanalyse noch ausführlich erläutern.
2 Die wahre kontraktive Wirkung ist nicht mit der absoluten Höhe der Überschüsse vergleichbar, da ein großer Teil der an das Ausland gezahlten Gelder über erhöhte Bezüge aus der BRD alsbald wieder zurückkehrt.
3 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1957, S. 14.
4 Ebenda, S. 17.

dennoch sanken die Kassenreserven insgesamt vom September 1956 von etwa 7 Mrd. DM auf nur 5,1 Mrd. DM im Juni ab.[1] Weitere Belastungen des Bundeshaushaltes waren - neben der Rentenreform - auch aus anderen 1957 erlassenen Gesetzen zu erwarten, so rechnete man bspw. allein aus der 8. Novelle zum Lastenausgleichgesetz (26.Juli 1957) eine Mehrbelastung für den Lastenausgleichsfonds von 4,16 Mrd. DM insgesamt. Ein Defizit von 433 Mio. DM ist allein hier schon zu erwarten.[2]

Ebenso ist die Reform der Ehegattenbesteuerung in Angriff genommen worden, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 17. Januar die geltende Ehegattenbesteuerung als verfassungswidrig erklärt hatte. Auch hier sind Steuererleichterungen zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß wegen der sich abschwächenden inländischen Konjunktur und den Arbeitszeitverkürzungen in der Industrie ohnehin niedrigere Steueraufkommen veranschlagt werden mußten. So stieg der Kassenfehlbetrag des Bundes bis zum Juli 1957 auf 2 Mrd. DM an, wogegen im Vorjahreszeitraum noch ein Überschuß von 630 Mio. DM zu verzeichnen war.[3]

Die gesunkenen Auslandszahlungen für Verteidigungszwecke wurden zum Teil durch andere Zahlungen kompensiert (Rückzahlungen von Auslandsschulden, Wiedergutmachung an Israel) zugleich stiegen die im Inland verausgabten Gelder sprunghaft an: Sozialwesen, Agrarsubventionen, Wohnungsbau und Verkehrswesen erforderten immer neue Zuschüsse. Durch diese Belastungen stiegen die Ausgaben des Bundes um etwa 25 % gegenüber der Vorjahreszeit an (in den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres jeweils); die Steuereinnahmen lagen dagegen im August nur schwach, nämlich um 4,6 % über dem Vorjahresstand, nachdem sie im Juli sogar um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen waren.[4]

Die Verlangsamung der Steuereinnahmen hielt auch bis in den Herbst 1957 weiter an, besonders vermindert wurden die Bundeseinnahmen durch den Wegfall des aufgehobenen Notopfers Berlin für natürliche Personen, dessen Ertrag

1 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1957, S. 18.
2 Ebenda, S. 21 f.
3 Monatsberichte, a.a.O., August 1957, S. 25.
4 Monatsberichte, a.a.O., September 1957, S. 18.

von rund 370 Mio. DM im 3. Vierteljahr 1956 auf 120 Mio. DM im gleichen Zeitraum 1957 zurückgegangen ist.[1]
Im November tilgte der Bund den Rest der noch umlaufenden Bundesanleihe von 500 Mio. DM aus dem Jahre 1952. Damit ist die Kreditmarktverschuldung des Bundes praktisch auf null gesunken.[2]
Etwa seit Mitte des Jahres 1957 werden durch die steigenden Inlandsausgaben die bisherigen „inneren" Einnahmeüberschüsse des Bundes zunehmend von Defiziten abgelöst. Neben den bisherigen Aufwendungen erforderten vor allem die Sozialversicherungen ständig neue Zuschüsse. Die finanzielle Lage der Krankenversicherungen vor allem hat sich beträchtlich verschlechtert. Die Ursachen dürften das Inkrafttreten des Gesetzes zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle ab 1. Juli und die erhöhten Pflegesätze der Krankenhäuser sein. Vor allem aber hat sich die im Herbst grassierende Grippewelle in der Bundesrepublik auf die beträchtlich angestiegene Zahl der Erkrankten ausgewirkt.[3] Es mag aber auch sein, daß sich die Befürchtung mancher Arbeitgeberverbände bewahrheitet hat, daß nämlich die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle die Neigung zu Krankmeldungen merklich begünstigen würde.[4] Zur Finanzierung der Ausgabesteigerungen haben die Versicherungen ihre Beitragssätze von 7 auf 8,5 % des Arbeitseinkommens erhöht.[5]
Obwohl der Anstieg der Steuereinnahmen auch zum Jahreswechsel 1957/58 unverändert niedrig blieb (1957: +6,5 % gegen einen Anstieg gegenüber Vorjahr im Jahre 1956 von 12,4 %) konnte der Bund eine im ganzen günstiger als geplante Haushaltssituation zum Jahresende aufweisen, der Rückgriff auf die Kassenreserven fiel günstiger aus (mit 2,6 Mrd. DM), als ursprünglich im Haushaltsplan vorgesehen worden war (5,9 Mrd. DM).[6] Ursächlich für diese Entwicklung waren die nunmehr vermindert ansteigenden zivilen Ausgaben, da sich die beschlossenen Steuersenkungen offenbar noch nicht voll ausgewirkt haben. Somit ist ein Überschuß der Inlandseinnahmen über

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1957, S. 18.
2 Monatsberichte, a.a.O., November 1957, S. 17.
3 Ebenda, S. 23.
4 Siehe dazu die Analyse des Unternehmerverhaltens.
5 Monatsberichte, a.a.O., November 1957, S. 23.
6 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 25.

die Inlandsausgaben von 414 Mio. DM im Zeitraum Oktober bis Dezember 1957 entstanden.[1]

Am Jahresanfang 1958 stiegen die Steuereinnahmen saisongemäß stark an, so daß der Bund Kassenüberschüsse erzielte und seine Reserven vorübergehend wieder auffüllen konnte. Allerdings verschlechterte sich die Finanzlage schon im Februar wieder infolge absinkender Steuereinnahmen, und der Bund wies für diesen Monat den im laufenden Rechnungsjahr bislang höchsten monatlichen Fehlbetrag von 649 Mio. DM aus.[2]

Gemäß dem von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1958/59 sollen die Ausgaben die laufenden ordentlichen Einnahmen (rund 32,4 Mrd. DM) um etwa 4,6 Mrd. DM übersteigen. Von diesem Fehlbetrag sind 1,6 Mrd. DM in einen außerordentlichen Haushalt eingestellt, d.h. durch Kredit zu decken. Der Abbau der Reserven ist in Höhe von 3 Mrd. DM vorgesehen.[3]

Für die Rentenversicherung konnte im Jahre 1957 trotz der mit der Rentenreform verbundenen Ausgabenerhöhung noch insgesamt ein Einnahmeüberschuß festgestellt werden, da sich die Bearbeitung der Rentenansprüche (und damit auch die Auszahlungen) länger als vorgesehen hinzog, gleichzeitig aber Bundeszuschüsse und erhöhte Beitragszahlungen für das erwartete höhere Auszahlungsniveau eingingen.[4]

Die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten setzten sich im März und April fort, da die Steuereinnahmen saisongemäß schwächer als zu Jahresbeginn wuchsen und sich außerdem die bereits im vorigen Jahr gewährten Steuererleichterungen sich jetzt voll auszuwirken begannen. Lediglich bei einigen Verbrauchssteuern (besonders für Genußmittel) war eine günstigere Entwicklung festzustellen.[5] Dementsprechend schloß der Bundeshaushalt das ablaufende Rechnungsjahr mit einem leichten Defizit von 157 Mio. DM im März ab. Zurückblickend blieb im vergangenen Rechnungsjahr das Defizit mit 2,7 Mrd. DM weit

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 24.
2 Monatsberichte, a.a.O., März 1958, S. 11.
3 Ebenda, S. 12.
4 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1958, S. 17.
5 Siehe hierzu besonders das Kapitel 1.2.2. über das Konsumverhalten der privaten Haushalte.

hinter dem im Etat vorgesehenen Fehlbetrag von 5,5 Mrd. DM zurück, wobei die Abweichung durch die hinter den Ansätzen zurückbleibenden Ausgaben bedingt war.[1] Besonders gilt dies für die vorgesehenen Verteidigungsaufwendungen und Stationierungskosten für fremde Truppen. Nach dem Ausgabenstoß durch die Rentenreform haben sich auch die Ausgaben für zivile Zwecke in ihrem Anstieg an die schwächere Expansion der Steuereinnahmen angepaßt, so daß im „inneren" Zahlungsverkehr für das abgelaufene Rechnungsjahr ein Überschuß von rund 400 Mio. DM verzeichnet werden konnte. Somit ist der größte Teil der das Defizit im Gesamthaushalt verursachenden Zahlungen ins Ausland geflossen, nämlich 3,11 Mrd. DM.[2] Allerdings muß auch hier wieder darauf hingewiesen werden, daß ein großer Teil des an das Ausland gezahlten Geldes über Bezüge aus der BRD oder über den DM-Erwerb stationierter fremder Truppen wieder zurückzukehren pflegt.[3]

Zu Beginn des neuen Rechnungsjahres wurde die Finanzsituation des Bundes vor allem durch Rückflüsse aus Kreditgewährungen begünstigt und durch den Umstand, daß die Ausgaben im April nicht einmal ihren Vorjahresstand erreichten. Diese verbesserte finanzielle Situation blieb bis in den Juni 1958 hinein erhalten, so daß sich der seit zwei Jahren andauernde Abbau der Kassenreserven des Bundes in den ersten drei Monaten des neuen Rechnungsjahres zunächst nicht weiter fortsetzte.[4] Allerdings erschien eine Fortdauer dieser Entwicklung fraglich, da viele Faktoren für erhöhte Ausgabenverpflichtungen im weiteren Verlauf des Jahres sprachen. So ist bspw. bei den Rentenversicherungen nach Abbau des noch bestehenden unbearbeiteten Antragsüberhangs mit hohen Auszahlungen zu rechnen, bei der Arbeitslosenversicherung ist ebenfalls mit einer Verschlechterung der finanziellen Situation zu rechnen, da die Beitragssätze von 3 auf 2 % des Arbeitsentgeltes

1 Monatsberichte, a.a.O., April 1958, S. 17.
2 Ebenda.
3 Ebenda. Siehe dazu auch das Kapitel (1.2.1.) über das Verhalten des Staates und vergleiche mit den Daten in Kapitel 1.1.2. Außenhandel und Zahlungsbilanz.
4 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1958, S. 16.
Vgl.: Schaubild 3, S. 36.

gesenkt worden sind, und die Unterstützungssätze zugleich erhöht wurden. Zudem waren die Auszahlungen nicht wie im Winter 1956/57 durch die milde Witterung begünstigt, sondern es hatte eine hohe saisonale Arbeitslosigkeit bis relativ spät in das Frühjahr 1958 hinein bestanden. So wurden in den ersten vier Monaten des Jahres rund 730 Mio. DM für Unterstützungszwecke ausgezahlt, gegen nur etwa 490 Mio. DM im gleichen Zeitraum 1957.[1]
Der Bundeshaushalt verzeichnete im Juli einen schwachen Überschuß von etwa 80 Mio. DM (hauptsächlich durch Sondereinflüsse). Damit ist in den ersten vier Monaten des neuen Rechnungsjahres das eingeplante Defizit nicht ausgenutzt worden, vielmehr hat der Bund seine Ausgaben voll aus den ordentlichen Einnahmen bestreiten können. Da sich ein großer Teil der Steuererleichterungen erst im Jahre 1958 auszuwirken begann - die Einnahmeausfälle werden auf etwa 830 Mio. DM geschätzt[2] - mußte der Bund seine Einnahmeerwartungen für das laufende Rechnungsjahr revidieren, so daß das Haushaltsvolumen auf 36,5 Mrd. DM begrenzt wurde, mithin 440 Mio. DM weniger als im Regierungsentwurf ursprünglich vorgesehen war.[3] Als Gegengewicht zur dennoch aufgestockten Berlinhilfe kürzte man alle übrigen nicht auf Gesetz beruhenden Ausgaben um 6 %.[4]
Im August wurde dennoch ein Defizit im Bundeshaushalt von 300 Mio. DM verzeichnet, damit ist für die ersten fünf Monate des neuen Rechnungsjahres jedoch erst ein Fehlbetrag von etwa 200 Mio. DM aufgelaufen, gegen 2 Mrd. DM im vergangenen Rechnungsjahr.[5]
Hatte der Bund demnach eine verhältnismäßig günstige Finanzlage zu vermelden, so kam dafür die Bundesbahn immer mehr finanziell in Bedrängnis. Der Grund für diese Entwicklung war in dem hohen Bedarf an Rationalisierungsinvestitionen zu suchen - auf der anderen Seite verminderten sich die Einnahmen durch den mit der allgemeinen konjunkturellen Abschwächung verbundenen ungewöhnlich starken Rückgang des Verkehrsvolumens. Dieser Rückgang machte alle Hoffnungen zunichte, die Bahn durch die im Februar vorge-

1 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1958, S. 22.
2 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1958, S. 17.
3 Ebenda, S. 18. Über dieses merkwürdige konjunkturpolitische Verhalten des Bundes: Siehe Kapitel 1.2.1., S. 79 f.
4 Ebenda, S. 19.
5 Monatsberichte, a.a.O., August 1958, S. 12.

nommene Tariferhöhung und die Anleihe über 250 Mio. DM im April sanieren zu können. Da die Belastungen auch noch durch die Besoldungserhöhungen gesteigert wurden, mußte die Bundesbahn schon im Oktober eine neue Anleihe (von 400 Mio. DM) auflegen.[1] Durch diese hohe Kreditmarktverschuldung wurde der Ausgleich der Betriebsrechnung wegen des Schuldendienstes noch zusätzlich erschwert.[2]

Auch die Bundespost hat sich am Kreditmarkt verschuldet, jedoch ist es hier nicht die ungünstige Betriebsrechnung, sondern die Ursachen liegen in der günstigen Finanzierungssituation und der geplanten Erweiterung des Investitionsprogramms.[3]

Trotz schwacher Defizite im Oktober und November blieb für den Bund die finanzielle Entwicklung günstig, da die Ausgaben hinter den Etatansätzen zurückblieben, die Einnahmen sich dagegen im geschätzten Rahmen vermehrten.[4] Aus diesen Gründen brauchte der Bund 1958 keine neue Verschuldung eingehen, sondern konnte seine Kassenreserven sogar anreichern (siehe dazu Schaubild 3, S. 36).

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1959/60 sieht ein Ausgabevolumen von 37 Mrd. DM vor, wobei 4,9 Mrd. DM der Ausgaben nicht durch die geschätzten laufenden ordentlichen Einnahmen gedeckt sind. Der Fehlbetrag soll in Höhe von 1,2 Mrd. DM aus Kassenreserven und mit 3,7 Mrd. DM aus Kreditaufnahme bestritten werden.[5]

Auch für das neue Rechnungsjahr sind wieder hohe Auslandszahlungen vorgesehen (Eingliederung des Saarlandes, Schuldentilgung, Zahlungen für Rüstungslieferungen). Die Inlandsausgaben sind dagegen bescheiden und könnten durch die ordentlichen Einnahmen voll abgedeckt werden.[6]

Für das 4. Vierteljahr 1958 erzielte der Bund wiederum einen Überschuß, in den bisherigen neun Monaten des laufenden Rechnungsjahres sind damit etwa 100 Mio. DM aus den Einnahmen nicht verausgabt worden, wogegen im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Rechnungsjahres

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 23.
2 Ebenda.
3 Ebenda.
4 Monatsberichte, a.a.O., November 1958, S. 16 f.
5 Ebenda, S. 17 f.
6 Ebenda, S. 18 f.

eine Einnahmelücke von reichlich 2,2 Mrd. DM bestanden hatte.[1] Zugleich wurde bei den inneren Transaktionen des Bundes ein Überschuß von etwa 1,7 Mrd. DM verzeichnet gegen nur rund 100 Mio. DM in der Vorjahreszeit. Aus diesen Gründen konnte der Bund seine Kassenreserven von 2,78 Mrd. DM gegen Ende des letzten Rechnungsjahres auf rund 2,93 Mrd. DM Ende November 1958 erhöhen.[2]
Für den Lastenausgleichsfonds verlief die finanzielle Entwicklung weniger günstig, insbesondere da sich die Zahlungen aus der 8. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz nun voll auswirkten, dergestalt, daß der Fonds über die Kassenreserven hinaus auch noch sein Kreditplafond bei der Bundesbank angreifen mußte. In den ersten drei Rechnungsvierteljahren verzeichneten die Entschädigungsleistungen eine Höhe von fast 1,5 Mrd.DM und waren damit um rund 500 Mio. DM höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit.[3]
Weitaus günstiger war die Situation der Rentenversicherung, für die insgesamt Einnahmeüberschüsse zu verzeichnen waren. Die große Umstellungsphase nach der Rentenreform scheint nun überwunden zu sein, der Überhang an unerledigten Anträgen ist nahezu abgebaut.[4]
Das Beitragsaufkommen war 1958 um 14 % höher als 1957 und lag fast 50 % über dem Niveau von 1956. Zugleich stiegen die Rentenzahlungen für Arbeiter und Angestellte 1958 aber auch um 14 % und übertrafen ihren Stand von 1956 sogar um volle 70 % (!). In der Folge erzielten die Rentenversicherungen 1958 nur noch Überschüsse von knapp 1 Mrd. DM gegen rund 1,8 Mrd.1957 und 2,3 Mrd. 1956.[5]
Gemäß dem im Dezember 1957 erlassenen Ersten Rentenanpassungsgesetz ist ab 1.1.1959 eine Anhebung von 6,1 % geplant für alle vor dem 1.1.1958 entstandenen Renten aus Versicherungsfällen.[6]

Im Frühjahr 1959 stand die Entwicklung der Bundesfinanzen ganz unter der Wirkung des „sensationellen" Defizits von fast drei Milliarden DM im März. Von diesem

1 Monatsberichte, a.a.O., Dezember 1958, S. 14.
2 Ebenda, S. 14 f.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 26.
4 Monatsberichte, a.a.O., November 1958, S. 19 f.
5 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 28 f.
6 Ebenda, S. 29.

Betrag flossen allein 2,25 Mrd. DM in das Ausland - fast ebensoviel, wie in den vorangegangenen elf Monaten des Rechnungsjahres.[1] Das Schwergewicht lag bei den Verteidigungsausgaben (+1,5 Mrd. DM im März), allerdings waren auch die Aufwendungen für nichtmilitärische Zwecke sehr hoch. So wurde allein für die vorzeitige Tilgung der Verpflichtungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten von Amerika ein Betrag von 630 Mio. DM aufgewandt. Diese Zahlungen wären ursprünglich erst in den Jahren von 1960/61 bis 1965/66 fällig gewesen, mußten jedoch nun vorgezogen werden als Konsequenz der im Gesetz über eine Devisenhilfe an Großbritannien vorzeitig beschlossenen Tilgungsleistungen für die britische Nachkriegswirtschaftshilfe, da im Londoner Schuldenabkommen eine Gleichbehandlung aller Gläubiger vorgesehen war.[2]

Auch zwischen den inländischen Einnahmen und Ausgaben war im März ein außergewöhnliches Defizit von 714 Mio. DM feststellbar. Ein solcher Fehlbetrag war bei den „inneren" Transaktionen bisher noch in keinem Monat der vergangenen Rechnungsjahre erzielt worden.[3]

Trotz dieser erstaunlichen Entwicklung ist für das gesamte Haushaltsjahr 1958/59 jedoch abermals das geplante Defizit von 4,9 Mrd. DM nicht erreicht worden, vor allem, weil die Verteidigungsaufwendungen trotz der Steigerungen wiederum hinter den Ansätzen zurückblieben, auch die Zahlungen im Rahmen der individuellen Wiedergutmachung und für die Kriegsgefangenenentschädigung blieben hinter der geplanten Höhe zurück.[4]

Mit dem Ende des im März auslaufenden Rechnungsjahres sind die Kassenreserven des Juliusturms fast restlos ausgekehrt worden, sie fielen im ersten Vierteljahr 1959 von 3,4 Mrd. DM auf nurmehr 300 Mio. DM.[5] Von den ursprünglich für die Wiederbewaffnung vorgesehenen Reserven ist nur ein relativ geringer Teil für diesen Zweck verwandt worden.[6]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., April 1959, S. 20.
2 Ebenda. Siehe dazu besonders auch den Sonderbericht „Die deutschen Auslandsschulden unter dem Londoner Abkommen", der von der Bundesbank im Monatsbericht vom Mai 1959 veröffentlicht wurde (Seite 3 ff.).
3 Ebenda, S. 21.
4 Ebenda, S. 22.
5 Ebenda, S. 19.
6 Siehe dazu Kapitel 1.2.1.

Nachdem nun Ende März 1959 die Reserven des Bundes erschöpft waren, mußten für die zahlreichen Ausgabevorhaben Kredite aufgenommen werden. In den ersten vier Monaten des Rechnungsjahres 1959/60 insgesamt 1,406 Mrd. DM, allein im Juli davon 870 Mio. DM.[1]
Auch in diesem Jahr verursachten vor allem die hohen Auslandszahlungen Defizite (Wiedereingliederung und Währungsumstellung im Saarland, Schuldentilgung). Die inländischen Transaktionen endeten dagegen im 1. Quartal mit einem Überschuß von 278 Mio. DM.[2]
Gemäß dem am 11. Juli verkündeten Haushaltsgesetz sind für das Haushaltsjahr 1959/60 Ausgabenfehlbeträge von insgesamt 5,66 Mrd. DM vorgesehen, da Sonderbelastungen (Quotenerhöhung beim Internationalen Währungsfonds, Berlinhilfe) erwartet werden.[3]
Die Steuereinnahmen wiesen insgesamt eine günstige Entwicklung zur Jahresmitte 1959 auf, wenngleich auch das Aufkommen aus der Lohn- und Körperschaftssteuer etwas zurückblieb, so wurde dies doch durch die hohen Abschlußzahlungen aus der veranlagten Einkommenssteuer für 1957 überkompensiert. Das Umsatzsteueraufkommen, die Zolleinnahmen, das Aufkommen aus der Mineralölsteuer und einzelne Genußmittelsteuern wurden durch den allgemeinen konjunkturellen Aufschwung günstig beeinflußt.[4]
Obwohl die Kasseneinnahmen des Bundes die Haushaltsansätze übertrafen, entstand im ersten Halbjahr 1959 ein Kassenfehlbetrag von 1,137 Mrd. DM, wogegen im Vorjahreszeitraum noch ein Überschuß von knapp 70 Mio. DM erwirtschaftet worden war.[5]
Für Bundespost und Bundesbahn hat sich die finanzielle Situation gebessert. Die Bundesbahn profitierte vor allem von dem einsetzenden Konjunkturaufschwung, insbesondere durch die Belebung in der Eisen- und Stahlindustrie. Gleichzeitig beginnen sich die Rationalisierungsinvestitionen durch Einsparungen bei Personal- und Sachausgaben bemerkbar zu machen.[6]
Die Bundespost verzeichnete ebenfalls eine günstige Be-

1 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1959, S. 20.
2 Ebenda, S. 22.
3 Ebenda, S. 22 f.
4 Ebenda, S. 19 f.
5 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 27.
6 Ebenda, S. 35.

triebsrechnung, hat ihre Kreditaufnahme jedoch trotzdem weiter fortgesetzt, weil ausgedehnte Investitionsprogramme finanziert werden sollen.[1]

Bei der Rentenversicherung wirkt sich nunmehr die Anpassung der Bestandsrenten an die allgemeine Bemessungsgrundlage (siehe weiter oben) in einer Ausgabensteigerung von rund 830 Mio. DM oder 12 % im ersten Halbjahr 1959 aus, wogegen die Einnahmen nur um knapp 8 % zugenommen haben. Aus diesem Grunde ist eine Fortsetzung in der Abnahme der Überschüsse zu erwarten.[2]

Zum Jahresende verstärkte sich der bereits festgestellte Anstieg des Steueraufkommens noch einmal beträchtlich. Auch die Einnahmen aus der Lohnsteuer haben im 4. Quartal 1959 ihren Vorjahrsstand erstmals wieder übertroffen (mit 12 %), nachdem sie im bisherigen Verlauf des Jahres wegen der Auswirkungen von Steuersenkungen des Jahres 1958 (erhöhte Freibeträge, Einführung des Splitting-Tarifs) unter dem Vorjahrsaufkommen geblieben war.[3]

Dagegen ist das Aufkommen aus der veranlagten Einkommenssteuer mit der Beendigung der Veranlagung für 1957 nicht mehr so stark gewachsen. Das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer ist sogar unter den Stand von 1958 gesunken, da bei der Veranlagung des Jahres 1958 erlassene Steuererleichterungen zugleich mit einer mäßigen Gewinnsituation dämpfend wirkten.[4] Aus unserem Schaubild 4 ist das Zurückbleiben der Körperschaftssteuereinnahmen deutlich zu ersehen (siehe Seite 44).

Gerade 1959 zeigt sich besonders stark das konjunkturpolitisch unerwünschte Nachhinken der Steuerzahlungen (bei der veranlagten Einkommenssteuer und der Körperschaftssteuer) hinter der allgemeinen Gewinn- und Einkommensentwicklung.[5]

Deutliche Parallelität zur konjunkturellen Entwicklung zeigen die kräftigen Einnahmesteigerungen aus den Verbrauchssteuern (+ 14 %) und der Umsatzsteuer (+ 12 %).[6]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 35.
2 Ebenda, S. 33.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 21.
4 Ebenda, S. 21 f.
5 Ebenda.
6 Ebenda.

Zum Jahreswechsel 1959/60 trat in den Bundesfinanzen saisongemäß eine günstige Situation ein. So wurde im Januar ein Überschuß von 400 Mio. DM erwirtschaftet. Insgesamt blieb im bisherigen Verlauf des Jahres daher das Kassendefizit mit 2,142 Mrd. DM hinter den Etatansätzen zurück (siehe weiter oben).[1]

Bei den Ausgaben hatten die für die Verteidigung aufgewandten Mittel wiederum ein großes Gewicht, in den ersten sechs Monaten des Rechnungsjahres wurden allein schon 3,2 Mrd. DM, d.h. 22 % mehr als in der entsprechenden Vorjahrszeit für die Rüstung ausgegeben.[2]

Aber auch die nichtmilitärischen Aufwendungen erforderten 1959 höhere Mittel als im Vorjahr, besonders für Entschädigungszahlungen, Zuschüsse zu den Sozialversicherungen und Subventionen wurde viel bezahlt. Auch die Investitionen des Bundes für Wohnungs- und Straßenbau sind kräftig angestiegen.[3]

Da alle Ausgabenüberschüsse des Bundes über die ordentlichen Einnahmen durch Kredite finanziert wurden, haben die Kassenreserven im Januar wieder einen Stand von über 500 Mio. DM erreicht. Trotz des hohen Gesamtdefizits wegen der Auslandszahlungen ist bei den inneren Transaktionen ein Überschuß von 1,285 Mrd. DM entstanden.[4]

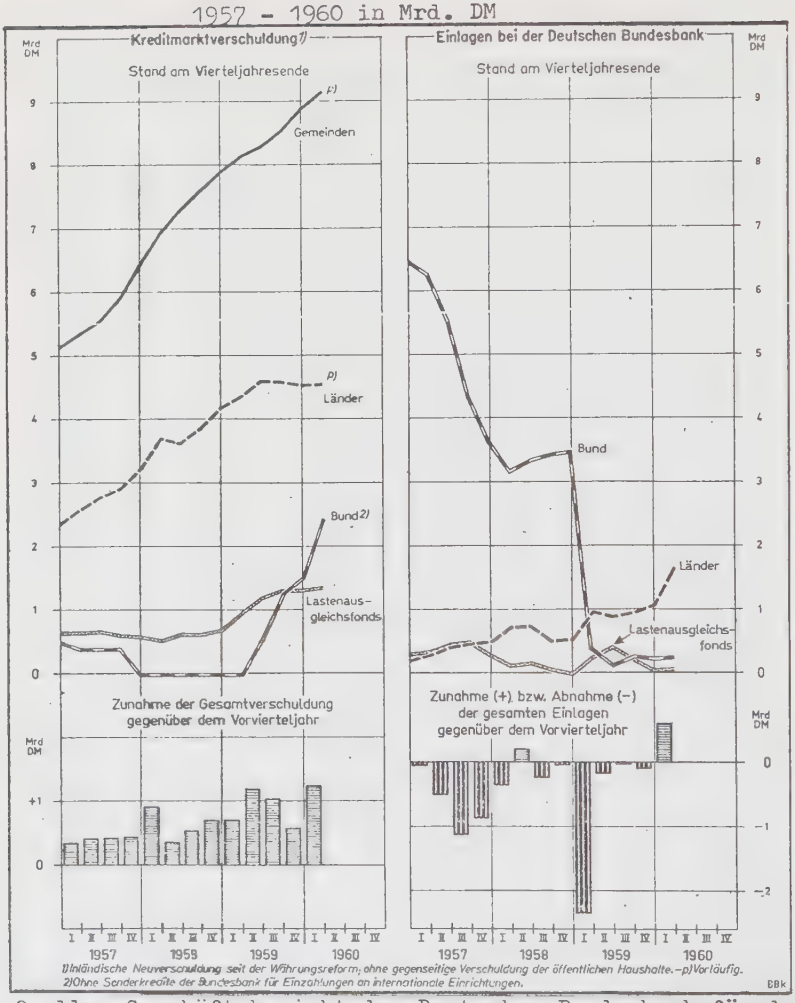
Da ein großer Teil der an das Ausland gezahlten Gelder jedoch über Bezüge aus Westdeutschland zurückgekehrt ist, ergibt sich insgesamt eine deutliche expansive Wirkung, wenn man die inlandswirksamen Ausgaben des Bundes mit den Stationierungsausgaben der NATO-Partner zusammenfaßt.[5]

Für das Rechnungsjahr 1960/61 sieht der Haushaltsplan des Bundes Ausgaben von 40,2 Mrd. DM vor, gegen 38 Mrd. DM im laufenden Rechnungsjahr. Wegen der für 1960 beabsichtigten Umstellung des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr soll der Plan nur für die neun Monate von April bis Dezember gelten. Die laufenden Einnahmen sind mit 36,9 Mrd. DM veranschlagt, für 2,9 Mrd. DM ist die Aufnahme von Krediten vorgesehen.[6]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 22 f.
2 Ebenda, S. 23.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 23 f.
5 Ebenda, S. 25.
6 Ebenda, S. 25 f.

Schaubild 3 - Verschuldung und Einlagen der öffentlichen Haushalte
1957 - 1960 in Mrd. DM



Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1959, Frankfurt (Main) o.J. (1960), S. 30.

Begleittext: Besonders bemerkenswert der steile Anstieg in der Kreditmarktverschuldung des Bundes etwa parallel zum Abbau der Kassenreserven und zum konjunkturellen Wiederanstieg. Interessant auch der Vergleich mit Schaubild 4: der Anstieg der Steuereinnahmen 1959 fällt mit dem der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zusammen. Die günstige Kassensituation der Länder 1958 und 1959 ist auch deutlich erkennbar.[1]

1 Siehe Schaubild 4 und 5 auf Seite 44.

1.1.3.2. Die Länder

Die Länderhaushalte waren im Frühjahr 1957 durch Einnahmesteigerungen begünstigt, denn das Steueraufkommen von Bund und Ländern war im Rechnungsjahr 1956/57 um insgesamt 4,12 Mrd. DM gestiegen, wovon die Länder erstmalig den mit 52 % größeren Anteil für sich buchen konnten. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen erhöhte sich damit auf 33 % gegenüber 30 % im vorangegangenen Rechnungsjahr 1955/56.[1]
Trotz dieser günstigen Einnahmesituation haben sich die Länder dennoch im vierten Quartal 1956 weiterhin am Kreditmarkt verschuldet, so daß sich der Bestand an Anleihen und Schatzanweisungen der Länder von 947 Mio. DM gegen Jahresende auf 996 Mio. DM erhöht hat.[2]
Wegen der insgesamt günstigen Finanzlage haben die Länder ihre Kredite trotz umfangreicher Investitionsvorhaben nicht voll verausgaben brauchen und konnten daher ihre Kassenreserven anreichern.[3]
Zur Jahresmitte 1957 verschlechterte sich die günstige finanzielle Entwicklung allerdings wieder, weil nämlich auf der Einnahmeseite das Steueraufkommen sich abschwächte, zugleich auf der Ausgabenseite mit den Auswirkungen der Besoldungsreform vom 1. April 1957 und den Zuschüssen der Länder zum Bundesentschädigungsgesetz neue Belastungen auftraten. Daher nahmen die Zentralbankeinlagen von Bund, Fonds und Ländern im Juli um rund 900 Mio. DM ab, von den Ländern wurden außerdem 85 Mio. DM durch Kassenkredite aufgenommen.[4]
Waren die Steuereinnahmen der Länder wegen der auslaufenden Veranlagung für das (Boom-) Jahr 1955 und die sich abschwächende konjunkturelle Expansion im Juli noch um 1,6 % hinter dem Vorjahrsergebnis zurückgeblieben,[5] so verdoppelten sich die Einnahmen der Länder im September 1957 gegenüber August auf rund 1,8 Mrd. DM.[6]
Insgesamt konnten die Länder dadurch für den Zeitraum von April bis September des neuen Rechnungsjahres ihre Ausgaben voll durch die ordentlichen Einnahmen abdecken, wenn man die ihnen vom Bund und Lastenausgleichsfonds

1 Monatsberichte, a.a.O., April 1957, S. 20.
2 Ebenda, S. 20 ff.
3 Siehe dazu Schaubild 3 auf Seite 36.
4 Monatsberichte, a.a.O., August 1957, S. 23 f.
5 Ebenda, S. 24.
6 Monatsberichte, Oktober 1957, S. 24.

für Investitionszwecke eingeräumten Kredite hinzu=rechnet.[1]

Zum Jahreswechsel 1957/58 schwächte sich der Anstieg des Steueraufkommens jedoch parallel zur konjunkturellen Entwicklung ab, der Zuwachs für das gesamte Jahr 1957 gegenüber 1956 betrug nur noch 6,5 %, wogegen er im Vor=jahr noch 12,4 % gegenüber 1955 betragen hatte.[2]

Da die Länder von dem Einnahmeausfall durch Steuerer=leichterungen (Notopfer Berlin, Lohnsteuer, Zölle) ins=gesamt weniger betroffen waren als der Bund, haben sich die Anteile am Steuermehrertrag auch 1957 zugunsten der Länder verschoben (1955: 26 %, 1956: 46 %, 1957: 66 %).[3]

Aus diesem Grund konnten die Länder ihren Ausgabenan=stieg mühelos durch Rückgriff auf Reserven und nicht ausgenutzte Kreditspielräume bewältigen.[4]

Im ersten Quartal 1958 lag das Steueraufkommen nur noch um 0,9 % über dem Vorjahresstand, so daß bei den Ländern die Einnahmen insgesamt um 2,5 % unter dem Niveau des Vorjahres blieben (siehe auch Schaubild 4, S. 44).[5]

Auf Grund dieser ungünstigen finanziellen Entwicklung haben sich die Länder weiter am Kreditmarkt verschuldet, von Januar bis März 1958 wurden rund 300 Mio. DM neu aufgenommen.[6]

Entgegen der Saison sank der Überschuß der Steuerein=nahmen der Länder in der zweiten Hälfte des Rechnungs=jahres ebenfalls,[7] daher ist die Verschuldung von Län=dern und Gemeinden in der Zeit von Juli bis September um noch einmal 650 Mio. DM angestiegen. Ursache dafür war bei den Gemeinden (mehr als bei den Ländern) der Rückgang an kommunalen Steuereinnahmen, bei den Ländern hauptsächlich die ungebrochene Investitionsfreudigkeit.[8]

Gegen Jahresende verbesserten sich die Steuereinnahmen wieder mit der Beendigung der Veranlagungspause für die Einkommensbesteuerung (siehe Schaubild 4, S. 44). Das Aufkommen der Länder aus Steuern stieg im Oktober und

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1957, S. 24.
2 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 21.
3 Ebenda, S. 22.
4 Ebenda, S. 26 ff.
5 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1958, S. 11 f.
6 Ebenda, S. 16.
7 Monatsberichte, a.a.O., August 1958, S. 15.
8 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 21 f.

November um etwa 19 %, nachdem es im August noch praktisch stagniert hatte.[1] Da die Ausgabensteigerungen wegen der zahlreichen Investitionsvorhaben jedoch noch schneller wuchsen, wurden die Kassenreserven abgebaut und neue Kredite aufgenommen. Zahlreiche Ausgabeverpflichtungen aus der Zeit der Stagnation der Steuereinnahmen vom Herbst 1957 bis zum Herbst 1958 mußten durch die neuen Steuereinnahmesteigerungen zunächst abgedeckt werden. Die Neuverschuldung ist von Oktober bis November trotz der günstigen Einnahmeentwicklung um rund 200 Mio. DM gestiegen.[2] Die Gesamtverschuldung wuchs 1958 um 1 Mrd. DM (1957: 0,8 Mrd. DM) und erreichte gegen Ende des Jahres einen Stand von 4,1 Mrd. DM.[3]
Für das Haushaltsjahr 1959/60 planen die Länder geringere Investitionsausgaben, da sie von der Förderung privater Investitionsvorhaben durch Kapitalsubventionen zu Zinssubventionen übergehen wollen.[4]

Zu Anfang des Jahres 1959 verlief die Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder weiterhin günstig, besonders wegen der Einkommenssteuerveranlagungen für das Jahr 1957. Aus diesem Grund ist die für das im März ablaufende Rechnungsjahr sich ergebende Gesamtverschuldung bedeutend langsamer gewachsen (um 710 Mio. DM) als es noch im vorhergegangenen Rechnungsjahr 1957/58 der Fall gewesen war (nämlich um 1,120 Mrd. DM).[5] Aus dem Schaubild 4 läßt sich die für die Länderfinanzen wichtige günstige Entwicklung des Aufkommens aus der veranlagten Einkommenssteuer deutlich ersehen, Schaubild 3 zeigt den Anstieg der Einlagen der Länder bei der Deutschen Bundesbank in diesem Zeitraum (siehe dazu S. 44 bzw. 36).
Für das erste Rechnungshalbjahr 1959/60 verzeichneten die Länderhaushalte einen Überschuß der laufenden Rechnung von 2,5 Mrd. DM, damit um eine Milliarde DM mehr als im Vorjahreszeitraum. Allerdings wurden auch die Investitionsausgaben kräftig erhöht, nämlich um 800 Mio. DM oder 26 % (!).[6] Offensichtlich haben die Länderhaushalte

1 Monatsberichte, a.a.O., Dezember 1958, S. 14.
2 Ebenda, S. 16 f.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 27.
4 Ebenda.
5 Monatsberichte, a.a.O., April 1959, S. 26.
6 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 27.

nun endgültig die finanziellen Belastungen aus der Besoldungsreform überwunden.
Im Quartal Oktober bis Dezember 1959 verbesserte sich die Einnahmesituation noch mehr im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung. Auch das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer ist nun wieder ansteigend (siehe dazu Schaubild 4, S. 44).
Die Kassenreserven der Länder erreichen im Dezember 1959 einen neuen Höchststand von 1,070 Mrd. DM. Ursache dafür waren die im vierten Quartal 1959 um 470 Mio. DM oder 11,5 % höheren Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum.[1]
In den ersten neuen Monaten des laufenden Rechnungsjahres ist die Verschuldung der Länder nur um 190 Mio. DM gewachsen, nachdem sie in der Zeit des vorigen Rechnungsjahres noch um 475 Mio. DM angestiegen war.[2]
Nichtsdestoweniger planen die Länder für das kommende Haushaltsjahr eine Kreditaufnahme von 1,8 Mrd. DM (gegen 1,5 Mrd. DM im Etat 1959/60), obwohl angesichts der konjunkturellen Entwicklung im neuen Rechnungsjahr wieder mit hohen Steuereinnahmen gerechnet werden kann.[3]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 27.
2 Ebenda, S. 29.
3 Ebenda.

1.1.3.3. Die Gemeinden

Im vierten Quartal 1956 verzeichneten die Gemeinden ein um 16 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegenes Steueraufkommen. Dieser kräftige Zuwachs reichte jedoch nicht aus, um das hohe Ausgabenvolumen zu finanzieren. Da die Kreditbeschaffungsmöglichkeiten zu diesem Zeitraum sehr begrenzt waren, hohe laufende Ausgaben (hauptsächlich Personalkosten) jedoch getätigt werden mußten, blieb den Gemeinden nichts anderes übrig, als ihre Investitionsprogramme zu kürzen.[1]
Die günstige Einnahmesituation blieb wegen der hohen Abschlußzahlungen für die Gewerbesteuer von 1955 (Boomjahr) auch in der ersten Hälfte 1957 erhalten.[2]
Hauptsächlich durch die Auswirkungen der Besoldungsreform verschlechterte sich ab Mitte 1957 die finanzielle Situation der Gemeinden. So stiegen die Personalausgaben im 3. Quartal sprunghaft um etwa 130 Mio. DM an.[3] Die Einnahmen blieben dagegen wegen des Aufschubs in der Veranlagung der Gewerbesteuer (Umgestaltung der Einkommensbesteuerung) für 1956 stark zurück. Absolut gesehen ist die Kreditmarktverschuldung der Gemeinden mit 6,2 Mrd. DM gegen Ende 1957 etwa doppelt so hoch wie die der Länder[4](siehe dazu das Schaubild 3, S. 36).

Im Frühjahr 1958 ist nach der Rückzahlung der Bundesanleihe von 1952 die Kreditmarktverschuldung des Bundes praktisch null, dafür sind die Kreditansprüche der Länder und Gemeinden erheblich angestiegen, hauptsächlich deshalb, weil die vom bisherigen Einnahmeanstieg verwöhnten Haushalte ihr Investitionsvolumen trotz Einnahmerückgang aufrechterhalten wollten. Die Einnahmen der Gemeinden sind im 4. Quartal 1957 noch kräftig angestiegen, am Jahresanfang 1958 blieben sie aber mit nur 3 % Zuwachs weit hinter den entsprechenden Vorjahrsmonaten zurück.[5]
Die Gemeinden konnten kaum auf Rücklagen zurückgreifen (wie die Länder) und mußten sich daher verstärkt ver-

1 Monatsberichte, a.a.O., März 1957, S. 19 f.
2 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1957, S. 19 f.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 29.
4 Ebenda, S. 29 f.
5 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1958, S. 12.

schulden. Ihre Kreditaufnahme am Kapitalmarkt stieg im ersten Vierteljahr 1958 um etwa 650 Mio. DM gegen nur 220 Mio. DM in der Vorjahrszeit. Am 31. März, dem Ende des Rechnungsjahres 1957/58, stellte sich die gesamte Kreditmarktverschuldung der Gemeinden auf über 7 Mrd. DM und damit auf fast zwei Drittel der von allen öffentlichen Haushalten seit der Währungsreform an den Kreditmärkten per Saldo aufgenommenen Mittel.[1]

Zur Jahresmitte verschlechterte sich die Situation noch mehr durch den weiteren Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen, die von April bis Juni 1958 erstmals seit der Währungsreform hinter dem Vorjahresstand zurückblieben, wahrscheinlich, weil wegen der Veranlagungspause die Abschlußzahlungen auf die Gewerbesteuer stark nachließen.[2]

Die Einnahmeentwicklung der Gemeindehaushalte verhielt sich damit etwa parallel zu der der Länder: Bis Herbst 1958 kassenmäßige Beanspruchungen durch die Veranlagungspause - bei den Ausgaben durch die Besoldungsreform vom April 1957 kräftige Steigerungen. Erst im vierten Quartal 1958 besserten sich die Einnahmeverhältnisse, so daß die Verschuldung wesentlich geringer anstieg als im gleichen Zeitraum 1957. Allerdings hat der Schuldendienst bei vielen Gemeinden bereits einen Zurückhaltung gebietenden Umfang angenommen.[3]

Zum Jahresende 1958 ist durch die Beendigung der Veranlagungspause eine Besserung in den Einnahmeverhältnissen der Gemeinden eingetreten, jedoch haben sie sich bereits stärker als die anderen Haushalte verschuldet, im Rechnungsjahr 1958/59 insgesamt machten die Gemeindeschulden fast die Hälfte der gesamten öffentlichen Verschuldung aus.[4]

Im Frühjahr 1959 sind für die Gemeinden Mehreinnahmen von 1,78 Mrd. DM (von Januar bis März) zu verzeichnen, dies bedeutet eine Steigerung von 19 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Kreditnachfrage der Gemeinden hat sich seit Herbst 1958 weiter verlangsamt.[5]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1958, S. 16.
2 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 23.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 27 f.
4 Monatsberichte, a.a.O., April 1959, S. 27.
5 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1959, S. 26 f.

Obwohl sich die Kreditmarktverschuldung der Gemeinden zu Anfang des Jahres 1959 nur in relativ geringem Maße vermehrt hat, ist sie doch seit der Währungsreform zu einem Schuldenberg angewachsen, welcher die gesamte Verschuldung aller übrigen Haushalte noch übertrifft. Am 31. März erreichten die Verbindlichkeiten der Gemeinden einen Stand von fast 11 Mrd. DM, davon entfielen über 8 Mrd. DM auf die Kreditmärkte, der Rest der Gelder wurde überwiegend von anderen Haushalten ausgeliehen.[1] Bis Ende September 1959 hat sich diese Entwicklung weiter fortgesetzt. Die Gemeindehaushalte stehen mit der Neuverschuldung an der Spitze, die Länder erreichten im gleichen Zeitraum nur etwa die Hälfte der kommunalen Verschuldung.[2] Dabei waren die Einnahmen der Gemeinden innerhalb dieses Zeitraumes durchaus kräftig angestiegen (geschätzt: + 21 %).[3]

Nach Überwindung der Folgen aus der Besoldungsreform sind auch aus den laufenden Ausgaben keine besonderen Belastungen mehr für die Gemeindehaushalte entstanden, allerdings wuchsen die Investitionen für Bauten und Beschaffungen im ersten Rechnungsvierteljahr 1959/60 um etwa 1 Mrd. DM überaus kräftig, nämlich um 20 % („Bauboom").[4] Aus diesem Grunde haben die Gemeinden auch weiterhin neue Fremdmittel aufnehmen müssen, wogegen die Länder die relativ günstige Einnahmesituation dazu benutzten, ihre Schulden zu vermindern bzw. ihre Kassenreserven anzureichern, haben die Gemeinden ihre Investitionen erhöht und sich weiter, wenn auch abgeschwächt, verschuldet.[5]

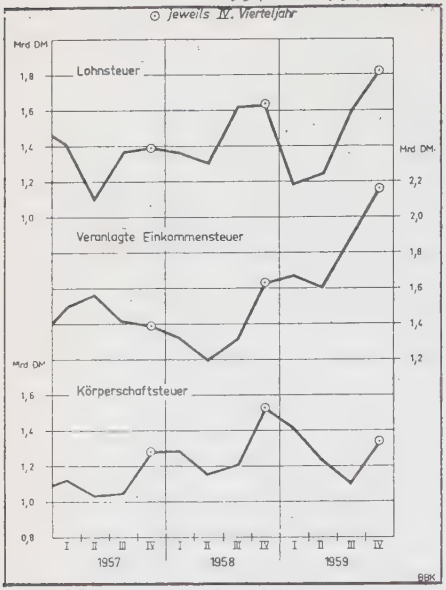
Die hohen kommunalen Verbindlichkeiten stehen im Gegensatz zu der Tatsache, daß von den öffentlichen Ausgaben nur ein Fünftel auf die Gemeinden entfällt, von den Steuereinnahmen sogar nur rund 13 %.[6]

Auch zum Jahresende 1959 ändert sich der „Verschuldungstrend" der Gemeinden nicht, offenbar wurden - haushaltsrechtlich korrekt - vor dem Beginn der Investitionsvorhaben Reserven gebildet.

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Dezember 1959, S. 11.
2 Ebenda.
3 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 31.
4 Ebenda.
5 Ebenda, vgl. auch Schaubild 3 auf Seite 36.
6 Monatsberichte, a.a.O., Dezember 1959, S. 11.

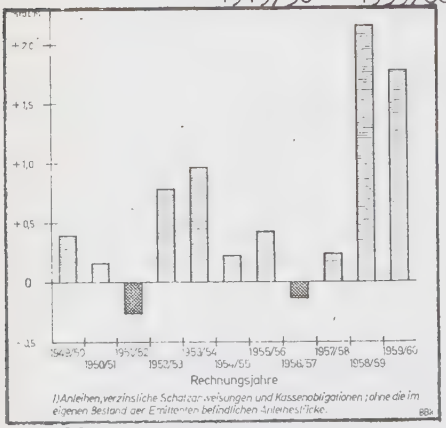
Schaubild 4 - Aufkommen aus den Einkommenssteuern 1957 - 1959 in Mrd. DM



Begleittext: Deutlich ist das schwache Aufkommen an allen drei Steuerarten während der Veranlagungspause 1958 zu erkennen. Beim Vergleich beider Schaubilder wird die Parallelität zwischen dem Anstieg des Steueraufkommens und der Verschuldung 1959 besonders erkennbar. Die unterschiedliche finanzielle Situation der einzelnen Haushalte läßt sich aus dem Vergleich mit Schaubild 3 gut entnehmen.[1]

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main), Januar 1960, S. 21.

Schaubild 5 - Nettoabsatz öffentlicher Wertpapiere[1] 1949/50 - 1959/60 in Mrd. DM



Begleittext: Bemerkenswert ist hier besonders die relativ geringe Verschuldung der öffentlichen Haushalte während des konjunkturell „schwachen" Jahres 1958 und die rel. hohe Verschuldung in der Aufschwungphase 1959.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main), Mai 1960, S. 18.

---

1 Siehe Seite 36.

1.1.4. Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte

Im Jahre 1957 wuchs das gesamte Einkommen der privaten Haushalte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen um 7,9 %, also mit der gleichen Rate wie das Volkseinkommen. Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit nahm dagegen sowohl brutto (+ 8,9 %) als auch netto (+ 8,6 %) stärker zu, so daß sich sein Anteil am Gesamteinkommen von 67,5 % auf 68,1 % (1957) gegenüber dem Vorjahr erhöhte.[1] Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich die Zahl der Erwerbstätigen einerseits zwar durch den Abbau der Arbeitslosigkeit erhöhte, jedoch zugleich in steigendem Maße Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt wurden, so daß die Gesamtzahl der abgeleisteten Arbeitsstunden sich gegenüber 1956 eher verringert hat.[2] Die Arbeitszeitverkürzungen wirkten sich besonders auf die durchschnittlichen Bruttolohn- und Gehaltssummen je beschäftigten Arbeitnehmer aus; hier war ein Wachstum von nurmehr 4,1 % gegenüber 6,9 % im Jahre 1956 zu verzeichnen. Berücksichtigt man jedoch diese Sondereinflüsse, so ist die durchschnittliche Steigerung der Stundenverdienste aller Arbeitnehmer etwa wie im Vorjahr ausgefallen.[3] Durch den eingeengten Angebotsspielraum an Arbeit und durch die Ausschöpfung der Arbeitslosenreserve wurde auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage deutlich beeinflußt, besonders die private Verbrauchsnachfrage hat sich deutlich abgeschwächt, denn obwohl die privaten Haushalte bei einem Anstieg der Masseneinkommen um reichlich 10 Mrd. DM und einem Wachstum der Privatentnahmen der Selbständigen von mehr als 2 Mrd. DM im Jahre 1957 um rund 13 Mrd. DM mehr verfügen konnten als im Vorjahr, sind nur etwa 8,5 Mrd. DM auch wirklich verausgabt worden, wogegen rund 4 Mrd. DM gespart worden sind. Aufgrund dieser Entwicklung stieg die durchschnittliche Sparquote der privaten Haushalte von 5,8 % im Jahre 1956 auf 8,2 % an. Die Aufnahme von Konsumentenkrediten ist dagegen 1957 fast vollständig zum Stillstand gekommen.[4] Besonders deutlich

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 264 f.
2 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 49 f.
3 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 265 f.
4 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 51 f.

wird die Nachfrageabschwächung die von den privaten Haushalten ausging, wenn man das Wachstum des Verbrauchs pro Einwohner betrachtet, welches sich von 10,5 % 1956 auf nur 6 % im Jahre 1957 ermäßigt hat.[1] Während sich die private Verbrauchsnachfrage also 1956 noch kräftig ausgedehnt hatte (+ 11,8 %), blieb sie 1957 mit einem Zuwachs von 7,5 % zurück. Der Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt sank von 59,2 % (1956) auf 58,7 % (1957) und verfehlte damit seinen bisher niedrigsten Stand vom Jahre 1955 (58,3 %) nur knapp.[2]
Die in der Nachkriegswirtschaftsgeschichte oft geradezu die konjunkturelle Abschwächungsphase kennzeichnende starke Ausdehnung der privaten Verbrauchsnachfrage ist daher zumindest 1957 noch nicht eingetreten. Dabei war die Entwicklung der durchschnittlichen Stundenverdienste keineswegs ungünstig, jedoch wirkten sich (wie oben beschrieben) die Arbeitszeitverkürzungen mindernd auf das Wachstum der durchschnittlichen Wochen- und Monatsverdienste aus. Obwohl man nun annehmen sollte, daß die privaten Haushalte (der Arbeitnehmer) ihre Ersparnisse wenigstens teilweise auflösen würden zugunsten der Aufrechterhaltung des Verbrauchs ist, wie wir bei der Verhaltensanalyse noch erläutern werden, genau das Gegenteil eingetreten: es wurde weniger konsumiert und mehr gespart. Dieser Vorgang ist sicherlich zumindest teilweise durch den steilen Anstieg der Einkommen aus öffentlichen Renten und Unterstützungszahlungen erklärbar; diese Einkommen sind infolge der Rentenreform nämlich im Jahre 1957 um 4,6 Mrd. DM bzw. 21 % angestiegen.[3] Offensichtlich wurde diese Einkommenssteigerung von den Betroffenen nicht sogleich in Konsum umgesetzt, sondern verblieb teilweise zunächst auf Sparkonten. Eine vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Ermittlung über den Verbrauch in Haushalten von Renten- und Fürsorgeempfängern im Jahre 1957[4] verdeutlicht besonders den Umschwung in der Einkommenssituation dieser Haushalte. Von 1956 auf 1957 wurde für diese Einkommensbezieher der seit Beginn der Erhebungen höchste festgestellte Ein-

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 267.
2 Ebenda, S. 266.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 51.
4 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 369 ff.

nahmezuwachs von über 20 % festgestellt, wobei die Nettoeinnahmen parallel zu den Bruttoeinnahmen wuchsen. Durch diesen Zuwachs an verfügbarem Einkommen waren diese Haushalte, welche in den vergangenen Jahren zumeist fast ihre gesamten Nettoeinnahmen für den Verbrauch hatten aufwenden müssen, erstmals in der Lage, einen relativ größeren Betrag zu sparen.[1]
Von den Mehrausgaben für den Bedarf entfiel ein Großteil auf langlebige Konsumgüter, so expandierten bspw. die Aufwendungen für Hausrat (Möbel, Öfen, Herde etc.) ganz besonders, ebenso die Ausgaben für Ferien und Erholung.[2]

Im Jahre 1958 machte sich die konjunkturelle Abschwächung in der Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nicht bemerkbar, dieses wuchs mit 8,2 % wesentlich stärker als das Volkseinkommen (+ 5,5 %). Aus diesem Grund war auch 1958 wieder eine Steigerung im Anteil am Volkseinkommen von 62,4 % auf 63,9 % zu verzeichnen.[3]
Da sich jedoch die Zahl der abhängig Beschäftigten auch 1958, wenn auch in geringerem Maße als im Vorjahr, erhöhte, schlug sich die Zunahme in den durchschnittlichen Bruttolöhnen und -gehältern der Beschäftigten nur abgeschwächt nieder, obwohl sich die Arbeitszeitverkürzungen nicht in dem Ausmaß von 1957 fortsetzten.
Da das Einkommen aus unselbständiger Arbeit stärker als das Volkseinkommen gewachsen ist, hat sich ex definitione der Anteil der Unternehmen gemindert. Eindeutige Schlüsse auf die allgemeine Gewinnsituation der Unternehmen lassen sich jedoch nur mit Vorsicht daraus ziehen, wegen der Unterschiedlichkeit der Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Für die Industrie ist immerhin eine Verringerung der Gewinnmargen erkennbar, dort standen der durchschnittlichen Erhöhung der Wochen- und Monatsverdienste von 6,6 % nur Zuwächse von 2,4 % für das Produktionsergebnis je Beschäftigten gegenüber, die Lohnkosten je Produktionseinheit erhöhten sich demzufolge um 3,9 %.[4]
Auch hier ist allerdings Vorsicht bei der Beurteilung geboten, denn im Endergebnis könnten sich die gesunkenen

---

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 369 ff.
Vgl. dazu auch Schaubild 6 auf Seite 52.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 370 ff.
3 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 8.
4 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1959, S. 6.

Rohstoffpreise auf den Weltmärkten erheblich auf die Stückkosten, von denen die Lohnkosten ja schließlich nur ein Teil sind, ausgewirkt haben.
Die Einkommen aus Unternehmen und Kapitalvermögen vor Steuern scheinen sich 1958 aber tatsächlich nur schwach um etwa 1,6 % erhöht zu haben.[1]
Für die Arbeitnehmer wirkte sich die Steigerung der Abgaben vom Arbeitseinkommen für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge um 13,7 % (1958) gegenüber 5,5 % im Vorjahr mindernd auf das verfügbare Einkommen aus, einmal wegen der zunehmenden Wirkung des progressiven Lohnsteuertarifs durch die Lohnerhöhungen, zum anderen weil sich die von der Bundesregierung beschlossenen Steuererleichterungen im Jahre 1958 noch nicht voll auswirkten.[2]
Wesentlich günstiger war dagegen die Situation für die Empfänger von Renten, Pensionen und Unterstützungen, deren Einkommen auch 1958 mit 11 % wieder kräftig anstieg.[3] Ursache hierfür war der fortschreitende Abbau des Überhangs an unerledigten Aufträgen im Rahmen der Rentenreform. Hinter der „Einkommensexplosion" des Vorjahres blieb das Wachstum zwar zurück, wirkte aber dennoch insgesamt stabilisierend auf das sinkende Wachstum des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte, welches 1958 nur noch einen Anstieg von 6,4 % gegenüber 10,3 % im Vorjahr zu verzeichnen hatte.[4]
Der private Verbrauch schwächte sich daher weiter ab und blieb mit einem Wachstum von nur 5,7 % auch 1958 wie schon im Vorjahr hinter der Wachstumsrate des Volkseinkommens zurück. Es zeigt sich in diesem Konjunkturverlauf die interessante Parallele einer gleichmäßigen Abschwächung im Wachstum von Gesamtwirtschaft und privatem Verbrauch - wegen des time-lag in der Wirkung von Lohnerhöhungen auf den Verbrauch ist die Spätphase des Konjunkturzyklus im Normalfall durch eine lebhafte Verbrauchsgüterkonjunktur gekennzeichnet, in diesem Zyklus hat sich der Verbrauch dagegen von 1956 bis 1958 (und auch 1959) ständig gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt.[5]

---

1 Siehe dazu Tabelle 3 auf Seite 53.
2 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1959, S. 7 f.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 8.
5 Siehe dazu Schaubild 6 auf Seite 52.

Mit dem konjunkturellen Wiederaufschwung hat sich das Beschäftigungsvolumen 1959 noch einmal relativ kräftig ausgeweitet, die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 1,6 %, nachdem im Vorjahr - trotz der ungünstigen Wirtschaftslage - immerhin noch ein Zuwachs von 0,9 % zu verzeichnen gewesen war.[1] Das eine erneute Steigerung der Beschäftigung möglich wurde, lag hauptsächlich an der zunehmenden Beseitigung der saisonalen Arbeitslosigkeit besonders im Baugewerbe. Da zugleich keine weiteren Arbeitszeitverkürzungen auftraten, hat sich die Gesamtzahl der abgeleisteten Arbeitsstunden mit der Beschäftigtenzahl erhöht.[2]

Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wuchs 1959 um 7,1 % gegenüber dem Vorjahr und damit schwächer als das Volkseinkommen (+ 8,0 %). Wesentlich stärker, nämlich um 12,2 % stieg jedoch das Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen[3] - offensichtlich ist der neue Wirtschaftsaufschwung mit einer verbesserten Gewinnsituation der Unternehmen in der Gesamtheit einhergegangen (wir werden im Kapitel über das Gewerkschaftsverhalten diesen Aspekt noch ausführlich erläutern).

Der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen hat sich gegenüber 1958 (61,5 %) leicht auf 61,0 % vermindert (siehe dazu Tabelle 3, S. 53).

Die Abschwächung der privaten Verbrauchsnachfrage hat sich 1959 kaum noch fortgesetzt, mit einem nominell und real nur wenig divergierenden Wachstum von 7,2 % bzw. 6,1 % blieb der private Verbrauch zwar wiederum hinter dem Wachstum des Volkseinkommens von 8,0 % zurück, ebenso knapp hinter der nominellen Wachstumsrate des Verbrauchs von 1958 (7,4 %) - real wuchs der private Verbrauch 1959 indes stärker als im Vorjahr, nämlich um 6,1 % gegen 4,7 % im Vorjahr.[4] Es ist dabei verwunderlich, daß sich die Preissteigerungen auf dem Ernährungssektor infolge der Dürre im zweiten Halbjahr 1959 nur vorübergehend stärker auf die nominelle Steigerung der Verbrauchsausgaben nieder-

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1960, S. 9 f.
2 Ebenda, S. 10., Vgl.: Kapitel 2.1.4., Tabelle 8, S. 194.
3 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 510.
4 Ebenda, S. 511.

geschlagen haben.[1] Offensichtlich wurden die Ausgaben auf anderen Gebieten, wie bspw. im Dienstleistungssektor dafür eingeschränkt. Besonders deutlich wird diese Umschichtung in der Ausgabenstruktur bei den Ausgaben für den Reiseverkehr ins Ausland, hier war 1959 nur noch ein Wachstum von allerdings immerhin 17 % zu verzeichnen, gegen die erstaunliche Steigerung von 48 % im Vorjahr.[2] Ursache für diese Ausgabeneinschränkungen war möglicherweise auch die 1959 verringerte Steigerungsrate der sog. Masseneinkommen[3], die nur noch 6 % betrug gegen 8 % im Vorjahr. Allerdings ist das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (als bedeutendster Faktor des Masseneinkommens) etwa im gleichen Maße wie im Vorjahr gewachsen. Entscheidend war wohl die Abschwächung im Bereich der auf Renten, Pensionen und Unterstützungen beruhenden Einkommen, die nur um insgesamt 2,6 % gestiegen sind, nachdem in den Vorjahren noch spektakuläre Steigerungsraten von 12 % bzw. 22 % zu verzeichnen waren. Ursache dieses Rückgangs waren die geringeren Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung, die Kriegsopferversorgung und den Lastenausgleich.[4]

Die Sparquote hat sich im Jahre 1959 nicht weiter erhöht, wie wir aus Schaubild 6, S. 52, entnehmen können. Betrachten wir die längerfristige Entwicklung, nämlich von 1950 bis 1959, so fällt zunächst einmal auf, daß sich der Anteil der Einkommen der privaten Haushalte aus unselbständiger Arbeit am Gesamteinkommen von 1950: 54,1 % bis 1959: 56,3 % geringfügig erhöht hat, der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat sich dagegen von 1950: 31 % auf 1959: 28 % vermindert.[5] Diese Zahlen erhalten aber eine andere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß seit dem Jahre 1950 die Zahl der Erwerbstätigen um 22 %, die der beschäftigten Arbeitnehmer um 36 % gestiegen ist - die Zahl der Selbständigen (mit den im Unternehmen mithelfenden Familienangehörigen) ist im gleichen Zeitraum jedoch um runde 7 % zurückgegangen.[6]

---

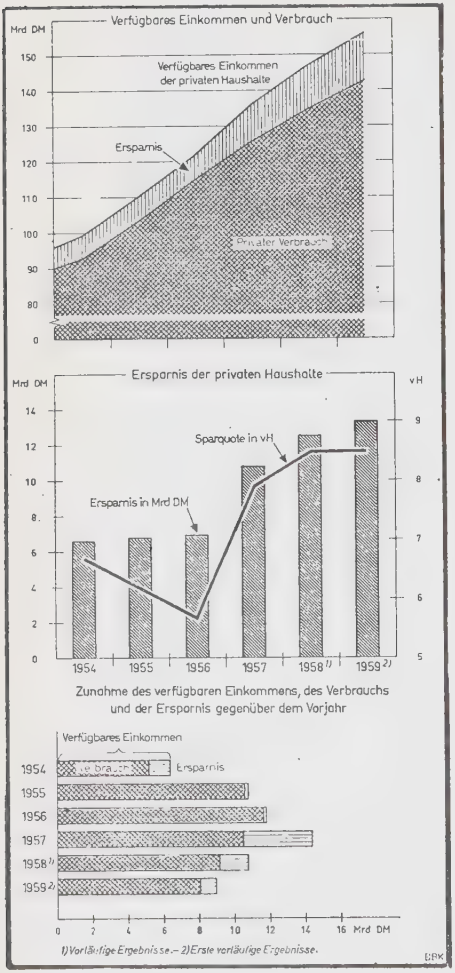
1 Monatsberichte, a.a.O., November 1959, S. 13 f.
2 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1960, S. 15 f.
3 Nettolöhne und -gehälter plus öffentliche Einkommensübertragungen. Vgl.: Monatsbericht vom Nov. 1959, S. 12.
4 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1960, S. 16.
5 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 698 f.
6 Ebenda, S. 700.

Ein etwa konstanter Anteil am Gesamteinkommen der Arbeitnehmer hat sich also auf eine erheblich gestiegene Anzahl verteilt, der leicht gesunkene Anteil der Bezieher von Einkommen aus Unternehmen und Vermögen kam einer stark geminderten Anzahl zugute. Betrachtet man die zeitliche Entwicklung der Zuwachsraten der Einkommensarten Unternehmertätigkeit und Kapitalvermögen, so trat das höchste Wachstum in Jahren des Wirtschaftsaufschwunges, nämlich 1951 und 1959 ein. Das Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit hat sich dagegen relativ gleichmäßig entwickelt. Die Zuwachsraten übertreffen die der ersten Einkommensarten in allen übrigen Jahren.[1] Von dem Gesamteinkommen der privaten Haushalte wurden 1959 etwa 19,2 % als laufende Übertragungen an den Staat und, in vernachlässigbarem Ausmaß, an das Ausland abgeführt. Für den Verbrauch wurden 69,8 % aufgewandt, 11,1 % wurden gespart. Diese Einkommensverwendung sah 1950 noch anders aus: 16,7 % gingen an den Staat (das Ausland fiel praktisch aus), 76,7 % wurden verkonsumiert und 6,6 % gespart.[2] Der Anteil der Ersparnis hat sich in den Jahren von 1950 bis 1959 demnach stark vermehrt, allerdings sind die Zuwachsraten der Ersparnisbildung seit 1957 zunehmend rückläufig, von 16,4 % (1957) auf 7,1 % (1958) und schließlich 2,4 % (1959).[3] In den beiden letzten Jahren wiesen der private Verbrauch und das Gesamteinkommen etwa gleiche Zuwachsraten auf, wogegen der Verbrauch in den meisten Vorjahren anteilsmäßig zurückgeblieben war.[4]
Erstaunlich ist die Entwicklung der Verbrauchsausgaben deutscher Touristen im Ausland durch den beginnenden „Massentourismus": Der Anteil am privaten Verbrauch, der 1950 nur 0,1 % betragen hatte, vervielfachte sich bis 1959 auf immerhin 1,5 %[5] - eine Erscheinung, die uns bei der Verhaltensanalyse noch weiter beschäftigen wird (vgl. dazu Seite 93).

---

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 699. Für die Jahre 1957 bis 1959 vgl. auch Tab. 4, S. 53. Auf die Folgen des Wandels in der Beschäftigtenstruktur für die Einkommensverteilung werden wir an anderer Stelle (Kap. 2.2.2. und 2.2.3.) noch ausführlicher eingehen.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 705.
3 Vgl.: Schaubild 6, S. 52.
4 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 705 f.
5 Ebenda, S. 710.

Schaubild 6 - Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte 1954 bis 1959 in Mrd. DM



Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main), Februar 1960, S. 15.

Begleittext:

Besonders auffallend ist der steile Anstieg der Sparquote von 1956 auf 1957. Mit dem konjunkturellen Wiederaufschwung verringert sich das Wachstum der Sparquote dann deutlich, verbleibt aber auf relativ hohem Niveau.

Der private Verbrauch, welcher seinen Anteil am verfügbaren Einkommen im vorangegangenen Konjunkturzyklus während des Aufschwunges von 1954 auf 1955 stark ausgedehnt hatte, verzeichnete zu Beginn des wiedereinsetzenden Aufschwunges im Jahre 1959 noch immer abnehmende Zuwachsraten. Da jedoch auch im wirtschaftlich schwächsten Jahr (1958) der Verbrauch auf relativ hohem Niveau verblieb kann man sagen, daß die private Verbrauchsnachfrage 1958 (wie auch 1959) antizyklisch gewirkt hat.

Tabelle 3 - Die Verteilung des Volkseinkommens

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
1957 bis 1959

Jahr	Volkseinkommen	Einkommen der privaten Haushalte[1]) aus Erwerbstätigkeit und Vermögen: Einkommen aus unselbständiger Arbeit[2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen[3]) (Von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt)	Unverteilte Einkommen[4]) der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit[5])	Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen[6])	Minus Scheingewinne Plus Scheinverluste
			Mill. DM			
1957	165 760	100 430	51 060	11 130	3 550	— 460
1958[7])	177 210	109 000	51 890	11 550	3 710	+ 1 060
1959[7])	191 380	116 780	58 220	12 700	3 800	— 120
			1950 = 100			
1957	222	228	193	228	403	.
1958[7])	238	247	196	237	422	.
1959[7])	257	265	220	260	432	.
			Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH			
1957	+ 8,0	+ 9,4	+ 5,1	+ 7,5	+ 21,2	.
1958[7])	+ 6,9	+ 8,5	+ 1,6	+ 3,8	+ 4,5	.
1959[7])	+ 8,0	+ 7,1	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,4	.
			Anteil am Volkseinkommen in vH			
1957	100	60,6	30,8	6,7	2,1	— 0,3
1958[7])	100	61,5	29,3	6,5	2,1	+ 0,6
1959[7])	100	61,0	30,4	6,6	2,0	— 0,1

[1]) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — [2]) „Meßbares" Einkommen: Einschl. Werbungskosten, jedoch ohne diejenigen Lohnnebenkosten, die als Einkommen der Arbeitnehmer anzusehen und nicht in den Bruttolohn- und -gehaltsumme und den Arbeitgeberbeiträgen zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung enthalten sind. — [3]) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — [4]) Einschl. der direkten Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. — [5]) Einschl. der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit u. ä. — [6]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — [7]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1960, Stuttgart und Mainz o.J., S. 510.

Begleittext:

Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit hat sich von 1957 bis 1959 fortlaufend geringer vermehrt. Die Entwicklung des Nettoeinkommens ist hingegen durch die gewährten Steuererleichterungen günstiger verlaufen (siehe untere Tabelle).

Deutlich ist der „Einbruch" in der Entwicklung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Jahre 1958 erkennbar, ebenso der steile Anstieg zu Beginn des neuen Konjunkturaufschwungs.

Tabelle 4 - Die Entwicklung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
1957 bis 1959

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit: insgesamt 1950 = 100	insgesamt Zuwachs[1]) vH	Bruttolohn- und -gehaltsumme: insgesamt 1950 = 100	insgesamt Zuwachs[1]) vH	je beschäftigten Arbeitnehmer 1950 = 100	je beschäftigten Arbeitnehmer Zuwachs[1]) vH	Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit: insgesamt 1950 = 100	insgesamt Zuwachs[1]) vH	je beschäftigten Arbeitnehmer 1950 = 100	je beschäftigten Arbeitnehmer Zuwachs[1]) vH
1957	228	+ 9,4	225	+ 8,2	171	+ 5,0	221	+ 8,7	168	+ 5,5
1958[2])	247	+ 8,5	243	+ 7,9	182	+ 6,5	236	+ 6,8	177	+ 5,5
1959[2])	265	+ 7,1	261	+ 7,2	192	+ 5,1	254	+ 7,5	187	+ 5,4

[1]) Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1960, Stuttgart und Mainz o.J., S. 510.

Begleittext:

Deutlich sind die Auswirkungen der Steuererleichterungen im Jahre 1959 erkennbar.

Bemerkenswert das Ergebnis je beschäftigten Arbeitnehmer 1958 auf Grund der geringeren Zunahme in der Zahl der Erwerbstätigen.

1.1.5. Geldmenge und Kreditvolumen

Das Jahresende 1956 war, wie üblich, durch eine Ansammlung an Liquidität durch die Kreditinstitute gekennzeichnet. Dieser hohe Bargeldbestand, gehalten aus Gründen des „window-dressing" zum Bilanzstichtag, wird aber der Erfahrung nach nicht lange andauern. Von diesen Sondereinflüssen abgesehen hatten die Banken im Januar jedoch zudem einen erheblichen Zufluß an Liquidität. So erhielten sie allein in den ersten drei Januarwochen rund 330 Mio. DM durch die Devisenabrechnung mit dem Zentralbanksystem.[1] Damit haben die Devisenüberschüsse auch weiterhin seit dem Frühjahr 1956 ihre wichtige Rolle für die Bankenliquidität beibehalten. Dem entgegen wirkten die hohen inländischen Kassenüberschüsse des Bundes, ohne jedoch die Zuflüsse ganz kompensieren zu können.
Die Bemühungen der Bundesbank, durch Offenmarktpolitik den Geschäftsbanken Liquidität zu entziehen, konnten zu Jahresanfang erste Erfolge verzeichnen, indem die Ausdehnung mittel- und langfristiger Kredite ebenso wie der Wertpapierbestand der Geschäftsbanken zurückging.[2]
Durch den Anreiz steuerbegünstigten Sparens[3] stiegen die Spareinlagen stark an, das Rekordergebnis vom Dez. 1954 wurde im Dez. 1956 übertroffen.[4]
Für ein allmähliches Nachlassen der „Liquidisierungswelle" spricht auch die Annäherung des steigenden Tagesgeldsatzes an den Diskontsatz.[5]
Zum großen Teil mögen diese Erscheinungen auf die Liquiditätsvorsorge der Banken zurückzuführen sein, die für die Beanspruchungen durch den großen Steuertermin vom 10. März gerüstet sein wollten. Das Kreditvolumen trat gegenüber dem Vorjahr zurück, so betrug die Ausdehnung mittel- und langfristiger Kredite im Januar mit 374 Mio. DM nicht einmal die Hälfte des Standes vom Vorjahrsmonat (858 Mio. DM).[6]

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1957, S. 7.
2 Ebenda, S. 8.
3 Ebenda, S. 13. Gemeint sind hier die Möglichkeiten steuerbegünstigten Sparens gemäß dem „Lex Preusker", siehe dazu auch den Monatsbericht vom April 1957, S. 9 f.
4 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1957, S. 13.
5 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1957, S. 3.
6 Ebenda, S. 6.

Auf der anderen Seite nahm die Geldkapitalbildung ständig zu. Im Januar stiegen die Termineinlagen um insgesamt 1,11 Mrd. DM. „Dieser außerordentlich hohe Zugang, der alle früheren Monatsergebnisse weit in den Schatten stellt, beleuchtet erneut den „Attentismus", der gegenwärtig in so weitgehendem Maße den Kapitalmarkt blockiert: Anlagefähiges „Geldkapital" wird an sich in relativ großem Umfange gebildet, doch kommt es zumindest vorläufig nicht zu einer endgültigen Anlage dieser Mittel in einer sie stärker bindenden Form."[1]

Der milde Winter ließ eine frühe Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu, was sich in einer starken Ausdehnung des Bargeldumlaufs zum Frühjahr 1957 niederschlug. Von der Zunahme waren die kurzfristigen Kredite (Februar + 307 und März + 742 Mio. DM) ebenfalls betroffen, wogegen die Gewährung mittel- und langfristiger Kredite auch weiterhin zurückblieb.[2]

Die Liquiditätsbelastung blieb auch deswegen verhältnismäßig gering, weil durch die Außenhandelsüberschüsse via Bundesbank stetig neue Mittel (im April allein 770 Mio. DM) dem Geldkreislauf zugeführt werden konnten.[3]

Die Spartätigkeit lag seit dem Rekordergebnis vom Dezember 1956 auch noch im Frühjahr 1957 beträchtlich über den entsprechenden Ergebnissen der Monate des Vorjahres. Die Zunahme betrug im Februar 399 Mio. DM, im März 403 Mio. DM und damit mehr als doppelt so viel wie im März 1956. Da sich die steuerlichen Begünstigungen („Lex Preusker") des Sparens für bestimmte Anlageformen in großem Maße nur in einer Umschichtung der Anlagestruktur bemerkbar machten, dürfte insgesamt auch eine kräftige Steigerung der normalen Spartätigkeit eingetreten sein.[4]

Die Termineinlagen stiegen noch einmal im März um netto 335 Mio. DM, besonders durch Einlagen öffentlicher Stellen, da die Sozialversicherungen noch

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1957, S. 7.
2 Monatsberichte, a.a.O., April 1957, S. 7.
3 Ebenda, S. 5.
4 Ebenda, S. 9 f., dazu auch Schaubild 6, S. 52.

erhebliche Einnahmeüberschüsse verzeichnen konnten und als Reserve anlegten, um für die kommenden Belastungen durch die Rentenreform gewappnet zu sein.[1]

Im Mai wirkte sich die von der Bundesbank beschlossene Erhöhung der Mindestreservesätze[2] in einer vorübergehenden Anspannung des Geldmarktes aus, dem durch die Maßnahmen etwa 600 Mio. DM entzogen wurden. Bald schon, nämlich bereits gegen Ende des Monats, gewannen die Liquiditätszuflüsse durch Außenhandelsüberschüsse aber wieder die Oberhand.

Das Aktivgeschäft der Banken verzeichnete einen ungewöhnlich starken Rückgang besonders der kurzfristigen Kreditgewährung - allein im April um minus 510 Mio. DM gegen einen Zuwachs in dem entsprechenden Monat der beiden Vorjahre. Offensichtlich sind nach dem Anstieg im März zum Hauptsteuertermin kaum neue Kredite aufgenommen worden, was als zwangsläufige Folge der Ausweitung des monetären Spielraums der Wirtschaft anzusehen ist.[3]

Die mittel- und langfristige Kreditgewährung hatte zwar einen Zuwachs zu verzeichnen, der jedoch hinter dem des Vorjahrs zurückblieb.[4]

Das Aufkommen der Termineinlagen der Banken blieb im April weit hinter den Vormonaten zurück, da besonders die Sozialversicherungen wegen der einsetzenden Rentennachzahlungen ihre Reserven in Anspruch nehmen mußten. So ging der Gesamtbestand an Termineinlagen im April erstmals seit 9 Monaten wieder zurück.[5]

Die Spareinlagen stiegen dagegen um 265 Mio. an, weil offensichtlich viele Rentenempfänger die erhaltenen Nachzahlungen zunächst in Sparguthaben anlegten.[6]

Auch zur Jahresmitte 1957 hielten die starken Devisenzuflüsse als Resultat der Außenhandelsüberschüsse unvermittelt an. Dies schlug sich zwar in den „Liquiditätspolstern" der Geschäftsbanken, nicht aber auch in einer entsprechenden Kreditgewährung nieder; so sind bspw. die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunter-

---

1 Monatsberichte, a.a.O., April 1957, S. 11 f., März, S. 8 f.
2 Siehe dazu: Monatsbericht vom April 1957, S. 3 f.
3 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1957, S. 7 f.
4 Ebenda, S. 8.
5 Ebenda, S. 9.
6 Ebenda.

nehmen und Private im Mai um 27 Mio. DM noch einmal leicht zurückgegangen. Die Ursache für den verhältnismäßig geringen Kreditbedarf liegt, neben den großen Liquiditätsreserven der Wirtschaft, auch darin, daß dem Geldumlauf durch die Kassenüberschüsse des Bundes nicht mehr so viele Mittel entzogen worden sind, als dies in früheren Zeiten der Fall war.[1]
Durch die lebhafte Bautätigkeit hat sich dagegen die Gewährung von lang- und mittelfristigen Krediten über dem Niveau der Zunahme des Vormonats im Mai um rund 520 Mio. DM erhöht.[2]
Im Passivgeschäft der Banken ist im Mai nach wie vor eine hohe Geldkapitalbildung durch Spareinlagen zu verzeichnen, auch die Termineinlagen sind nach der Beanspruchung durch die Rentennachzahlungen wieder kräftig, nämlich um über 300 Mio. DM auf 659 Mio. DM[3] angestiegen
Dagegen war im Juni die Geldkapitalbildung nur schwach auf Grund des früh einsetzenden Reiseverkehrs und des Steuertermins wurde weniger gespart (nur + 212 Mio. DM im Juni) und weniger auf Terminkonten zurückgelegt.[4]
Auf die Ausweitung der kurzfristigen Wirtschaftskredite um 702 Mio. DM hat sich der bevorstehende Steuertermin ausgewirkt.[5]
Im Juli war ein neuer Monatsrekord im Zufluß von Liquidität zu den Geschäftsbanken aus Devisenverkäufen an die Bundesbank zu verzeichnen, in den ersten drei Wochen flossen aus dem Ausland bereits 800 Mio. DM zu.
Obwohl auch von den Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte insgesamt keine restriktiven Wirkungen auf den Geldmarkt ausgingen, verharrte der Satz für Tagesgeld dennoch nahe am Diskontsatz. Die Ursache für diese Starrheit lag, neben anderen Faktoren, in der lebhaften Offenmarktpolitik, mit der die Bundesbank den Verflüssigungstendenzen zu begegnen suchte.[6]
Der Devisenzustrom, welcher sich seit dem Frühjahr noch erheblich verstärkt hatte, erreichte im August

1 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1957, S. 6 f.
2 Ebenda, S. 8.
3 Ebenda, S. 11.
4 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1957, S. 8 f.
5 Ebenda, S. 6.
6 Ebenda. S. 3 f.

einen neuen Höhepunkt, durch Netto-Devisenabgaben an die Bundesbank flossen den Geschäftsbanken 1,35 Mrd. DM an liquiden Mitteln zu.[1] Außerdem versorgten die Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte durch hohe inländische Defizite den Geldmarkt noch zusätzlich. Zwar nahm ein hoher inländischer Bargeldbedarf auf Grund der Reisewelle und ein beträchtlicher Abfluß von DM-Noten an das Ausland die Banken beträchtlich in Anspruch, jedoch führten die Verflüssigungstendenzen dennoch zu einer regelrechten „Geldschwemme" am Kapitalmarkt. „Die Bundesbank trat ihr mit Offenmarktoperationen entgegen, deren Umfang alle bisherigen Interventionen weit in den Schatten stellte."[2] In den ersten 28 Augusttagen wurden für 1,479 Mrd. DM Geldmarktpapiere abgegeben gegen 648 Mio. DM im Vorjahreszeitraum; die Refinanzierungskredite erreichten ihren tiefsten Stand seit 1955.[3] Außerdem versuchte die Bundesbank mit einem anderen „traditionellen" Mittel, der Mindestreservepolitik, den Devisenzuflüssen entgegenzutreten.[4]

Wegen der nachlassenden inländischen wirtschaftlichen Expansion verlief das Aktivgeschäft der Banken jedoch trotz der Liquiditätsfülle in ruhigen Bahnen. So haben die Bestände der Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen wiederum um etwa 1 Mrd. DM zugenommen, jedoch wurden gleichzeitig die kurzfristigen Kredite abgebaut. Dagegen hat sich die Gewährung mittel- und langfristiger Kredite zwar erhöht, blieb mit + 564 Mio. DM jedoch gegen den Vorjahresmonat (+ 727 Mio. DM im Juli 1956) weit zurück.[5] Dagegen hat sich der Zugang an längerfristigen Fremdgeldern etwa verdoppelt, nämlich auf insgesamt 1,04 Mrd. DM im Juli gegen nur 500 Mio. DM im Juni 1957.[6]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., August 1957, S. 10.
2 Ebenda, S. 11.
3 Ebenda, S. 11 f.
4 Gemeint ist die vom Zentralbankrat der Bundesbank am 9. August beschlossene Erhöhung der Mindestreservesätze für die der Mindestreservepflicht unterliegenden Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern. Vgl.: Monatsbericht vom August 1957, S. 12.
5 Ebenda, S. 15.
6 Ebenda, S. 16.

Dieser hohe Anstieg in der Reservenbildung ist kennzeichnend für die beginnende Konsolidierungsphase der westdeutschen Wirtschaft.
Dagegen hatten die Spareinlagen am Passivgeschäft der Banken nur einen relativ geringen Anteil - allerdings gilt der Juli ohnehin als „sparschwacher" Monat.[1]
Das Nachlassen der Kreditexpansion hielt auch bis in das dritte Quartal 1957 an, damit ist sie in diesem Zeitraum um fast 1,3 Mrd. DM schwächer gewachsen als zur gleichen Vorjahreszeit, nachdem sie 1956 schon mit geringerer Rate als 1955 und 1954 gewachsen war.[2]
Auf der anderen Seite hat die Geldkapitalbildung stetig zugenommen, sie zeigt genau die entgegengesetzte Entwicklung und übertraf den Stand von 1956 schon in den ersten drei Vierteljahren 1957 mit insgesamt rund 9,9 Mrd. DM um 1,8 Mrd. DM. Während also 1954 und 1955 die Kreditexpansion noch die Geldkapitalbildung übertroffen hatte, kehrte sich diese Entwicklung seit 1956 um. In den ersten drei Quartalen 1957 blieb die Kreditexpansion bereits um 4,1 Mrd. DM hinter der Geldkapitalbildung zurück.[3]
Das Wachstum des Geldvolumens[4] wurde dadurch jedoch nicht wesentlich betroffen, da sich hier in viel größerem Maße die durch Devisenabrechnung mit der Zentralbank entstehenden Geldzuflüsse durchgesetzt haben. Allein im 2. und 3. Quartal 1957 verstärkte sich die Geldversorgung hierdurch um fast 4,2 Mrd. DM gegen 2,9 Mrd. DM in der entsprechenden Vorjahreszeit.[5]
Ein großer Teil des Finanzbedarfs der Wirtschaftsunternehmen konnte daher ohne Ausdehnung des Kreditvolumens allein auf Grund der Zuflüsse durch den Außenhandelsüberschuß gedeckt werden.
Des weiteren hat die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte zu der monetären Expansion beigetragen. Waren die Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen bis 1956 angestiegen, so kehrte sich diese Richtung seit dem

---

1 Monatsberichte, a.a.O., August 1957, S. 17.
2 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1957, S. 15.
3 Ebenda.
4 Nach der Definition der Deutschen Bundesbank. Siehe dazu Schaubild 7 auf Seite 69.
5 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1957, S. 15 f.

Frühjahr 1957 um: Die Ausleerung des „Juliusturms"[1] hatte begonnen. Der wohl größte Teil dieser Mittel floß zwar ins Ausland ab, kehrte dann aber möglicherweise über erhöhte Waren- und Dienstleistungsbezüge in Form von Außenhandelsüberschüssen wieder ins Inland zurück. Die Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte hatten dem Geldkreislauf bis Mitte 1957 noch Mittel entzogen, etwa ab drittem Quartal waren jedoch auch die inländischen Transaktionen von wachsenden Defiziten gekennzeichnet, haben also expansiv gewirkt.[2]
Allerdings hatte die Ausweitung des Geldvolumens bislang kaum konjunktur- bzw. währungspolitisch negative Folgen, da die inländische Nachfrage nicht entsprechend mitwuchs, die Wirtschaft bei nachlassender Investitionstätigkeit von der Liquiditätsfülle keinen Gebrauch machte, die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes (als Verhältnis von Bruttosozialprodukt zum Geldvolumen) weiterhin abnahm.
Für das vierte Quartal 1957 ist eine verstärkte Kreditexpansion kennzeichnend. Dies gilt besonders für die Inanspruchnahme längerfristiger Kredite, wogegen die kurzfristigen Kredite nach wie vor eine relativ geringe Rolle gespielt haben (vgl.: Schaubild 8, S. 70).[3]
Insgesamt ging das Wachstum der Geldkapitalbildung aber wiederum über das der Kreditexpansion hinaus.
Durch die Verminderung der Devisenzuflüsse auf Grund der Aktivsalden der Handelsbilanz verlor die seit Jahren wichtigste Stütze der inländischen Geldversorgung erheblich an Bedeutung, im 4. Quartal 1957 wurden auf diese Weise nur noch 206 Mio. DM gegen 2,7 Mrd. DM im dritten und 1,1 Mrd. DM im vierten Quartal 1956 dem Geldkreislauf zugeführt. Zum Teil wurden die nachlassenden Geldzuflüsse aus Devisentransaktionen durch das Ausgabegebaren der öffentlichen Haushalte ausgeglichen, so haben bspw. die Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen im letzten Quartal 1957 um etwa 1,1 Mrd. DM abgenommen.[4]

---

1 Bezeichnung für die vom Bund angesammelten und stillgelegten Rücklagen in den Jahren von 1952 bis 1956. Als im Jahre 1956 die Sieben-Milliarden-Grenze überschritten wurde, begann die Verteilung der ursprünglich für die Wiederbewaffnung geplanten Gelder. Vgl.: Hans Herbert Götz, Weil alle besser leben wollen, Düsseldorf und Wien 1963, S. 201 ff.
2 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1957, S. 16.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 19.
4 Ebenda, S. 20., vgl.: Schaubild 3, S. 36.

Insgesamt ergibt sich daher wiederum eine recht kräftige Steigerung des Geldvolumens von 2,165 Mrd. DM im vierten Quartal und für das ganze Jahr 1957 von rund 4 Mrd. DM gegen 2,5 Mrd. DM 1956. Die Ausdehnung des Geldvolumens wurde durch die gesunkene Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes kompensiert, nachdem sie in beiden (Boom-) Vorjahren merklich angestiegen war (Schaubild 7, S. 69).[1]
Das erste Halbjahr 1958 war durch eine weitere Ausdehnung des Kreditvolumens ausgezeichnet, die allerdings hauptsächlich wieder die Gewährung mittel- und langfristiger Kredite betroffen hat. Ihre Zunahme betrug 4,5 Mrd. DM gegen 2,5 Mrd. DM 1957 und 4,0 Mrd. DM 1956.[2]
Auf Grund der hohen Geldkapitalbildung waren Realkreditinstitute und Sparkassen, auf die der größte Teil der gewährten langfristigen Kredite entfällt, weit besser in der Lage und bereit, Kredite zu gewähren. Trotz dieser Expansion ging die Geldkapitalbildung jedoch auch noch weiterhin (mit mehr als einer Milliarde) über die Kreditgewährung hinaus.[3]
Die kurzfristigen Kredite sind dagegen wiederum hinter der Vorjahrsentwicklung zurückgeblieben, sie wuchsen nur um 158 Mio. DM gegen gut 1 Mrd. DM 1957 (jeweils im ersten Halbjahr).[4]
Die Devisenzuflüsse spielten für die inländische Geldversorgung auch im ersten Halbjahr 1958 wieder eine bedeutende Rolle, wenngleich auch nicht wie in früherem Maße; sie betrugen im ersten Halbjahr „nur" 1,84 Mrd. DM gegen 2,46 Mrd. DM im Vorjahreszeitraum. Berücksichtigt man dabei die den Netto-Devisenüberschuß erheblich mindernden staatlichen Kapitalausfuhren für Rüstungsvorauszahlungen (neben anderem), so stellt sich der Liquiditätszufluß noch wesentlich höher.[5]
Die „inlandswirksamen" Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte haben dagegen restriktiv auf das Geldvolumen eingewirkt. Dieser Geldentzug hat im ersten Halbjahr 1958 etwa 1 Mrd. DM betragen, im Gegensatz zum

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 21.
2 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1958, S. 12.
3 Ebenda.
4 Ebenda. Dazu auch Schaubild 8, S. 70.
5 Ebenda, S. 12 ff.

zweiten Halbjahr 1957, wo diese Defizite dem Geldvolumen fast 700 Mio. DM beigesteuert hatten.[1]
Der insgesamt starke Mittelzufluß hat sich bisher nicht in einer Nachfrageerhöhung niedergeschlagen, so daß unerwünschte Nebenwirkungen auf das Preisniveau ausblieben. Die westdeutsche Wirtschaft scheint sich in einer Konsolidierungsphase zu befinden, was durch den Rückgang in der Beanspruchung kurzfristiger Kredite deutlich zum Ausdruck kommt.
Seit Jahresmitte beginnt sich ein Umschwung in der bisherigen Entwicklung abzuzeichnen, denn die weiterhin kräftige Ausdehnung der längerfristigen Kredite ließ erstmals seit geraumer Zeit die Kreditgewährung wieder stärker ansteigen als die Geldkapitalbildung.[2]
Ursache für die sinkende Zunahme des Geldvolumens ist neben nachlassenden Zuflüssen aus Devisenabgaben an die Zentralbank die Tatsache, daß die Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte dem inländischen Geldkreislauf wieder Mittel entzogen. Zudem scheint die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes weiterhin gesunken zu sein.[3]
Die rückläufige Tendenz bei der Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite hat sich noch verstärkt, allein im 3. Quartal um fast - 400 Mio. DM gegen eine Zunahme von über 250 Mio. DM im entsprechenden Vorjahreszeitraum (siehe dazu auch das Schaubild 8 auf Seite 70). Die Steigerung der mittel- und langfristigen Kredite betrug dagegen im 3. Vierteljahr 1958 etwa 2,94 Mrd. DM gegen 2,16 Mrd. DM im Vorjahrsabschnitt.[4]
Für die abgeschwächte Geldkapitalbildung ist der sinkende Zugang an Termineinlagen in erster Linie die Ursache (von + 1,38 Mrd. DM im 3. Quartal 1957 auf nur + 585 Mio. DM im 3. Quartal 1958) und nicht etwa die nach wie vor starke Zunahme der Spareinlagen, diese sind auch im 3. Quartal noch um rund 1,43 Mrd. DM gewachsen, gegen 825 Mio. DM im Vorjahreszeitraum.[5]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1958, S. 14.
2 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 13.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 13 f.
5 Ebenda, S. 15.

Bei den Termineinlagen waren die kurzfristigen Einlagen für den Gesamtrückgang verantwortlich, sie sanken von Januar bis September 1958 um rund 170 Mio. DM, nachdem sie im gleichen Vorjahrsabschnitt um 1,6 Mrd. DM gewachsen (!) waren.[1]
Insgesamt ist eine merkliche Abnahme des Liquiditätszuganges der Wirtschaft festzustellen. Gleichzeitig hat sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes erneut merklich verlangsamt.[2]
Die nun schon seit etwa eineinhalb Jahren zu beobachtende Ausdehnung des Volumens bei der Gewährung mittel- und langfristiger Kredite hat sich auch bis zum Jahresende 1958 weiter fortgesetzt, wogegen bei den kurzfristigen Krediten weiterhin eine geringere Zunahme als im Vorjahreszeitraum festzustellen war.[3]
Das Geldkapitalaufkommen bei den Geschäftsbanken hat sich nicht gleichermaßen entwickelt, sondern verringerte sich gegenüber dem Vorjahr. Hauptsächlich wegen der Termineinlagen, die im 4. Quartal 1958 um rund 470 Mio. DM gesunken sind, nachdem sie im gleichen Vorjahreszeitraum um 300 Mio. DM gewachsen waren.[4]
Auch dieses Mal beruhte der Rückgang hauptsächlich auf dem Schrumpfen der kurzfristigen Termineinlagen. Während sich in den beiden letzten Jahren 1957 und 1956 vorwiegend ein Überschuß der Geldkapitalbildung über die Kreditgewährung ergeben hatte, so zeichnet sich nunmehr seit den letzten drei Vierteljahren 1958 eine Umkehrung dieser Entwicklung ab.[5]
Auch die sich abschwächenden Liquiditätszuflüsse aus den Devisenabgaben an die Zentralbank scheinen (neben der Entwicklung der Termineinlagen) wesentlich zu dieser Tendenzwende beigetragen zu haben. Die gesamten Ankäufe des Bankensystems beliefen sich 1958 auf 3,6 Mrd. DM gegen 5,4 Mrd. DM im Jahre 1957.[6]
Die Zentralbankeinlagen der öffentlichen Hand sind im letzten Jahresviertel 1958 wieder gestiegen, da keine

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 15.
2 Ebenda, S. 17.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 20.
4 Ebenda.
5 Ebenda, S. 22.
6 Ebenda.

weiteren Kassendefizite des Bundes in den letzten drei Quartalen 1958 zu verzeichnen waren, die einen Rückgriff auf die Zentralbankguthaben erfordert hätten.[1] Prozentual hat sich 1958 das Geldvolumen schneller erweitert als das Bruttosozialprodukt. Demnach ist die volkswirtschaftliche Nachfrage zurückgeblieben, und es wurde zusätzlich ruhendes Geldvermögen gebildet. Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes bleibt daher weiterhin verlangsamt.[2]

Auch im Frühjahr 1959 war die seit nunmehr fast zwei Jahren anhaltende Kreditexpansion noch spürbar, jedoch hat sie sich mit knapp 2,7 Mrd. DM bereits schwächer als im 4. Quartal 1958 entwickelt und lag nur leicht über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (+ 2,5 Mrd. DM). Wiederum hatten die kurzfristigen Kredite an der Entwicklung den geringsten Anteil, sie sind abermals gesunken und zwar um - 170 Mio. DM im 1. Quartal 1959 gegen einen Zuwachs von + 100 Mio. DM bzw. + 660 Mio. DM in den entsprechenden Vorjahreszeiträumen 1958 und 1957.[3]

Die Geldkapitalbildung aus inländischen Quellen war mit 3,3 Mrd. DM im ersten Vierteljahr 1959 zwar höher als in den Monaten zuvor, jedoch ebenfalls geringer als in den entsprechenden Vorjahreszeiträumen.[4] Hauptursache war auch 1959 wieder die Abnahme im Zugang an Termineinlagen, dagegen ließen die übrigen Komponenten der Geldkapitalbildung keine Abschwächung erkennen, besonders die Spareinlagen wachsen wiederum auf hohem Niveau (siehe auch Schaubild 6, S. 52). Der Zuwachs war insgesamt so hoch, daß sich erstmals seit drei Quartalen wieder ein Überschuß der Geldkapitalbildung über die Kreditausdehnung ergab. Ob diese Entwicklung allerdings anhält, bleibt abzuwarten, da erfahrungsgemäß im ersten Vierteljahr mehr gespart und im Verhältnis weniger Kredit aufgenommen wird als zu anderen Zeiten des Jahres.[5]

Der ehemals breite Devisenzustrom aus dem Ausland ist

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 22.
2 Ebenda, S. 23.
3 Monatsberichte, a.a.O., April 1959, S. 16.
4 Ebenda.
5 Ebenda.

zu einem Rinnsal geworden, und so führten die hohen Auslandszahlungen des Bundes, finanziert aus den Zentralbankguthaben und inländischen Einnahmeüberschüssen, zu einer beträchtlichen Verminderung des Geldvolumens - jedenfalls gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit. Dieser Rückgang in der Liquiditätsversorgung machte sich jedoch nicht weiter störend bemerkbar, weil die inländische Nachfrage auch weiterhin nicht den ganzen Spielraum ausnutzte, der durch das Geldvolumen per se immer noch gegeben war.[1]

Zur Jahresmitte 1959 wuchs der Bargeldumlauf dann saisongemäß wieder kräftig an, die Bankenliquidität wurde besonders durch den erhöhten Devisenbedarf der deutschen Auslandstouristen erheblich belastet,[2] so daß von einer „Geldschwemme" nicht mehr die Rede sein konnte, zumal auch von den Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte weiterhin überwiegend restriktive Wirkungen auf den Geldkreislauf ausgingen: Die Auslandszahlungen wurden durch inländische Einnahmen gedeckt und diese Mittel damit dem Kreislauf entzogen - zumindest vorläufig jedenfalls. Besonders die Kreditaufnahme von 635 Mio. DM für die Wiedereingliederung des Saarlandes hat sich in dieser Richtung ausgewirkt.[3]

Unter diesen Belastungen hat der Geldexport der Geschäftsbanken erheblich nachgeben müssen. Die Auslandsguthaben der Banken stiegen von Ende April bis Ende Juni nur noch um etwa 100 Mio. DM, während sie in den ersten Monaten des Jahres noch um fast 1,4 Mrd. DM (!) zugenommen hatten.[4]

Im Gegensatz zu der Entwicklung am Jahresbeginn spielten die kurz- und mittelfristigen Kredite im 2. Quartal 1959 im Aktivgeschäft der Banken die größte Rolle, wogegen die langfristige Kreditgewährung etwas an Wachstumsgeschwindigkeit verloren zu haben scheint.[5]

Die Steigerung der kurzfristigen Kredite (um 737 Mio.

---

1 Monatsberichte, a.a.O., April 1959, S. 18.
2 Diese unter dem Namen „Reisewelle" bekanntgewordene Erscheinung wird uns noch bei der Analyse des Verhaltens der privaten Haushalte näher beschäftigen.
3 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1959, S. 3 f.
4 Ebenda, S. 6.
5 Ebenda, S. 7.

DM im 2. Quartal 1959) scheint auf den Kapitalbedarf der staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen zurückzuführen zu sein; außerdem hatten auch die Lageraufstockungen der Wirtschaftsunternehmen häufig einen erhöhten Bedarf an kurzfristigen Krediten zur Folge.[1] Das Volumen der mittelfristigen Kredite ist von April bis Juni um rund 1 Mrd. DM gewachsen, wogegen im ersten Quartal nur ein Zuwachs von etwa 180 Mio. DM zu verzeichnen war.[2]

Im Passivgeschäft der Banken spielte das Wachstum der Spareinlagen weiterhin die wichtigste Rolle, im 2. Quartal 1959 war eine Zunahme von rund 1,67 Mrd. DM zu verzeichnen, dies sind 370 Mio. DM mehr als im Vorjahreszeitraum. Den größten Beitrag am Zuwachs hatten die privaten Haushalte, jedoch auch die Sparguthaben der Wirtschaftsunternehmen haben sich von Ende März bis Ende Juni um 100 Mio. DM erhöht und damit doppelt so viel wie in den ersten drei Monaten des Jahres. Ebenso verzeichneten die Sparguthaben öffentlicher Stellen einen Zuwachs von 273 Mio. DM gegen 156 Mio. DM im vorangehenden (ersten) Quartal 1959. Dagegen hat sich der Bestand an Termineinlagen insgesamt kaum verändert.[3]

Seit Jahresmitte 1959 ist die Belastung der Bankenliquidität spürbar stärker geworden, eine Belastung, die sich nun auch in einer Anspannung des Geldmarktes gegen Jahresende allmählich durchzusetzen beginnt. Zu dieser Entwicklung haben besonders die Kassentransaktionen des Bundes beigetragen, weil die durch hohe Auslandszahlungen entstandenen Defizite im Haushalt[4] nicht mehr durch Rückgriffe auf Zentralbankguthaben, sondern durch Abgabe von kurz- und mittelfristigen Schuldtiteln gedeckt wurden. Zudem erfolgte in Anbetracht der noch bestehenden Zahlungsverpflichtungen des Bundes ein Wiederaufbau von Kassenreserven.[5]

Diese Anspannung des Kapitalmarktes und zugleich eine weitere Ausdehnung des Bargeldumlaufes führten zur

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1959, S. 8.
2 Ebenda, S. 9. Vgl.: Schaubild 8, S. 70.
3 Ebenda, S. 11.
4 Siehe dazu auch Kapitel 1.1.3.1.
5 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 10. Siehe auch Schaubild 3, S. 36.

(besagten) Einengung der Bankenliquidität, der Geldexport der Geschäftsbanken hat daher praktisch aufgehört. Angesichts des kräftig einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs wird nämlich mit neuen **Kreditrestriktionen der** Bundesbank gerechnet, für den 1. Nov. 1959 ist bereits eine Erhöhung der Mindestreservesätze angekündigt.[1] Unter Berücksichtigung dieser bevorstehenden Maßnahmen haben viele Kreditinstitute begonnen, ihre Auslandsguthaben abzuberufen.[2]
Der konjunkturelle Wiederanstieg machte sich ganz besonders in dem veränderten Kreditgebaren der Wirtschaftsunternehmen bemerkbar: Während die mittel- und langfristige Kreditgewährung nun beschleunigt zunahm - von Ende Juni bis Ende September ist sie erstmals in einem Vierteljahr über 4 Mrd. DM angestiegen (nämlich um 4,31 Mrd. DM)[3] - wuchsen die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private sprunghaft an, im 2. Quartal um bereits 738 Mio. DM und im 3. Quartal noch einmal um rund 760 Mio. DM, wogegen gerade diese Kredite in den Vormonaten und auch im Jahre 1958 kaum eine Rolle gespielt hatten. Betrachtet man die Zunahme der kurzfristigen Kredite für das 2. und 3. Quartal zusammen, so stand ein Anstieg von 1,5 Mrd. DM einem Rückgang dieser Kreditart von 285 Mio. DM im Vorjahreszeitraum gegenüber.[4]
Außerordentlich stark haben sich auch die **langfristigen Kredite** an Wirtschaftsunternehmen und Private entwickelt, der nun zu verzeichnende Anstieg von 2,65 Mrd. DM in der Zeit von Ende Juni bis Ende September liegt weit über dem früherer Perioden. Hier macht sich in erster Linie der „Bau-Boom" bemerkbar, aber auch von öffentlichen Stellen wurden verstärkt langfristige Kredite in Anspruch genommen, nämlich 1,1 Mrd. DM im gleichen Zeitraum.[5]
Bis zum Jahresende zeichnete sich diese enorme Ausdehnung des Kreditvolumens noch deutlicher ab, mit

1 Vgl.: Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 3 ff.
2 Ebenda, S. 12 f.
3 Ebenda, S. 15 f.
4 Ebenda, S. 14. Siehe Schaubild 8, Seite 70.
5 Ebenda, S. 16.

rund 18,2 Mrd. DM war die Expansion der Kredite und Wertpapieranlagen des Bankensystems um beinahe die Hälfte größer als 1958, wobei sich die Zunahme besonders im 2. und 3. Quartal (wie schon beschrieben) zeigte.[1]

Besonders ausgeprägt war der Anstieg der mittel- und langfristigen Kredite von 10,5 Mrd. DM 1958 auf 13,5 Mrd. DM 1959. Bei der kurzfristigen Kreditgewährung hat sich das Wachstum von 0,3 Mrd. DM auf volle 3 Mrd. DM (!) im Jahre 1959 erhöht, wobei zu berücksichtigen ist, daß hier der gesamte Zuwachs auf die Kreditgewährung an Wirtschaftsunternehmen und Private entfällt, da der Anteil öffentlicher Stellen praktisch unverändert blieb.[2]

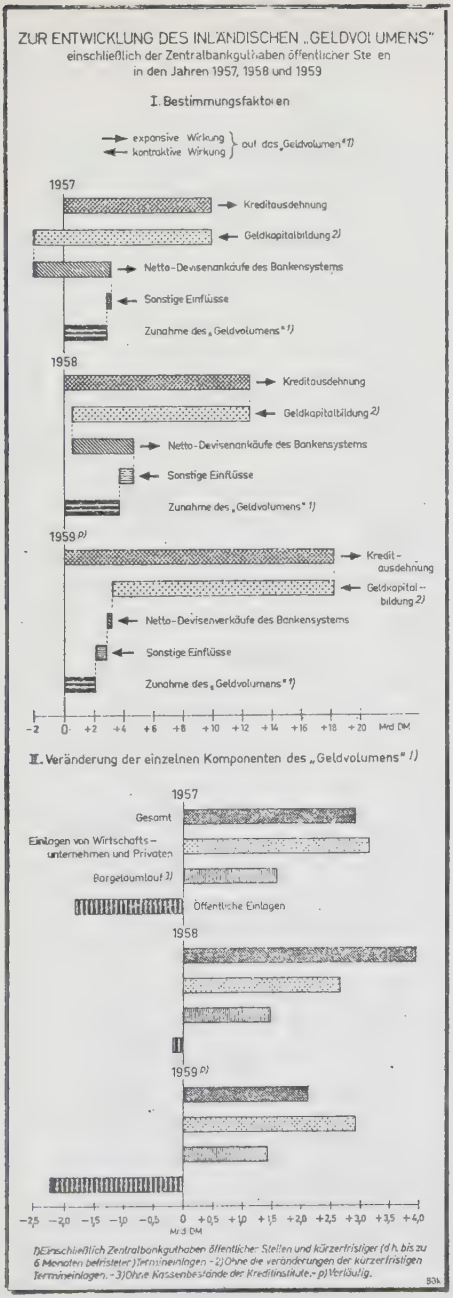
Die Geldkapitalbildung war im Jahre 1959 nach wie vor durch den starken Anstieg der Spareinlagen geprägt, jedoch verzeichneten auch die Termineinlagen (besonders die längerfristiger Natur) einen Anstieg von 1,7 Mrd. DM gegen 1 Mrd. DM 1958.[3]

Obwohl die Geldkapitalbildung also keineswegs sich schwach entwickelte, blieb sie doch weit hinter der Kreditexpansion zurück, die Differenz wuchs auf 3 Mrd. DM an. Dieser Vorsprung der Kreditgewährung hatte 1958 nur etwa 1 Mrd. DM betragen, somit hat sich die expansive Wirkung also noch merklich verstärkt. Eine ähnliche Wirkung war 1955 von dem Bankensystem ausgegangen, während 1956 und 1957 die Geldkapitalbildung über die Kreditexpansion hinausgegangen war, daher kontraktiv auf das Geldvolumen eingewirkt hatte (siehe dazu Schaubild 7, S. 69). Erstmals hat der Netto-Forderungssaldo des Bankensystems gegenüber dem Ausland abgenommen, eine bedeutende (expansive) Komponente der inländischen Geldversorgung hat sich damit abgeschwächt. Ursache für diese Entwicklung war, daß der Bund für seine Auslandszahlungen mehr Devisen ankaufte, als von den Wirtschaftsunternehmen an die Banken abgegeben wurden.[4]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 17
2 Ebenda, S. 19.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 19 f.

Schaubild 7 - Entwicklung des inländischen Geldvolumens[1]



Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main), Januar 1960, S. 20.

Bundesrepublik Deutschland von 1957 bis 1959 Angaben in Mrd.DM

Im Jahre 1956 war die Geldkapitalbildung um 1,1 Mrd.DM über die Kreditexpansion hinausgegangen. 1957 betrug der Abstand bereits 3,6 Mrd. DM.[2]

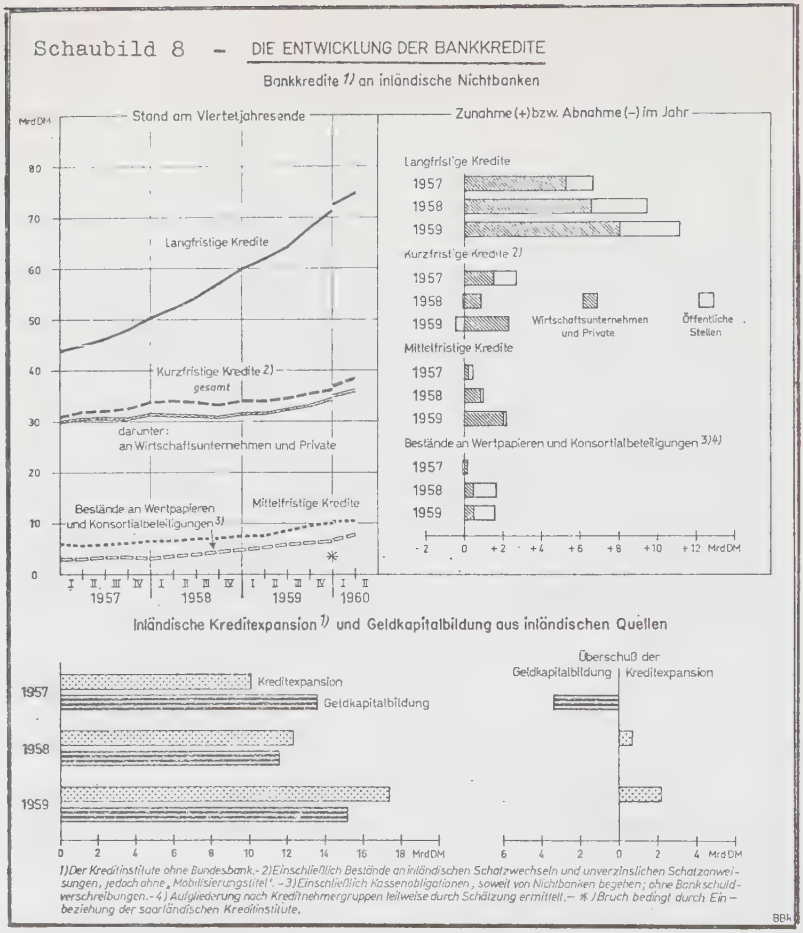
Während der konjunkturellen Abschwächungsphase 1958 hob sich der Abstand nahezu auf, um dann zu Beginn des neuen Aufschwungs 1959 mit dem starken Anstieg der Kreditausdehnung wieder größer (etwa 3 Mrd.DM) zu werden.[3]

Der Bargeldumlauf blieb dagegen in allen drei Jahren nahezu konstant. Auf die Einflußfaktoren der Entwicklung der öff. Einlagen gehen wir besonders in Kapitel 1.2.1. näher ein.

1 Wir folgen hier der Def. der Deutschen Bundesbank: Bargeldumlauf (minus Kassenbestände der Banken) plus Sichteinlagen von Nichtbanken, ohne (im Schaubild mit) Zentralbankguthaben der öffentlichen Hand.
Vgl.: Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1957, S. 15.

2 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 19.

3 Ebenda.



Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1959, Frankfurt (Main) o.J. (1960), S. 27.

Begleittext: Obwohl die Jahre 1957 bis 1959 durch eine sehr unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung gekennzeichnet waren, haben sich die langfristigen Kredite offenbar ungestört vom jeweiligen „Konjunkturklima" ganz gleichmäßig vermehrt. Auch das Wachstum der **mittelfristigen Kredite** zeigt ein ähnlich ausgeglichenes Bild. Die kurzfristigen Kredite (an Wirtschaftsunternehmen und Private) wurden im wirtschaftlich „schwachen" Jahr 1958 dagegen wohl nur mit großer Zurückhaltung aufgenommen, sie erscheinen am „empfindlichsten" gegenüber Konjunkturschwankungen.

1.2. Die Konjunktur als Ergebnis von Verhaltensweisen

1.2.1. Das Ausgabegebaren von Bund, Ländern und Gemeinden

Das Jahr 1957 beginnt mit einer sich abzeichnenden konjunkturellen Abschwächung. Schon lange bevor sich aber über die ersten Anzeichen hinaus die weitere Entwicklung innerhalb der westdeutschen Wirtschaft abzeichnete hatte die Regierung den Beschluß gefaßt, die seit der Amtszeit von Finanzminister Julius Schäffer (1952) angehäuften Milliarden an Kassenreserven bei der Bundesbank, in scherzhafter Anlehnung an den ehemaligen Unterbringungsort des Reichskriegsschatzes „Juliusturm" genannt,[1] endgültig aufzulösen. Da die Gelder für den Zweck der Wiederbewaffnung vorgesehen waren, bot im Jahre 1956 der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO den willkommenen Anlaß, mit der Auflösung des Horts (im Jahre der 3. Wahl zum Deutschen Bundestag) zu beginnen.[2]
Jedoch sollte es sich schon bald zeigen, daß die tatsächlichen Rüstungsausgaben weit hinter den Planansätzen zurückblieben, obwohl hohe Vorauszahlungen an das Ausland (vor allem die USA) für zukünftige Lieferungen geleistet wurden.[3] Daher konnten die Finanzreserven auch dazu benutzt werden, um die zahlreichen nichtmilitärischen Auslandsverpflichtungen zu bestreiten.[4]
Diese Art von „Kapitalexport"[5] war währungspolitisch jedoch keineswegs neutral, denn er sollte - wenn auch von den Politikern wohl nicht beabsichtigt - dazu führen, daß die solchermaßen in das Ausland „gepumpten" Gelder von den Empfängern alsbald für Bezüge aus der Bundesrepublik und für die ständig steigenden Stationierungsaufwendungen der NATO-Truppen in Westdeutschland verwandt wurden, diese Gelder so also wieder dahin zurückströmten und den inländischen Geldkreislauf ausdehnten, indem sie Einkommen schufen deren güterwirtschaftliches Pendant in das Ausland abfloß.

1 Im sog. Juliusturm der Festung Spandau wurde bis 1914 der Reichskriegsschatz aufbewahrt.
2 Vgl.: Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 73.
3 Siehe dazu S. 24 f.
4 Dazu: Die deutsche Auslandsverschuldung, Sonderaufsatz in: Monatsberichte, a.a.O., November 1957, S. 45 ff.
5 Auf die konjunkturpolitische Problematik eines derartigen Kapitalexports gehen wir an späterer Stelle (S. 179 f.) noch ausführlich ein.

Die Bundesregierung und besonders Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard nahmen die hohen Überschüsse im Außenhandel gelassen hin, man sah in dieser Entwicklung einen Beweis für die wiedererstarkte deutsche Wirtschaftskraft und die Stabilität der Deutschen Mark. Hierin steckt nun zwar gewiß viel Wahrheit, jedoch war die Kehrseite dieser Medaille, daß eben diese Exporterfolge in einem Währungsgefüge fester Wechselkurse geradezu zwangsläufig spekulative Devisenzuflüsse verursachen würden. Im Jahre 1957 zeigten sich die währungspolitischen Menetekel von dem, was später kommen sollte.[1]

Auch wenn man von den Auslandszahlungen des Bundes absieht, wirkten große Bestandteile des Juliusturms, die für Sozialleistungen, Subventionen u. dergl. aufgewandt wurden, durchaus expansiv auf den inneren Einkommenskreislauf. Obwohl jedoch der Beschluß, die Kassenreserven des Juliusturmes aufzulösen, im Jahre der Hochkonjunktur (nämlich 1956) gefaßt wurde, traf die effektive Auflösung der Reserven auf eine Periode der konjunkturellen Abschwächung in den Jahren 1957 und 1958, so daß die Ausgabensteigerungen des Bundes die abflauende Konjunktur stützten.[2] Wer nun aber glaubt, daß es sich hierbei um einen geschickten konjunkturpolitischen Schachzug gehandelt habe, der wird von einer durch Günter Schmölders durchgeführten Befragung der Abgeordneten des dritten deutschen Bundestages bitter enttäuscht. Alles, was die Parlamentarier von den Möglichkeiten und Problemen bei der Handhabung der Reserven in konjunkturpolitischer Hinsicht wußten, konnte als Ergebnis der Befragung in einem Wort zusammengefaßt werden: nichts![3] Die letzte Auskehrung der Gelder des Juliusturms mit einem Restbetrag von immerhin noch über 3 Mrd. DM fand dann auch - als volle Bestätigung der konjunkturpolitischen Ahnungslosigkeit - März 1959 statt, zu einer Zeit also, als der wiedereinsetzende konjunkturelle Aufschwung sich bereits deutlich abzeichnete, ein solcher Ausgabenstoß hatte - auch wenn er zum Teil in das Ausland floß -

---

1 Vgl.: Kapitel 1.1.5. Geldmenge und Kreditvolumen, S. 54 ff.
2 „Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung" (Im folgenden zitiert: Vierteljahrshefte), Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin Jg. 1957, S. 361.
3 Günter Schmölders, Die Politiker und die Währung, Bd. VI der Schriftenreihe zur Geld- und Finanzpolitik, hrsg. von Hermann J. Abs, A. Hartmann und G. Schmölders, Frankfurt (Main) 1959, S. 46 ff.

daher durchaus eine prozyklische Wirkung. Das neben der Auflösung des Juliusturms auch der starke Anstieg in der Verschuldung des Bundes (vor allem) in die Zeit der Hochkonjunktur fallen sollte, werden wir später in diesem Kapitel noch darstellen.

Die schon seit langem geplante Reform in der Sozialgesetzgebung wurde nun endlich in Angriff genommen, und am 23. Februar 1957 konnten die Rentenreformgesetze verkündet werden. Zwar blieb die grundlegende Neuordnung aus, es gelang nicht, das „Dickicht" der Sozialleistungen zu lichten,[1] aber die Teilnahme der Rentner und Unterstützungsempfänger am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und die kräftige Erhöhung der Bezüge waren dennoch ein großer Schritt nach vorne, besonders wenn man bedenkt, welche erbitterten Redeschlachten bis zur Durchsetzung der Neuordnung gefochten werden mußten.[2]

Der von vielen im Anschluß an die Rentenreform befürchtete „Konsumstoß" blieb aus, die Sparguthaben stiegen steil an[3] und versorgten den inländischen Bankenapparat mit zusätzlicher Liquidität. Da durch die hohen Exportüberschüsse und den Zufluß spekulativer Gelder in die „aufwertungsverdächtige" Bundesrepublik noch mehr Geld in den monetären Kreislauf gepumpt wurde, herrschte bald eine regelrechte „Liquiditätsschwemme" in Westdeutschland.[4]

Wenngleich daher von der monetären Seite alle Voraussetzungen für weitere Inflationstendenzen gegeben waren, so beruhigte sich der Preisauftrieb dennoch mit der abflauenden Konjunktur auf Grund eines geänderten Nachfrageverhaltens von Unternehmern und Verbrauchern.[5]

Jedenfalls war es gewiß nicht das Verdienst von Bundesregierung und Bundesbank, wenn sich trotz der Liquiditätsfülle die Konjunktur unter Wachstumsabschwächung in nun gleichmäßigeren Bahnen bewegte, und der Preisauftrieb zum Stillstand kam, denn der Hauptquelle des Geldzustroms aus dem Ausland, der Spekulation wegen „falscher" Währungsparitäten, wurde kein Ende gemacht.[6]

---

1 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 297.
2 Ebenda, S. 266 ff.
3 Siehe dazu das Schaubild 6 auf Seite 52.
4 Vgl.: Kapitel 1.1.5., Seite 57 f.
5 Siehe dazu ausführlich Kapitel 1.2.2. und 1.2.4.
6 Interessant hierzu: L. Albert Hahn, Geld und Kredit, Frankfurt am Main 1960, S. 101 ff.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang, daß der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium bereits zu diesem frühen Zeitpunkt nachdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß eine Revision der Wechselkursparitäten nicht mehr lange aufgeschoben werden könnte.[1] Dennoch gipfelte der starke Widerstand gegen eine Aufwertung der DM von seiten des Bundeskanzlers Konrad Adenauer und - erstaunlicherweise - der Deutschen Bundesbank schließlich in der gemeinsamen Nicht-Aufwertungserklärung vom 20. August des Jahres 1957.[2]
Zum Unglück bestätigte der - vordergründige - Erfolg zunächst die im Grundsatz verkehrte Währungspolitik: Die Auslandsmilliarden strömten wieder zurück, und die Bundesbank sprach erleichtert von einem „Zusammenbruch der Wechselkursspekulation"[3] (vgl. auch S. 138 ff.). Auch durch die inländische Entwicklung konnte sich die Bundesbank in ihren Maßnahmen bestätigt fühlen, denn mit dem Abfluß der Auslandsmilliarden ging einher ein unerwartet starkes Anwachsen der Geldkapitalbildung (was freilich andere Ursachen hatte, siehe S. 85 ff.), so daß keine „Liquiditätslücke" entstand. Zugleich bewirkte diese Entwicklung, daß mit der abflauenden Inlandsnachfrage und dem Ausbleiben des von Unternehmerseite vielfach antizipierten Konsumstoßes durch die Rentenreform von der Nachfrageseite her ein Überwälzen der (erheblichen) Lohnkostensteigerungen auf die Preise verwehrt blieb, und eine Einengung der Gewinnmargen hingenommen werden mußte, wie wir es in dem Kapitel über die unternehmerischen Verhaltensweisen noch ausführlich darstellen werden.[4]
Den größten Vorteil durch die verhinderte, jedoch währungspolitisch angebrachte Aufwertung hatte sicherlich die Unternehmerschaft als Gesamtheit, indem nämlich auf der einen Seite durch die Unterbewertung der DM große Absatzerfolge im Ausland erzielt werden konnten, während andererseits die unerwünschte Konkurrenz ausländischer Anbieter auf dem Binnenmarkt durch das relativ niedrige

1 Gutachten vom 30.4.1957 des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium (i.f.z.: Wiss. Beirat) Göttingen 1961, Ziffer 17.
2 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 110.
3 Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1957, Frankfurt (Main) o.J. (1958), S. 33.
4 Vgl.: S. 116 f.

Preisniveau ferngehalten wird.[1]
An späterer Stelle werden wir noch einmal auf die neu auflebenden Wechselkursdiskussionen zu sprechen kommen, an dieser Stelle wollen wir uns auf die Feststellung beschränken, daß die exorbitanten Exportüberschüsse und der 1959/60 nachfolgende Boom mit seinen volkswirtschaftlich schädlichen Auswirkungen auf die westdeutsche Wirtschaft uns hätte erspart bleiben können, wenn man sich bereits 1957 zu einer Aufwertung durchgerungen hätte. Der „konjunkturpolitische Hexensabbat zwischen 1960 und 1962"[2] wäre zumindest nicht so hektisch ausgefallen, wie er später werden sollte.
Nachdem 1957 an der Währungsfront zunächst Ruhe eingetreten war, wurde innenpolitisch um die Verabschiedung des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen" hart gerungen. Bundeswirtschaftsminister Erhard, dem dieses Kartellgesetz besonders am Herzen lag, konnte eine Verwässerung seiner ursprünglichen Gesetzesvorlage nicht verhindern und mußte sich schließlich doch mit einer von ihm anfangs abgelehnten bloßen „Mißbrauchsaufsicht" zufrieden geben.[3]
Noch vor den Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag wurde auch das von den Gewerkschaften so hartnäckig erstrittene „Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall" am 26. Juni Wirklichkeit. Um die mit diesem Gesetz beabsichtigte Gleichstellung zwischen Arbeitnehmern und Angestellten im Krankheitsfall war nicht zuletzt der lange und erbitterte Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein geführt worden.[4] Das nun verabschiedete Gesetz brachte zwar nicht die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen, aber doch einen recht brauchbaren Kompromiß (der die Sozialversicherungen bereits im Herbst viel Geld kosten sollte). Auch dieses Gesetz dürfte Ludwig Erhard nicht gefallen haben, denn in seinen Reden ist immer wieder die Abneigung gegen jegliche Art von Wohlfahrtsstaat herauszuhören.[5]
Die sozialpolitischen Reformen des Jahres 1957 hatten

---

1 Herbert Ehrenberg, Die Erhard Saga, Stuttgart 1965, S. 68.
2 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 111.
3 Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf und Frankfurt (Main) 1962, S. 267 ff.
4 Siehe dazu Kapitel 1.2.3., S. 102 f.
5 Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 341.

einen enormen Anstieg der inländischen Ausgaben des Bundes zur Folge.[1] Da die Mittel den Kassenreserven des Juliusturms entnommen wurden, diese aber für den Aufbau der Bundeswehr vorgesehen waren, fand insoweit ein zweckentfremdeter Einsatz dieser Gelder statt. Ihre Neutralität im Hinblick auf die inländische Geldmengenentwicklung war somit dahin.[2] Glücklicherweise - nicht etwa aus wirtschaftspolitischer Voraussicht - hatte sich die allgemeine Nachfrageentwicklung im Inland inzwischen schon so abgeschwächt, daß unerwünschte expansive Impulse ausblieben. Die Sparneigung stieg steil an, so daß sich die Einkommensübertragungen des Staates nicht voll auf die private Verbrauchsnachfrage auswirkten. Die ruhige, wenig durch Preisauftrieb gestörte Wirtschaftsentwicklung blieb erhalten.[3]

Bei den Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag im September 1957 war der Wahlparole der CDU „keine Experimente" ein voller Erfolg beschieden, der ihr eine klare absolute Mehrheit brachte. Offensichtlich entsprach der Wahlslogan dem Verlangen der Masse der deutschen Wähler, die bisher so ruhig verlaufene Aufbauphase der Wirtschaft fortzusetzen.[4]

Die im Laufe des Jahres 1957 gefaßten steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung zur Änderung der herrschenden Ehegattenbesteuerung führten zu einer Veranlagungspause in der Einkommensbesteuerung. Die Folgen waren Einnahmeausfälle bei Bund, Ländern und Gemeinden besonders im Jahre 1958 (siehe dazu Schaubild 4, S. 44). Während der Bund durch die Auflösung seiner Kassenreserven die Einnahmeausfälle ohne Kreditaufnahme überwinden konnte und sogar den Restbestand der Bundesanleihe vom Jahre 1952 im November 1957 tilgte (womit seine Kreditmarktverschuldung auf null sank), war die Situation für die Länder und Gemeinden weniger günstig.[5] Die Auswirkungen der Veranlagungspause trafen besonders die Gemeinden, welche sich nach den hohen Einnahmen aus den

---

1 Siehe dazu Kapitel 1.1.3.1., S. 23 f.
2 Monatsberichte, a.a.O., November 1957, S. 17.
3 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1957, S. 359 ff.
4 Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vom Mai 1958, Bergisch Gladbach o.J.(1958), Im folgenden zitiert als: Jahresbericht (BDI). S. 9.
5 Siehe dazu Kapitel 1.1.3.2. und 1.1.3.3.

Abschlußzahlungen für 1955 bis etwa Mitte 1957 an ein hohes Ausgabenvolumen sozusagen gewöhnt hatten und nun neben ihren umfangreichen Investitionsprogrammen auch durch die Besoldungsreform noch zusätzlich belastet wurden - bei zugleich stark absinkenden Einnahmen durch die Veranlagungspause (und die allgemeine konjunkturelle Abschwächung). Gegen Ende 1957 war die Verschuldung der Gemeinden bereits doppelt so hoch wie die der Länder, im März 1958 erreichte die Kreditmarktverschuldung zwei Drittel der von allen öffentlichen Haushalten seit der Währungsreform aufgenommenen Mittel.[1]

Die sich abschwächende konjunkturelle Entwicklung wurde somit durch das Ausgabegebaren von Ländern und Gemeinden, welche trotz der Einnahmerückgänge ihr Investitionsvolumen kaum einschränkten, durchaus gestützt, man kann sagen, daß dieses Verhalten einen tieferen konjunkturellen Einbruch mit hat verhindern helfen.

Ob es sich hierbei allerdings um gezielte konjunkturpolitische Maßnahmen gehandelt hat, ist eine andere Frage. Vieles spricht dafür, daß Gemeinden und Länder die „Durststrecke" während der Veranlagungspause einfach aus dem Grunde „durchhielten", weil sie auf spätere Einnahmebesserungen hoffen konnten. Allerdings ist eine Verstetigung des Ausgabeverhaltens aus konjunkturpolitischer Sicht allemal günstiger zu beurteilen als ein sprunghafter Wechsel von Defiziten und Überschüssen, wie ihn der Bundeshaushalt während der Jahre 1957 bis 1959 zeigt.[2]

Konjunkturpolitisch vorbildlich verhielten sich die Bundesländer, denn im wirtschaftlichen Aufschwung ab Mitte 1959 haben sie ihre Kreditmarktverschuldung in steigendem Maße eingeschränkt und dazu noch Mittel ihrer Reservebildung zugeführt. Wie wir Schaubild 3 (S. 36) entnehmen können, hat sich dieses antizyklisch wirkende Finanzverhalten noch bis in das Jahr 1960 hinein fortgesetzt. Geradezu antagonistisch dazu verhielt sich der Bund, der trotz des beschleunigten Wirtschaftswachstums 1959 seine letzten verbliebenen Kassenreserven mobilisierte und außerdem noch Fremdmittel in Anspruch nehmen mußte, um sein Ausgabevolumen finanzieren zu können.

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1958, S. 16.
2 Siehe dazu Kapitel 1.1.3.1. und Schaubild 3, S. 36.

Mit dem Beginn des Jahres 1958 setzt sich die bereits 1957 erkennbare ruhige wirtschaftliche Entwicklung fort. Die Konturen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zeichnen sich ab und werden zu Beginn des Jahres mit Verträgen besiegelt.[1] An der inländischen Preisfront ist Ruhe eingetreten, und die Bundesbank kann ihren bereits 1957 begonnenen Lockerungskurs fortsetzen, der Diskontsatz wird bis auf den Stand von 3 % gesenkt.[2] Die westdeutsche Wirtschaft macht von der noch immer reichlich vorhandenen Liquidität nur Gebrauch, um ihre finanzielle Situation zu konsolidieren.[3] Der (für die damalige Zeit) hohe Beschäftigungsstand bleibt erhalten, da der von vielen befürchtete konjunkturelle Einbruch ausbleibt. Das neue Regierungskabinett kann sich für das erste Regierungsjahr nach der Wahl kaum bessere Ausgangsvoraussetzungen wünschen.[4]
Die ruhige Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1958 wird auch durch die steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung unterstützt. Die Steuerreform vom Juli bringt die sechste Steuersenkung seit der Währungsreform, der neue Splitting-Tarif in der Ehegattenbesteuerung wird eingeführt. Diese Maßnahmen und einige bereits im Vorjahr gefaßten Beschlüsse (Rentenreform, Lohnfortzahlung, Lastenausgleichsgesetznovellierung etc.) begünstigen über die Einkommensentwicklung durchaus die Aufrechterhaltung der gleichgewichtigen konjunkturellen Entwicklung. Dabei muß man außerdem berücksichtigen, daß auch der hohe Betrag an Auslandszahlungen der Bundesregierung für Schuldentilgung, Wiedergutmachung und Rüstungslieferungen dazu beiträgt, über steigende Bezüge und Inlandsausgaben des Auslands via Exportsteigerungen der westdeutschen Wirtschaft für die Erhaltung des hohen Beschäftigungsgrades sorgt. Überhaupt sollte man die hohen Exportüberschüsse zu jener Zeit als notwendiges Korrelat zu den hohen Auslandsverpflichtungen der noch „jungen" Bundesrepublik Deutschland sehen, und nicht, wie es in späteren Jahren

1 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 44 ff.
2 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1958, S. 3 ff.
3 Siehe dazu das Kapitel über Geldmenge und Kreditvolumen (1.1.5.) und die Analyse des Unternehmerverhaltens in Kapitel 1.2.4.
4 Die günstige konjunkturelle Situation, welche sich von Ende 1957 bis in das Jahr 1959 hinein erstrecken sollte, wird im 2. Hauptteil noch ausführlich beschrieben.

zu recht geschehen ist, als ein zu bekämpfendes Übel.[1] Ist die gesamtwirtschaftliche Situation im Jahre 1958 auch durch Vollbeschäftigung und relative Preisstabilität gekennzeichnet, so gibt es doch in einigen Wirtschaftszweigen Absatzkrisen, hier vor allem in der Textilindustrie und im Steinkohlebergbau.
Schon gegen Ende 1957 hatten sich die ersten Schwierigkeiten im Ruhrkohlebergbau abgezeichnet, als einige Tage nach der Bundestagswahl die Kohlepreise erhöht wurden. Wirtschaftsminister Erhard, der vor und nach den Bundestagswahlen alle Befürchtungen vor einer „Preiswelle" zurückgewiesen hatte, mußte eine schwere Schlappe hinnehmen, als noch während seiner Verhandlungen mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau über den konjunkturpolitisch günstigsten Zeitpunkt der Kohlepreiserhöhungen sozusagen hinter seinem Rücken die Preisheraufsetzungen der Presse bekanntgegeben wurden.[2] Aus der befürchteten Energielücke war - praktisch über Nacht - eine Energiefülle geworden. Der Strukturwandel durch das Vordringen des Heizöls und der billigeren amerikanischen Importkohle (bedingt auch durch die sinkenden Weltfrachtraten) führten schließlich zur Ruhrkrise und damit der Krise des deutschen Steinkohlebergbaus überhaupt. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard mußte sich daher zu einer ganzen Reihe von protektionistischen Maßnahmen entschließen. Die Versäumnisse, welche rechtzeitige energiepolitische Vorausplanung hätte verhindern können, mußten nun mit den Mitteln der Steuerzahler und Schutzmaßnahmen (Entliberalisierung der Steinkohleeinfuhr, Heizöl-Kohle-Preiskartell, Kohlenzölle) nachgeholt werden.[3]
Im weiteren Verlauf des Jahres 1958 zeigte sich dann, daß die Nachfragestützung durch das konjunkturpolitisch richtige Verhalten des Bundes zu Anfang 1958 wohl mehr dem Zufall und der Notwendigkeit fällige Zahlungen zu begleichen entsprochen hatte, als wirtschaftspoli-

---

1 Eine ausführliche Beurteilung der Exportüberschüsse zu jener Zeit erfolgt in Kapitel 2.1.3., S. 172 ff.
2 Siehe dazu die Rede des Bundesministers vom 25.9.1957 in: Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 359 ff.
3 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 236 ff.
Dazu auch unser Kapitel 1.2.3., S. 109 f.

tischen Einsichten, denn die Kassenmittel wurden nicht weiter abgebaut (sondern sogar noch etwas angereichert), und die Inlandsausgaben blieben im weiteren Verlauf des Jahres hinter dem Vorjahrsstand und den laufenden Einnahmen zurück, so daß zumindest im Inlandszahlungsverkehr der Bundeshaushalt kontraktiv wirkte.[1] Schaubild 3 (S. 36) zeigt deutlich den Anstieg der Einlagen des Bundes (nach kurzem Abbau zum Jahresanfang) und den auf null verharrenden Stand der Kreditmarktverschuldung im Jahre 1958. Auf den stark prozyklisch wirkenden Abbau der Einlagen und Anstieg der Verschuldung im Jahre 1959 werden wir noch ausführlich zu sprechen kommen.

Wie ausgesprochen unelastisch im Hinblick auf die konjunkturelle Abschwächungsphase 1958 die Bundesregierung handelte erkennt man allein schon daran, daß ausgerechnet zu einem Zeitpunkt an dem die Beschäftigungslage recht gut eine Stärkung durch ein antizyklisches Ausgabegebaren des Bundes hätte gebrauchen können, die Kassenreserven des Bundes erstmals seit zwei Jahren nicht weiter abgebaut wurden (Mitte 1958).[2] Angesichts der schwachen Einnahmeentwicklung wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1958/59 sogar gekürzt (!), anstatt daß man die sich abschwächende Konjunktur durch Ausgabensteigerungen gestützt hätte.[3] Die Haltung der damaligen Bundesregierung glich somit mehr der eines sparsamen Hausvaters, als daß eine wirksame Konjunkturpolitik betrieben worden wäre.

Im Jahre 1959, als die von vielen befürchtete Gefahr eines konjunkturellen Rückschlags mit allen seinen unangenehmen Begleiterscheinungen schon gebannt war, und sich der neu einsetzende Aufschwung schon deutlich abzuzeichnen begann, zu diesem Zeitpunkt wurden im März 1959 die letzten Reserven des Juliusturms mobilisiert.[4] Zwar floß der größte Teil des aufgelösten Horts zunächst ins Ausland, doch kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Gelder über steigende Bezüge des Auslands alsbald wieder ihren Rückweg antraten und dem inländischen Geldkreis-

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1958, S. 17.
2 Ebenda.
3 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1958, S. 19.
4 Monatsberichte, a.a.O., April 1959, S. 18 f.

dann doch zuflossen, wie wir es schon mehrfach für das Jahr 1957 gezeigt haben. Zudem erzielte der Bund auch im „inländischen" Zahlungsverkehr im ersten Halbjahr 1959 ein Milliardendefizit im Gegensatz zu den Einnahmeüberschüssen der Vorjahre.[1] Dazu werden die bereits vorgesehenen Anleihepläne des Bundes im ersten Halbjahr 1959 verwirklicht. Mochte die Bundesbank auch gegen ein solches Ausgabegebaren protestieren und darauf hinweisen, „daß der zunehmende Kreditbedarf des Bundes nicht ohne weiteres in die gegenwärtige Konjunkturentwicklung paßt" und eine „Eindämmung des Ausgabenanstiegs" aus „konjunkturpolitischen Gründen nötig ist"[2] - die Ausgabefreudigkeit des Bundes blieb davon unbeeindruckt. Anstatt antizyklisch wirkende Maßnahmen zu ergreifen, beschränkte man sich auf die - inzwischen berühmt-berüchtigten - Maßhalteappelle des Bundeswirtschaftsministers. Seine oft als „Seelenmassage" abqualifizierte „psychologische Kriegführung" hat Ludwig Erhard immer wieder gegenüber Kritikern und Spöttern verteidigt[3] - und prinzipiell ist es dem Ansatzpunkt nach auch richtig, da Konjunktur durch Verhaltensweisen bestimmt wird, alle konjunkturpolitisch relevanten Gesellschaftsgruppen auf ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung hinzuweisen. Für die Glaubwürdigkeit einer solchen Politik der „Moral Suasion"[4] ist es jedoch entscheidend, daß der Betreffende selbst mit gutem Beispiel vorangeht - und eben dies ist von seiten der Bundesregierung ja gerade nicht geschehen. Auf die entscheidende Bedeutung der Glaubwürdigkeit für die Wirksamkeit einer solchen Konjunkturpolitik hat Günter Schmölders bereits 1957 hingewiesen: „Für die „moral suasion" als Mittel der Konjunkturpolitik ergibt sich .., daß ihr Inhalt im Einklang mit den Tatsachen stehen muß, sei es mit den Tatsachen des Marktes, die die Regierung hinzunehmen hat, sei es mit denjenigen ökonomischen Tatsachen, die die Regierung selbst zu schaffen oder wesentlich zu beeinflussen in der Lage ist."[5]

---

1 Vgl. dazu Kapitel 1.1.3., vor allem S. 31 ff.
2 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 25 f.
3 Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 470.
4 Günter Schmölders, Die Konjunkturpolitik der „moral suasion". In: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Hrsg. E.v. Beckenrath, F.W. Meyer, A. Müller-Armack, Frankfurt (Main) 1957, S. 282 ff.
5 Ebenda, S. 289.

Wenn aber keine erkennbaren Sanktionsmaßnahmen für ein Zuwiderhandeln bereitstehen, bzw. wenn der Betreffende, welcher solchermaßen Konjunkturpolitik mit psychologischen Mitteln betreiben möchte, selbst kaum für ein wirkungsvolles Durchsetzen seiner Ankündigungen energisch genug erscheint, dann wird eine solche Politik tatsächlich zu einer bloßen „Seelenmassage", und die auch noch so zahlreichen „Maßhalteappelle" können keine wirkliche Änderung der Verhaltensweisen bewirken.
Der Hauptfehler der Erhardschen Wirtschaftspolitik lag jedoch weniger in dieser (falschen) Anwendung psychologischer Mittel, sondern darin, daß eine Unterstützungspolitik der unternehmerischen Initiative fortgesetzt wurde, die in der Aufbauphase der westdeutschen Wirtschaft, also während der unmittelbaren Nachkriegszeit, angebracht gewesen sein mochte und ohne Zweifel viel zum Wiedererstarken der westdeutschen Wirtschaftskraft beigetragen hat, der Fehler bestand also darin, daß eine solche Politik noch weiter fortgesetzt wurde, als eine derartig massive Unterstützung schon lange nicht mehr nötig war, und statt dessen eine ernsthafte Inangriffnahme der Verwirklichung der oft propagierten aber nur selten mit wirklichem Nachdruck verfolgten Idee der „sozialen Marktwirtschaft" nötig gewesen wäre.[1] So blieb dieser Begriff nur „plakativ", er wurde werbewirksam eingesetzt, ohne jedoch mit wirklichem Leben erfüllt zu sein. Es ist die Tragik jener Jahre, daß ausgerechnet Ludwig Erhard, dem es zwar nicht an gutem Willen, wohl aber am politischen Durchsetzungsvermögen fehlte, die Idee der sozialen Marktwirtschaft wirtschaftspolitisch zu vertreten hatte. Welchen Weitblick Ludwig Erhard in bezug auf die künftige Entwicklung und die künftigen Probleme hatte, zeigt folgendes Zitat: „So festigt sich in mir immer mehr die Überzeugung, daß das Problem der sozialen Umwelt gegenwärtig in einem möglichst konkreten und auf den Menschen bezogenen Sinne angepackt werden muß. Im letzten Jahrzehnt haben wir im Zuge einer groß-

[1] Siehe dazu auch Hugo Ritter, Verrat an der sozialen Marktwirtschaft? Wirtschaftspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Hamburg 1972, vor allem S. 26 ff.

artigen Industrie- und Verkehrsentwicklung zwei gleichsam nur von der Logik ihrer eigenen Leistungssteigerung bestimmte Bewegungen freigegeben, durch die die natürliche Form des Lebens nachhaltig beeinträchtigt wurde."[1] Dem wäre nichts hinzuzufügen.

Die Leistungen Ludwig Erhards beim Aufbau der Marktwirtschaft in den Nachkriegsjahren dürfen keineswegs verkannt werden, doch - er war und blieb ein „Mann der ersten Stunde", der als Politiker untrennbar mit der Aufbauphase der westdeutschen Wirtschaft verbunden blieb und, auch später als Kanzler, nicht das politische Durchsetzungsvermögen besaß, seine Zukunftsvorstellungen einer vollen Verwirklichung von sozialer Marktwirtschaft[2] nach dem sich 1957 auf vielerlei Weise abzeichnenden Umbruch in der Nachkriegswirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik auch in die Tat umzusetzen.[3]

Die Kluft zwischen dem, was die industrielle Wirtschaft ohne (nennenswerte) soziale „Fesseln" produzierte und dem, was unter sozialen Gesichtspunkten wünschenswert, ja sogar notwendig gewesen wäre, diese Kluft wurde immer größer. Für viele Probleme, die uns noch heute in den siebziger Jahren beschäftigen, so bspw. in der Verteilungspolitik, der Bildungspolitik, der Infrastrukturpolitik, dem Umweltschutz, für alle diese heutigen Probleme wurde der Grundstein (auch) durch die Versäumnisse in der Erhardschen Wirtschaftspolitik gelegt.

---

1 Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 488.

2 In jüngster Zeit (1972) haben Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack in einer gemeinsamen Veröffentlichung den Versuch unternommen, den Begriffsinhalt der Sozialen Marktwirtschaft mit neuem Leben zu erfüllen und ihn gegen die Kritiker des marktwirtschaftlichen Systems zu verteidigen, siehe dazu: Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft Ordnung der Zukunft, Frankfurt (Main), Berlin und Wien 1972.

3 Der „Umbruch" ist gekennzeichnet durch bspw. das Erreichen der Vollbeschäftigung, die Konvertibilität der DM, dem Beginn der „Gastarbeiterinvasion" etc.

Verhaltenshypothesen:

1. Die Inangriffnahme der Rentenreform im Jahre 1957 wirkte zwar über die Stärkung der Kaufkraft und der Geldkapitalbildung der privaten Haushalte in der nachfolgenden gesamtwirtschaftlichen Abschwächungsphase konjunkturstabilisierend, wurde jedoch nicht aus konjunkturpolitischen Gründen zu diesem Zeitpunkt vorgenommen.

2. Die Auflösung der Kassenreserven des Bundes erfolgte zwar zum konjunkturpolitisch richtigen Zeitpunkt, indem nämlich durch die Kapitaltransfers die hohe Auslandsnachfrage (mit) erhalten wurde, jedoch erkannte die überwältigende Mehrheit der Bundestagsabgeordneten nicht die Möglichkeiten zur Konjunkturstabilisierung, welche die Auflösung der Gelder des Juliusturms bot. Dies zeigt sich auch deutlich bei der Verausgabung der Restbestände im Jahre 1959.

3. Im Jahre 1958 des schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstums hat das Ausgabegebaren der Bundesregierung durch hohe inländische Kassenüberschüsse deutlich zyklusverstärkend gewirkt; auch zu Beginn des konjunkturellen Wiederaufschwungs wirkten die Ausgabegestaltung und die Verschuldungsbereitschaft des Bundes eindeutig prozyklisch.

4. Der Bundesbank wurde in ihren Bemühungen um die Erhaltung der Geldwertstabilität von seiten der Bundesregierung trotz häufiger Ermahnungen keine Unterstützung zuteil.

1.2.2. Das Konsum- und Sparverhalten der privaten Haushalte

Nach der heftigen, aber rasch vorübergehenden Expansion der Verbrauchsausgaben, welche die Suezkrise im November 1956 hervorgerufen hatte, schwächte sich der private Konsum zum Jahresbeginn 1957 zwar ab, blieb jedoch insgesamt auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Der Übergang von der Investitionskonjunktur der Jahre 1955/56 zur Konsumkonjunktur des Jahres 1957 mit abgeschwächtem Wachstum vollzog sich somit ohne nennenswerte Störungen der Beschäftigungslage oder Einbrüchen in der wirtschaftlichen Entwicklung.[1]

Entscheidend dafür, daß der private Konsum (neben der nach wie vor starken Auslandsnachfrage) zur Stütze der Konjunktur werden konnte, war, daß die Kaufkraft der privaten Haushalte durch Steuersenkungen und relativ kräftige Lohnerhöhungen insgesamt etwa im Ausmaß des Vorjahres gesteigert wurde. Wegen der Arbeitszeitverkürzungen fiel die Erhöhung der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssummen zwar etwas schwächer aus als im Vorjahr,[2] doch wurden durch den Abbau der Arbeitslosigkeit mehr Haushalte am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs beteiligt. Insgesamt hielt sich die Beanspruchung der Konsumgüterindustrie durch den privaten Verbrauch somit durchaus in Grenzen.[3]

Auch die im April erfolgenden Rentennachzahlungen hatten nicht den vielerorts erwarteten „Konsumstoß" zur Folge. Zwar verzeichneten die Einzelhändler steigende Umsätze und konnten ihre in „froher" Erwartung aufgefüllten Läger weitgehend räumen, jedoch blieb auch hier die Nachfrage im Rahmen der Produktions- und Lieferkapazitäten.[4] Dafür erlebte die Sparquote einen geradezu „kometenhaften" Anstieg nach dem Tief von 1956 (siehe dazu das Schaubild 6). Die zu Anfang des Jahres noch geringe Sparneigung hat sich damit beträchtlich verstärkt, offensichtlich verblieb zumindest ein Teil der empfangenen Einkommensübertragungen durch die Rentenreform zunächst auf den Sparkonten.[5] Dies überrascht um so mehr, als bei

1 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1957, S. 121 ff.
2 Siehe dazu Kapitel 1.1.4. und Tabelle 4, S. 53.
3 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 2, S. 10.
4 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1957, S. 26 f.
5 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1957, S. 27 f. und Schaubild 6 auf Seite 52.

den empfangenden Haushalten doch eigentlich ein hoher „Nachholbedarf" an Konsum zu erwarten gewesen wäre. Es scheint jedoch, als wenn die plötzliche Einkommensverbesserung sich erst nach einem gewissen time lag in einer Änderung des Ausgabegebarens niedergeschlagen hätte.[1] Für diese Annahme spräche auch die Beobachtung, daß sich etwa gegen Jahresmitte bei unverändert hoher Sparquote die Auftragsbestände bei der langlebige Konsumgüter herstellenden Industrie zu mehren beginnen.[2] Es scheint als wenn der Erwerb derartiger Güter einer gewissen Planung unterliegt und nicht spontan der eingetretenen verbesserten Einkommenslage folgt.[3] Besonders scheint dies für die von der Rentenreform betroffenen Haushalte zutreffend zu sein, von denen viele durch die Nachzahlungen plötzlich finanziell in der Lage waren, auch größere Anschaffungen vorzunehmen.[4]
Der unerwartet steile Anstieg der Sparquote, welcher in den ersten drei Vierteljahren 1957 den bisherigen Rekord des Jahres 1955 für diesen Zeitraum in den Schatten stellte[5], ist jedoch nicht allein durch die Rentenreform verursacht worden, sondern es wurde auch allgemein mehr gespart. Bemerkenswert an dieser Entwicklung erscheint vor allen Dingen, daß trotz der 1957 auslaufenden steuerlichen Sparbegünstigungen nicht etwa weniger, sondern sogar so viel mehr gespart worden ist.[6] Eine schöne Bestätigung der Vermutung, daß der Zins keinen wesentlichen Einfluß auf das Sparverhalten ausübt.[7]
Um eine Erklärung (neben den Auswirkungen der Rentenreform) für diesen Umschwung im Sparverhalten zu finden, müssen wir uns die Einkommenssituation der pri-

---

1 Dieter Fricke hat auf diesen time lag bereits hingewiesen. Vgl.: Dieter Fricke, Das Sparverhalten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, in: „Beiträge zur Verhaltensforschung", Hrsg. Günter Schmölders, Berlin 1972, Heft 14, S. 40.
2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 2, S. 15.
3 Für die USA hat Katona ein solches Kaufverhalten nachgewiesen. Vgl.: George Katona, Die Macht des Verbrauchers, Düsseldorf und Wien 1962, S. 31 ff.
4 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 370.
5 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 3, S. 10.
6 Monatsberichte, a.a.O., August 1957, S. 16 ff.
7 Zu dieser erstaunlichen Feststellung vgl. auch Peter Bohn, Konsumenten- und Sparverhalten, in: „Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung", Hrsg.: M. E. Kamp, Stuttgart 1969, Heft 14, S. 88.

vaten Haushalte im Jahre 1957 vor Augen führen.
Die kräftigen Tariflohnsteigerungen und die Ausdehnung der Beschäftigtenzahl 1957 bewirkten zwar gesamtwirtschaftlich einen Anstieg des Anteils der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen,[1] jedoch es wirkten sich, wie bereits erwähnt, die Arbeitszeitverkürzungen mindernd auf die durchschnittlichen Lohn- und Gehaltseinkommen aus.[2] In die gleiche Richtung wirkten auch die erhöhten Beitragssätze für die Sozialversicherungen, so daß zumindest ein Teil der im Rahmen der Rentenreform gestiegenen Einkommensübertragungen durch die Arbeitnehmerhaushalte mitgetragen wurde.
Von der Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind ebenfalls im Jahre 1957 kaum expansive Impulse ausgegangen.[3] Allerdings muß hier mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß gerade bei diesen Einkommensarten unter den betroffenen Haushalten große Unterschiede in der Einkommensentwicklung bestehen, jedenfalls weitaus größere als bei den Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit. Hinzu kommen erhebliche Probleme bei der statistischen Ermittlung.[4] Auch über das Konsum- und Sparverhalten speziell dieser Haushalte fehlen Erhebungen (zumindest für den relevanten Zeitraum), so daß wir davon ausgehen müssen, ein gleichartiges Verhalten zu der Masse der privaten Haushalte anzunehmen. Immerhin können wir aus dem gesunkenen Anteil dieser Einkommensarten am Volkseinkommen (siehe Tabelle 3/4) darauf schließen, daß sie zumindest gesamtwirtschaftlich langsamer gewachsen sind als die Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte.
Im Gesamtbild ergibt sich somit die bemerkenswerte Erscheinung, daß etwa seit Jahresmitte 1957 mit zunehmender konjunktureller Abschwächung und Verlangsamung sowohl in der Brutto- als auch Nettoeinkommensentwicklung die Sparquote der privaten Haushalte dennoch - bei nachlassendem Wachstum der Verbrauchsausgaben - laufend erhöht wurde. Es scheint, als ob die sinkenden Einkommen

1 Siehe dazu Tabelle 3 und 4 auf Seite 53.
2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 1, S. 17 ff.
3 Ebenda, S. 19.
4 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 699.
Die Problematik der Einkommensermittlung wird in Kap. 2.2.3. (S. 224 ff.) noch ausführlich dargestellt.

und Einkommenserwartungen der Haushalte sich in erhöhter Sparneigung niedergeschlagen haben.[1] Ob sich diese Hypothese durch die Entwicklung des Jahres 1958 stützen läßt, wollen wir im folgenden untersuchen.
Für das letzte Vierteljahr 1957 lassen sich die gesunkenen Verbrauchsausgaben wohl mit dem nur geringen Einkommenszuwachs für viele Haushalte wegen der verschobenen Tarifvereinbarungen in den Grundstoffindustrien erklären, ob sich diese verzögerte Einkommensanpassung aber auch über pessimistische Einkommenserwartungen auf einen Anstieg der Sparneigung ausgewirkt hat, kann nicht ohne weiteres behauptet werden, da die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern (Automobile, Waschmaschinen, Kühlschränke etc.) sich im gleichen Zeitraum keineswegs abgeschwächt hat, wie es für die Nachfrage bei den traditionellen Verbrauchsgüterindustrien der Fall gewesen ist.[2] Da nun aber gerade die Nachfrage für hochwertige Konsumgüter besonders von einer günstigen Einkommenssituation und optimistischen Zukunftserwartungen abhängig ist,[3] würde dies der (weiter oben) aufgestellten Hypothese widersprechen. Wenn wir nachträglich noch ermitteln könnten, von welchen Haushaltsgruppen die Nachfrage für langlebige Konsumgüter ausgegangen ist, wäre eine eindeutige Aussage möglich, so aber müssen wir uns auf die Vermutung beschränken, daß die bewußte Nachfrage von den Empfängern der Einkommensübertragungen aus der Rentenreform und den Beziehern von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ausgegangen ist, die Bezieher von Einkommen aus unselbständiger Arbeit sich dagegen wie oben vermutet verhalten haben. Die Analyse wird eben außerordentlich erschwert, wenn sich einander entgegengesetzte Verhaltensweisen zeitlich überlagern.
Die verschobenen Tarifverhandlungen vom Herbst 1957 wurden im Frühjahr 1958 ausgetragen. Die dabei erzielten Lohn- und Gehaltserhöhungen schlugen sich alsbald in steigender Nachfrage nieder.[4] Allerdings erhöhte

1 Ein derartiges Sparverhalten wurde auch von Dieter Fricke bereits beobachtet. Vgl.: Dieter Fricke, a.a.O., S. 138.
2 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1958, S. 10 f.
3 Dieses Verhalten wurde für die USA festgestellt von: George Katona, Die Macht des Verbrauchers, a.a.O., S. 152 ff. und Peter Bohn, a.a.O., S. 112.
4 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 2, S. 13.

sich der Verbrauch wegen der Preissteigerungen nominell bedeutend stärker als real. Zudem war das Nettoeinkommen in zunehmendem Maße durch Steuern (die steuersenkenden Maßnahmen haben sich zu diesem Zeitraum noch nicht auswirken können) und Sozialversicherungsbeiträge belastet.[1] Dennoch stieg die Sparneigung auch 1958 noch weiter an und erreichte im ersten Vierteljahr einen höheren Stand als im gleichen Zeitraum 1957 - dies alles trotz des Wegfalls der steuerlichen Sparbegünstigungen und obwohl im Frühjahr 1958 keine Rentennachzahlungen erfolgten.[2] Diese Entwicklung scheint unsere oben gemachte Vermutung zu erhärten. Auch die Abschwächung bei der Inanspruchnahme von Teilzahlungskrediten[3] scheint dafür zu sprechen, daß zumindest ein großer Teil der privaten Haushalte wegen pessimistischer Zukunftserwartungen hinsichtlich der Einkommensverhältnisse nur zurückhaltend sich neu verschuldet, sondern statt dessen eine Konsolidierung der Finanzsituation zu erreichen trachtet. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß die Wirtschaft selbst auch direkte Kundenkredite gewährt (worüber aber keine Informationen vorliegen), und ein, jedoch stark gesunkener, Teil dieser Kredite für die Finanzierung gewerblich genutzter Güter in Anspruch genommen wird.[4] Die Bedeutung der Teilzahlungskredite zeigt sich in der Parallelität zwischen dem Anteil der Inanspruchnahme für bestimmte Gütergruppen und der Nachfrageentwicklung in den entsprechenden Industriezweigen. So haben bspw. die für den Erwerb von Textilprodukten beanspruchten Teilzahlungskredite sich zum Ende des Jahres 1957 hin stark abgeschwächt - entsprechend herrscht in diesen Bereichen eine ausgesprochene Absatzflaute.[5] Dagegen hat sich die Kreditgewährung für den Erwerb von Personenkraftwagen und Motorrädern ganz parallel mit dem Aufschwung in der Nachfrage derartiger langlebiger Konsumgüter verstärkt.[6] Überhaupt ist das anhaltende

1 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 2, S. 4.
2 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1958, S. 23 f.
3 Siehe dazu auch den Sonderbericht: „Zur Entwicklung der Teilzahlungskredite der Kreditinstitute". In: Monatsberichte, a.a.O., Februar 1958, S. 38 ff.
4 Ebenda, S. 43.
5 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 3, S. 7 f.
6 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1958, S. 43.

Wachstum gerade dieser Nachfrage - trotz anhaltender konjunktureller Abschwächung - eines der am schwersten erklärbaren Phänomene der Jahre 1957 und 1958.
Wahrscheinlich hat es sich so verhalten, daß die Masse der privaten Haushalte sich auf Grund der durch Arbeitszeitverkürzungen verminderten Einkommen (siehe Kapitel 1.1.4.) und angesichts der düsteren Konjunkturprognosen im Verbrauch einzuschränken versuchte und zugleich mehr sparte. So ließe sich auch der ungewöhnliche Anstieg der Sparneigung und zugleich das Nachlassen der Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten erklären.[1]
Als dann im weiteren Verlauf des Jahres die befürchtete Arbeitslosigkeit und Einkommensverschlechterung ausblieb, wurden die Einkommenserwartungen korrigiert und ein Teil der Ersparnis für den Kauf hochwertiger Konsumgüter angelegt. Offensichtlich stieg also die Sparquote 1957 zunächst über das Maß an, welches von den Haushalten aus Sicherheitsgründen für erforderlich gehalten wurde. Damit erreichten andere Bedürfnisse der Haushalte, bspw. nach Luxus und Komfort, eine zunehmend größere Bedeutung (zumal der Grundbedarf an Gütern gedeckt war).[2]
Mit steigendem Einkommen, und nachdem das Bedürfnis nach finanzieller Sicherheit durch Ersparnisse gestillt war, erweiterte sich sozusagen der Kreis der die Begehrlichkeit der Haushalte erweckenden Güter.
Dies geschieht nun nicht etwa von allein, sondern ist davon abhängig, daß die Industrie ihre Produktion auf solche Güter ausrichtet und zugleich durch Werbung den kaufwilligen Haushalten bewußt macht.[3]
Außerdem scheint es wichtig zu sein, daß andere Haushalte auf sozial gleichem oder etwas höherstehendem Niveau ihre Verbrauchsgewohnheiten den neuen Möglichkeiten anpassen.[4] Diese „Verkäuferfunktion" (Katona) von Bezugsgruppen bei der Entdeckung und Erprobung neuer Verbrauchsgewohnheiten entscheidet darüber, ob

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 52.
2 Siehe hierzu auch: Dieter Fricke, Das Sparen im Spannungsfeld der Bedürfnisse, In: „Beiträge zur Verhaltensforschung", Heft 11, Hrsg.: Günter Schmölders, Berlin 1969, S. 52 f.
3 Zur „Einfallslosigkeit" der Haushalte siehe besonders: George Katona, Die Macht des Verbrauchers, a.a.O., S. 333 f.
4 Vgl.: Dieter Fricke, Das Sparverhalten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 39 f.

sich ein neuer Verbrauchstrend durchsetzen kann.[1] Besonders deutlich zeigt sich das unserer Meinung nach bei dem starken Anstieg der Nachfrage nach Personenkraftwagen und hochwertigen Elektrohaushaltsartikeln, wie wir ihn vor allem seit 1956 beobachten können und der sich auch 1958 keineswegs abgeschwächt hat.[2] Der Besitz derartiger Güter scheint mit einem Gewinn an Sozialprestige assoziiert zu werden, denn einkommensmäßig in etwa der gleichen Gruppe angesiedelte Haushalte werden offenbar dazu angeregt, nach dem Beispiel anderer Haushalte ebenfalls ein solches Gut zu erwerben. Dieses Verhalten führt dann schließlich zu einer Angleichung des „Konsumstandards" innerhalb der jeweiligen Bezugsgruppen unter den Haushalten.[3]

Da die Industrie nun ihrerseits bestrebt ist, in der produktionstechnisch einmal eingeschlagenen Richtung fortzufahren (bspw. wegen der Amortisationsdauer der industriellen Anlagen), muß sie, um ihren Absatz ausdehnen zu können, den Kauf ihrer Produkte einer immer größeren Käuferschar erschließen, womit dann aber der Wert der Produkte zur Erlangung von Sozialprestige ständig abnimmt, denn was schließlich (fast) jeder hat verleiht kein besonderes Ansehen mehr. Sobald die Industrie ein Produkt solchermaßen „verschlissen" hat, ergeben sich zwei grundsätzliche Möglichkeiten: Entweder wird versucht, den Absatz dadurch zu erhalten, indem man die Lebensdauer der Produkte modisch oder technisch verkürzt (V. Packard: „Geplante Obsoleszenz")[4] - oder aber es werden ständig mehr oder weniger neue Güter mit entsprechend „unverbrauchtem" Anspruch auf die Gewährung von Sozialprestige geschaffen, auf den Markt gebracht und vor allem durch Werbung dem (potentiellen) Käufer ständig aufs neue vor Augen geführt.

---

1 George Katona, Die Macht des Verbrauchers, a.a.O., S. 220 f.

2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 1, Sonderbericht: „Die langlebigen Konsumgüter in der Expansion" (i.f.z.: Sonderbericht), S. 35 f.

3 Dieter Fricke, Das Sparverhalten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 39.

4 Vance Packard, Die große Verschwendung, Düsseldorf 1961, S. 71 ff.

5 So sind bspw. bis 1957 die Preise für Kühlschränke auf 82 % und für Rundfunkgeräte auf 78 % ihres Standes von 1950 gesunken. Vgl.: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., Sonderbericht, 1959, Heft 1, S. 31.

Aus diesem Grund bleibt der Stimulus zum Kauf neuer Güter und damit der Antrieb zu immer weiteren Leistungs- und Einkommenssteigerungen erhalten. Die Verlockungen durch die Werbung zu ständig neuen Bedürfnissen - und Pseudobedürfnissen - wirken wie „Zündkerzen", die den „Verbrennungsprozeß" des Konsumierens ständig in Gang halten und so für einen profitablen Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten sorgen.

So treibt die Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten, allein durch den Kaufwillen der Massen gesteuert, stets in eine Richtung, unbeschadet der zunehmenden Irrationalität und unabhängig von all jenen Kosten und Bedürfnissen, welche nicht in das Kalkül der privaten Haushalte und Unternehmen unmittelbar eingehen.

Das Streben zu „immer neuen Ufern" der Bedürfnisbefriedigung ist dem menschlichen Wesen offenbar zutiefst immanent, besonders Katona hat sich stets dagegen gewehrt, dies als bloße „Erfindung der Industriekonzerne" abzutun.[1]

Mit diesem kurzen Exkurs wollten wir veranschaulichen, wie etwa der Umschwung im Verbraucherverhalten fort von den traditionellen und hin zu den Gütern des gehobenen Bedarfs erklärt werden könnte.[2]

Möglicherweise läßt sich auch zumindest ein Teil des Anstiegs in der Sparneigung aus der Notwendigkeit ableiten, für den späteren Erwerb eines hochwertigen Konsumgutes ansparen zu müssen.[3]

Besonders im Jahre 1958 haben die Haushalte ihre Konsummöglichkeiten nicht im Rahmen des Einkommenszuwachses ausgenutzt;[4] ob dies nun mit dem oben beschriebenen Zwecksparen erklärt werden kann, oder aber sich die Furcht vor der wirtschaftlichen Zukunft in einer

---

1 George Katona, Der Massenkonsum, Düsseldorf und Wien 1965 (1. Auflage), S. 81 ff.
Katona verteidigt seine Auffassung hier gegen die von u.a. A.J. Toynbee und Vance Packard vertretene These von der Schaffung „künstlicher" Nachfrage. Besonders sei dazu empfohlen das Kapitel „Management der gezielten Nachfrage" in: J.K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München und Zürich 1968, S. 223 ff.

2 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1958, S. 10 f.

3 Wirtschaftskonjunktur, Sonderbericht, a.a.O., 1959, Heft 1, S. 30.

4 Siehe dazu Kapitel 1.1.4.
Vgl.: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 1, S. 7.

hohen Sparneigung niedergeschlagen hat, kann heute nicht mehr entschieden werden - jedenfalls verringerten sich mit der gedämpften privaten Verbrauchsnachfrage im Laufe des Jahres 1958 offenbar auch die Preiserhöhungsspielräume in den Konsumgüterindustrien, und es trat eine Periode der relativen Preisstabilität ein, die bis weit in das Jahr 1959 andauern sollte.[1]

Der Jahresbeginn 1959 war durch eine weitere Abschwächung des privaten Verbrauchs bei leicht ansteigender Sparneigung gekennzeichnet. Die gemäßigten Lohnforderungen der Gewerkschaften wirkten auf eine Verlangsamung im Anstieg der Masseneinkommen hin.[2]

Im Jahre 1959 trat erstmals in größerem Maße eine neue Richtung in den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte auf: die Reiseausgaben deutscher Touristen im Ausland.[3] Zwar konnte man damals noch nicht von einer „Reisewelle" sprechen, doch war der Trend unverkennbar. Aus der heutigen Zeit zurückblickend, in der die Deutschen in jedem Jahr Riesensummen im Ausland verkonsumieren, und ein beträchtlicher Teil der „Freizeitindustrie" von der Reiselust in Gang gehalten wird, erscheint es reizvoll, sich daran zu erinnern, daß sich diese Entwicklung bereits 1959 deutlich abzuzeichnen begann. Sicherlich haben auch die Arbeitszeitverkürzungen der Vorjahre erheblich dazu beigetragen, daß sich ein steigender „Freizeitbedarf" entwickeln konnte. Folgende Aussage charakterisiert die damals beginnende Entwicklung sehr zutreffend: „Die Industrie hat sich auf diese Bedürfnisse nach Besitz, Bequemlichkeit, Freizeit, Gesundheit und Prestige eingerichtet und versucht, latente Bedürfnisse zu wecken, ständig modische Neuheiten auf den Markt zu bringen und durch Preissenkungen den Absatz anzuregen."[4]

Auch der permanent steigende Anteil der Aufwendungen für Dienstleistungen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gehört zu den typischen Wesenszügen der heu-

---

1 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1958, S. 125.
2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 2, S. 7.
3 Monatsberichte, a.a.O., August 1959, S. 8 ff. Begonnen hatte die Passivierungstendenz der Reiseverkehrsbilanz bereits im Jahre 1958, vgl.: Kapitel 1.1.2., S. 16.
4 Wirtschaftskonjunktur, Sonderbericht, a.a.O., 1959, Heft 1, S. 31.

tigen westdeutschen Industriegesellschaft, die sich bereits gegen Ende der fünfziger Jahre deutlich abzuzeichnen beginnen.

Offenbar scheinen Verbrauchsumschichtungen der Haushalte zwar stetig, aber doch relativ langsam abzulaufen.[1] Besonders deutlich wird uns diese Tatsache, wenn wir bis in die frühen fünfziger Jahre zurückgehen: die langsam anlaufende Einkommensbildung ließ zunächst die traditionellen Verbrauchsgüterindustrien (bspw. Textil- und Nahrungsmittelindustrie) expandieren, der Grundbedarf wurde zuerst gedeckt, eine Entwicklung, die oft etwas respektlos als „Freßwelle" bezeichnet worden ist. Das Auslaufen dieser Welle in den Anstieg der Sparneigung 1957 haben wir bereits analytisch miterlebt.

Zu jener Zeit machte sich auch die neue Verbrauchsrichtung schon deutlich bemerkbar: nachdem der Grundbedarf gedeckt, das Sparbedürfnis befriedigt war, wandte sich das Verlangen der privaten Haushalte nach Gütern des „gehobenen" Bedarfs. Davon profitierten vor allem die Genußmittelindustrien (Kaffee, Zigaretten, Schnaps etc.), die Elektroindustrie (Kühlschränke, Waschmaschinen etc.) und die Fahrzeugindustrie (Personenkraftwagen und Motorräder). Das Angebot konnte mit der neuen Nachfrage schließlich kaum noch mithalten, analog zur „Freßwelle" begann sich eine „Luxuswelle" abzuzeichnen. Auch den Beginn der nächstfolgenden Verbrauchsumschichtung, der „Reisewelle", haben wir 1959 noch mit in die Untersuchung einbeziehen können.[2]

Im weiteren Verlauf des Jahres 1959 läßt sich noch eine weitere bemerkenswerte Erscheinung beobachten, daß nämlich - wohl auch durch das anhaltend hohe Beschäftigungsniveau mitverursacht - die Banken und Sparkassen mehr und mehr den „kleinen Kunden entdecken". Viele Löhne und Gehälter werden jetzt schon direkt auf Sparkassen

1 Dies entspricht offenbar auch der von Katona für die Vereinigten Staaten von Amerika festgestellten Beobachtung. Vgl.: George Katona, Die Macht des Verbrauchers, a.a.O., S. 184 ff.

2 Diese Konsumwellen lassen sich ohne weiteres bis in die siebziger Jahre hinein weiterverfolgen: Die „Sexwelle" war Vorläuferin der „Drogenwelle", dieser scheint ihrerseits die „Trimm-Dich-Welle" folgen zu wollen.

und Banken überwiesen, und mit der Regelmäßigkeit dieser Zahlungen wurde es zur Gewohnheit, den Inhabern solcher Konten kleinere Kredite automatisch einzuräumen.[1] Insgesamt steigt die Kreditaufnahme der privaten Haushalte 1959 beträchtlich an, besonders im 3. Quartal, als die bisherige Periode relativer Preisstabilität durch einen witterungsbedingten Anstieg der Nahrungsmittelpreise beendet wurde, und die Haushalte gezwungen waren, einen größeren Anteil am verfügbaren Einkommen als bisher für den Erwerb solcher verteuerter Waren aufzuwenden.[2]

Betrachten wir den ganzen Verlauf des Jahres, so haben die Haushalte trotz der mit dem konjunkturellen Wiederaufschwung verbundenen weiteren Ausdehnung des Beschäftigungsgrades wiederum ihren Verbrauch nicht in dem Ausmaß des Vorjahres vergrößert.[3] Zugleich stieg ihre Verschuldung an, wogegen die Sparneigung in etwa auf ihrem - wenngleich hohen - Stand des Vorjahres verharrte.[4]

Aus der Einkommenssituation heraus läßt sich die Verbrauchsabschwächung leicht verstehen, denn für die Bezieher von Einkommen aus unselbständiger Arbeit war 1959 wegen der sehr mäßigen (im Vergleich zu beiden Vorjahren) durchgesetzten Lohn- und Gehaltssteigerungen kein gutes Jahr,[5] gleiches gilt für die Empfänger übertragener Einkommen, welches hinter seinem - allerdings außergewöhnlichen - Zuwachs der beiden Vorjahre weit zurückblieb.[6] Einkommensmäßig profitiert haben von dem wirtschaftlichen Aufschwung vor allem die Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, welches seinen geringen Zuwachs des Vorjahres weit überholte.[7]

---

1 Siehe dazu den Sonderbericht „Neuere Entwicklung der Kredite und Wertpapieranlagen bei den Bankengruppen" in: Monatsberichte, a.a.O., Juni 1960, S. 12 ff.
2 Monatsberichte, a.a.O., November 1959, S. 14 f.
3 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1960, S. 15 f.
4 Siehe dazu Schaubild 6, Seite 52.
5 Eine ausführliche Stellungnahme zu den „preisneutralen" Lohnsteigerungen des Jahres 1959 finden wir im „Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung" in: Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960 (als Beilage).
6 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1960, S. 16 f.
7 Vgl.: Kapitel 1.1.4., Tabelle 3, S. 53.

Das Verhalten der Masse der privaten Haushalte 1959 läßt sich aber auch unabhängig von der Einkommenssituation aus der allgemeinen konjunkturellen Lage erklären: die Gefahr eines wirtschaftlichen Rückschlags schien überwunden, hinsichtlich der zukünftigen Einkommensentwicklung herrschten optimistische Erwartungen. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit und finanziellen Schwierigkeiten, auf die wir den Anstieg der Sparneigung und den Abbau der Verschuldung 1958 (mit) zurückgeführt haben, ist 1959 offenbar der Erwartung einer für die Haushalte günstigeren wirtschaftlichen Weiterentwicklung gewichen.[1]

Besonders kennzeichnend für diese veränderten Zukunftserwartungen ist das fast bis zum Stillstand verlangsamte Wachstum der Sparquote (siehe Schaubild 6, S. 52) und die bereits erwähnte steigende Neigung zur Kreditaufnahme bei der Verbrauchsfinanzierung. Dennoch kann man sagen, daß die abgeschwächte private Verbrauchsnachfrage im Jahre 1959 nicht zu den die Konjunktur „anheizenden" Faktoren gehört hat, sondern daß die Anreize zum Wiederaufschwung in erster Linie von der Belebung der Investitionsneigung der Unternehmer ausgegangen sind.[2]

Abschließend sei noch auf eine interessante zu beobachtende Parallele zwischen der Geldvermögensbildung der Unternehmen und der Sparkapitalbildung der privaten

---

1 Die große Bedeutung von Zukunftserwartungen für die Entscheidungen von Produzenten und Konsumenten wurde in der sozialökonomischen Verhaltensforschung schon recht frühzeitig erkannt, basierend auf Erkenntnissen, die sich z.T. schon bei J.M. Keynes finden lassen. Vgl.: G. Schmölders, R. Schröder, H.St. Seidenfus, John Maynard Keynes als „Psychologe", Berlin 1956. Katona betonte vor allem, daß die veränderten Verhaltensweisen sich keineswegs stets als rationale Reaktion auf Veränderungen der ökonomischen Umwelt verstehen lassen. Vgl.: George Katona, Contributions of Survey Methods to Economics, New York 1954, S. 55 ff. Zitiert bei: G. Schmölders, R. Schröder, H.St. Seidenfus, siehe oben, S. 120.
Jöhr sieht dagegen die Zukunftserwartungen der Wirtschaftssubjekte vorrangig als „Faktor der Selbstverstärkung des Konjunkturverlaufs". Vgl.: W.A. Jöhr, Die Konjunkturschwankungen, Tübingen und Zürich 1952, S. 459. Zitiert bei: Ebenda, s.o., S. 122.

2 Vgl.: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 4, S. 8 f. und „Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung", in: Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 2 der Beilage.

Haushalte hingewiesen: In der Zeit deutlicher Konjunkturabschwächung, also besonders 1958, stieg die Geldvermögensbildung der Unternehmen wegen geringer Investitionsneigung merklich an, gleichzeitig wurde von den privaten Haushalten wegen pessimistischer Zukunftserwartungen auch mehr gespart (vgl. Schaubild 6, S. 52). In der Folge lockerte sich der Kapitalmarkt auf, die Zinssätze sanken, die Kreditaufnahme wurde erleichtert. So schufen Unternehmen und private Haushalte gemeinsam die monetären Voraussetzungen für den Wiederaufschwung. In Zeiten der Hochkonjunktur (1959/60) nehmen die Unternehmer dagegen fortlaufend neues Kapital auf, um ihre Investitionen zu finanzieren, die „Investition treibt die Investition",[1] während über die Sparneigung für unseren speziellen Zeitraum nur gesagt werden kann, daß sie zwar nur noch stark abgeschwächt weiterwächst, aber anderseits auch offenbar nicht in nennenswertem Umfange entspart worden ist. Die Sparkapitalbildung der privaten Haushalte verläuft anscheinend in ruhigeren Bahnen als die Geldvermögensbildung der Unternehmen.
Einen weiteren Umstand halten wir noch für besonders wichtig, nämlich die Tatsache, daß der gesamte eben geschilderte Prozeß offenbar losgelöst von nennenswerten inflationären Tendenzen abgelaufen ist. Vielmehr verhielt es sich so, daß das enorme Geld- und Kreditpotential der westdeutschen Wirtschaft in den Jahren 1958 und 1959 (vgl. Kap. 1.1.5., S. 61 ff.) zwar ein „schlummerndes" Inflationspotential darstellte, die „Initialzündung" durch preistreibende Nachfragesteigerungen jedoch in diesem Zeitraum ausblieb, und die Preisstabilität daher von dieser Seite nicht in Gefahr geriet.[2]

---

1 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1960, S. 20.
2 Hier sei besonders auf das Kapitel 2.1.2. über die Realisierung des Zieles der Preisniveaustabilität verwiesen, siehe dazu S. 167 f.

Unsere Analyse des Verbraucherverhaltens hat die Bedeutung optimistischer bzw. pessimistischer Zukunftserwartungen für das Konsum- und Sparverhalten der privaten Haushalte deutlich aufgezeigt. Da solche Erwartungen offenbar losgelöst von der tatsächlichen Einkommenssituation der Haushalte auftreten können, müssen wir jeweils drei verschiedene Varianten zweier verschiedener Grundsituationen unterscheiden:

1. Pessimistische Zukunftserwartungen

a) bei steigendem tatsächlichem Einkommen führen zu einem wegen der relativ großen Sparfähigkeit zunächst über das eigentliche Sicherheitsbedürfnis hinausgehenden schnellen Ansteigen der Sparneigung[1], wogegen die Verschuldungsneigung sinkt.
Nach einem gewissen „Reaktions-lag" werden dann die Erwartungen positiv revidiert, was zu einem teilweisen Wiederabbau der Ersparnisse auf ein dem Sicherheitsbedürfnis besser entsprechenden Niveau und zu einer Verbrauchsausdehnung führt.

b) bei gleichbleibendem tatsächlichem Einkommen führen ebenfalls zu einem schnellen Anstieg der Sparneigung, welcher wegen der geringeren Sparfähigkeit allerdings geringer als bei steigendem Einkommen ausfällt.
Die Verbrauchsausgaben werden eingeschränkt, die Verschuldungsneigung sinkt, es werden keine neuen Kredite aufgenommen.

c) bei sinkendem tatsächlichem Einkommen haben die Tendenz, sich zu verstärken (unter Umständen bis zur Depression), die Auswirkungen auf das Sinken der Verbrauchsnachfrage bzw. den Anstieg der Sparneigung sind größer als bei den oben genannten Fällen. Kann der Grundbedarf[2] schließlich vom Einkommen nicht mehr bestritten werden, so wird zunehmend entspart bis am Ende Verschuldung notwendig wird.

---

1 Wir sprechen hier absichtlich stets von „Sparneigung", da der bloße Wille zum Sparen unter widrigen Umständen durchaus keinen Anstieg der Ersparnisse bewirkt.

2 Der „Grundbedarf" entspricht hier nicht unbedingt dem physischen Existenzminimum, denn dieses wäre ja für alle Menschen in etwa gleich. Die Auffassung dessen, was als „Grundbedarf" angesehen wird, ist dagegen individuell recht unterschiedlich, ebenso ist es mit der Einkommensgrenze, bei der das Entsparen beginnt.

2. Optimistische Zukunftserwartungen

a) bei steigendem tatsächlichem Einkommen führen zu einer nachlassenden Neigung, zusätzlich zu sparen. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs stark ausgedehnt. Übersteigt die Nachfrage die gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten, so werden zusätzlich Konsumentenkredite aufgenommen.

b) bei gleichbleibendem tatsächlichem Einkommen bewirken, daß bei der Sparneigung das Ansparen für den Erwerb von Gütern des gehobenen Bedarfs an Bedeutung gewinnt. Entsprechend ist es möglich, daß die Sparquote noch weiter ansteigt. Auf jeden Fall ist die Neigung, sich für den Erwerb hochwertiger Güter zu verschulden, nicht so groß wie bei steigendem Einkommen.

c) bei sinkendem tatsächlichem Einkommen können dazu führen, daß der Verbrauch zumindest im bisherigen Umfang durch Verschuldung (oder auch, seltener, durch Entsparen) „durchgehalten" wird. Entscheidend ist hier, ob die Einkommensminderung von den Haushalten als vorübergehend empfunden wird, oder ob es aber dabei zu einer Revision der optimistischen Zukunftserwartungen kommt.

Nachdem wir nun den grundlegenden Einfluß der Zukunftserwartungen auf das Konsum- und Sparverhalten dargelegt haben, wollen wir noch einige weitere beobachtete Verhaltensformen[1] als Thesen aufstellen:

3. Die Entwicklung der Teilzahlungskredite[2] und - in schwächerem Maße - die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern scheinen ein empfindliches „Stimmungsbarometer" dafür zu sein, ob pessimistische oder optimistische Zukunftserwartungen bei der Masse der privaten Haushalte vorliegen.

---

1 Es war selbstverständlich nicht möglich, innerhalb des beobachteten Zeitraumes eine umfassende Analyse aller denkbaren Verhaltensweisen vorzunehmen. Daher wird ausdrücklich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, ebenso ist es möglich, daß inzwischen Änderungen in den Verhaltensweisen der Verbraucher aufgetreten sind.

2 Zum Begriff der Teilzahlungskredite siehe: Monatsberichte, a.a.O., Sonderbericht: „Zur Entwicklung der Teilzahlungskredite der Kreditinstitute", Februar 1958, S. 38 ff.

4. Das Sparverhalten scheint von der Sparzinsentwicklung insoweit losgelöst zu sein, als von einer Veränderung des Zinssatzes für Spareinlagen offenbar kein wesentlicher Einfluß auf ein Zu- bzw. Abnehmen der Sparneigung auszugehen scheint.
   Zinssatzänderungen haben daher zwar nur geringen Einfluß auf die absolute Höhe des Sparbetrages, können aber durchaus dahingehend wirken, daß innerhalb der Sparkapitalanlage Umschichtungen hin zu den günstigsten Anlagemöglichkeiten vorgenommen werden.

5. Die „Wellen" in der Umschichtung der Richtung der privaten Verbrauchsnachfrage (siehe S. 94) verlaufen relativ langsam, aber stetig. Dabei wird die jeweilige Richtung der Verbrauchsumschichtung von einigen „meinungsführenden" Haushaltsgruppen vorgezeichnet. Die Industriewirtschaft hat ihrerseits großen Einfluß auf eben diese „Meinungsführer" durch das angebotene Warensortiment und durch die Werbung.
   Ist das Produkt dann auf dem Markt „angekommen", so verleiht die Industriewirtschaft dann der neuen Verbrauchsnachfrage Richtung und Dauer.
   Da die so entstandene neue „Konsumwelle" aber (wie eine Meereswelle) schließlich an Intensität verliert, d. h. die Nachfrage in immer geringerem Maße stimuliert, muß die Industriewirtschaft darauf bedacht sein, ständig neue solcher Wellen auszulösen. Dabei kommt ihr die Tatsache zu Hilfe, daß den neu erweckbaren (Pseudo-)Bedürfnissen der Haushalte offenbar nur durch die Einkommensentwicklung Schranken gesetzt zu sein scheinen.

6. Zwischen der Sparkapitalbildung der privaten Haushalte und der Geldvermögensbildung der Unternehmen bestehen interessante Parallelen dergestalt, daß in Zeiten deutlicher konjunktureller Abschwächung (wie 1958) sowohl die Geldvermögensbildung der Unternehmen (wegen geringer Investitionsneigung) ansteigt, als auch die Sparkapitalbildung der privaten Haushalte (wegen pessimistischer Zukunftserwartungen). Beide schaffen somit gemeinsam die monetären Voraussetzungen für den Wiederaufschwung.

Weiterhin wären dann noch einige weniger bedeutsame Beobachtungen des Konsum- und Sparverhaltens der privaten Haushalte zu erwähnen:

7. Durch die zunehmende Bedeutung des Zwecksparens als Ansparen für den Erwerb bspw. eines Eigenheimes (Bausparen) oder aber auch eines hochwertigen Konsumgutes (PKW etc.) sinkt die Flexibilität der Sparquote, dies ist natürlich ganz besonders der Fall, sofern es sich um eine Art des Vertragssparens handelt (wie bspw. beim Bausparen). Die von uns (weiter oben) beschriebenen Reaktionen in der Sparneigung auf eine Änderung zu mehr pessimistischen bzw. optimistischen Zukunftserwartungen dürften entsprechend dem Anteil dieser Sparanlagen dann schwächer ausfallen.

8. Der Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, welcher für Dienstleistungen aufgewandt wird, ist ständig im Steigen begriffen.

9. Bei pessimistischen Zukunftserwartungen scheinen die privaten Haushalte vor allem ihre Nachfrage im Textilbereich einzuschränken.
   Daher sind Absatzschwierigkeiten in diesem Industriebereich bei Gültigkeit unserer Hypothese ein sicheres Anzeichen für pessimistische Erwartungen der Haushalte.[1]

---

1 Vgl.: Kapitel 1.2.4.
Dies gilt natürlich nur, wenn die bewußten Absatzschwierigkeiten der Textilindustrie auf mangelnder inländischer Nachfrage beruhen.

1.2.3. Das Verhalten der Sozialpartner: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Um das Verhalten der Sozialpartner in den Jahren 1957 bis 1959 analysieren zu können ist es notwendig, zunächst einen kurzen Rückblick auf wichtige, diesem Zeitraum vorangehende Ereignisse zu werfen.
Im April 1956 leitete die IG-Metall den Arbeitgebern den Entwurf eines neuen Tarifvertrages für die Metallindustrie in Schleswig-Holstein zu. Das wichtigste Ziel der Gewerkschaften bei diesen Verhandlungen war es, die soziale Gleichstellung zwischen Arbeiter und Angestelltem auf dem Gebiet der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu erreichen.
Die IG-Metall unter der Führung von Otto Brenner wollte in Schleswig-Holstein einen Modellfall für das auf dem Hamburger Kongreß beschlossene Aktionsprogramm schaffen: durch Tarifverträge sollten sozialpolitische Forderungen durchgesetzt und die Sozialpolitik neben Lohn- und Arbeitszeitfragen zum Verhandlungsgegenstand zwischen Gewerkschaften und Unternehmern werden.[1]
Die Arbeitgeber waren sich insgesamt über die neue Stoßrichtung dieser gewerkschaftlichen Strategie im klaren, wie es der Jahresbericht 1957 der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zeigt[2] und machten daher nur auf dem Gebiet der Lohnforderungen ein begrenztes Angebot. Im übrigen beriefen sie sich auf die gesetzgeberische Vorlage zur Regelung der Lohnfortzahlung. Daraufhin erklärten sich 88 % der organisierten Arbeitnehmer im Konfliktbereich in einer Urabstimmung für Streikmaßnahmen. Dieser Streik, der zu einem der längsten in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften werden sollte, war für die Arbeitnehmer ein Kampf um ihren sozialen Status - für die Unternehmer ging es vor allem darum, zu verhindern, daß die Gewerkschaften mit einer neuen Tarifpolitik gesamtwirtschaftliche Sozialpolitik betrieben.[3]

---

1 Theo Pirker, Die blinde Macht, München 1960, S. 212.
2 "Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (i.f.z.: Jahresbericht (BDA)), 1. Dez. 1956 - 30. Nov. 1957, Bergisch Gladbach o.J. (1957), S. 97 f.
3 Theo Pirker, a.a.O., S. 217.

Durch die Klage der Arbeitgeber beim Bundesarbeits=gericht, daß die Gewerkschaft mit der Einberufung einer Urabstimmung die „Friedenspflicht" (Anrufung einer Schlichtungsstelle vor Streikbeginn) verletzt hätte, setzten die Unternehmer durch, daß die solchermaßen verunsicherten Gewerkschaftsführer sich zur Aufnahme von Schlichtungsverhandlungen bereiterklärten. Als die IG-Metall die Schlichtungsvorschläge dann ablehnte, mischte sich die Bundesregierung in den Arbeitskampf ein. Dem Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem Bundes=wirtschaftsminister Ludwig Erhard gelang es schließ=lich, die Gewerkschaftsführer nach einigen weiteren Verhandlungen zur Annahme des „Bonner Abkommens" zu bewegen, das mit einem für die Gewerkschaften beschei=denen Kompromiß endete.[1]

Für die Arbeitgeber bedeutete dieses Ergebnis insgesamt einen Erfolg, da der Vorstoß der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Sozialpolitik zumindest vorläufig abgewehrt werden konnte, und sich zugleich die Solidarität der breiten Arbeitgeberschaft mit den betroffenen Unterneh=mern als ebenso dauerhaft wie das „Durchhaltevermögen" gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen erwiesen hatte.[2]

Die Rentenreform des Jahres 1957 entsprach nicht dem Wunsche der Gewerkschaften nach einer umfassenden Sozial=reform, auch die Forderung der Gewerkschaften nach einer laufenden Anpassung der Renten an die Veränderung der Lohnsätze - was die Rentner praktisch zu Verbündeten der gewerkschaftlichen Lohnforderungen gemacht hätte - ist nicht erfüllt worden.[3]

Immerhin passierte aber im Juni 1957 das von der SPD eingebrachte „Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krank=heitsfall" mit einem Teilerfolg für die Gewerkschaften den Bundestag.[4]

Die im Jahre 1957 neu auflebende Diskussion um eine Kar=tellgesetzgebung fand die Gewerkschaften in der Meinung

---

1 Theo Pirker, a.a.O., 219 f.
2 Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1957, S. 135.
3 Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1956, S. 24 f.
Siehe dazu auch unser Kapitel 1.2.1., S. 73.
4 Vereinbart wurde für die ersten sechs Wochen ein Kran=kengeld von 65 % des Grundlohnes (plus Zuschlägen bis auf 75 %). Vgl.: Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1957, S. 24 f.

mit Bundeswirtschaftsminister Erhard vereint, der es als ein „Grundgesetz der Marktwirtschaft" betrachtete.[1] Gegen den starken Widerstand innerhalb der eigenen Partei und vor allem von seiten der Industrie konnte Erhard dann aber nur einen Kompromiß durchsetzen: „Die Kartellregelungen fielen weit vollständiger und weit strikter aus als die Vorschriften, die marktbeherrschende Unternehmen betreffen."[2] Als schließlich das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" am 3. Juli 1957 den Bundestag passierte, war es außer diesem Mangel durch zahlreiche Ausnahmevorschriften so „durchlöchert", daß, so formuliert der Deutsche Gewerkschaftsbund, „das neue Gesetz praktisch die in den vergangenen Jahren bereits vollzogenen Wettbewerbsbeschränkungen der Wirtschaft nachträglich sanktioniert."[3] Auch in der Zukunft sollte sich das Gesetz als wenig wirkungsvoll gegen die immer stärker um sich greifende vertikale Konzentration zu marktbeherrschenden Unternehmen erweisen.[4]

Im Jahre 1957 stützten die Gewerkschaftsführer ihre Hoffnung vor allem darauf, daß nach einem Sieg der SPD bei den bevorstehenden Bundestagswahlen eine nachträgliche Korrektur dieses Gesetzes möglich sein würde. Um so schwerer war dann die Enttäuschung, als es bei den Bundestagswahlen im September 1957 den Gewerkschaften und der von ihnen unterstützten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht gelang, die breite Masse der Wähler politisch zu überzeugen. Mit dieser Niederlage begann sich innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes langsam, aber unaufhaltsam, ein Umbruch im strategischen Grundkonzept durchzusetzen, nämlich von der aktivistisch-radikalistischen zu einer mehr und mehr sozial-liberalen Ausrichtung.[5]

Auch war die ungewisse gesamtwirtschaftliche Situation zum Jahreswechsel 1957/58 radikalen gewerkschaftlichen Forderungen nicht gerade förderlich, so gab sich bspw.

---

1 Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, a.a.O., S. 221.
2 Ebenda, S. 220.
3 Theo Pirker, a.a.O., S. 229.
4 Eberhardt Günther, Das deutsche Kartellgesetz und die Konzentration. In: Die Aussprache, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V., 15. Jg., Bonn, September 1965, S. 257 ff.
5 Theo Pirker, a.a.O., S. 240 ff.

die IG-Metall im Dezember 1957 mit einer Erhöhung der Ecklöhne und Gehälter um 6 % und einer Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 44 Wochenstunden zufrieden.[1]
Im Rahmen der beträchtlichen erzielten Produktivitätsfortschritte waren diese Lohntariferhöhungen keineswegs unbescheiden, zudem waren die Lebenshaltungskosten seit Dezember 1956 für Waren um 3,5 % und für Leistungen um 2,6 % angestiegen.[2] Es verhielt sich offenbar schon so, wie der BDA es in seinem Jahresbericht für 1958 ausdrückt: „Der Versuch der Gewerkschaften, aus den - durch die Arbeitszeitverkürzungen geschwächten - Produktionsgrundlagen unserer Volkswirtschaft mittels zusätzlicher Lohnforderungen eine ungeschmälerte Erhöhung der Realeinkommen herauszupressen, ist nicht nur völlig gescheitert; auch die Grundlagen für eine dauerhafte Stabilität unserer Währung sind durch diese Politik in ernste Gefahr geraten".[3]
Angesichts der gemäßigten Lohnforderungen der Gewerkschaften im Frühjahr 1958 (jedenfalls gemäßigt im Vergleich mit den Vorjahren) fiel es den Unternehmern nicht schwer, eine nachgiebige Haltung einzunehmen - zumal sie ihr Geldvermögen im Jahre 1957 stark hatten anreichern können.[4] Bei den Verhandlungen mit der IG-Metall über einen neuen Tarifvertrag in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens einigte man sich stillschweigend darauf, die Tarifabschlüsse wegen der ungewissen weiteren konjunkturellen Entwicklungen erst im Frühjahr 1958 auszuhandeln.
Dieses Verhalten war geradezu symptomatisch für die allmähliche Kursänderung innerhalb des Gewerkschaftsbundes, welche sich schon nach den Bundestagswahlen angedeutet hatte. Ganz parallel zu den Reformbestrebungen in der SPD kam es seit der letzten Wahlniederlage auch bei den Gewerkschaften zu einer Mäßigung der radikal klassenkämpferischen Töne. Dazu Theo Pirker: „Bereits Ende des Jahres 1957 setzte sich bei Teilen der Gewerkschaftsführer die Ansicht durch, daß die große volkswirtschaftliche Kapitalbildung in der Wirtschaft nicht mit den

1 Theo Pirker, a.a.O., S. 244.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 65.
3 Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1958, S. 108 f.
4 Siehe dazu Kapitel 1.1.5., S. 54 ff.

traditionellen Mitteln der Lohnpolitik gebremst und daß mit den Mitteln der klassischen Lohnpolitik den Arbeitnehmern kein Anteil, kein Miteigentumsrecht an dieser Kapitalbildung erkämpft werden könne."[1]
Statt dessen treten nunmehr die Pläne zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wieder mehr in den Vordergrund. Aus den vielen Vorhaben, die Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs der Wirtschaft zu beteiligen, schälen sich auf Gewerkschaftsseite schließlich zwei grundsätzliche Möglichkeiten heraus: Erstens der von der Bildung eines „Sozialkapitalfonds" ausgehende Plan (Bruno Gleitze) und zweitens der Plan des „Investivlohnes" (Nell-Breuning). Bei dem Plan zur Bildung eines Sozialkapitalfonds ging man davon aus, daß dieses Sozialkapital von den Unternehmen im Rahmen der allgemeinen Kapitalbildung aufzubringen sei, auch sollte für den einzelnen Arbeitnehmer ein individueller Rechtsanspruch fixiert werden - das Kapital selbst sollte jedoch zur Investition in den Unternehmen verbleiben.[2] Auf diese Weise könnte Miteigentum geschaffen werden, ohne die von den Gewerkschaften unerwünschte Bindung des Arbeitnehmers an das spezifische Unternehmen.[3]
Der Plan des Investivlohnes begründete sich dagegen darauf, daß die Gewerkschaften in einer für ihre Forderungen günstigen konjunkturellen Situation neben einer Erhöhung der Nominallöhne auch ein Anteilrecht an den neu gebildeten betrieblichen Investitionen durchsetzen sollten.[4]
Auf der Arbeitgeberseite stand man der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zwar keineswegs generell feindlich gegenüber, hielt aber nachdrücklich fest, daß eine derartige Vermögensbildung nur durch freiwilligen Konsumverzicht und erhöhte Sparleistungen erfolgen könne, keines-

1 Theo Pirker, a.a.O., S. 263.
2 Siehe dazu: Bruno Gleitze, Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, in: Studien zur Wirtschaftsforschung, Nr. 1, des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH., Köln-Deutz 1968.
3 Vgl.: Otto Brenner, Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Fortschritt, in: Der Gewerkschafter, Hrsg.: Vorstand der IG-Metall, Frankfurt/M. 1958, Heft 9/10, S. 8 f.
4 Siehe dazu: Oswald Nell-Breuning, Sparen ohne Konsumverzicht, in: Der Volkswirt, Jg. 1957, Nr. 37, S. 2051 ff.

wegs aber auch durch eine zwangsweise Beteiligung am Produktivvermögen der Unternehmen.[1]
Da unter den einzelnen Gewerkschaften die umstrittenen Pläne über eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung - mit welchen Mitteln auch immer - keineswegs durchweg grundsätzlich bejaht wurden, weil man eine Einengung des gewerkschaftlichen Verhandlungsspielraumes befürchtete,[2] konnten sich die Arbeitgeberverbände mit ihren Vorschlägen schließlich im Bundestag durchsetzen, zumal sie Wirtschaftsminister Erhard auf ihrer Seite wußten, da er sich schon auf dem 7. Bundesparteitag der CDU am 14. Mai 1958 für eine breitere Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln ausgesprochen hatte - und zwar ebenfalls über den Weg der Sparförderung.[3] Es dauerte dann allerdings noch bis zum 12. Juli 1961, ehe eine entsprechende Gesetzesvorlage den Bundestag passieren konnte, die dann das wohlbekannte „312 DM-Gesetz" begründete.[4]
Wie immer, wenn es um die konjunkturelle Situation nicht besonders günstig bestellt war, erscholl auch im Jahre 1958 wieder der Ruf nach einer „Versachlichung" der Lohnpolitik - und ganz richtig vermuteten die Gewerkschaften darin den immer wieder von seiten der Unternehmerschaft unter dieser „Tarnkappe" vorgebrachten Versuch, die Gewerkschaften unter Hinweis auf ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung in ihren Lohnforderungen an die Grundlage des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts „festzubinden".[5]
Dahinter verbarg sich die Absicht, die Gewerkschaften solchermaßen, über eine Maßgröße zur Bestimmung des Lohnzuwachses, von ihrer Politik der Erreichung einer Einkommensumverteilung mit machtpolitischen Mitteln abzubringen, denn noch waren die Stimmen innerhalb des DGB, die eine „expansive" Lohnpolitik und eine Veränderung des marktwirtschaftlichen Systems durch Verstaat-

1 Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1957, S. 15 f.
2 Hinter diesen Befürchtungen stand der Gedanke, daß eine Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsvermögen zu einer Interessenkollision führen könnte.
3 Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 344 ff.
4 Vgl.: Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 376.
5 Siehe dazu: Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1958, S. 107 ff.

lichung herbeiführen wollten noch keineswegs verstummt, besonders Otto Brenner, Führer der IG-Metall, war es, der sich - wie schon oft - verschärft gegen die Reformtendenzen wandte, die unveränderte Aktualität des Grundsatzprogramms des DGB von 1949 und den klassenkämpferischen Gesichtspunkt unterstrich.[1]
Die Radikalisierungstendenzen fanden gegen Ende 1958 ihren Höhepunkt auf der Dortmunder Protestversammlung, bei der sich etwa 25 ooo Teilnehmer versammelten und eine Resolution beschlossen, in der sie sich für eine öffentliche Kontrolle der Konzentration und eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes aussprachen. Jedoch - es waren alles nur noch Rückzugsgefechte des gewerkschaftlichen Radikalismus: „Die Dortmunder Protestversammlung war ein pures radikalistisches Feuerwerk, von den Gewerkschaftsführern zur Beruhigung der Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder veranstaltet."[2]
Allen klassenkämpferischen Parolen zum Trotz scheint das Jahr 1958 in erster Linie für viele Unternehmer ein gutes Jahr gewesen zu sein, denn die tariflichen Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft verzeichneten die niedrigste Zuwachsrate, nämlich 5,6 %, seit 1954,[3] während die Aktienkurse steil anstiegen, und die Dividendenzahlungen der Aktiengesellschaften seit 1956 beständig anschwollen: Die Zahl der Gesellschaften, die 1958 mehr als 10 % Dividende ausgeschüttet haben, ist von 192 auf 387 (!) angestiegen. „Das bedeutet, daß 1958 nach dem bisher vorliegenden Ergebnis mehr als 40 % aller Gesellschaften, die überhaupt Gewinn verteilten, eine höhere Dividende als 10 % gewählt haben."[4]
Trotz der gewaltigen Wortgefechte zwischen den Sozialpartnern wurden also offenbar durchaus maßvolle Vereinbarungen erzielt - vor allem, weil beide Parteien befürchteten, die sich gerade stabilisierende Konjunktur durch allzu hohe Tarifabschlüsse oder Arbeitskämpfe

---

1 Der Gewerkschafter, a.a.O., Jg. 1958, Heft 9/10, S. 6 ff.
2 Theo Pirker, a.a.O., S. 284. Siehe dazu aber auch Rudolf Quast, Konzentration und Mitbestimmung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1959, Köln-Deutz, S. 513 ff.
3 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 107.
4 Ebenda, S. 428. Vgl. dazu auch unser Kapitel 1.2.4.

zu gefährden. Außerdem hätten Tarifstreitigkeiten dem Trend der öffentlichen Meinung widersprochen, denn dies hatten die um Popularität ringenden Gewerkschaften und die mit diesem „Wind im Rücken" verhandelnden Unternehmer klar erkannt: „Der Wunsch nach innerer Stabilität, nach Sicherung der Kaufkraft der DM ist stärker als das Verlangen nach Lohnkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen."[1]

Diese Rücksichtnahme der Gewerkschaften auf ihr „Ansehen" gegenüber der öffentlichen Meinung zeigt deutlich, wie sich die Wandlung im Kurs der Gewerkschaftspolitik von der Forderung nach Klassenkampf und Verstaatlichung von Industriebereichen bis hin zur Einbettung der Gewerkschaften in das marktwirtschaftliche System allmählich vollzogen hat. Die Gewerkschaften begannen sich selbst mehr und mehr als „Korrekturfaktor" der von der Marktwirtschaft produzierten Einkommensverteilung und Vermögenskonzentration zu verstehen. Da der Staat augenscheinlich weder willens, noch fähig zu sein schien, den Anspruch auf eine „soziale" Marktwirtschaft durch regierungspolitische Maßnahmen - ohne Druck von „außen"- mit Leben zu erfüllen, stießen die Gewerkschaften in dieses politische Vakuum vor, indem sie sich sozialpolitische Forderungen zu eigen machten, wie der Streik um die Durchsetzung der Lohnfortzahlung es deutlich gezeigt hat.[2]

Für die Masse der gewerkschaftlich Organisierten allerdings waren die Gewerkschaften zwar nicht mehr Instrument zur Durchsetzung politischer Umwälzungen, dafür aber zu Garanten eines steigenden Lebensstandards und größerer sozialer Sicherheit geworden, oder, wie Theo Pirker es ausdrückt: „Die Gewerkschaften waren Versicherungsorganisationen geworden, und ihre Vertreter nahmen immer mehr die Züge von Sozialmanagern und Versicherungsbeamten an."[3]

Dieser Stimmungswandel sollte sich besonders angesichts der Krise des Kohlebergbaus im Jahre 1959 zeigen. Trotz

---

1 Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1957, S. 14.

2 Gemeint ist hier der Streik der IG-Metall in Schleswig-Holstein, vgl.: S. 102. Auf das Versagen der Wirtschaftspolitik jener Jahre, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen, haben wir schon hingewiesen, vgl. S. 82 f.

3 Theo Pirker, a.a.O., S. 286.

der energiepolitischen Grundsatzerklärung der Bundesregierung am 16. September 1959 zogen zehn Tage später 50 000 Bergleute in einem Protestmarsch nach Bonn.[1] Die IG-Bergbau verhandelte Seite an Seite mit den Bergbauassessoren der betroffenen Unternehmen mit dem protektionistischen Maßnahmen widerwillig gegenüberstehenden Bundeswirtschaftsminister über eine Erhaltung der Arbeitsplätze im Kohlebergbau, Zölle und Steuern wurden erhoben, Kartelle gegründet, um dem Vordringen billigerer amerikanischer Importkohle und der Verwendung von Heizöl Grenzen zu setzen.[2]

Dieser neue „Gewerkschaftsprotektionismus" widersprach den gesamtwirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer in der Gesamtheit, denn die durchgesetzten Schutzmaßnahmen und Preiserhöhungen dienten letztlich doch nur der Aufrechterhaltung unproduktiv gewordener Arbeitsplätze. Ähnlich wie es schon bei der Landwirtschaft der Fall gewesen war, breitete sich auch im Kohlebergbau eine Art von „Branchenegoismus" zuungunsten der Allgemeinheit aus - nur mit dem Unterschied, daß es jetzt die Gewerkschaften waren, die sich mehr als Interessenvertreter „ihrer" Arbeitnehmer sahen, denn als Fürsprecher der gesamten Arbeiterschaft.[3]

Der fünfte ordentliche DGB-Kongreß in Stuttgart vom 7. bis 12. September 1959 setzte einen Schlußstrich unter die bereits erkennbare Entwicklung indem er die endgültige Abkehr von den sozialistischen Forderungen des Münchener Programms von 1949 brachte, und sich die Gewerkschaftler in der Mehrheit für Reform - nicht Revolution - des bestehenden Wirtschaftssystems aussprachen.[4] Dies war ein ganz eindeutiger Sieg der „Systemreformer" um das DGB-Vorstandsmitglied Ludwig Rosenberg - und eine klare Niederlage des mehr radikalen Forderungen zugeneigten Gewerkschaftsflügels unter Otto Brenner. Mochte dieser auch nach wie vor auf seinen Forderungen nach Verstaatlichung und unveranderter Aktualität des 1949er

1 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 242.
2 Ebenda, S. 245 ff.
3 Theo Pirker, a.a.O., S. 290.
4 Ebenda, S. 291 f.

Grundsatzprogramms beharren[1] - der neue Kurs war schon abgesteckt, und in der Person Ludwig Rosenbergs zeichnete sich auch schon der neue Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes ab.

Auch hier zeigt sich wieder eine deutliche Parallelität zwischen der Entwicklung des politischen Kurses des DGB und dem der SPD: Die SPD verabschiedete nur wenig später, nämlich im November 1959, auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg ihr neues Grundsatzprogramm und bekannte sich darin in einem Umfang zur bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung, wie es niemand vorher für möglich gehalten hätte: „Der Godesberger Parteitag stellte in der achtzigjährigen Geschichte der Sozialdemokratie die radikalste Reform ihrer Grundsätze dar."[2]

Was die Lohnpolitik anbetrifft, so haben sich die Gewerkschaften im Durchschnitt des Jahres 1959 mit Lohntarifaufbesserungen zufriedengegeben, die durchaus im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschrittes lagen - was ihnen sogar die Arbeitgeberverbände attestieren.[3] Die Bundesbank stellt die „Preisneutralität" der durchgesetzten gewerkschaftlichen Lohnsteigerungen sogar ausdrücklich fest.[4]

Wenn wir nun den Gewerkschaften vorwerfen, sie hätten den neuen konjunkturellen Aufschwung 1959 „verschlafen" und die sich abzeichnende „Gewinnexplosion"[5] der Unternehmer dadurch mitverschuldet, so sind wir uns dabei dessen wohl bewußt, daß dieser Vorwurf an die eigentlich falsche Adresse gerichtet ist, denn die Gewerkschaftsführer haben in ihren Lohnverhandlungen ja nur das getan, was von seiten der Bundesbank, der Regierung und den Arbeitgebern immer wieder von ihnen verlangt worden ist: die Investitionsneigung der Unternehmer nicht durch radikale Forderungen zu lähmen und die Preisniveaustabilität durch Lohnforderungen im gesamtwirtschaftlichen Rahmen

1 Otto Brenner, Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Der Gewerkschafter, a.a.O., Jg. 1959, Heft 11, S. 6 f.
2 Theo Pirker, a.a.O., S. 294.
3 Jahresbericht (BDA), a.a.O., 1959, S. 83 ff. Zur Lohn- und Produktivitätsentwicklung siehe auch unser Schaubild 9, S. 114.
4 Vgl.: Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung, S. 5 der Beilage in: Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960.
5 Siehe dazu unsere Tabelle 3, Seite 53.

des Produktivitätsfortschritts zu erhalten.[1] Wie sehr die von den Gewerkschaften durchgesetzten Tariferhöhungen hinter dem, was an Forderungen möglich gewesen wäre, zurückblieben, zeigt das Auseinanderklaffen zwischen der Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter und derjenigen der Effektivlöhne und -gehälter. Offensichtlich haben viele Unternehmer auch ohne gewerkschaftlichen Zwang Zulagen gewährt, um die knappen Arbeitskräfte an das Unternehmen zu binden. Diese „kalten" Lohnerhöhungen zeigen deutlich, unter welcher Anspannung der Arbeitsmarkt im Verlauf des Jahres 1959 steht.[2]

Bevor wir Verhaltenshypothesen zu formulieren versuchen, wollen wir noch kurz darauf hinweisen, daß die Frage der Mitbestimmung in dem von uns analysierten Zeitraum für die Gewerkschaften offenbar nicht im Vordergrund gestanden hat. Jedenfalls haben sich hier nach der Einführung der Mitbestimmung bei der Montanindustrie keine wesentlich neuen Aspekte ergeben. Die Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand haben wir deshalb in die Analyse miteinbezogen, weil das 1961 verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" in jenen Jahren vorbereitet worden war (siehe S. 106 f.).

Das Verhalten der Gewerkschaften war gekennzeichnet durch:

1. Den Verzicht auf eine gewaltsame Änderung (bspw. durch Generalstreik) der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung, ebenso wie auf die sozialistischen Forderungen des Grundsatzprogramms von 1949, so bspw. auf Verstaatlichung ganzer Industriebereiche.
2. Das Selbstverständnis als Korrektiv der durch den marktwirtschaftlichen Prozeß entstehenden bzw. entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten.

---

1 Siehe auch dazu Seite 107 unseres Kapitels.

2 Siehe dazu die Tabellen 5 und 6 auf Seite 115. Unter anderem Aspekt wird die Arbeitsmarktsituation und die Lohnentwicklung noch einmal in Kapitel 2.1.4. über das Ziel der Vollbeschäftigung (S. 182 ff.) ausführlich dargestellt. Siehe dazu die Tabelle 15 (S. 238) über die Entwicklung der Indices der Tarif- und Effektivlöhne.

3. Die Abkehr von dem Versuch, mittels einer „expansiven" Lohnpolitik (Victor Agartz)[1] eine grundlegende Veränderung in der Struktur der Einkommensverteilung erzwingen zu wollen.
   Statt dessen betrieben die Gewerkschaften eine mehr an der Wiedergewinnung eines einmal erreichten, relativ günstigen status quo der Einkommensverteilung[2] orientierte, denn gezielt expansiv wirkende Lohn- und Tarifpolitik. Dies zeigte sich besonders deutlich im gewerkschaftlichen Verhalten während des neu einsetzenden konjunkturellen Aufschwunges des Jahres 1959, als die Gewerkschaften bewußt auf die volle Ausnutzung ihres Handlungsspielraums verzichteten.

4. Eine stärkere Ausrichtung der Einzelgewerkschaften auf die Interessen speziel ihrer Mitglieder unter Verzicht auf Solidarität mit der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Das Verhalten der Arbeitgeberverbände gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen war gekennzeichnet durch:

1. Die Abwehr des Versuchs der Gewerkschaften, sozialpolitische Forderungen im Rahmen der allgemeinen Lohn- und Tarifpolitik mit durchzusetzen (Beispiel: Der Streit um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall).

2. Den - 1959 gelungenen - Versuch, die gewerkschaftlichen Forderungen in der Lohn- und Tarifpolitik an die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen Maßgröße (so bspw. den Produktivitätsfortschritt) zu binden.

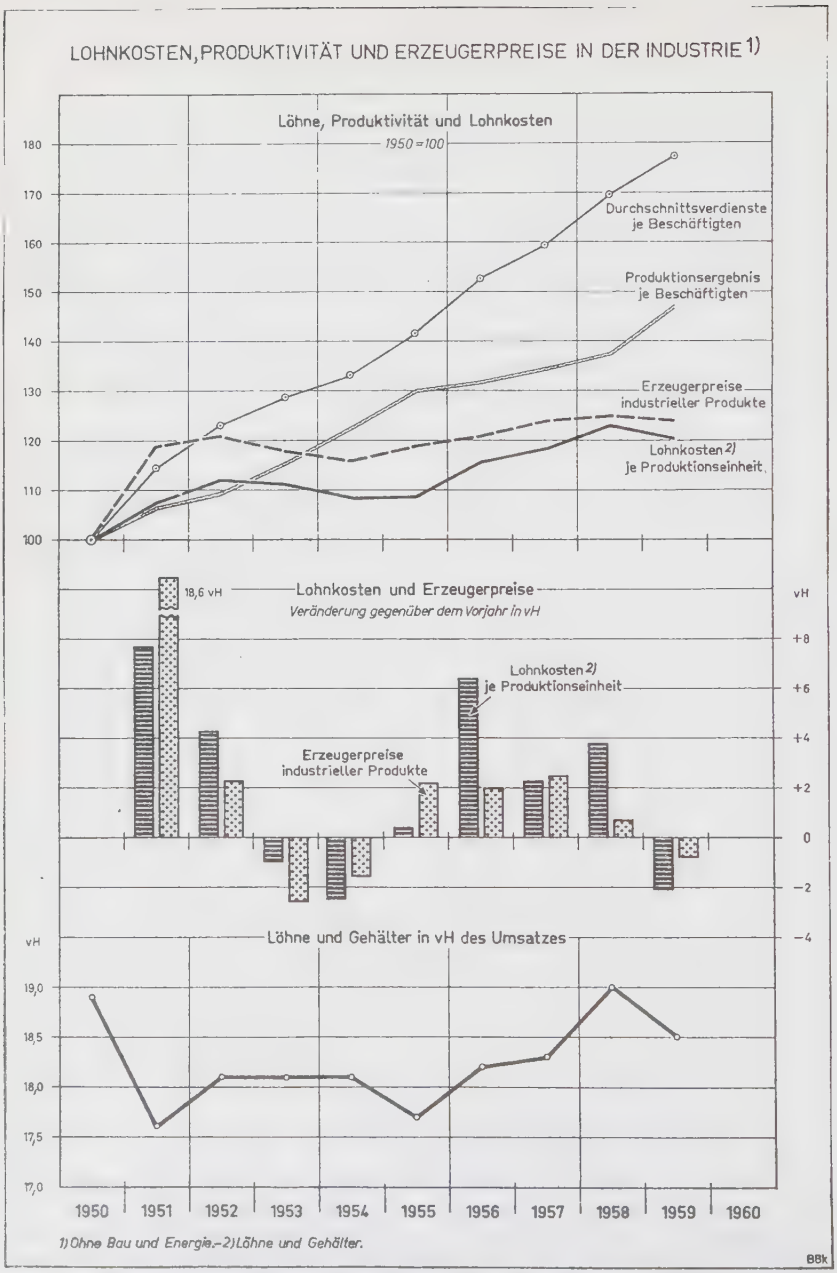
3. Eine Bejahung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch freiwilligen Konsumverzicht und Sparvergünstigungen - jedoch strikte Ablehnung einer direkten Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögenssubstanz der Unternehmen.

---

1 Vgl. dazu: Victor Agartz, Expansive Lohnpolitik, in: WWI-Mitteilungen, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH, 6. Jg. Köln 1953, S.

2 Und zwar der funktionellen Einkommensverteilung. In Kap. 2.2.2. (S. 212 ff.) werden wir die Fragwürdigkeit einer Argumentation anhand von Lohnquoten noch ausführlich darstellen, weshalb in diesem Kapitel darauf verzichtet worden ist.

Schaubild 9



Quelle: Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung, S. 8. Als Beilage in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main), Januar 1960.

Tabelle 5 - Arbeitseinkommen und Gesamtwirtschaftliche Produktivität

A. Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Jahr	Einkommen aus unselbständiger Arbeit: Bruttolöhne und -gehälter	Einkommen aus unselbständiger Arbeit: Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	Einkommen aus unselbständiger Arbeit: Insgesamt	Beschäftigte Arbeitnehmer	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten	Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten
	Mrd DM			Mio	DM	
1950	39,8	4,2	44,0	13,8	3 190	2 880
1951	48,4	5,0	53,4	14,6	3 660	3 320
1952	53,8	5,6	59,4	15,0	3 960	3 590
1953	59,2	6,4	65,5	15,6	4 210	3 800
1954	64,9	6,9	71,7	16,2	4 420	4 000
1955	73,8	7,9	81,7	17,1	4 770	4 310
1956	82,9	8,9	91,8	18,0	5 100	4 600
1957	89,5	10,4	99,9	18,7	5 350	4 800
1958	96,4	11,9	108,3	19,0	5 690	5 060
1959 a)	103,2	12,9	116,1	19,6	5 930	5 270
	Veränderung[1]) gegenüber dem Vorjahr in vH					
1957	+ 8,0	+17,4	+ 8,9	+3,6	+5,1	+4,2
1958	+ 7,7	+13,7	+ 8,3	+2,0	+6,2	+5,6
1959 a)	+ 7,1	+ 8,8	+ 7,2	+2,8	+4,3	+4,1

B. Durchschnittsverdienste, Gesamtwirtschaftliche Produktivität und Preisentwicklung

Jahr	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen — „Gesamtwirtschaftliche Produktivität"	Abweichung des Durchschnittseinkommens aus unselbständiger Arbeit von der gesamtwirtsch. Produktivität[2])	*Zum Vergleich:* Preisindex des Bruttosozialprodukts	*Zum Vergleich:* Preisindex für die Lebenshaltung	*Zum Vergleich:* Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen
	1950 = 100			1950 = 100		vH[1])
1950	100	100	100	100	100	57,7
1951	115	109	106	110	108	56,7
1952	124	114	109	116	110	59,1
1953	132	120	111	115	108	60,7
1954	139	124	112	115	108	61,0
1955	150	134	112	117	110	60,5
1956	160	137	117	122	113	61,6
1957	168	141	120	125	115	62,2
1958	179	143	125	129	119	64,1
1959 a)	186	149	125	132	121	64,9
	Veränderung[1]) gegenüber dem Vorjahr in vH					
1957	+5,1	+2,5	+2,5	+3,1	+2,3	.
1958	+6,2	+1,8	+4,3	+3,1	+3,1	.
1959 a)	+4,3	+3,9	+0,4	+1,8	+1,4	.

[1]) Errechnet aus nicht abgerundeten Zahlen. — [2]) Index des Einkommens aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten, dividiert durch den Index des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen. — a) Schätzung.

Tabelle 6 - Effektiv-Löhne und Arbeitszeit in der Industrie

Zeit	Durchschn. Brutto-Stundenverdienste	Wochenarbeitszeit[1])	Wochenverdienste	Stundenverdienste: nominal[2])	Stundenverdienste: real[4])	Wochenverdienste: nominal[3])	Wochenverdienste: real[4])
	Pf	Std	DM	1950 = 100			
1950	130,0	48,4	62,91	100,00	100,02	100,00	100,02
1951	149,1	47,8	71,30	114,69	106,39	113,34	105,14
1952	160,6	47,9	76,87	123,54	113,28	122,19	111,05
1953	167,4	48,1	80,58	128,77	119,13	128,09	118,50
1954	170,9	48,7	83,39	131,46	121,44	132,55	122,45
1955	182,7	48,9	89,31	140,54	127,75	141,96	129,04
1956	198,8	48,2	95,77	152,92	135,48	152,23	134,87
1957	216,8	46,5	100,74	166,77	144,45	160,13	138,70
1958	231,5	45,7	105,73	178,08	149,65	168,07	141,24
1958 Febr.	226,9	45,1	102,27	174,54	146,65	162,57	136,59
Mai	231,5	45,8	105,95	178,08	149,00	168,42	140,91
Aug.	233,5	45,7	106,79	179,62	151,34	169,75	143,02
Nov.	234,1	46,1	107,92	180,08	151,49	171,55	144,32
1959 Febr.	237,1	44,4	105,35	182,38	152,79	167,46	140,29
Mai	242,7	45,9	111,45	186,69	156,65	177,16	148,65
Aug.	245,4	45,8	112,49	188,77	156,06	178,81	147,83
	Veränderung gegen Vorjahr in vH						
1957	+ 9,1	— 3,5	+ 5,2	+ 9,1	+ 6,6	+ 5,2	+ 2,8
1958	+ 6,8	— 1,7	+ 5,0	+ 6,8	+ 3,6	+ 5,0	+ 1,8
1959 Febr.	+ 4,5	— 1,6	+ 3,0	+ 4,5	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,7
Mai	+ 4,8	+ 0,2	+ 5,2	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,5
Aug.	+ 5,1	+ 0,2	+ 5,3	+ 5,1	+ 3,1	+ 5,3	+ 3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — [1]) Einschl. Bau und Energie. — [2]) Bezahlte Arbeitsstunden. — [3]) Berechnet auf Grund der Durchschnittsverdienste (ungewichteter Index). — [4]) Nominallohn dividiert durch Preisindex für die Lebenshaltung (mittlere Verbrauchergruppe).

Quelle: Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung, S. 13 (Tab. 5) und S. 14 (Tab. 6). Als Beilage in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main), Januar 1960.

1.2.4. Das investitions- und preispolitische Verhalten der Unternehmer in Industrie und Handel

Der Investitionsboom von 1954 und 1955, der schon im zweiten Halbjahr 1956 erste Abschwächungstendenzen gezeigt hatte, obwohl nach wie vor der Außenhandel florierte, und die inländische Verbrauchsnachfrage anstieg, dieser Investitionsboom begann sich mit der erlahmenden Investitionsneigung der Unternehmer im Jahre 1957 langsam zu mäßigen. Das dennoch auch 1957 insgesamt etwa genausoviel investiert wurde wie im Vorjahr, lag in erster Linie wohl darin begründet, daß viele Investitionsvorhaben noch zu Ende geführt werden mußten, und zugleich wegen der Arbeitszeitverkürzungen in vielen Fällen die Rationalisierung weiter voran getrieben wurde.
Obwohl die Selbständigeneinkommen 1956 leicht abgenommen hatten,[1] standen den Unternehmern genügend Mittel aus den hohen verdienten Abschreibungen (der Vorjahre) zur Verfügung.[2] So waren für die Gesamtheit der Unternehmer zu Beginn des Jahres 1957 zwei Möglichkeiten offen, ihre gedrückten Kosten/Ertrags-Relationen wieder zu verbessern: Erstens konnten sie versuchen, die (Lohn-)Kostensteigerungen des vergangenen Jahres in den Preisen weiterzugeben - und zweitens bestand die Möglichkeit, durch Rationalisierung von der Kostenseite her an eine günstigere Ertragsmarge heranzukommen.
Preiserhöhungen waren für viele Unternehmer angesichts der ungewissen Nachfragesituation vor allem in den Grundstoffindustrien und im Investitionsgüterbereich nur schwer durchsetzbar. Allein in der Konsumgüterindustrie war die Absatzsituation für Preiserhöhungen günstig - und dort wurde dieser Weg denn auch beschritten.[3]
Für die Masse der Unternehmer waren Rationalisierungsinvestitionen jedoch das adäquate Mittel, besonders da die Gewerkschaften durch das sog. „Bremer Abkommen" im Jahre 1956 der Forderung nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen zum Durchbruch verholfen hatten.[4]

---

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 265.
2 Ebenda, S. 612 ff.
3 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1957, S. 9 f.
4 Vgl.: Jahresbericht (BDI) a.a.O., 1956/57, S. 93.
Siehe dazu auch Kapitel 1.2.3.

So war schon im ersten Halbjahr 1957 zu erkennen, daß die Arbeitszeitverkürzungen immer weitere Kreise der Wirtschaft erfassen würden. Rationalisierungsinvestitionen erschienen daher geboten, wenn das bisherige Produktionsvolumen aufrechterhalten werden sollte, welches von der Absatzlage her durch einen hohen Auftragsbestand aus dem Vorjahr (bei den Investitionsgüterindustrien) und durch eine lebhafte inländische Verbrauchsnachfrage (bei den Verbrauchsgüterindustrien) als gesichert angesehen werden konnte.[1]
Die sinkenden Preise auf den Weltrohstoffmärkten (nach Überwindung der Suez-Krise)[2] erleichterten zusammen mit den großen Produktivitätsfortschritten durch erzielte Rationalisierungserfolge und den Wegfall von „Leerzeiten" durch die Arbeitszeitverkürzungen[3] die Beibehaltung des bisherigen Preisniveaus im Bereich der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie. So konnte bspw. der Index der industriellen Erzeugerpreise seinen Stand fast das gesamte Jahr 1957 behaupten (vgl. Schaubild 11, S. 170), z.T. gaben die Preise sogar leicht nach.[4]
Ein anderes Bild ergab sich hingegen, wie schon weiter oben dargestellt, in der Verbrauchsgüterindustrie und im Handel. Vor allen Dingen im Handel konnte den Arbeitszeitverkürzungen nur in geringerem Maße durch Rationalisierungsmaßnahmen begegnet werden. Da aber trotz verkürzter (regulärer) Arbeitszeit Lohnausgleich gezahlt werden mußte, kamen die Ertragsmargen von der Kostenseite her „ins Gedränge". Wichtiger war aber noch, daß die Produzenten und Händler im Konsumgüterbereich hoffen konnten, erhöhte Preise absatzmäßig auch durchsetzen zu können. Dies vor allem in der Erwartung eines „Konsumstoßes" auf Grund der in der ersten Hälfte 1957 verabschiedeten Rentenreform.[5] Daher kam das Preisniveau im Verbrauchsgüterbereich nach einem ruhigen

---

1 Für den Auftragsbestand waren vor allem die hohen Eingänge aus dem Ausland gegen Ende 1956 entscheidend. Vgl.: Schaubild 1, S. 17, Tafel 3.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 63.
3 Dies zeigt sich besonders in der verbesserten Kapazitätsauslastung. Vgl.: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 2, S. 10 f.
4 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 64.
5 Vergleiche hierzu mit Kapitel 1.1.4., S. 45 ff.

Jahresbeginn immer stärker in Bewegung.[1]
Im Gesamtbild ergeben sich 1957 bei nachlassender Konjunktur erheblich größere Produktionskapazitäten, als sie von der Nachfrageseite her erforderlich wären. Dies gilt, nach dem Sommer, auch für die Verbrauchsgüterindustrien, so daß der Preisauftrieb allmählich zum Erliegen kommt.
Bei der Investitionsgüterindustrie ist das Bild uneinheitlich. Die Zweige, welche langlebige Konsumgüter herstellen, so bspw. die Kraftfahrzeug- und Elektroindustrie, erfreuen sich einer günstigen Absatzlage durch die sich seit 1956 ständig verstärkenden Kaufwünsche der privaten Haushalte für derartige Produkte.[2]
Die konsumferneren Bereiche der Investitionsgüterindustrie leiden dagegen unter den stagnierenden Ausrüstungsinvestitionen und den nachlassenden Kauforders aus dem Ausland (siehe Schaubild 1, S. 17).
Zur Jahresmitte 1957 etwa setzt sich die Preisberuhigung dann allmählich auf breiter Front durch. Ursache dafür war die preisdämpfende Wirkung der Auslandskonkurrenz durch die verstärkte Einfuhr billigerer landwirtschaftlicher Auslandsgüter und die Tatsache, daß die inländischen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise seit ihrem Höchststand vom April 1956 ununterbrochen gefallen sind. Bisher konnten diese Preissenkungstendenzen aber nicht voll durchschlagen, weil der Handel im Verbrauchsgütersektor die Preissenkungen nicht oder nur verspätet weitergab, sondern statt dessen zur Ausweitung seiner Verarbeitungs- und Verteilerspannen benutzte.[3]
Wäre die Sparneigung 1957 nicht so überraschend kräftig angestiegen, so hätte die steigende Nachfrage der privaten Verbraucher die Unternehmer in den betroffenen Sektoren wahrscheinlich noch zu weiteren Preiserhöhungen animiert.
Bundeswirtschaftsminister Erhard, der sehr wohl die preistreibenden Wirkungen einer sich weiter steigernden

---

1 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1957, S. 9 f.
2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 2, S. 14 f. Zur Expansion der langlebigen Konsumgüter als Faktor der privaten Verbrauchsnachfrage, siehe Kapitel 1.2.2., dort besonders S. 86 und 90 f.
3 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 2, S. 26 ff.

Verbrauchsnachfrage sah und drastische Lohnforderungen (angesichts der steigenden Unternehmergewinne) befürchten mußte, ermahnte alle Beteiligten wiederholt „Maß zu halten" und versuchte zugleich eine Art „freiwilligen Preisstopps" der Unternehmer zu erreichen.[1]
Das eigentlich Tragische an der Erhardschen Forderung des „Maßhaltens" lag darin, daß das, was er der Unternehmerschaft an Sanktionen androhen konnte, nämlich eine Verschärfung des geld- und kreditpolitischen Kurses der Bundesbank, von eben dieser Unternehmerschaft schon längst unterlaufen worden war.
Die gewaltigen Überschüsse in der Handelsbilanz, der spekulative Devisenzustrom und auch die veränderten Zahlungsmodalitäten im Außenhandel[2] hatten die westdeutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit mehr als ausreichend mit Kapital versorgt, die Wiederaufnahme eines restriktiven geld- und kreditpolitischen Notenbankkurses hätte daher auf kurze Sicht kaum Wirkung gezeigt.[3]
Die Wirtschaft verwandte jedoch das enorme Kapitalpotential nicht für zusätzliche Investitionen, sondern verbesserte statt dessen ihre Schuldnerposition, bzw. verstärkte ihre Geldvermögensbildung.[4] Wir haben hier den interessanten Fall, daß sogar eine regelrechte „Kapitalschwemme" keine Investitionsbelebungen auslöst, sofern wegen der pessimistischen Zukunftserwartungen[5] auch ein immer weiter sinkender Kapitalmarktzins die Unternehmer nicht zu neuen Investitionen verleitet, da ihnen das Risiko, auf der Nachfrageseite nicht genügend Aufnahmefähigkeit zu finden, als zu groß erscheint.
Zur Veranschaulichung der Geldvermögensbildung der Unternehmen noch einige Zahlen: Die liquiden Mittel der Unternehmen an Sichteinlagen und Kassenbeständen haben 1957 um ca. 1,5 Mrd. DM, damit um mehr als eine halbe Milliarde DM stärker zugenommen als 1956. Die Termineinlagen stiegen um etwa 2 Mrd. DM gegen 1,2 Mrd. DM im Vorjahr.[5] Dies alles bei gegenüber 1956 deutlich

---

1 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 2, S. 27.
2 Vgl.: Kapitel 1.1.2., S. 11 f.
3 Vgl.: Kapitel 1.1.5., S. 56 f.
4 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1957, S. 236.
5 Auf die Bedeutung der Zukunftserwartungen haben wir an anderer Stelle bereits hingewiesen, vgl. S. 96.
6 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1958, S. 46 f. Die abgeschwächte Kreditexpansion zeigt Schaubild 8, S. 70.

abgeschwächtem gesamtwirtschaftlichem Wachstum.
Trotz der günstigen Situation auf den Kreditmärkten und der überreichlichen Liquidität haben die Unternehmer in der Gesamtheit im Jahre 1957 eine Schmälerung ihrer Ertragsmargen hinnehmen müssen, was sich auch in einem leicht gesunkenen Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zugunsten des Anteils der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen zeigt.[1] Ursächlich dafür war, daß es die zurückbleibende inländische Nachfrage den Unternehmern zusehends erschwerte, Preiserhöhungen durchzusetzen. Zugleich verblieb die Nachfrage, gestützt durch Auslandsaufträge, Ausgaben der öffentlichen Hand etc., jedoch auf so hohem Niveau, daß ein hoher Beschäftigungsstand erhalten blieb. Diese Umstände erschwerten es den Unternehmern, sich gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen unter Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Wachstumsabschwächung wirksam zur Wehr zu setzen.
Es erscheint paradox, aber für die Masse der Unternehmer wäre es - von der Gewinnsituation her - günstiger gewesen, wenn entweder der erhoffte „Konsumstoß" eingetreten wäre und für Preiserhöhungsspielräume gesorgt hätte - oder aber, ganz im Gegenteil, die Nachfrageabschwächung ein Ausmaß erreicht hätte, welches den Beschäftigungsstand gefährdet und die Gewerkschaftsforderungen somit mäßiger hätte ausfallen lassen. Wie wir am Beispiel des Jahres 1959 noch zeigen werden, ist die Gewinnsituation für die Unternehmer allgemein dann am günstigsten, wenn der konjunkturelle Wiederaufschwung beginnt, bzw. die Wirtschaft von seiten des Staates „angekurbelt" werden soll. Ungünstig dagegen für die Gewinnentwicklung ist, wie im Jahre 1957 (und 1958), eine gesamtwirtschaftliche Situation zwischen beiden Extremen, nämlich ein mäßiges gesamtwirtschaftliches Wachstum welches dadurch gekennzeichnet ist, daß der „Produktionsapparat" weder unter Überbeanspruchung leidet, noch durch einen zu geringen Auslastungsgrad nicht optimal[2] ausgenutzt wird.

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 264 f.
2 Der Begriff „optimal" wird häufig überstrapaziert. Wir werden uns daher bemühen, im 2. Hauptteil den Begriff eines „optimalen" Auslastungsgrades aus konjunkturpolitischer Sicht genauer zu spezifizieren.

Das Jahr 1957 wurde in Umfragen des IfO-Instituts[1] von der Mehrzahl der Unternehmer jedoch keineswegs als wirtschaftlich ungünstig beurteilt, sowohl in der Investitionsgüterindustrie als auch in der Verbrauchsgüterindustrie wurde die derzeitige Geschäftslage und ebenso die Aussicht für die nächste Zukunft als durchaus befriedigend eingeschätzt.[2]

Mit dem Beginn der Rezession in Amerika mehren sich in Westdeutschland dann aber die Stimmen, die der inländischen Wirtschaft eine ähnliche Entwicklung vorhersagen, und wirklich stagnieren erstmals seit einigen Jahren zum Jahreswechsel 1957/58 die Auftragseingänge aus dem Ausland.[3] Sinkende Kapazitätsauslastung in weiten Bereichen besonders der Investitionsgüterindustrie ist die Folge.[4]

Auch im Bereich des privaten Verbrauchs, der sich 1957 für lange Zeit als wirksame Konjunkturstütze erwiesen hatte, machen sich abschwächende Tendenzen bemerkbar. Hier wirkte sich vor allem die Verschiebung der sonst im Herbst 1957 „fällig" gewesenen Tariflohnerhöhungen aus: die Sozialpartner hatten sich stillschweigend darauf geeinigt, erst die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzuwarten und daher die Tarifgespräche bis in das Frühjahr 1958 hinausgezogen, denn auch unter den Gewerkschaftsführern machte sich Pessimismus über die weitere wirtschaftliche Entwicklung bemerkbar.

Von der Unternehmerseite wurde dieser Pessimismus nach Kräften geschürt, wobei sich das IfO-Institut bei seinen Unternehmerbefragungen[5] dann allerdings darüber wundert, daß zwischen der pessimistischen Beurteilung der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der durchaus optimistischen Beurteilung der Zukunftschancen der eigenen Unternehmung ein erstaunlich scharfer Gegensatz

---

1 Gemeint ist hier das „IfO-Institut für Wirtschaftsforschung" in München.
2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1957, Heft 4, S. 10 f. und S. 16 f.
3 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 1, S. 8 f. Siehe dazu auch das Schaubild 1 auf Seite 17 der vorliegenden Arbeit.
4 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 1, S. 6 f.
5 Siehe dazu: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 2, S. 9.

zu bestehen scheint. Offensichtlich wurde hier angesichts der bevorstehenden Tarifverhandlungen ein wenig Schwarzmalerei betrieben. Wie ließe sich sonst erklären, daß trotz des Konjunkturpessimismus insgesamt durchaus nicht weniger als im Vorjahr investiert wurde, obwohl die Auftragsbestände „abbröckeln" und neue Aufträge nur langsam hereinkommen. Das IfO-Institut stellt dazu fest: „Die Stärke der industriellen Investitionsneigung wurde offensichtlich dadurch erhalten, daß der technische Fortschritt Investitionsanreize bot, der Rationalisierungsbedarf groß blieb, und Mittel zur Fremdfinanzierung von Investitionen weit reichlicher und nicht unerheblich billiger angeboten werden als noch zur Jahresmitte 1957."[1] Angesichts der sich abschwächenden Nachfrage wurde im Frühjahr wieder die Forderung laut, daß die Unternehmer nun doch ihre Preise senken und damit den Absatz ankurbeln sollten, um so eine „Mengenkonjunktur" einzuleiten. Besonders Bundeswirtschaftsminister Erhard forderte Unternehmer und Gewerkschaften dazu auf, gemeinsam die Rahmenbedingungen für die Einleitung der Mengenkonjunktur zu schaffen.[2]

Ohne Zweifel würde die Verwirklichung einer Mengenkonjunktur den Anreiz bieten, gleich zwei konjunkturpolitische „Fliegen", nämlich höheres Wirtschaftswachstum und Preisniveaustabilität (zumindest), mit einer „Klappe" zu schlagen, jedoch sprechen gewichtige Gründe dagegen, daß es dazu kommen könnte.[3]

Als erster Einwand sei hier das vom IfO-Institut vorgebrachte Argument genannt, daß bei einem Zustand der Wirtschaft nahe der Vollbeschäftigung „ein nennenswert stärkeres Tempo der realen Expansion .. Spannungen auf dem Arbeitsmarkt auslösen" müßte[4], welche den Lohnauftrieb dann verschärfen würden.

Viel entscheidender aber noch erscheint uns der Einwand,

---

1 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 2, S. 12.
2 Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 424 f. und (als Antwort): Peter Sweerts-Sporck, Was Erhard nicht sagte, in: Der Volkswirt, Jg. 1958, Januar-März, S. 371 f.
3 Siehe dazu: Martin Lohmann, „Mengenkonjunktur" in betriebswirtschaftlicher Sicht, in: Der Volkswirt, Jg. 1958, Okt.-Dez., S. 73 ff.
4 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 3, S. 12.

daß der, beispielhaft, den Verkaufspreis seiner Produkte senkende Unternehmer ja doch gar nicht wissen kann, ob, wann und in welchem Ausmaß er in den Genuß der - möglicherweise - entstehenden Mehrnachfrage kommt. Zunächst muß er doch einmal bei Preissenkungen eine Einkommensschmälerung (ceteris paribus) hinnehmen, der Erfolg stellt sich dann für ihn aber erst ein, wenn das Preisbewußtsein der Käufer auch wirklich zu einer den anfänglichen Verlust mindestens kompensierenden Absatzausweitung führt.
Mit solchen Überlegungen ist die Masse der kleinen und mittleren Unternehmer schlicht überfordert, steht ihnen doch keineswegs die Information einer Preis-Absatz-Funktion zur Verfügung wie dem „Modellunternehmer" der betriebswirtschaftlichen Theorie. Es erscheint daher als ein zumindest für den kleinen oder mittelständischen Unternehmer (und dies ist die überwiegende Mehrzahl) unzumutbares Risiko, sollte er, wie häufig gefordert, den Versuch wagen, in wirtschaftlichen Abschwächungsphasen durch isolierte Preissenkungsaktionen den eigenen Absatz forcieren zu wollen.
Da erscheint der Weg, über Preiserhöhungen auch bei sinkendem Absatz den Gesamtgewinn zu erhalten, schon wesentlich leichter gangbar, zumindest ist man auf diesem Weg nicht allein, sondern kann eher auf ein gleichgerichtetes Verhalten der Konkurrenten spekulieren.[1]
Wenn es aber im Laufe des Jahres 1958 schon nicht zu Preissenkungen auf breiter Front kam, so gelang es doch immerhin, annähernd das Ziel der Preisniveaustabilität zu realisieren und den vielerorts beschworenen großen wirtschaftlichen Rückschlag zu vermeiden.[2] Zwar verlor der Außenhandel als Konjunkturstütze viel von seiner Vorjahrsbedeutung, doch erwuchsen dafür im Inland neue Absatzquellen durch die enorm steigenden Bauinvestitionen mit ihrer weitreichenden Ausstrahlungskraft in andere Industriebereiche.[3]
Auch die Investitionsgüterindustrie hat den neuen Aufwind schon zu spüren bekommen, waren es zunächst nur

---

1 Dies ist auch ein wichtiges Argument dafür, daß der Wettbewerb selten über die Preise ausgetragen wird (non-price-competition).
2 Siehe dazu den 2. Hauptteil, Kap. 2.1.2., S. 161 ff.
3 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 4, S. 17 ff.

die konsumnäheren Bereiche, die von dem Wunsche des Bundesbürgers nach Auto, Waschmaschine, Fernseher etc. profitierten, so scheint sich die Belebung der Investitionsneigung langsam auf immer größere Bereiche auszudehnen. Eine Umfrage des IfO-Instituts im Juli 1958[1] offenbart, daß von den befragten Unternehmern rund ein Fünftel seine Investitionsabsichten geändert hat, und davon wollen zwei Drittel mehr und nur ein Drittel weniger investieren, als es bislang geplant worden war.[2] Jedoch darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die gesamtwirtschaftlich ausgeglichene Wirtschaftslage nicht für alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen gegeben ist. Besonders in der Grundstoffindustrie bahnt sich eine schwere Krise an, welche sich im Anwachsen der Kohlehalden deutlich sichtbar anzeigt.[3] Auch die Textilindustrie ist in Nöten und zwar weitgehend unverschuldet. Der Handel hatte sich gegen Herbst 1957 etwas voreilig in Erwartung eines „Nachfrageansturms" durch die Rentenerhöhungen mit Textilien vollauf eingedeckt, so daß die Händler 1958 mit ihren Nachbestellungen zurückhielten, weil zunächst die Läger geräumt werden sollten, nachdem die Nachfrage schwächer als vermutet ausgefallen war.[4] Deswegen und wegen des Vordringens billiger Importwaren (vor allem aus Japan) herrscht in der Textilindustrie zur Zeit eine ausgesprochene Absatzflaute.[5] Allerdings wirken auf der Kostenseite die sinkenden Rohstoffpreise und abgeschwächte Lohnforderungen entlastend.
Im Gesamtbild scheint 1958 für die Mehrzahl der Unternehmen kein schlechtes Jahr gewesen zu sein, zumindest was die Geldvermögensbildung anbetrifft. Geht man von den ausgeschütteten Gewinnen bei der Beurteilung der Ertragslage aus, so hat sich 1958 die Zahl der Gesellschaften mit mehr als 10 % Dividende von 317 (1957) auf 601 (1958) nahezu verdoppelt. Der Durchschnittsdividendensatz für gut rentierende Unternehmen ist nach Mel-

1 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 3, S. 6.
2 Ebenda.
3 Ebenda, S. 8. Vergleiche dazu aber auch unser Kapitel 1.2.1., dort besonders die Seite 79.
4 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 2, S. 11.
5 Für das Verhalten der privaten Haushalte ist es geradezu typisch, daß die Nachfrage nach Textilien in Zeiten ungewisser gesamtwirtschaftlicher Weiterentwicklung stark zurückbleibt. Offensichtlich schränken die privaten Haushalte sich auf diesem Bereich zuerst ein.

dungen des Statistischen Bundesamtes von 12 % auf 14 % gestiegen.[1]

Die konjunkturell begünstigten Industriezweige (Fahrzeugbau, Chemie- und Gummiindustrie, Zementhersteller) benutzten ihre nicht ausgeschütteten Gewinne in verstärktem Maße zur Geldkapitalbildung und Einlagenbildung, weniger aber zur Vergrößerung ihres Sachvermögens. Für die konjunkturell benachteiligten Unternehmen ergab sich daraus die vorteilhafte Lage, den gestiegenen Kreditbedarf zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen am Kapitalmarkt befriedigen zu können. Der verstärkte Zuwachs an langfristigen Krediten (siehe Schaubild 8, S. 70) entfiel daher hauptsächlich auf die Grundstoff- und Textilindustrie, Bereiche, die unter ernsten Absatzschwierigkeiten zu leiden hatten.[2]

Insgesamt nahm die Sachvermögensbildung der Unternehmen 1958 von 24,4 Mrd. DM (1957) auf 25,1 Mrd. DM leicht zu.[3]

Aus der gestiegenen Geldvermögensbildung der Unternehmen zieht die Bundesbank den Schluß, „daß die Unternehmen in den Jahren der Hochkonjunktur ihre Gewinne und die verdienten Abschreibungen nur in relativ geringem Umfange der Reservenbildung zuführen, sondern sie in der Regel alsbald reinvestieren."[4] In den Jahren mit gedämpftem Konjunkturverlauf wie 1952, 1953 und auch 1958 werden die nichtentnommenen Gewinne und die Abschreibungserlöse dagegen nur zu einem Teil reinvestiert, statt dessen vermehrt der Reservenbildung zugeführt.[5] Aus einem derartigen unternehmerischen Verhalten kann leicht eine sich kumulativ verstärkende konjunkturelle Abwärtsentwicklung entstehen, sofern der so ausfallenden Nachfrage nämlich keine Kompensation durch Nachfrageverstärkung in anderen Wirtschaftsbereichen entgegensteht. Auf der anderen Seite ist jedoch wichtig zu berücksichtigen, daß die verstärkte Geldvermögensbildung die Kreditaufnahme der investierenden Unterneh-

---

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 468 ff.
2 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1958, S. 327.
3 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1959, S. 9.
4 Ebenda.
5 Ebenda. Sehr interessant ist hier auch der Vergleich mit unserem Kapitel über Geldmenge und Kreditvolumen (1.1.5.), S. 54 ff.

nehmer erleichtert, wie wir bereits weiter oben angedeutet haben.

Hierzu wäre allerdings zu untersuchen, wie es sich mit der Verschuldungsbereitschaft der Unternehmer in Zeiten abgeschwächten Wirtschaftswachstums überhaupt verhält, sofern sich (noch) keine Aufwärtsentwicklung im Absatzbereich abzeichnet. Wir haben (weiter oben) festgestellt, daß die Unternehmer in den von der Konjunktur begünstigten Bereichen Geldvermögen bilden und ihre Verschuldung abbauen. Als Kreditnehmer kämen dann ja wohl vor allem diejenigen Unternehmer in Frage, für die sich die wirtschaftliche Lage keineswegs günstig darstellt. Was nützt es daher schon, wenn der Kapitalmarktzins sinkt, die Notenbank dies durch eine Politik des leichten Geldes unterstützt, die Unternehmer sich aber einfach gegen eine Kreditaufnahme sträuben, weil ihnen das Risiko zu groß erscheint, das Geld nicht zurückzahlen zu können? Der Zusammenhang zwischen Kapitalmarktzins und Investitionsneigung besteht aus vielen Komponenten, oder, wie man in Anlehnung an das wohlbekannte Keynessche Beispiel auch sagen könnte, „man kann die Pferde (Unternehmer) wohl zur Tränke (Kapitalmarkt) führen, saufen müssen sie aber von selber".

Wie reichlich es mit der Liquidität der westdeutschen Wirtschaftsunternehmen bestellt war, zeigen einige von der Bundesbank im Juni 1959 veröffentlichte Zahlen, nach denen allein die Sichteinlagen und Kassenbestände der Unternehmen 1958 um rund 2,6 Mrd. DM gegen 1,7 Mrd. DM 1957 angestiegen sind.[1]

In besonders starkem Maße haben die Unternehmen auch die Ausgabe eigener Wertpapiere im Jahre 1958 verstärken können, nämlich von 1,0 Mrd. DM 1957 auf 2,9 Mrd. DM 1958.[2]

Zum Jahreswechsel 1958/59 hat sich der Gesamtzustand der westdeutschen Wirtschaft noch nicht wesentlich verändert, eher ist eine weitere Abschwächung im Wachstum bemerkbar. Angesichts der Absatzkrisen in den Grundstoffindustrien und der Textilindustrie mehren sich im

1 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1959, S. 10.
2 Ebenda, S. 11.

Frühjahr die Stimmen, die energische konjunkturpolitische Maßnahmen zur Nachfragebelebung fordern, dabei war bisher die Vollbeschäftigung durch die abgeschwächte Wirtschaftsaktivität nicht wesentlich beeinträchtigt worden.[1] „Die „Bereinigungsprozesse" haben das Wachstumstempo zwar verzögert, aber nicht so aufgehalten, daß die Vollbeschäftigung gefährdet wurde. Sie trugen wesentlich zur Stabilisierung des Preisniveaus bei."[2]
In der Tat blieb die im Frühjahr 1958 wieder erreichte gesamtwirtschaftliche Preisniveaustabilität dann noch bis weit in das erste Halbjahr 1959 hinein erhalten,[3] genau so lange nämlich, wie die schwache inländische Nachfrage keine Kostenüberwälzungen und eine Ausweitung der Ertragsmargen erlaubte. Zu dieser konjunkturpolitisch günstigen Entwicklung beigetragen haben vor allem auch die nur mäßigen Lohnforderungen der Gewerkschaften. Dies gilt jedoch nur für das Jahr 1958, im Jahre 1959 haben die Gewerkschaften sich in ihren Forderungen dagegen zu sehr zurückgehalten und damit eine „Gewinnexplosion" bei der Masse der Wirtschaftsunternehmen ausgelöst, die sich alsbald in einer immer hektischer ansteigenden Investitionsneigung manifestieren sollte. Die Gewerkschaften haben den neuen Aufschwung „verschlafen".[4]
Die „Initialzündung" für den neu einsetzenden konjunkturellen Aufschwung ging im Frühjahr 1959 von den Bauinvestitionen aus, da in der Bauindustrie ein hoher Auftragsüberhang aus dem Vorjahr vorhanden war, und außerdem die milde Witterung einen frühen Baubeginn ermöglichte.[5]
Die konjunkturelle Belebung griff dann schon sehr bald durch die Ausstrahlungskraft der Bauinvestitionen[6] auf immer weitere Wirtschaftsbereiche über. Besonders die Ausrüstungsinvestitionen wurden stimuliert, dabei von hohem Produktionsniveau ausgehend, denn die Kapazitätsauslastung war im Laufe des Jahres 1958 nur in der Verbrauchsgüterindustrie, den Grundstoffindustrien und in

---

1 Zum Begriff und zur Entwicklung des Vollbeschäftigungszieles siehe Kapitel 2.1.4., S. 182 ff.
2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 1, S. 6. (im Original alles kursiv gedruckt).
3 Vgl.: Schaubild 11, S. 170.
4 Vergleiche mit dem vorangehenden Kapitel 1.2.3.
5 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 2, S. 6.
6 Auf die „Ausstrahlungskraft" der Bauinvestitionen haben wir bereits weiter oben hingewiesen.

der Textilindustrie deutlich zurückgegangen.[1]
Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Ausrüstungsinvestitionen auch deswegen vorgenommen wird, um von der Kostenseite her einer Einengung der Ertragsmargen zu begegnen, vor allem, wenn hohe Lohn- und Gehaltskostensteigerungen bevorzustehen scheinen. Dies gilt besonders für solchermaßen „induzierte" Rationalisierungsinvestitionen, welche auch - oder sogar gerade dann - vorgenommen werden, wenn eine allgemein schwache Nachfrage eine Kostenweitergabe über die Preise ohne erhebliche Absatzeinbußen als nicht realisierbar erscheinen läßt.[2]
Trotz dieser Überlegungen läßt sich der „Anlauf", den die westdeutsche Wirtschaft im Frühjahr 1959 zu einem neuen Wirtschaftsaufschwung nahm, wohl kaum allein daraus erklären.
Auch der Hinweis auf die bevorstehende neue Wettbewerbskonstellation durch die westeuropäische Wirtschaftsintegration (EWG) erscheint unbefriedigend, weil nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der Unternehmer sich durch die EWG-Gründung direkt betroffen fühlen konnte, und außerdem so viel Vorausplanung zumindest im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen als höchst zweifelhaft angesehen werden muß.
Wegen dieser Überlegungen erscheint die Vermutung als zutreffend, daß das Jahr 1958 für die Mehrzahl der Unternehmer wirtschaftlich offenbar doch nicht so ungünstig verlaufen ist, wie man hätte annehmen können, da die Nachfrage im Inland sich zwar abschwächte, aber dann insgesamt doch auf hohem Niveau verblieb.
Von der Kostenseite her hatte im Jahre 1958 der Druck auf die Ertragsmargen durch mäßige gewerkschaftliche Lohnforderungen und unvermindert hohe Produktivitätsfortschritte nachgelassen. Die Gewinnentwicklung gestaltete sich daher - wie wir bereits weiter oben geschildert haben - insgesamt keineswegs ungünstig.[3]

---

1 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 1, S. 6.
2 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1959, S. 150 f.
3 Vor allem sei hier auf die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes hingewiesen, vgl.:
Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 427 ff. und
Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 285 f.

Bei einer solchermaßen gekennzeichneten Situation genügte ein kleiner Anstoß, um die „Lawine" unternehmerischer Initiative auszulösen.
Diese Expansionsanstöße gingen im Frühjahr 1959 aus von der Bauindustrie, dem Außenhandel und der lebhaften Bestelltätigkeit (hauptsächlich zur Lagerauffüllung) des Handels. Die Unternehmer machten ihre Konjunktur sozusagen alleine, ihre Investitionsabsichten „schaukelten" sich gegenseitig hinauf, keiner wollte den Anschluß verpassen, keiner wollte bei dem antizipierten Wirtschaftsaufschwung Marktanteile verlieren. So ergriff die Expansionswelle schließlich immer weitere Bereiche der Wirtschaft. Es handelte sich somit im wesentlichen um eine „Binnenkonjunktur", die von der steigenden Investitionsneigung getragen wurde.[1]
Besonders deutlich zeigte sich diese unternehmerische Verhaltensweise in der veränderten Lagerhaltung. Hier wurden Investitionen vorgenommen, welche von der Nachfrageseite keineswegs gerechtfertigt erschienen.[2] Die Absatzerwartungen der Unternehmer antizipierten hier eine Nachfragebelebung, welche noch gar nicht stattgefunden hatte - und eben dadurch wurde sie eingeleitet. Offenbar eine besondere Art von self-fulfilling prophecy. Hier wird deutlich sichtbar, welche Bedeutung innerhalb des unternehmerischen Verhaltens dem Gruppenverhalten zukommt.[3]
Im weiteren Verlauf des Jahres 1959 stellt das IfO-Institut zu dem Verhalten des Handels bei den Lagerinvestitionen sehr treffend fest: „Die mitunter geradezu hektische Bestelltätigkeit des Handels, die über die tatsächliche Entwicklung der Endnachfrage weit hinausging, zeigt, wie sehr die Erwartungen hier auf stark steigenden Absatz gerichtet sind."[4] Das DIW-Institut[5]

---

1 Vgl. dazu auch: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 3, S. 35 ff.
2 Der Umschwung in den Lagerinvestitionen hatte sich zur Jahresmitte schon angekündigt. Vgl.: Wirtschaftskonjunktur, 1959, Heft 3, S. 28.
3 Die Parallele zum Verhalten der privaten Haushalte ist hier sehr interessant, dort konnten wir ebenfalls eine solche Orientierung am Gruppenverhalten feststellen. Vgl.: Kapitel 1.2.2., S. 90 f.
4 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 4, S. 7.
5 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin).

bemerkt hierzu ähnlich: „Das Angebot der industriellen Verbrauchsgütererzeugung hat seine stärksten und für die Ausweitung dieser Erzeugung jedenfalls entscheidenden Anregungen bisher nicht durch den Endverbrauch, sondern durch die steil aufwärtsgerichtete Nachfrage des Handels und hier vor allem durch die zum Teil stark forcierten Lageraufstockungen des Einzelhandels erhalten."[1]
Zur Jahresmitte 1959 ging dann die bislang erreichte Preisniveaustabilität verloren. Unvermeidlich stiegen die Ernährungskosten wegen der anomalen Dürre im Sommer und der damit verbundenen schlechten Ernte an. Die Preisheraufsetzungen in der Verbrauchsgüterindustrie waren dagegen ansonsten wohl mehr durch die Gunst der Stunde bedingt, denn durch Kostenerhöhungen.[2] Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß die Konsumgütererzeugung als direktes „Bindeglied" (zusammen mit dem Handel) zum Verbraucher sozusagen die Endstation aller Überwälzungsvorgänge darstellt: „Sie muß gemeinsam mit dem Handel alle auf die Erzeugungskosten schlagenden Entwicklungen vor dem Verbraucher rechtfertigen, ohne bei diesem für die Überwälzungsvorgänge das rechte Verständnis zu finden."[3]
Am längsten hielten sich die Preise in den Investitionsgüterindustrien auf ihrem alten Niveau, obwohl sich doch gerade auf diesem Sektor die Expansion 1959 zuerst bemerkbar gemacht hatte und hohe, weiter ansteigende Auftragsbestände vorlagen.[4] Offensichtlich bestätigt sich die schon früher gemachte Erfahrung, daß sich die Preise in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien nur allmählich an Veränderungen der Nachfrage anpassen, auch von der Kostenseite her scheinen die Preise hauptsächlich auf die in Schüben erfolgenden Preisänderungen wichtiger „Schlüsselprodukte" zu reagieren.[5] Möglicherweise ist diese verhältnismäßige Unbeweglichkeit der industriellen Erzeugerpreise in diesen Bereichen auf einen längeren Planungs- und Kalkulationshorizont der Unternehmer in

1 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1959, S. 400.
2 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1960, S. 21 f.
3 Jahresbericht (BDI), a.a.O., 1959/60, S. 42. (Im Original kursiv gedruckt).
4 Zur Preisentwicklung: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 70 f.
5 So bspw. die Preisheraufsetzung für Kohle und Stahl gegen Ende 1957. Vgl.: Ebenda.

diesen Industrien zurückzuführen und wohl auch darauf, daß für die Kostenentwicklung wichtige „Schlüsselpreise" wie bspw. die für Kohle und Stahl im allgemeinen nicht so starken Schwankungen unterliegen.[1]

Der weitere Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs ist für unsere Untersuchung ziemlich uninteressant, weil sich eine solche Entwicklung seitdem immer und immer - wenngleich auch mit wechselnder Intensität - wiederholt hat: der Preisauftrieb erfaßt immer mehr Wirtschaftsbereiche. Die steigenden Gewinne der Unternehmer und die angespannte Arbeitsmarktsituation führen zu hohen Tariflohnforderungen der Gewerkschaften. Die Unternehmer geben ohne großen Widerstand nach, weil sie hoffen, die Kostensteigerungen im Boom überwälzen zu können. Irgendwann innerhalb dieses Stadiums geht dann die Bundesbank in den Kampf um die Geldwertstabilität, ihr restriktiver Kurs vermag jedoch nur über einen verhältnismäßig langen „Bremsweg"[2] das Expansionstempo zu dämpfen.

In der Spätphase trägt dann der private Verbrauch, unterstützt durch die Lohnerhöhungen, das gesamtwirtschaftliche Wachstum (oder auch nicht: 1966/67). Schließlich geht mit der konjunkturellen Abschwächung die Vollbeschäftigung verloren, das konjunkturpolitische „Steuer" wird „herumgeworfen", und das Ganze beginnt von neuem.

Eine Analyse dieser Entwicklungen soll hier jedoch nicht erfolgen, wir wollen uns vielmehr auf die Beschreibung jenes Zustandes beschränken, welcher durch eine ausgeglichene Wirtschaftslage und annähernd realisierte konjunkturpolitische Zielsetzungen gekennzeichnet ist.

Zum Abschluß dieses Kapitels, bevor wir an die Formulierung von Verhaltenshypothesen herangehen, wollen wir uns noch mit einer Frage befassen, auf die wir zwar bereits eingegangen sind,[3] der aber angesichts der

---

1 Vgl.: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 70 f. Das Schaubild zeigt deutlich die Parallelität zwischen der Preisentwicklung für Kohle, Eisen und Stahl und der in der Maschinenbauindustrie als Beispiel (ebd. S. 71).

2 Vgl.: Karl Blessing, Im Kampf um gutes Geld, Frankfurt am Main 1966, S. 22 ff.

3 Siehe dazu S. 122 ff.

konjunkturellen Entwicklung des Jahres 1958 so große Bedeutung zukommt, daß wir noch einmal ausführlich dazu Stellung nehmen wollen; der Frage nämlich, warum die Unternehmer kostensenkende Produktivitätsfortschritte so selten durch Preissenkungen weitergeben.

Betrachten wir zur Beantwortung unserer Frage dieses Problem aus der Perspektive des einzelnen Unternehmers, so erscheinen die erzielten Produktivitätsfortschritte - sofern sie kurzfristig überhaupt ermittelbar sind - als die „Früchte" der vorangegangenen Rationalisierungsinvestitionen des Unternehmers, das heißt aber: das verbesserte Produktionsergebnis wurde bei der Planung und Durchführung der Investition selbstverständlich antizipiert, denn eben gerade darum hatte ja der Unternehmer das mit der Investition verbundene Risiko auf sich genommen. Es erscheint darum schwer verständlich, weshalb der Unternehmer diesen ganz persönlichen Erfolg seiner Initiative ohne zwingenden Konkurrenzdruck an den Verbraucher weitergeben sollte. Daneben hat der durch diesen unternehmerischen Anpassungsprozeß an günstigere Produktionsmöglichkeiten erzielte Profit als „Motor" des Marktmechanismus auch eine bedeutsame gesamtwirtschaftliche Funktion; entfiele der Profitanreiz, so wäre die Dynamik des marktwirtschaftlichen Systems dahin.

Allerdings ist der Unternehmer damit nun nicht etwa aus der gesamtwirtschaftlichen Mitverantwortlichkeit entlassen, sondern es sollte ihm lediglich kein größeres Opfer auferlegt werden als den Mitgliedern der anderen sozialen Gruppen auch.[1]

Das Ermittlungsproblem ist ein zweiter gewichtiger Einwand gegen die Forderung nach „Weitergabe" der Produktivitätsfortschritte. Es ist sehr fraglich, ob der Durchschnittsunternehmer tatsächlich laufend über die Produktivitätsentwicklung in seinem Unternehmen informiert ist: möglicherweise verfügt er am Jahresende über derlei Kenntnis, vielleicht sogar im Zeitraum von einigen Monaten.- eine kurzfristige Änderung der Preispolitik ist aber im Regelfall daraus nicht zu erwarten.

---

[1] Der Widerspruch in der Forderung nach einem „dynamischen" Unternehmer, der die Chancen des Wettbewerbs wahrnehmen, zugleich aber „preisdiszipliniert" die gesamtwirtschaftliche Verantwortung mittragen soll, zeigt die Notwendigkeit konfliktlösender Verhaltensmechanismen.

Bei der Analyse unternehmerischer Verhaltensweisen in den Jahren 1957 bis 1959 haben wir starke Unterschiede zwischen dem Bereich der Investitionsgüterindustrie, der Verbrauchsgüterindustrie und dem des Handels feststellen können. Daher wollen wir - neben einigen allgemeinen Beobachtungen - für diese drei Bereiche getrennt Verhaltenshypothesen aufstellen.

1. Die Preisgestaltung der Unternehmer in den Investitionsgüterindustrien ist durch die dort vorherrschenden langen Planungs- und Kalkulationszeiträume bei der Investitionspolitik geprägt.[1]
   Dementsprechend werden die Preise weniger an kurzfristige Nachfrageschwankungen angepaßt, als an der längerfristigen Kosten- und Gewinnentwicklung. Dies vor allem auch deshalb, weil die Konkurrenz für die zumeist hochspezialisierten, technisch aufwendigen Investitionsgüter im allgemeinen weitaus geringer ist, als dies bei vielen Bereichen bspw. der Verbrauchsgüterindustrie vorliegt.
   In Zeiten schwacher Nachfrage gewährt man „guten" Kunden daher lieber Rabatte oder längere Zahlungsziele, als daß man die Listenpreise generell verändern würde.

2. Der Exportanteil am Absatz der Investitionsgüterindustrien ist wesentlich höher als im Verbrauchsgüterbereich,[2] daher kommt der Entwicklung der Auslandsnachfrage hier eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt natürlich besonders in Zeiten schwacher inländischer Investitionsgüternachfrage.

3. Beim Inlandsabsatz gewinnt für die konsumnahen Bereiche der Investitionsgüterindustrie[3] die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern eine immer größer werdende Bedeutung. Für die Unternehmer in diesen Bereichen ist die Absatzsituation und die

---

1 Ursache dafür ist möglicherweise die produktionstechnisch bedingte höhere durchschnittliche Amortisationsdauer der industriellen Anlagen.
2 Vgl. bspw. Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, im Zahlenteil Seite 75.
3 Siehe dazu unser Kapitel 1.2.2., vor allem die Seiten 88 ff. sowie die Verhaltenshypothesen.

Preisgestaltung ähnlichen Bedingungen unterworfen wie für die Unternehmer in der Verbrauchsgüterindustrie, die Verhaltensweisen sind sich daher ähnlich.

4. Die Preisgestaltung der Unternehmer in den Verbrauchsgüterindustrien ist vor allem durch den starken Konkurrenzdruck geprägt. Da der Auslandsabsatz hier insgesamt nur eine relativ geringe Rolle spielt,[1] kann der Unternehmer nicht, wie in der Investitionsgüterindustrie, gleichermaßen auf die Auslandsmärkte ausweichen. Aus diesen Gründen sind die Preise im Verbrauchsgüterbereich besonders bei abflauender Inlandsnachfrage vorrangig nachfrageorientiert, bei geringer werdendem Konkurrenzdruck bzw. hoher Verbrauchsnachfrage dagegen vorrangig kosten- und gewinnorientiert.

5. Mit dem Beginn des Gemeinsamen Marktes (EWG) hat sich die Auslandskonkurrenz auf dem Verbrauchsgütersektor noch beträchtlich verstärkt; für die Unternehmer in diesem Bereich ist die Inflationsrate für Konkurrenzprodukte in den übrigen EWG-Ländern zu einem wichtigen Faktor der eigenen Preisgestaltung geworden.

6. Für die Unternehmer im Verbrauchsgüterbereich sind bei der Preisgestaltung häufig auch außerökonomische Einflüsse wirksam, so sind bspw. auf dem Ernährungssektor Witterungsverhältnisse aber auch EWG-Marktbeschlüsse von großer Bedeutung.

7. Die Situation der Unternehmer im Handel wird durch den „Bindegliedcharakter" zwischen Produzenten und Verbraucher gekennzeichnet. Dies äußert sich vor allem darin, daß der Händler alle Preissteigerungsvorgänge - ob von ihm verursacht oder nicht - als letzter vor dem Kunden zu vertreten hat.
   Die Preisgestaltung ist, davon abgesehen, vor allem durch die starke Konkurrenz und die häufigen Nachfrageschwankungen geprägt, welche auf den Händler zuerst einwirken. Besteht eine schwache inländische Nachfrage, also eine „Käufermarktsituation", so orientieren sich

---

1 Vgl. bspw. Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, im Zahlenteil Seite 75.

2 Die EWG-Marktbeschlüsse sind in so weit häufig „außerökonomisch", wie es sich um politisch motivierte Maßnahmen handelt.

die Händler bei ihrer Preisgestaltung an den Absatzmöglichkeiten, besteht dagegen große Nachfrage, also eine „Verkäufermarktsituation", so sind die Preise vorrangig an der eigenen Kosten- und Gewinnentwicklung orientiert.

8. Der „Bindegliedcharakter" des Handels äußert sich auch in umgekehrter Richtung, nämlich dergestalt, daß Umschichtungen bzw. Schwankungen in der Nachfrage sich auf die Bestelltätigkeit der Händler auswirken. Von dem Verhalten der Unternehmer im Handel bei der Bestelltätigkeit gehen somit für die Produzenten im industriellen Bereich wichtige „Vorwarnimpulse" aus. Der Handel ist das „Frühwarnsystem" der Unternehmer in der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie.

9. Im Handel ergeben sich insgesamt weniger Möglichkeiten zur Rationalisierung (und damit zu Produktivitätsfortschritten) als im produzierenden Bereich. Lohnkostensteigerungen können daher nur in geringem Maß durch kostensenkende Investitionen aufgefangen werden. Die Neigung zur Lohnkostenüberwälzung auf die Preise ist bei den Händlern aus diesem Grund besonders groß. Darin äußert sich der „Dienstleistungscharakter" des Handels.

10. In der konjunkturellen Abschwächungsphase führen die Unternehmer ihre Gewinne und verdienten Abschreibungen vermehrt der Geldvermögensbildung zu. Für die weiter investierenden Unternehmer ergeben sich dadurch günstige Kreditaufnahmemöglichkeiten.
Im konjunkturellen Aufschwung werden dagegen Gewinne und verdiente Abschreibungen vorrangig reinvestiert, also zur Sachvermögensbildung verwandt.

11. Das Verhalten der Masse der Unternehmer in der Preis- und Investitionspolitik ist stark gruppenorientiert. Ursache dafür ist der begrenzte Informationsstand

und die Wettbewerbssituation des einzelnen Unternehmers.

12. Angesichts der inflationsneutralen „Liquiditätsschwemme" der Jahre 1957 und 1958 hat sich in unserer Analyse die große Bedeutung der Nachfrageentwicklung für die Preispolitik und die Investitionspolitik der Unternehmer herausgestellt. Offenbar verleitet ein sinkender Kapitalmarktzins und ein hoher Stand der Geldvermögensbildung bei den Unternehmern dieselben nicht per se zur Investition, sofern keine Anzeichen für eine Nachfragebelebung vorhanden sind.
Andererseits genügt in einer solchen Situation aber schon ein verhältnismäßig geringer Expansionsimpuls, um den neuen Aufschwung auszulösen. Wie wir 1959 beobachten konnten, spielt hierbei das Gruppenverhalten eine besonders wichtige Rolle. Ist die Expansion erst einmal in Gang gekommen, so verliert die tatsächliche Nachfrageentwicklung an Bedeutung - die „Investitionslust" der Unternehmer bestimmt das weitere Tempo der Expansion. Dies gilt vor allem, so lange die Unternehmer ihre Investitionen aus dem angesammelten Geldvermögen bestreiten können.

13. Galt das oben Gesagte in erster Linie für die Lager- und Ausrüstungsinvestitionen, so ist für Rationalisierungsinvestitionen die Nachfrageentwicklung ebenso von Bedeutung - wenn auch in anderer Weise.
Wie uns die Entwicklung der Jahre 1957 und 1958 zeigt, rationalisieren die Unternehmer vor allen Dingen, wenn die Gewinnmargen von der Kostenseite her eingeengt werden, und zugleich die Nachfrageentwicklung keine Überwälzung dieser Kosten erlaubt, dabei aber auch wiederum nicht so zurückbleibt, daß eine Produktionseinschränkung angeraten erscheint.

1.2.5. Das geld- und kreditpolitische Verhalten der Deutschen Bundesbank

Von den ersten „Währungsunruhen" im Frühjahr 1957, bis hin zur schließlichen Aufwertung der DM im März 1961, erstreckt sich eine zusammenhängende Epoche oft geradezu dramatischer Bemühungen der Bundesbank, das Ausmaß der inländischen Geldschöpfung unter Kontrolle zu behalten. Aus diesem Grunde wollen wir in der Analyse des Verhaltens der Deutschen Bundesbank von unserem bisherigen Zeitabschnitt der Jahre 1957 bis 1960 etwas abweichen, um die Ereignisse bis zur Aufwertung in die Betrachtung miteinbeziehen zu können.
Der Wirtschaftsaufschwung der Jahre 1954 und 1955 bestätigte eindrucksvoll das Wiedererstarken der bundesdeutschen Wirtschaftskraft im internationalen Wettbewerb. Je erfolgreicher der Drang der Unternehmer auf die neu zu erschließenden Weltmärkte wurde, desto mehr geriet aber auch die inländische Konjunktur durch die übersteigerte Investitionsneigung in den Sog der Auslandsnachfrage, so daß die Erfolge in der Außenwirtschaft die inländische Stabilität des Geldwerts zu gefährden drohten. In dieser Situation sah sich die Bundesbank genötigt, durch restriktive Maßnahmen (hier insbesondere durch Diskontsatzerhöhungen) eine Dämpfung des inflationären Wirtschaftswachstums zu erzwingen. Bis in das Jahr 1956 wurde sie in diesem Bemühen durch die Geldstillegung der Öffentlichen Hand (Bildung des „Julius-Turms") unterstützt.[1]
Der Erfolg dieser „Doppelstrategie"[2] von öffentlicher Geldstillegung und notenbankpolitischen Restriktionen für die Geldwertstabilität im Inland geriet in der Folge aber immer mehr in Konflikt mit den Erfordernissen der Zahlungsbilanzsituation, denn die fortwährenden Überschüsse im Außenhandel und das hohe inländische Kapitalzinsniveau ließen die Bun-

1 Siehe dazu: Rudolf Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1963, 3. Auflage, Tübingen 1964, S. 257 ff.
2 Ob es sich hier von seiten der Bundesregierung tatsächlich um ein geplantes Handeln im Sinne einer konjunkturpolitischen Strategie gehandelt hat, erscheint allerdings fraglich, vielmehr scheint dabei die Ansammlung von finanziellen Reserven für die geplante Wiederaufrüstung im Vordergrund gestanden zu haben - wenngleich dies auch letztlich zu einem konjunkturell günstigen Zeitpunkt erfolgte.
Auch die (späteren)vergeblichen Bemühungen der Bundesbank, die Bundesregierung zu einem bewußt antizyklischen Ausgabeverhalten zu veranlassen, zeigen das Fehlen eines wirksamen konjunkturpolitischen Konzepts.

desrepublik wie einen „Devisenmagneten" Auslandsgelder anziehen.[1]
Die sich im Frühjahr 1957 dann abzeichnende Konjunkturabschwächung kam der Bundesbank daher sehr gelegen, da sie nunmehr, ohne auf binnenwirtschaftliche Konjunkturtendenzen Rücksicht nehmen zu müssen, mit Diskontsenkungen zu einer Auflockerung des Kapitalmarktes beitragen konnte.[2]
Die Hoffnung der Bundesbank, durch eine Herabsetzung der Sollzinsen die Verlagerung von Außenhandelsfinanzierungen ins Ausland (wie sie sich deutlich in den günstigen Zahlungsbedingungen (terms of payment) für inländische Exporteure und Importeure zeigte) und die einsetzende Wechselkursspekulation eindämmen zu können, erfüllte sich jedoch zunächst nicht, so daß sich die Bundesbank dazu gezwungen sah, eine Art von „zweigleisiger" Politik zu betreiben, nämlich unter Erhöhung der Mindestreservesätze und Kürzung der Rediskontkontingente die Liquidität der Kreditinstitute abzuschöpfen und zugleich durch weitere Diskontsenkungen im Inland die Kapitalanlage in der Bundesrepublik (was Auslandsgelder anbetrifft) unattraktiv zu machen und statt dessen den Geldexport anzuregen.[3]
Durch eine breit angelegte Offenmarktpolitik versuchte die Bundesbank zugleich, mit der Abgabe von „Mobilisierungstiteln"[4] an die Kreditinstitute einen möglichst großen Teil der vom Ausland hereingeflossenen Gelder abzuschöpfen und somit der inländischen Liquiditätsfülle wirksamer als bisher zu begegnen.[5]
Die Devisenspekulation hatte unterdessen immer bedrohlicher werdende Ausmaße angenommen. So stand im Juli 1957 die „Entwicklung der Bankenliquidität ... unter dem Einfluß des stärksten Devisenzustroms, der bisher in einem Monat zu verzeichnen war."[6]

---

1 Vgl.: Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 74.
2 Siehe dazu: Monatsberichte, a.a.O., Januar 1957, S. 3. und unser Kapitel 1.1.5., S. 54 ff.
3 Rudolf Stucken, a.a.O., S. 270.
4 Gemeint ist hiermit die Umwandlung sogenannter Ausgleichsforderungen der Bundesbank in Schatzwechsel, die dann schließlich bis zu einem Umfang von 8,1 Mrd. DM an die Kreditinstitute abgegeben wurden.
Vgl.: Rudolf Stucken, a.a.O., S. 260 f.
5 Ebenda, S. 261 f.
6 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1957, S. 3.

Schon zu diesem Zeitpunkt, als die internationale Devisenspekulation sich zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte in bedeutendem Maße in ihrer Macht gezeigt hatte, setzte eine lebhafte Diskussion um eine eventuelle Änderung des Wechselkurses der Deutschen Mark ein. Das Hauptargument der Befürworter einer Aufwertung begründete sich darauf, daß die ständigen Exportüberschüsse der Bundesrepublik anhalten und den stabilitätspolitischen Kurs im Inland zunehmend unhaltbar machen würden. Zugleich aber erwecke die Anhäufung von Devisenreserven bei der Bundesbank den Anschein des Reichtums, was leicht zu steigenden finanziellen Forderungen des Auslands führen könnte.[1] Da von den „Schuldnerländern" im Außenhandel kein Einschwenken in den geld- und kreditpolitischen Stabilitätskurs der Bundesrepublik zu erwarten sei, gelte es daher, durch eine autonome Aufwertung der DM die anhaltenden Disparitäten im Außenhandel zu beseitigen.[2]
Die Gegner einer Änderung der Wechselkurse bezweifelten ihrerseits, daß es sich bei den Außenhandelsüberschüssen um mehr als eine zeitweilige Erscheinung handeln würde, zugleich hielten sie den Anstieg der zentralen Währungsreserven angesichts der zahlreichen finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik für durchaus angebracht.[3]
Nicht zu Unrecht wurde aber auch darauf hingewiesen, daß - falls es denn schon zu einem „Realignment" der Wechselkurse kommen müsse - eine multilaterale Lösung einem währungspolitischen Alleingang eines Landes vorzuziehen sei, da es ja nicht die „gesunden" Überschußländer mit ihren stabilen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen sind, die einer „Kur" (sprich: Paritätsangleichung) bedürfen, sondern es, ganz im Gegenteil, Aufgabe der „kranken" Defizitländer wäre, durch harte stabilitätspolitische Eingriffe ihre Zahlungsbilanzen wieder in Ordnung zu bringen.[4]

---

1 Dazu vor allem: Wiss. Beirat, a.a.O., in: Wirtschaftspolitische Problematik der deutschen Exportüberschüsse, Gutachten vom 30. April 1957.
2 Zu einer ganz ähnlichen Schlußfolgerung kommt auch der Wiss. Beirat in seinem (obigen) Gutachten, Ziffer 21.
3 Eine gute Zusammenfassung der von der Bundesbank angeführten Argumente gegen eine Aufwertung findet sich im Geschäftsbericht für das Jahr 1957.
Vgl.: Geschäftsbericht, a.a.O., 1957, vor allem S. 51.
4 Emil Küng, Zahlungsbilanzpolitik, Zürich und Tübingen 1959, S. 837 ff.

Nachdem somit die Fronten in der Auseinandersetzung um eine Änderung der Wechselkursparitäten abgesteckt worden sind, wollen wir uns nun der Hauptursache der (damaligen) Aufwertungsdiskussion, nämlich der Problematik der westdeutschen Exportüberschüsse näher zuwenden.
Von seiten der Bundesbank wurde dem Argument der Befürworter einer Aufwertung, daß ja gerade durch die Erfolge bei der Bekämpfung inflationistischer Tendenzen im Inland über eine verbesserte Wettbewerbsstellung der Exporteure immer neue Überschüsse im Außenhandel mit dem weiterhin „inflationierenden" Ausland geradezu zwangsläufig entstehen müßten,[1] entgegengehalten, daß die Preisentwicklung der Bundesrepublik Deutschland von derjenigen der Länder mit „starken" Währungen (so bspw. Schweiz, USA, Belgien) kaum verschieden gewesen sei und daher kein Anlaß bestünde, durch Wechselkursmaßnahmen die Stellung der Bundesrepublik im internationalen Preis- und damit Wettbewerbsgefüge zu verändern.[2]
Diese Behauptung der Bundesbank ist nun aber durchaus anfechtbar. Vor allem sollte der Preis von Exportgütern als Bestimmungsfaktor für die internationale Wettbewerbsstellung eines Landes im Außenhandel nicht isoliert herangezogen werden. Gerade am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland als Exporteur vorwiegend technisch und qualitätsmäßig hochwertiger Industriegüter (Ausfuhranteil der Investitionsgüter 1957: 53,2 %, 1958: 55,4 %)[3] zeigt sich auch im weltweit konjunkturell „schwachen" Jahr 1958, daß selbst Zahlungsbilanzprobleme und Bezugspreiserhöhungen[4] viele Länder nicht davon abhalten, bundesdeutsche Investitionsgüter zu kaufen - vor allem, weil auf vielen Gebieten offensichtlich nur wenige qualitativ gleichwertige Alternativen bestehen, mit anderen Worten: die „Qualitätskonkurrenz" Lücken aufweist. Kommt bei dieser Wettbewerbssituation noch der Vorteil relativ günstiger Preise (und wohl auch Lieferbedingungen) auf Grund der im Vergleich zum Ausland stabilen inländischen Preis- und Kostenentwicklung hinzu, so erklärt dies das „krisenfeste", stetige Anwachsen der Außenhandelsüberschüsse.

---

1 Vgl.: Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 30. April 1957, hier besonders Ziffer 3.
2 Geschäftsbericht, a.a.O., 1957, S. 51.
3 Siehe dazu: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., Jg. 1960, S. 63 (im Zahlenteil).
4 Vgl.: Unser Kapitel 1.1.2., S. 16.

In Anbetracht der von der Bundesbank konstatierten Angleichung der Preisentwicklung in der Bundesrepublik mit derjenigen in wichtigen Handelspartnerländern ist zu fragen, ob es sich nicht gerade wieder hier bestätigt, daß sich ein Land unter Beibehaltung der festen Wechselkurse und zugleich enger außenwirtschaftlicher Verflechtung auf die Dauer dem „internationalen Inflationstrend" nicht entziehen kann.[1] Dieses Problem ist zwar nicht gerade neu, doch gewinnt es angesichts der Situation der Bundesrepublik gegen Ende der fünfziger Jahre besondere Aktualität. Schon im Jahre 1924 hatte John Maynard Keynes darauf hingewiesen - wohl in einer Art von Nachruf auf den abgeschafften Goldautomatismus - daß wir unsere Währungssorgen durch Festsetzung der Wechselkurse nicht loswerden würden: „Wenn das äußere Preisniveau unstabil ist, können wir nicht s o w o h l unser eigenes Preisniveau, wie auch die Valuten stabil erhalten. So sind wir gezwungen, zu wählen."[2]

Die Frage danach, ob ein Land als „Oase der Stabilität" inmitten einer inflationierenden Umgebung überstehen kann, erweist sich somit als Frage nach den Übertragungsmechanismen ausländischer Inflationstendenzen auf die Binnenwirtschaft und danach, ob diese Übertragungsmechanismen von Regierung und/oder Notenbank unter Kontrolle gebracht werden können - ohne daß eine Wechselkursänderung als Hilfsmittel in Betracht gezogen wird. Genau vor diese Frage sieht sich die Bundesbank nämlich im Jahre 1957 (und einige Jahre später in noch viel stärkerem Maße) gestellt.

Nach der konventionellen Quantitätstheorie ergibt sich der „Inkubationsweg"[3] der „importierten" Inflation über die monetären inländischen Korrelate der Außenhandelsüberschüsse auf der Ebene der Geldvermögensrechnung, der Geldvolumensrechnung und der Zentralbankgeldvolumensrechnung.[4]

---

1 Zu diesem Schluß gelangt jedenfalls der Wissenschaftliche Beirat in seinem Gutachten über die „Wirtschaftspolitische Problematik der deutschen Exportüberschüsse" vom 30. April 1957. Vgl.: Wiss. Beirat, a.a.O., ebenda passim.

2 John Maynard Keynes, Ein Traktat über Währungsreform, München und Leipzig 1924, S. 158.

3 Siehe dazu: Wolfgang Stützel, Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen?, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 7, Berlin 1960, S. 10 ff.

4 Ebenda, passim.

Für die Geldvermögensrechnung bedeutet der positive Leistungsbilanzsaldo, daß genau im gleichen Ausmaß von den Inländern weniger für Güter, Dienstleistungen und Steuern ausgegeben als erlöst wurde.[1]
In der Geldvolumensrechnung zeigen sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmer, die in Höhe der Netto-Devisenabgaben (nach Abzug ihres Netto-Kapitalexports) weniger Bankkredite in Anspruch zu nehmen brauchen, bzw. ihre Einlagen erhöhen oder aber diese Mittel dem Geldumlauf zuführen können.
Die Zentralbankgeldvolumensrechnung veranschaulicht die Liquidisierungsmöglichkeiten der Kreditinstitute, denen in Höhe der nach Abzug des Netto-Kapitalexports bei ihnen verbleibenden Devisen durch deren Hereingabe an die Notenbank im entsprechenden Umfang Zentralbankguthaben entstehen, die sie zur Liquiditätsanreicherung oder aber zur Ausdehnung der Kreditgewährung verwenden können.[2]
Diese kurze Darstellung zeigt bereits die „Achillesferse" einer quantitätstheoretischen Begründung einer importierten Inflation: entscheidend ist ja nicht allein das Ausmaß der Vermehrung der inländischen Liquidität, sondern deren Inanspruchnahme. Während also die Bundesbank 1957 ihren wenig erfolgreichen Kampf dagegen ausfocht, daß die Netto-Devisenabgaben die Geldschöpfungsmöglichkeiten der Kreditinstitute in einem stabilitätsgefährdenden Ausmaß ausdehnten, wurde über die Erhaltung bzw. Wiedererreichung der Geldwertstabilität an ganz anderer Stelle entschieden: im Verhalten der Produzenten und Verbraucher (siehe dazu Kapitel 1.2.2. und 1.2.4.). Hätten die Produzenten nämlich ihre Investitionstätigkeit entsprechend dem an sich gegebenen Finanzierungsspielraum ausgedehnt und wäre die Inlandsnachfrage (hier vor allem im Konsumgüterbereich) nicht hinter dem durch die Einkommensentwicklung an sich möglichen Rahmen zurückgeblieben, so wäre die Inflationsübertragung durch die Außenhandelsüberschüsse gewiß in stärkerem Maße wirksam geworden.[3]

---

1 Vgl.: Kapitel 2.1.3., vor allem Seite 175.
2 Wolfgang Stützel, a.a.O., passim.
3 Dies wird in der nachfolgenden Analyse der Realisierung des Zieles der Geldwertstabilität (Kapitel 2.1.2.2.) noch ausführlich dargestellt und begründet, vgl. Seite 167 f.

Da sich angesichts der ungewissen zukünftigen Konjunkturentwicklung die Unternehmer in ihren Investitionen jedoch zurückhielten und es vorzogen, ihre Finanzlage zu konsolidieren, zugleich aber die Spartätigkeit der privaten Haushalte (wegen pessimistischer Zukunftserwartungen, vgl. Kapitel 1.2.2.) steil anstieg, wurde der Liquiditätsüberschuß solchermaßen weitgehend paralysiert.[1]
Die um Absorption der 1957 hereingeströmten Devisenflut bemühte Bundesbank konnte trotz fortwährender Verschärfung ihres Restriktionskurses bis weit in das Jahr hinein der Liquidisierungstendenzen nicht Herr werden, so stand noch im Juli die „Entwicklung der Bankenliquidität ... unter dem Einfluß des stärksten Devisenzustroms, der bisher in einem Monat zu verzeichnen war."[2] Um den angesichts der Devisenspekulation nicht verstummenden Gerüchten über eine angeblich bevorstehende Aufwertung der DM entgegenzutreten, gaben Bundesbank und Bundesregierung am 20. August 1957 dann schließlich in einer öffentlichen Erklärung ihre feste Entschlossenheit bekannt, die DM nicht aufzuwerten.[3]
Man muß bei der Beurteilung dieser Aktion berücksichtigen, daß zum damaligen Zeitpunkt - vor allem wegen der sich abschwächenden Binnenkonjunktur - die pessimistischen Zukunftserwartungen überwogen, und daher der Entschluß zu einer Aufwertung für die Stellung der bundesdeutschen Wirtschaft auf den Exportmärkten ein politisch schwer vertretbares Wagnis gewesen wäre.[4]
In der Zwischenzeit hatten sich zudem im Ausland für die Bundesbankpolitik vorteilhafte Änderungen ergeben, die zu einer Umkehrung der bisherigen Richtung des Zinsgefälles führen sollten. Etwa parallel zu der Senkung des Diskontsatzes durch die Bundesbank (von 4,5 auf 4 %) am 19. September 1957[5] setzten nämlich in mehreren europäischen Ländern und auch in den Vereinigten Staaten von Amerika Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation ein: die Diskontsätze wurden erhöht, und ein

1 Siehe dazu unser Kapitel „Geldmenge und Kreditvolumen, vor allem die Seiten 55 ff.
2 Monatsberichte, a.a.O., Juli 1957, S. 3.
3 Siehe dazu das Kapitel 1.2.1., S. 73 f. und: Karl Blessing, Die Verteidigung des Geldwertes, Frankfurt am Main 1960, S. 113.
4 Ebenda, S. 136.
5 Monatsberichte, a.a.O., September 1957, S. 5 f.

restriktiver kreditpolitischer Kurs wurde eingeschlagen.[1] Dieser Umkehrung des Zinsgefälles ist es vor allem zu verdanken, daß die Maßnahmen der Bundesbank schließlich Wirkung zeigten, und die durch die Spekulation hereingeflossenen Devisen wieder ihren Rückweg ins Ausland antraten.
Der „Liquiditätsgrad des Bankenapparates"[2] erhöhte sich zwar noch weiterhin bis zum November 1957, dann kehrte sich die Richtung des Devisenstroms jedoch - zumindest vorläufig - in deutlich erkennbarem Maße um. Die Devisenabrechnungen der Kreditinstitute mit der Notenbank schlossen im November zum ersten Male seit Jahren in einem Monat mit einem spürbaren Defizit ab.[3]
Zu Beginn des Jahres 1958 hatte sich die konjunkturelle Abschwächung dann schon soweit durchgesetzt, daß die Bundesbank ihren Kurs der vorsichtigen Lockerung der Restriktionen in der Geldpolitik mit einer erneuten Diskontsenkung (von 4 auf 3,5 % am 17. Januar) fortsetzen zu können glaubte.[4]
Die weitere Entwicklung des Jahres 1958 führte dann schließlich zum Erliegen des Preisauftriebs, teilweise konnten sich sogar Preisrückgänge nachhaltig durchsetzen (siehe dazu unser Kapitel 2.1.2.2., S. 163 ff.).
Von der inneren Stabilität her stand somit einer nunmehr expansiven Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank nichts mehr entgegen. Am 26. Juni 1958 wurde daher parallel zu der Entwicklung im Ausland der Diskontsatz weiter herabgesetzt (von 3,5 auf 3 %)[5] - dies wohl auch, um der Gefahr eines erneuten Devisenzustroms bei gegenüber dem Ausland wiederum höherem Zinsniveau frühzeitig zu begegnen.[6]
Die noch im Geschäftsbericht für das Jahr 1957 vertretene Ansicht der Bundesbank, daß die westdeutschen Handelsbilanzüberschüsse angesichts des abklingenden ausländischen Investitionsbooms und der internationalen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung stark abnehmen würden, bewahrheitete sich 1958 nicht, denn der Außenhandelsüberschuß blieb zumindest wertmäßig auch während dieser Abschwächungsperiode des Wirt-

1 Monatsberichte, a.a.O., September 1957, S. 5 f.
2 Monatsberichte, a.a.O., November 1957, S. 3.
3 Ebenda.
4 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1958, S. 3 f.
5 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1958, S. 3 f.
6 Ebenda.

schaftswachstums voll bestehen.[1]
Was die inländische Geldversorgung anbetrifft, so hat die „Politik des leichten Geldes" ohne Zweifel mit dazu beigetragen, daß ein tieferer konjunktureller Einbruch im Jahre 1958 vermieden werden konnte, jedoch erscheint die Behauptung der Bundesbank „es wäre u. auch in der Bundesrepublik eine gewisse „Rezession" wahrscheinlich nicht ausgeblieben, wenn dem nicht die Senkung der Zinsen entgegengewirkt hätte,"[2] angesichts der Liquiditätsschwemme, die - auch gegen notenbankpolitische Maßnahmen - von den verschiedensten Seiten und auch in den Monatsberichten selbst festgestellt worden ist, als überspitzt.[3] Der hohe Grad der Geldversorgung der inländischen Wirtschaft zeigt sich ja auch schon in der geringen Kreditnachfrage des Jahres 1958.[4]
Der Versuch der Notenbank, die hereinströmenden Auslandsmilliarden durch restriktive Geld- und Kreditpolitik zu absorbieren, war 1957 schon „so ziemlich" gescheitert - auch wenn die Bundesbank den angeblichen „Zusammenbruch der Devisenspekulation"[5] damals triumphierend als Erfolg ihrer Politik dargestellt hatte.[6]
In Wirklichkeit handelte es sich im Jahre 1957, wie die folgenden Jahre dann zeigen sollten, nur um einen ersten Anlauf der internationalen Devisenspekulation, die Auseinandersetzung war nur verschoben, nicht aber aufgehoben worden. Schon bald sollten sich nämlich die verhängnisvollen Wirkungen einer die „offene" außenwirtschaftliche Flanke vernachlässigenden Notenbankpolitik zeigen, denn mit der zum Jahreswechsel 1957/58 in Verträgen zementierten[7] - wenngleich praktisch auch bereits vorhandenen - Herstellung der vollen Konvertibilität zwischen den wichtigsten europäischen Währungen war der Grundstein für die nunmehr immer wiederkehrenden „Spekulationswellen" endgültig gelegt. „Die bis 1958 tatsächlich vorhanden

1 Vom Volumen her wäre der Überschuß allerdings etwas geringer ausgefallen, hier wirkten sich die unterschiedlichen Preistendenzen von Einfuhren und Ausfuhren aus, vgl. dazu S. 14.
2 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 9.
3 Vgl.: Monatsberichte, a.a.O., Mai 1958, S. 3 f. und bspw. Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1958, S. 233 f.
4 Vgl.: Kapitel 1.1.5. und Schaubild 8, S. 70.
5 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1958, S. 35.
6 Ebenda.
7 Monatsberichte, a.a.O., Dezember 1958, S. 3 ff.

gewesenen guten Instrumente der monetären Konjunkturpolitik sind seit der Konvertibilität der Währung zerstört, und wir haben seitdem das Gegenteil von dem getan, was wir konjunkturpolitisch hätten tun müssen."[1] Mit der Beseitigung aller Reste der Devisenzwangswirtschaft wurde zwar ein wesentlicher Schritt zur weiteren politischen und wirtschaftlichen Integration Europas vollzogen, jedoch zugleich der Devisenspekulation und der Kapitalflucht Tür und Tor geöffnet.[2]

Zu Beginn des Jahres 1959 wurde der bisherige lockere notenbankpolitische Kurs fortgesetzt. Im Januar erreichte der Diskontsatz den Rekordtiefstand von 2,75 %, der „in der Geschichte des deutschen Zentralbankwesens bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen war."[3] Ausdrücklich wurde im gleichen Monatsbericht auch die Bedeutung des Zinsgefälles zwischen Inland und Ausland für die Verflüssigung von Zahlungsbilanzüberschüssen bestätigt.[4]

Angesichts solch außergewöhnlicher Maßnahmen fragt man sich, warum die Bundesbank die „Politik des leichten Geldes" bis zu diesem Extrem betrieb, zumal die inländische Wirtschaftslage sich bereits deutlich von der vergangenen Abschwächungsphase zu erholen begann.[5] Da die Notenbankpolitik daher durch die inländische Situation nicht erklärt werden kann, liegt der Verdacht nahe, daß es der Bundesbank in erster Linie darauf ankam, durch die außergewöhnliche Zinserniedrigung „heimlich" die zugeflossenen Devisenmilliarden via Kapitalexport wieder loszuwerden. Albert Hahn bemerkte zu dieser Notenbankpolitik sehr zutreffend, man habe „in der Bundesrepublik aus der Not der Zahlungsbilanzüberschüsse die - zweifelhafte - Tugend einer Politik des billigen Geldes gemacht."[6]

Offensichtlich erkannte die Leitung der Bundesbank nicht, daß der 1958 zu beobachtende Abfluß der Auslandsgelder keine endgültige Erscheinung war, sondern daß es sich dabei nur um ein „Atemholen" der Spekulanten für den nächsten Devisenansturm handelte.

Besonders deutlich geht diese Fehleinschätzung der Währungssituation aus einer Behauptung hervor, die in einem Monats-

---

1 Günter Schmölders, Konjunkturen und Krisen heute, Bremen 1962, S. 14.
2 Vgl.: Rudolf Stucken, a.a.O., S. 265 f.
3 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1959, S. 3.
4 Ebenda, S. 4.
5 Siehe dazu ausführlich unser Kapitel 2.3.
6 L. Albert Hahn, Geld und Kredit, a.a.O., S. 283.

bericht vom Spätsommer 1959 aufgestellt wurde: „Namentlich zwei Theoreme sind es, die .. vielfach den Blick für eine realistischere Betrachtung versperren: einmal die These, daß die DM gegenüber dem Ausland „unterbewertet" sei und daß, solange dieser Zustand anhalte, die Leistungsbilanz fortdauernd hohe, wenn nicht gar steigende Überschüsse aufweisen werde, und zum anderen die Auffassung, daß das wachsende Defizit der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen diese Überschüsse niemals kompensieren könne, weil Kapitalexport zwangsläufig eine entsprechende Erhöhung der Ausfuhrüberschüsse nach sich ziehe und für die Zahlungsbilanzentwicklung daher letzten Endes neutral sei."[1]
Diese Behauptungen der Bundesbank waren vor allem wohl gegen das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats vom 30. April 1957 gerichtet, in dem dieser festgestellt hatte: „Die Beseitigung der deutschen Devisenüberschüsse kann .. nicht durch eine Umwandlung des unbeabsichtigten in freiwilligen privaten Kapitalexport erwartet werden; ebensowenig ist eine entsprechende Erhöhung des staatlichen Kapitalexports zur Beseitigung der Devisenüberschüsse empfehlenswert."[2]
Der Währungsexperte Albert Hahn begründete dies mit der Wirkungslosigkeit des Kapitalexports hinsichtlich des l a n g fristigen Ausgleichs der „inneren" Zahlungsbilanzsituation;[3] durch die von Hahn so bezeichnete „Bumerangwirkung des Kapitalexports"[4] bewirkt der Kapitalexport tatsächlich nämlich nur eine vorübergehende Liquiditätsminderung, welche alsbald via steigender Bezüge des Auslands von Waren und Dienstleistungen zu einem erneuten Devisenzustrom führt, so daß im Endeffekt dann nur eine um so stärkere Liquiditätsvermehrung eintritt.[5]
Wie noch dargestellt werden wird, sollte sich diese Vorhersage in eindrucksvoller Weise bestätigen. Aus ähnlichen Gründen braucht an dieser Stelle auf den Streit um eine Unterbewertung der DM noch nicht (wieder) eingegangen zu werden.

---

1 Monatsberichte, a.a.O., August 1959, S. 3.
2 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 30. April 1957, Ziffer 14 und Ziffer 6 f. über „unbeabsichtigten" Kapitalexport.
3 Die Betonung liegt hier ausdrücklich auf dem langfristig eintretenden Effekt des solchermaßen zustande gekommenen Kapitalexports, daher wird die These Albert Hahns auch nicht durch die unerwartet starke Passivierung der Devisen-

Ein Wandel im bisherigen kreditpolitischen Kurs der Bundesbank kündigte sich im September 1959 mit der Erhöhung des Diskontsatzes von 2,75 auf 3 % an.[1]
Schon im Oktober erfolgte dann eine weitere Erhöhung von 3 auf 4 %.[2] Begründet wurde diese Kurswende mit der eingetretenen inländischen konjunkturellen Anspannung. In der Tat hatte der sich in der steigenden Investitionsneigung abzeichnende neue Aufschwung sich indessen in seinen Merkmalen zu einem Boom verstärkt.[3]
Die Leitung der Bundesbank hatte nun zwar die Gefahren ihrer restriktiven Politik im Hinblick auf den erneuten Zustrom ausländischer Gelder klar erkannt, doch nahm sie dieses Risiko offenbar bewußt in Kauf: „In einer Lage wie der heutigen, der die Gefahr einer Steigerung des allgemeinen Preisniveaus immanent ist, kann die Notenbank die Verhältnisse am Kapitalmarkt und auch die Zahlungsbilanzverhältnisse, so wichtig sie sind, nur insoweit berücksichtigen, als dies nicht mit ihrer vornehmsten Aufgabe, die Kaufkraft der DM aufrechtzuerhalten, kollidiert."[4]
Es sei hier daran erinnert, daß der Wissenschaftliche Beirat bereits 1957 auf den circulus vitiosus hingewiesen hatte, „daß nämlich die Restriktionspolitik Devisenüberschüsse erzeugt und die Devisenüberschüsse zu einer verstärkten Restriktionspolitik zwingen. Außerdem führen die Restriktionen selbst über das Zinsgefälle zu einem Einstrom kurzfristiger Auslandsgelder und damit zu einer Überliquidität der Banken, wodurch die Handhabung der Restriktionspolitik erschwert wird."[5]
Mit Berechtigung appellierte die Bundesbank an die öffentlichen Haushalte, sich in der Ausgabenpolitik bewußt antizyklisch zu verhalten und den sich abzeichnenden Boom nicht auch noch zu verstärken, jedoch vergeblich. Bundeswirtschafts-

---

bilanz im Jahre 1959 widerlegt. Siehe dazu S. 177 f.
4 L. Albert Hahn, Geld und Kredit, a.a.O., S. 269.
5 Ausführliche Darstellung erfolgt auf Seite 179 f.

1 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 3.
2 Ebenda.
3 Ebenda, S. 6. Vgl. dazu auch: Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1960, S. 19 f.
4 Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 6.
5 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 30. April 1957, vor allem Ziffer 7.

minister Ludwig Erhard teilte zwar verbal in immer neuen Maßhalteappellen die Haltung der Bundesbank, jedoch konnte er angesichts der aufgelösten Kassenreserven, der zahlreichen in Angriff genommenen Reformen und Unterstützungsprojekten und der vielfältigen Auslandsverpflichtungen keine wirksame zeitliche Verschiebung der Ausgaben durchsetzen.[1] Solchermaßen allein gelassen beschloß die Bundesbankleitung, „wie Winkelried in der Schlacht von Sempach" alle Speere auf ihre Brust zu ziehen, wie Karl Blessing später einmal dazu bemerkte.[2] Nun, in diesem Fall hatte der „Winkelried" die Schlacht allerdings selbst entfacht, indem er nämlich zuvor den Diskontsatz in einer beispiellosen „Politik des billigen Geldes" so tief herabgedrückt hatte, daß es schließlich nur eines relativ geringen Anstoßes bedurfte, um die Investitionsneigung der Unternehmer erneut zu beleben.[3]

Solchermaßen zeigte sich die Bundesbank 1959 also fest entschlossen, mit allen ihren Mitteln den eingeschlagenen restriktiven Kurs zur Wahrung der Preisniveaustabilität zu verteidigen - „komme vom Ausland, was da wolle".

Nach und nach schöpfte die Bundesbank konsequent ihren Mittelspielraum voll aus: Diskontsatzerhöhungen, Heraufsetzungen der Mindestreservesätze, Kürzungen der Rediskontkontingente, verstärkte Offenmarktpolitik („Blessing-Milliarde") etc.[4] Alle diese Mittel wurden eingesetzt, um den Verflüssigungstendenzen entgegenzuwirken. Unter dem Druck der Maßnahmen begannen die Geschäftsbanken schließlich damit, ihre Auslandsguthaben zu repatriieren,[5] jedoch zeichnete sich schon zu diesem Zeitpunkt (Jahresende 1959) ab, was Kritiker der Bundesbank schon vor Beginn ihres restriktiven Kurses im Herbst vorausgesagt hatten: „Außenwirtschaftliche Gegenwirkungen würden .. den Versuch, den Liquiditätsspielraum der Kreditinstitute einzuengen, vereiteln, da die restriktiven Maßnahmen den Zustrom von Devisen unvermeidlich intensivieren und damit die bisher schon wichtigste Liquidisierungsquelle noch reichlicher sprudeln lassen würden."[6]

---

1 Als Beispiele: Rentenreform, „Grüner Plan", Verteidigungsaufwendungen, Tilgungsleistungen (vgl. S. 31 ff.).
2 Karl Blessing, Im Kampf um gutes Geld, a.a.O., S. 22.
3 Siehe dazu S. 206 ff.
4 Vgl.: Monatsberichte, a.a.O., Dezember 1959, S. 3 ff.
5 Ebenda.
6 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 3.

Stellte die Bundesbank im gleichen Monatsbericht zwar noch befriedigt fest, daß die bisherige Entwicklung diese Voraussagen nicht bestätigt habe,[1] so mußte sie doch schon einen Monat später, nämlich bereits im Februar 1960, ihre bisherige Meinung revidieren, denn der Leistungsbilanzüberschuß führte (neben anderem) den Geschäftsbanken wieder soviel Liquidität zu, „daß sie über die Erfüllung der höheren Mindestreserveanforderungen hinaus gleichzeitig noch ihre freien Liquiditätsreserven vergrößern konnten."[2]

Am 18. Februar beschloß der Zentralbankrat daher eine weitere Verschärfung der bisherigen Maßnahmen, nämlich eine erneute Erhöhung der Mindestreservesätze und Verkürzungen der Rediskontkontingente.[3] Zugleich suchte die Bundesbankleitung wiederum die Unterstützung der Bundesregierung, welche sie dazu aufforderte, den öffentlichen Kreditbedarf, insbesondere für Bauvorhaben, einzuschränken und die Bundesbank durch finanzpolitische Maßnahmen in ihrer Restriktionspolitik zu unterstützen.[4]

Am 5. Mai des Jahres 1960 wird dann noch eine weitere Verschärfung der Maßnahmen beschlossen. Nach der nunmehr vierten Erhöhung der Mindestreservesätze liegen diese seitdem für Sichtverbindlichkeiten und befristete Verbindlichkeiten um 55 % und für Spareinlagen um 50 % über ihrem Stand vom Oktober 1959.[5] Allerdings muß die Bundesbank dannoch bekennen, daß schon ihre bisherigen Bemühungen, die hereinströmenden Geldmengen zu neutralisieren, wenig erfolgreich waren, denn sie stellt in ihrem Monatsbericht vom Mai 1960 fest: es „läßt sich für die ersten sechs Monate der restriktiven Kreditpolitik, d.h. die Zeit von Oktober 1959 bis März 1960, noch keine merkliche Dämpfung der Kreditexpansion der Banken erkennen."[6] Allerdings vertraut die Bundesbankleitung nach wie vor darauf, daß ihre Maßnahmen nach Überwindung eines gewissen „Bremsweges" schon noch „greifen" würden, zudem habe sie ihren Mittelspielraum ja auch noch immer nicht voll ausgeschöpft.[7]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 3.
2 Monatsberichte, a.a.O., Februar 1960, S. 6.
3 Ebenda, S. 3 ff.
4 Monatsberichte, a.a.O., Mai 1960, S. 7.
5 Ebenda, S. 3 ff.
6 Ebenda, siehe dazu auch unser Schaubild 8 auf Seite 70.
7 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1960, S. 10.

In Wirklichkeit zeigte sich aber bereits in diesem Stadium der Entwicklung,die Ohnmacht der Bundesbank, die inländische Geldschöpfung wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Kreditinstitute schränkten unter dem Druck der Maßnahmen die längerfristige Festlegung ihrer Mittel zwar ein, doch die kurzfristigen Kredite nahmen dafür von Oktober 1959 bis Oktober 1960 um etwa 5 Milliarden DM zu und verdoppelten damit nahezu ihren Anstieg von vor Jahresfrist.[1] Dies war den Kreditinstituten deshalb möglich, da ihnen (nach einer Periode ausgesprochener „Überliquidität") einerseits durch die ständigen Devisenzuflüsse von „außen" weiterhin Notenbankguthaben sozusagen „in den Schoß fielen", und sie zugleich aber auch aktiv sich durch den Verkauf von Mobilisierungstiteln (siehe S. 138) zu liquidisieren wußtan.[2] Mit diesem Verhalten konnten sie daher den notenbankpolitischen Kurs höchst wirkungsvoll unterlaufen.[3]
Der Verschlechterung der inländischen Kapitalmarktbedingungen durch die Bundesbank wurde von seiten der Wirtschaft auch dadurch begegnet, indem der Kredit- und Kapitalbedarf zu relativ günstigeren Konditionen im Ausland beschafft wurde.[4] Die notenbankpolitischen Maßnahmen trafen ja in erster Linie die Kreditinstitute, daher brauchten die Wirtschaftsunternehmen diese Maßnahmen auch nur so weit in ihr Kalkül miteinzubeziehen, wie es ihrem über diese Institute zu deckenden Kapitalbedarf entsprach. In Zeiten der Hochkonjunktur (wie wir sie etwa ab Mitte 1959 im Untersuchungszeitraum zu verzeichnen hatten) und bei anhaltend hohen Außenhandelsüberschüssen ergeben sich für die Wirtschaftsunternehmen allgemein aber günstige Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, wobei speziell für die exportintensiven Industriezweige (wie die Chemiebranche und den Maschinenbau bspw.) zudem die Verschuldungsmöglichkeiten im Ausland ganz besonders günstig sind - dies gilt um so mehr, wenn von den ausländischen Importeuren eine Aufwertung der DM antizipiert wird (wir erinnern hier an die vorteilhaften Verschiebungen der Zahlungsbedingungen im Außenhandel des Jahres 1957, vgl. S. 11 f.).

1 Rudolf Stucken, a.a.O., S. 277.
2 Ebenda, S. 277 ff.
3 Ebenda, S. 279 f.
4 Vgl.: Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1960, S. 136.

Es sind daher in erster Linie die kleinen und mittleren Unternehmen, denen die Verschuldungsmöglichkeiten im Ausland nicht offenstehen, welche durch die notenbankpolitischen Restriktionsmaßnahmen indirekt, nämlich über die Kreditinstitute, getroffen werden.
Was die Durchschlagskraft der notenbankpolitischen Maßnahmen anbetrifft, so ist eine generelle Beeinflussung der Investitionspläne der Unternehmer nur dann wirklich erfolgreich, wenn es der Notenbank gelingt, die Absatz- und Gewinnerwartungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Mit anderen Worten: Es ist illusorisch anzunehmen, daß wegen einiger Prozentpunkte Kreditverteuerung bei zugleich aber unverändert optimistischen Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmer ein Umschwung in der Investitionsneigung eintreten könnte. Investitionsentscheidungen, die an dergleichen Imponderabilien scheitern könnten, wären für die überwältigende Mehrheit der Unternehmer ohnehin viel zu risikoreich.

Im Juni 1960 war dann ein vorläufiger Höhepunkt im Kampf der Bundesbank gegen die monetäre Expansion erreicht; eine letztmalige Verschärfung der Maßnahmen wurde vom Zentralbankrat beschlossen: Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 5 %, Heraufsetzung des Mindestreservesatzes und eine Art von „negativer Devisenbewirtschaftung" (Verbot der Verzinsung für bestimmte Auslandsgelder).[1]
Inzwischen regten sich nun aber auch bei der Bundesbank Zweifel an der Durchsetzbarkeit des eingeschlagenen Restriktionskurses: „Kritischer könnte die Situation nur werden, wenn sich zu den Anreizen, die die derzeitigen Zinsrelationen für die Aufnahme und das Hereinströmen von Auslandsgeldern bieten, in größerem Umfange Spekulationen auf eine Aufwertung der DM gesellen sollten."[2] Um dieser Gefahr zu begegnen, wurde ein bereits 1957 „bewährtes" Mittel angewandt: am 23. Juni 1960 erklärten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundesbankpräsident Karl Blessing, daß jede Spekulation auf eine Aufwertung der DM ein Mißerfolg sein werde.[3]
Wir wollen uns an dieser Stelle daran erinnern, daß wir

1 Monatsberichte, a.a.O., Juni 1960, S. 3 ff.
2 Ebenda, S. 11.
3 Ebenda; siehe dazu aber auch S. 74 f. unseres Kapitels 1.2.1.

angesichts der Umkehr des Devisenstroms nach der in etwa gleichlautenden Erklärung des Jahres 1957 die Zinssteigerungstendenzen in wichtigen Partnerländern der Bundesrepublik zur Hauptursache dafür erklärt hatten. Nun ist es wichtig, zu bemerken, daß zu der Zeit der zweiten „Nicht-Aufwertungserklärung" im Jahre 1960 im Ausland (dabei vor allem in den USA) Zinssenkungstendenzen eintraten. Als „tragische Koinzidenz" bezeichnete die Bundesbank diese Entwicklung.[1]

Damit war aber das Urteil über den Erfolg der Notenbankpolitik in der Bundesrepublik gesprochen, es sollte zwar noch einige Monate dauern, aber „Anfang November 1960 war der Bundesbank klar, daß sie nichts mehr ausrichten konnte. Sie warf das Steuer herum und leitete damit eine neue Währungspolitik, vielleicht gar eine neue Ära der deutschen Notenbankpolitik ein: eine stärker als bisher an der Zahlungsbilanz orientierte Währungspolitik."[2]

Am 10. November 1960 senkte der Zentralbankrat den Diskontsatz von 5 auf 4 %.[3] Dieser Umschwung in der Geldpolitik wurde oft auch als „kopernikanische Wende"[4] in der Haltung der Deutschen Bundesbank bezeichnet. Die Tatsache, daß sie angesichts des ungebrochenen inländischen Booms eine Diskontsenkung vornahm, bezeichnete die Bundesbank selbst als „Paradoxien, die in das klassische Schema des Konjunkturverlaufs nicht passen und infolgedessen auch eine Kreditpolitik nach klassischem Schema verbieten."[5]

Es bleibt aber dennoch zu fragen, ob hier tatsächlich sich eine Umstellung auf eine „zahlungsbilanzkonforme" Notenbankpolitik angebahnt hat, oder ob angesichts der ungebändigten inländischen Konjunktur der undurchsetzbar gewordene bisherige bundesbankpolitische Kurs nur aufgegeben worden ist.[6]

Nach der Diskontsenkung folgte am 19. Januar 1961 auch eine

---

1 Monatsberichte, a.a.O., November 1960, S. 6 ff.
2 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 113.
3 Monatsberichte, a.a.O., November 1960, S. 3 ff.
4 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 78
5 Geschäftsbericht, a.a.O., 1960, S. 7.
6 Diese Frage erscheint vor allen Dingen dann berechtigt, wenn man im Rückblick die Haltung der Bundesbank in späteren, ähnlichen Situationen berücksichtigt.
Siehe dazu auch: Rudolf Stucken, a.a.O., S. 281.

Lockerung der quantitativen Beschränkungen mit dem Ziel, „ausländische Liquidität durch inländische" zu ersetzen, keineswegs aber sollte dadurch eine Ausdehnung des Kreditvolumens begünstigt werden.[1]

Nach wie vor sträubte sich der Bundesbankpräsident Karl Blessing jedoch mit Vehemenz gegen eine Aufwertung, ja er bot für diesen Fall sogar seinen Rücktritt an.[2]

Offensichtlich hatte der Bundesbankpräsident bis zuletzt gehofft, ein „Realignment" der Wechselkurse auf internationaler Ebene durchsetzen zu können. Als diese Hoffnung mit der wiederholten Erklärung des amerikanischen Präsidenten J.F. Kennedy, die Gold-Dollar-Parität nicht zu verändern, endgültig zunichte wurde, und zugleich alle Aussichten auf einen doch noch eintretenden Erfolg der getroffenen Dämpfungsmaßnahmen dahinschwanden, da gab auch der Bundesbankpräsident seinen langen Widerstand auf. So wurde schließlich am 6. März 1961 die Deutsche Mark um 4,75 % aufgewertet.[3]

Es erscheint zweifelhaft, ob, wie später von mancher Seite behauptet worden ist, eine Aufwertung hätte vermieden werden können, sofern die Bundesbank die Kontrolle über die Geldschöpfung behalten hätte, und ihr von seiten der Kreditinstitute partnerschaftliche (oder aber auch erzwungene) Unterstützung zuteil geworden wäre.[4] So sehr eine solche Zusammenarbeit auch begrüßt werden könnte, so ist es doch wahrscheinlich, daß auch Bundesbank und Kreditinstitute gemeinsam die Aufwertungsspekulation nicht unter Kontrolle hätten bringen können[5] - zumindest aber nicht für so lange, wie sich die ausländischen Notenbanken, deren Aufgabe es ja eigentlich gewesen wäre, für die Erhaltung der Stabilität ihrer Währungen zu sorgen, sich nicht zu einer internationalen Zusammenarbeit bereit gefunden hätten.

In seiner Veröffentlichung „Im Kampf um gutes Geld", die im Jahre 1966 erschienen ist, stellt Blessing noch einmal mit Nachdruck fest: „Änderungen der Währungsparität sind zur Beseitigung eines lang anhaltenden fundamentalen Ungleich-

---

1 Vgl.: Karl Blessing, Im Kampf um gutes Geld, a.a.O., S. 24 f.
2 Hans Herbert Götz, a.a.O., S. 113.
3 Monatsberichte, a.a.O., März 1961, S. 3 ff.
4 Vgl.: Rudolf Stucken, a.a.O., S. 283 f. und, als Rezensent, Herbert Timm, in: Finanzarchiv, Jg. 1966, S. 107.
5 Herbert Timm, ebenda S. 107 ff.

gewichts der Zahlungsbilanz als ultima ratio gerechtfertigt, sie dürfen aber niemals und unter keinen Umständen zu einer konjunkturpolitischen Waffe degradiert werden" - und etwas später an der gleichen Stelle: „Kein vernünftiger Mensch kann im Ernst daran denken, den Schritt vom 5. März 1961 zu wiederholen ..."[1]
Damit war der weitere Kurs der Deutschen Bundesbank in dieser Frage bereits vorgezeichnet; die Folgen: die Bundesrepublik wurde immer wieder zum Fluchtpunkt spekulativer Gelder, und notwendige Änderungen der Währungsparität sollten für viele Jahre stets erst unter Druck und damit zu spät erfolgen.

Für unsere Hypothesen, die wir hinsichtlich des Verhaltens der Deutschen Bundesbank aufstellen wollen, gehen wir daher von folgendem aus:

1. Die Politik der Deutschen Bundesbank war in den Jahren 1957 bis 1959 vorrangig darauf ausgerichtet, die inländische Konjunktur durch eine „Politik des leichten Geldes" zu unterstützen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Industrie nicht durch eine Aufwertung der DM zu gefährden. Zugleich sah die Bundesbank ihre vornehmste Aufgabe darin, die Kaufkraft der DM zu erhalten.[2]
   Am schließlich offen zutage tretenden Widerspruch zwischen den Exportüberschüssen und der zunehmenden Unterbewertung der DM, und, auf der anderen Seite, der verstärkt nunmehr restriktiven Geld- und Kreditpolitik ist dieser Kurs der Bundesbank 1960 dann schließlich gescheitert.

2. Die Bundesbank hat 1959/60 die eigenen Möglichkeiten - und die der Spekulanten - falsch eingeschätzt, denn sie glaubte offenbar, mit einer rigorosen Restriktionspolitik die Devisenflut aufhalten zu können.
   Außerdem hoffte die Bundesbankleitung auf eine Lösung der anstehenden Währungsprobleme auf internationaler Ebene. Dabei wurde aber ihre Restriktionspolitik von den Wirt-

---

1 Karl Blessing, Im Kampf um gutes Geld, a.a.O., S. 35.
2 Siehe dazu auch die Rede des Bundesbankpräsidenten Karl Blessing vom Oktober 1959 in: Monatsberichte, a.a.O., Oktober 1959, S. 4 ff.

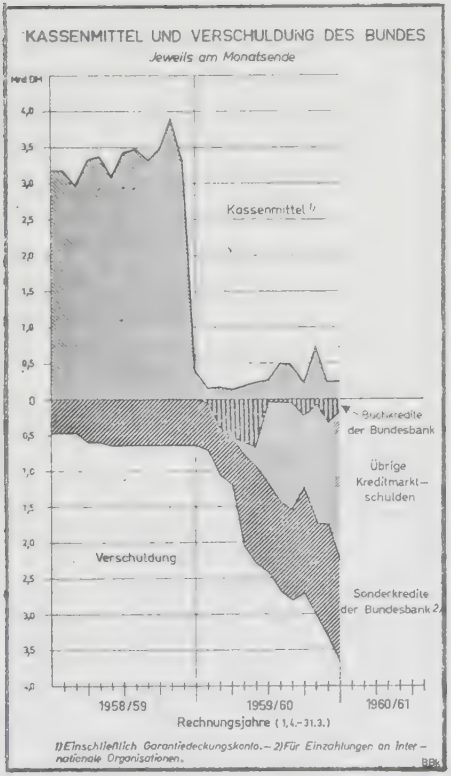
schaftsunternehmen und den Kreditinstituten weitgehend unterlaufen - mit stillschweigender Duldung des Auslands.

3. Dennoch hält die Bundesbank an dem Glauben an die Wirksamkeit ihres „klassischen" Instrumentariums fest und befürwortet Änderungen der Währungsparität ausschließlich als ultima ratio bei fundamentalen Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz. Eine eventuelle Wiederholung einer Aufwertung der DM wird - zumindest vorläufig - nicht in Betracht gezogen.

4. Zur Unterstützung ihrer Maßnahmen hat die Bundesbank 1959 und 1960 den (allerdings vergeblichen) Versuch unternommen, ein antizyklisches Ausgabegebaren der öffentlichen Haushalte zu erreichen.

Schaubild 10 - Kassenmittel und Verschuldung des Bundes

Rechnungsjahre 1958/59 und 1959/60
Angaben in Mrd. DM
Stand am jeweiligen Monatsende



Begleittext:

Das Schaubild kennzeichnet den Umschwung, der im Finanzgebaren des Bundes im Rechnungsjahr 1959/60 stattgefunden hat.
Der Rückgang der Kassenmittel zugleich mit dem Anstieg der Verschuldung während des konjunkturellen Aufschwunges gegen Mitte 1959 bestätigt die Kritik der Bundesbank am „prozyklischen" Ausgabeverhalten des Bundes. (Vgl.: Kapitel 1.2.5. und Kapitel 1.2.1.)

Quelle:

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main) April 1960, S. 17.

2. Abschnitt: Die konjunkturpolitischen Möglichkeiten

2.1. Die Realisierung der konjunkturpolitischen Zielsetzungen im Rückblick auf die Jahre 1957 bis 1960

2.1.1. Vorbemerkung

In den nachfolgenden Kapiteln soll dargestellt werden, in welchem Maße es der Wirtschaftspolitik durch die politischen Instanzen gelungen ist, in den Jahren 1957 bis 1960 die konjunkturpolitischen Zielsetzungen zu verwirklichen, wie sie dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zugrunde liegen[1] und erstmals im Jahre 1956 vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium als grundsätzliches Zielkonzept der Konjunkturpolitik vorgestellt worden sind.[2]
Außerdem wird zu prüfen sein, inwieweit die Verhaltensweisen von Bundesbank, privaten Haushalten, Unternehmern und Gewerkschaften die Realisierung der Zielsetzungen beeinflußt haben.
Mit dem (späteren) Sachverständigenrat wurde ein wissenschaftliches Gremium geschaffen und beauftragt zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können."[3]
Aus dieser Zielsetzung einer gleichzeitigen Realisierung schließt der Sachverständigenrat auf eine grundsätzliche Gleichrangigkeit der einzelnen Ziele und betrachtet es daher als seine Aufgabe, seine größte Aufmerksamkeit jeweils den Zielen zuzuwenden, „die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklicht sind."[4]
Nach unserer Auffassung hat diese Betrachtungsweise des Rates den Nachteil, daß durch die Hinwendung auf die jeweils am wenigsten durchgesetzte konjunkturpolitische Zielsetzung die Gefahr besteht, die Darstellung eines Gesamtkonzepts zur gleichzeitigen Verwirklichung aller Ziele zu vernachlässigen.
Das Augenmerk des Rates und der davon beeinflußten Wirtschaftspolitiker wird daher vorrangig auf bspw. die Erreichung von

---

1 Gemeint ist das „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" vom 14. August 1963. Siehe dazu: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, im Vorwort Ziffer 1.
2 Vgl.: Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3. Juni 1956 und 8. Juli 1956, Ziffer 2.
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, im Vorwort Z. 2.
4 Ebenda, Ziffer 3.

Preisniveaustabilität oder Vollbeschäftigung ausgerichtet, vernachlässigt wird unserer Ansicht nach aber dabei die Tatsache, daß es zunächst nötig wäre, den Zusammenhang zu klären, welcher zwischen den Erfüllungsgraden der übrigen Zielsetzungen und einer Verwirklichung des vorrangig betrachteten Zieles besteht. So wäre bspw. sinnvoll, bei einem Versuch zur Wiedererlangung der Preisstabilität zunächst zu prüfen, ob nicht eine „Übererfüllung" des Zieles Vollbeschäftigung oder aber auch vielleicht eine zu hohe, mit dem Ziel der Preisstabilität unvereinbare gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate vorliegt.
Die Betonung bei einer der Ursachen für eine wirtschaftspolitisch unerwünschte Zielabweichung läge demnach vor allem bei der Prüfung von Zielerreichungsgraden innerhalb des und im Zusammenhang mit dem gesamten Zielkomplex. Die (mehr oder weniger) isolierte Betrachtungsweise würde zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der Interdependenzen aufgegeben.
Für die tagespolitischen Erfordernisse ist eine Betrachtung, wie sie der Sachverständigenrat vornimmt, sicherlich wertvoll und für die Politiker eine wichtige Entscheidungshilfe. In dieser Arbeit geht es jedoch vor allem darum, gerade losgelöst von den jeweiligen aktuellen Erfordernissen, aus zeitlichem Abstand eine Periode zu analysieren, in der die später im Sachverständigengesetz aufgeführten konjunkturpolitischen Zielsetzungen bereits zumindest annähernd erfüllt worden sind.
Von dieser Untersuchung erwarten wir Aufschlüsse darüber, wie eine gesamtwirtschaftliche Situation beschaffen sein müßte, welche Verhaltensweisen vorzuliegen haben, um eine Situation zu erreichen, wie sie im Sachverständigengesetz angestrebt wird.
Im Gegensatz zur oben aufgezeigten Betrachtungsweise wird daher das Augenmerk nicht auf die Erfüllung einzelner, jeweils am meisten gefährdeter Zielsetzungen gerichtet, sondern das Hauptinteresse gilt der gesamtwirtschaftlichen Situation und der Erfüllung des gesamten Zielkomplexes.
Da es nun aber keineswegs so ist, daß die dem Sachverständigengesetz zugrunde liegenden konjunkturpolitischen Zielsetzungen eindeutig definiert sind, sondern im Laufe der Zeit das, was

bspw. unter Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität verstanden wird, durchaus Änderungen durch die politische Meinungsbildung unterliegt, und zugleich auch die Wahl der Indikatoren zur Messung der Zielerreichungsgrade nicht explizit vorgenommen wird, müssen wir für unsere Untersuchung daher zunächst eine umfangreiche Erläuterung und eine eindeutige Definition der Begriffe Preisniveaustabilität, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum vornehmen. Dies wird zweckmäßigerweise zu Beginn der jeweiligen Kapitel erfolgen.
Obwohl die Erreichung einer als sozial gerecht empfundenen Einkommens- und Vermögensverteilung nicht explizit in den dem Gesetz zugrunde liegenden Zielkatalog aufgenommen worden ist, werden wir unserer Analyse der konjunkturpolitischen Zielsetzungen in einem Exkurs eine Darstellung sowohl der funktionellen, als auch der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung anschließen.

2.1.2. Preisniveaustabilität

2.1.2.1. Probleme der Indikatorwahl

Bevor wir uns mit der Problematik der Erreichung des Zieles der Preisniveaustabilität befassen, wollen wir zunächst die Frage klären, welcher Index bzw. welche volkswirtschaftliche Größe zur Messung der Preisentwicklung herangezogen werden soll.
In der politischen Bedeutung haben vor allem zwei Möglichkeiten der Messung Gewicht erlangt: als Differenz zwischen nominaler und realer Entwicklung des Sozialprodukts und als Veränderung des Index der Lebenshaltungskosten.
Der Nachteil einer Messung der Preisentwicklung auf Grund der nominalen und realen Wachstumsrate des Sozialprodukts liegt einmal darin begründet, daß die Preisveränderungen von Importwaren nicht erfaßt werden,[1] und zum anderen - und dies ist unserer Ansicht nach der schwerwiegendste Mangel - in der Periodizität der Sozialproduktsberechnung, denn für eine aktive und vorausschauend handelnde Konjunkturpolitik, die Fehlentwicklungen präventiv begegnen will, ist eine jährliche Ermittlung von Preisentwicklungen wenig hilfreich, auch ist nicht einzusehen, warum die konjunkturelle Entwicklung und die des maßgeblichen Preisniveaus in ein jahreszeitliches „Prokrustesbett" gezwängt werden sollte.[2]
Aus diesen Gründen und wegen der großen Bedeutung, welche dem Index der Lebenshaltungskosten in der politischen Diskussion und bei Auseinandersetzungen der Sozialpartner beigemessen wird, haben wir uns dafür entschieden, die Erreichung des Zieles der Preisniveaustabilität an diesem Index zu messen. Auch der Sachverständigenrat hat sich bereits in seinem ersten Gutachten für den Index der Lebenshaltungskosten als Maßstab für die Geldentwertung entschieden.[3]
Für eine Beurteilung der Entwicklung innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Preisgefüges sind daneben selbstverständlich noch andere Indizes maßgeblich, so bspw. der Index der industriellen Erzeugerpreise, der Index der Erzeugerpreise landwirtschaft-

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 259.
2 Hier ließe sich einwenden, daß ja durchaus vierteljährliche Sozialproduktsberechnungen vorliegen - wir sogar in Tabelle 9, S. 208 derartige Zahlen im Kapitel über Wirtschaftswachstum verwenden. Angesichts der großen Ungenauigkeit so frühzeitig ermittelter gesamtwirtschaftlicher Daten, wie die zahlreichen späteren Korrekturen ja auch zeigen, haben wir uns in diesem Kapitel zugunsten der exakteren Preisindizes entschieden
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, Ziffer 149.

licher Produkte, der Index der Erzeugerpreise ausgewählter Grundstoffe etc. (siehe Schaubild 11, S. 170). Auch der Bedeutung dieser Indizes wird in unserer Untersuchung Rechnung getragen.

Der Preisindex für die Lebenshaltungskosten wird vom Statistischen Bundesamt regelmäßig monatlich für den Warenkorb einer unteren, einer mittleren und einer gehobenen Verbraucherschicht ermittelt. Analog zu der im ersten Sachverständigengutachten dargelegten Auffassung wollen auch wir von Preisniveaustabilität sprechen, wenn dieser Index für die mittlere Verbrauchergruppe annähernd konstant bleibt.[1]

Die Heranziehung des Warenkorbes der mittleren Verbrauchergruppe für die Indexmessung darf nun aber nicht etwa zu der Annahme führen, daß die dem zugrunde liegende „Modellfamilie" (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand und zwei Kindern, von denen eines unter 15 Jahren ist) etwa typisch für die bundesdeutsche „Durchschnittsfamilie" wäre, denn, wie Stichproben gezeigt haben, entfallen nur etwa ein Zehntel aller Arbeitnehmer-Haushalte auf diesen Typus. Immerhin ist die Aussagekraft eines auf so schmaler Basis ermittelten Index aber doch größer, als man vermuten könnte, da die einkommensmäßig in etwa der gleichen Höhe angesiedelten Haushalte auch bei geringfügigen Abweichungen vom „Idealtypus" doch ungefähr die gleiche Struktur der Verbrauchsausgaben aufweisen dürften.[2] Dies darf jedoch nicht dazu verleiten, anzunehmen, daß die Preisentwicklung der Warenkörbe für die untere, mittlere und die obere Verbrauchergruppe in etwa gleich verliefe, denn dies ist schon deswegen nicht der Fall, weil die Ausgaben für die sich im Zeitablauf am stärksten verteuernden Nahrungsmittel im Bereich der einkommensmäßig unteren Verbrauchergruppe relativ stärker ins Gewicht fallen als bei der Gruppe des gehobenen Bedarfs; wobei diese Haushaltsgruppe zusätzlich noch davon profitiert, daß die dem gehobenen Bedarf zugerechneten Güter (vor allem die sog. langlebigen Verbrauchsgüter) sich im Zeitablauf relativ wenig verteuerten, z.T. sogar sinkende Preistendenzen aufwiesen.[3]

---

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, Ziffer 149.
2 Siehe hierzu den Sonderbericht „Zur Aussagekraft von Preisindexziffern der Lebenshaltung", in: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 5.
3 Ebenda, S. 6 f. Außerdem müßten auch die erheblichen Qualitätsverbesserungen bei einem Vergleich Berücksichtigung finden.

Von den Problemen der unterschiedlichen Preisentwicklung (und Qualitätsveränderung) abgesehen, ist außerdem eine Revision der Zusammensetzung der auf einen Warenkorb entfallenden Güter und Dienstleistungen schon deswegen von Zeit zu Zeit notwendig, da sich die Verbrauchsgewohnheiten im Laufe der Jahre und angesichts der allgemeinen Wohlstandssteigerung verändern. Bei einer Beurteilung von Preissteigerungen, die auf der Basis von derartigen Warenkörben ermittelt werden, ist daher stets die Zusammensetzung der gewählten Verbrauchsstruktur von entscheidender Bedeutung. Dies gilt natürlich vor allem für den längerfristigen Vergleich.[1] Problematisch sind hier ebenfalls die vielfältigen Qualitätsveränderungen, so daß man, wenn von einer Qualitätsverbesserung ausgeht, den ausgewiesenen Anstieg des Preisindex als überhöht, im umgekehrten Falle als untertrieben ansehen kann.[2]

2.1.2.2. Lebenshaltungskosten als Maßstab der Geldwertstabilität

Wenn wir uns nun, nach der Indikatorwahl, wieder der wirtschaftlichen Entwicklung zuwenden, so fällt vor allem auf, daß sich der Preisauftrieb 1957 nicht dem nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Wachstum angeschlossen hat, etwa ab Jahresmitte beschleunigt er sich sogar wieder, was durch die Auswirkungen der teilweise beträchtlichen Lohnerhöhungen (vgl. S. 115) und staatliche Maßnahmen zur Einschränkung subventionierter Preise (Aktion „Preisentzerrung") erklärt werden kann.[3]
Als der starke Preisanstieg bei den landwirtschaftlichen Produkten (bedingt durch die schlechte Ernte) im Sommer 1957 durch die verstärkte Einfuhr billigerer Importware sich schließlich ins Gegenteil verkehrt, kommt der Anstieg des Index der Einzelhandelspreise zwar auch zum Stillstand, verbleibt aber auf hohem Niveau, so daß die davon stark beeinflußten Lebenshaltungskosten ihren seit Mai andauernden Anstieg bis zum Jahresanfang 1958 fortsetzen (vgl. Schaubild 11, S. 170).
Bei dem Index der Einzelhandelspreise zeigt dieses Schaubild eine (erstaunlich) starke Parallelität zu den Preistendenzen auf dem Agrarsektor, am stärksten erkennbar ist der Zusammenhang bei Preiserhöhungen, wogegen Preissenkungen von den Einzelhändlern offenbar nur sehr abgeschwächt an die Verbraucher weitergegeben

1 Daher werden die Warenkörbe auch von Zeit zu Zeit einer Revision unterworfen, siehe dazu bspw.: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1961, S. 11 ff.
2 Vgl.: Sachverständigenrat, a.a.O., 1964/65, Ziffer 147 f.
3 Geschäftsbericht, a.a.O., 1957, S. 46 f.

und statt dessen, wie wir bereits beobachten konnten,[1] zu einer Ausweitung der Ertragsmargen benutzt werden.
Dadurch, daß der Lebenshaltungskostenindex 1957 auf einem relativ niedrigen Niveau begann (114 % zum Basisjahr 1950), dann aber schließlich auf einen Stand von 118 % zum Jahresende kletterte, ergibt sich für 1957 insgesamt ein relativ niedriger Jahresdurchschnittswert von 115,4 % - obwohl angesichts der Indexsteigerungen seit Mai nicht von Preisniveaustabilität gesprochen werden kann.[2] Diese Betrachtung zeigt, wie irreführend Jahresdurchschnittswerte für die Darstellung der tatsächlichen Entwicklung sein können, und warum wir eine Darstellung auf der Basis monatlicher Erhebungen bevorzugt haben. Gegenüber 1957 weist das Jahr 1958 im Jahresdurchschnitt nämlich einen wesentlich höheren Indexstand für die Lebenshaltungskosten von 119 % auf - obwohl, wie Schaubild 11 zeigt, sich das Preisniveau laut Index im gesamten Jahr kaum verändert hat. Die Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex 1958 beginnt und endet auf dem Stand von 119 %, die geringen zwischenzeitlichen Schwankungen gleichen sich insgesamt genau aus.
Bevor wir uns der Entwicklung des Jahres 1958 weiter zuwenden, ist noch kurz auf die Auswirkungen der Heraufsetzung der Kohle- und Stahlpreise im Herbst und Winter 1957 hinzuweisen. Hier zeigt sich nämlich die große Bedeutung der Preisentwicklung derartiger „Schlüsselprodukte" für die industriellen Erzeugerpreise. Wenn wir dazu wieder das Schaubild 11 betrachten, so ist die Erhöhung der Grundstoffpreise als Buckel in der Entwicklung des Index für ausgewählte Grundstoffe deutlich erkennbar. Verfolgen wir nun den Index der industriellen Erzeugerpreise, so zeigt sich deutlich, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, eine nahezu parallele Entwicklung. Dies fällt ganz besonders auch deshalb ins Auge, weil die Konstanz gerade für diesen Index sonst ein hervorstechendes Merkmal ist. Auch nach dem gerade beschriebenen Sprung in der Preis- und Kostenentwicklung pendelt sich dieser Index 1958 wieder auf ein gleichbleibendes Niveau ein, welches allerdings um einen Prozentpunkt über dem der Vorjahreszeit liegt. Diese Entwicklung sollte noch weit bis in das Jahr 1959 hinein anhalten, der Index fällt sogar

1 Vgl. mit Seite 118 und der Verhaltenshypothese auf Seite 134.
2 Zu den Zahlenangaben siehe: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (i.f.z.: Statistisches Jahrbuch), Jg. 1958, Stuttgart und Mainz o.J., S. 427.

schließlich bis auf das Niveau zu Beginn des Jahres 1957 zurück (Schaubild 11, S. 170). Dies bestätigt offenbar unsere in der Verhaltensanalyse aufgestellte Behauptung über die relativ langfristigen Kalkulationszeiträume und die Bedeutung der Preisentwicklung von Grundstoffen bei den Investitionsgüterindustrien.[1]
Für die Erreichung des Zieles der Geldwertstabilität ist der beschriebene Verlauf des Index der industriellen Erzeugerpreise von großer Bedeutung, weil der industrielle Bereich im allgemeinen zu den Wirtschaftszweigen mit den höchsten Produktivitätsfortschritten gehört. Soll das gesamtwirtschaftliche Preisniveau konstant bleiben, so müssen in diesem Bereich die von Lohnerhöhungen kostenmäßig nicht „aufgezehrten" Produktivitätssteigerungen in Preissenkungen weitergegeben werden, um nahezu unvermeidliche Preiserhöhungen in den zumeist produktivitätszuwachsschwächeren Dienstleistungsbereichen ausgleichen zu können.[2]
Dies beruht darauf, daß bei einem gesamtwirtschaftlichen Zustand der Vollbeschäftigung (vgl. für 1958 S. 190 f.) die durchsetzbaren Lohnerhöhungen in den Wirtschaftsbereichen mit hohen Produktivitätssteigerungen zur einkommensmäßigen Richtschnur aller Arbeitnehmer werden, so daß auch die Wirtschaftsbereiche mit im Verhältnis geringerem Produktivitätszuwachs in den Lohn- und Gehaltserhöhungen „mitziehen" müssen, wenn sie nicht die ohnehin schon knappen Arbeitskräfte verlieren wollen.[3]
Der in diesen letzteren Bereichen solchermaßen entstehende Kostendruck führt, wie die Erfahrung zeigt, dann auch bei ungünstiger Nachfragesituation sehr bald zu Preiserhöhungen, dies vor allem, weil sich hier ja in etwa für die gesamte Branche die gleiche Situation auf der Kostenseite ergeben hat. Die Preise werden daher im gleichgerichteten Gruppenverhalten unisono und (auch) ohne Absprachen heraufgesetzt.[4]
Zu Beginn des Jahres 1958 war die „Kosteninflation" des Jahres 1957 dann endlich überwunden, obwohl es in den ersten Monaten noch zu einigen „administrativ verordneten" Preiserhöhungen auf dem Ernährungssektor (für Brot, Mehl und Zucker) und bei öffentlichen Dienstleistungen (bspw.: Beförderungstarife der Bundesbahn) kam,[5] verharrte der Index der Lebenshaltungskosten auf seinem zu Jahresanfang eingenommenem Niveau. In der Jahresmitte

1 Siehe dazu die Verhaltenshypothese Nr. 1 auf Seite 133.
2 Vgl.: Geschäftsbericht, a.a.O., 1958, S. 28.
3 Siehe dazu bereits im Jahre 1960: Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 21.2.1960, Ziffer 8.
4 Vgl. dazu die Analyse unternehmerischen Verhaltens, S. 123.
5 Vgl.: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 1, S. 13.

traten zwar, wahrscheinlich auf Grund der lebhaften Preisbewegungen im Agrarsektor, vorübergehend geringfügige Schwankungen auf, die sich im Gesamtbild jedoch wieder ausglichen.
Für eine auf die Erreichung des Zieles der Geldwertstabilität gerichtete Konjunkturpolitik birgt ohnehin gerade der Agrarsektor beträchtliche Probleme. Wie unser Schaubild 11 (S. 170) zeigt, ist der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte enormen jahreszeitlichen Schwankungen unterworfen. Da sich diese heftigen Preisbewegungen größtenteils auf Witterungseinflüsse und ähnliche Imponderabilien zurückführen lassen und mit marktwirtschaftskonformen Mitteln daher kaum zu bekämpfen sind, wird sich eine negative Auswirkung auf die Lebenshaltungskosten hier kaum verhindern lassen. Dies gilt ganz besonders, seit mit der Gründung der EWG im Jahre 1958 den staatlichen Eingriffsmöglichkeiten durch die EWG-Beschlüsse immer engere Grenzen gesetzt werden.
Die starken Auswirkungen von Preistendenzen im Agrarsektor auf die Lebenshaltungskosten insgesamt können wir daran erkennen, mit welcher Regelmäßigkeit der Lebenshaltungskostenindex auf starke Schwankungen bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen reagiert (Schaubild 11). Der Einzelhandel als Bindeglied der beiden Bereiche verstärkt die negative Beeinflussung noch dahingehend, als die Preissenkungen im Agrarsektor nicht im gleichen Ausmaß an den Verbraucher weitergegeben werden, wie die Preiserhöhungen. Die üblichen saisonalen Schwankungen im Preisniveau auf dem Agrarsektor führen 1958 im Jahresdurchschnitt ungefähr zum Ausgleich, im Jahre 1959 (und auch 1957) hingegen geht die Stabilität in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten vor allem auf Grund unvorhersehbarer Witterungseinflüsse (Dürre im Sommer 1959) durch eine „Preisexplosion" auf dem Agrarsektor verloren.[1]
Insgesamt halten sich die Preissteigerungen im Jahre 1958 in so engen Grenzen, daß die Bundesbank als „Hüterin der Währung" mit einer „gewissen Befriedigung" auf das Jahr 1958 zurückblickt: „Man kann .. sagen, daß die Wirtschaft dem berühmten „magischen Dreieck" währungs- und wirtschaftspolitischer Zielsetzung - optimale Beschäftigung, Preisstabilität und Gleichgewicht der Zahlungsbilanz - näher war als wohl in jedem der vorangegangenen Jahre."[2]

1 Siehe dazu S. 49 f. und S. 163.
2 Geschäftsbericht, a.a.O., 1958, S. 1.

Was das Ziel Preisniveaustabilität anbetrifft, so ist es nach unserer Definition (S. 162) nicht nur annähernd, sondern sogar voll erreicht worden. Der Index der Lebenshaltungskosten, an dem wir uns ja orientieren wollten, hat sein zu Beginn des Jahres 1958 erreichtes Niveau von 119 % bis zum Mai des Jahres 1959 fast kontinuierlich gehalten. Die Abweichung von diesem „Stabilitätspfad" betrug in einzelnen Monaten nur jeweils einen Prozentpunkt nach oben (Mai und Juli 1958) und einen Prozentpunkt nach unten (September und Oktober 1958), so daß sich diese ohnehin geringen Schwankungen, wie Schaubild 11 zeigt, insgesamt genau ausgleichen.

Auch die anderen umfassenden Indizes, wenn man von der beschriebenen Instabilität der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise absieht, haben ihren Stand seit dem Frühjahr 1958 zumindest gehalten, teilweise ist sogar eine Preissenkungstendenz deutlich erkennbar. Wie die Deutsche Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht 1958 konstatiert: „Zum ersten Male seit 1954 hat sich .. in der Berichtsperiode der wirtschaftliche Aufschwung wieder bei stabilen Preisen vollzogen."[1]

Das vielleicht einzig Betrübliche an dieser Entwicklung ist wohl, daß die Wiedererlangung der Preisstabilität kaum auf eine aktive Konjunkturpolitik der Regierung[2] oder der Bundesbank[3] zurückgeführt werden kann, wobei man der letzteren allerdings zugutehalten müßte, daß sie mit der Aufhebung ihres Restriktionskurses die entscheidenden marktwirtschaftlichen Kräfte zumindest nicht behindert hat. Es wäre aber auf jeden Fall verfehlt, anzunehmen, daß die Bundesbank 1957 durch ihre restriktiven Maßnahmen etwa das „latent inflatorische" Geld- und Kreditpotential der Wirtschaftsunternehmen und Geschäftsbanken „ausgetrocknet" hätte, ganz im Gegenteil wäre von der Liquidität her keine Einengung inflatorisch wirkender Preiserhöhungsspielräume zu erwarten gewesen, sondern die Wirtschaftsunternehmen (und auch die privaten Haushalte) machten von dem reichlich vorhandenen Geld- und Kreditspielraum lediglich keinen überstei-

1 Geschäftsbericht, a.a.O., 1958, S. 2.

2 Die zum konjunkturpolitisch richtigen Zeitpunkt erfolgende Rentenreform hat zwar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (und damit das Wirtschaftswachstum) gestützt - hätte jedoch auch durchaus inflatorisch wirken können, wenn der von vielen antizipierte Konsumstoß nämlich tatsächlich eingetreten wäre und nicht der unerwartet kräftige Anstieg der Sparquote.

3 Dies muß insoweit korrigiert werden, als die Bundesbank sich stets darum bemüht hat, mit ihren Maßnahmen die Konjunktur im stabilitätspolitisch günstigen Sinne zu beeinflussen - nur war ihrer Politik wenig Erfolg beschieden.

gerten Gebrauch,[1] so daß bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung die Preisniveaustabilität erhalten blieb. Die wirklich entscheidenden Ursachen für die günstige Entwicklung lagen unserer Ansicht nach daher in den Verhaltensweisen von Unternehmern und Verbrauchern begründet, sowie in der günstigen Tatsache, daß auf Grund der konjunkturellen Entwicklung in den westeuropäischen Partnerstaaten und in den USA die „außenwirtschaftliche Flanke" der Bundesrepublik als gesichert gelten konnte.[2] Wäre im wirtschaftlich eng mit der Bundesrepublik verflochtenen Ausland die Konjunktur- und vor allem Preisentwicklung nicht ähnlich verlaufen, so wäre eine Übertragung von inflatorischen Tendenzen wohl kaum ausgeblieben.
Das Verhalten der privaten Verbraucher hatte an dem konjunkturell günstigen Verlauf des Jahres 1958 in so weit Anteil, als die Sparquote wiederum merklich anstieg,[3] und somit die Verbrauchsnachfrage der privaten Haushalte trotz der nach wie vor hohen Einkommenssteigerungen nicht das Niveau erreichte, welches den Unternehmern (vor allem in den Verbrauchsgüterindustrien) eine Überwälzung ihrer Kostensteigerungen erlaubt hätte.
Unternehmerische Verhaltensweisen haben ihrerseits über die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes während der wirtschaftlichen Abschwächungsphase auch indirekt zur Erreichung der Preisniveaustabilität beigetragen, wäre nämlich in größerem Umfange Arbeitslosigkeit aufgetreten, so hätten die Einkommensausfälle über die sinkende Kaufkraft möglicherweise einen tieferen konjunkturellen Einbruch bedingt; außerdem wären von der Bundesregierung unter politischem Druck wahrscheinlich Maßnahmen zur Konjunkturbelebung ergriffen worden, die sehr leicht hätten inflatorisch wirken können.[4]
In vielen Wirtschaftsbereichen haben die Unternehmer auf die sich vermindernde Nachfrage (modellgerecht) mit Preissenkungen oder wenigstens stabil gehaltenen Preisen reagiert und, auch wenn diese Reaktion mitunter lange auf sich warten ließ, damit dazu beigetragen, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität zu erhalten.[5]

---

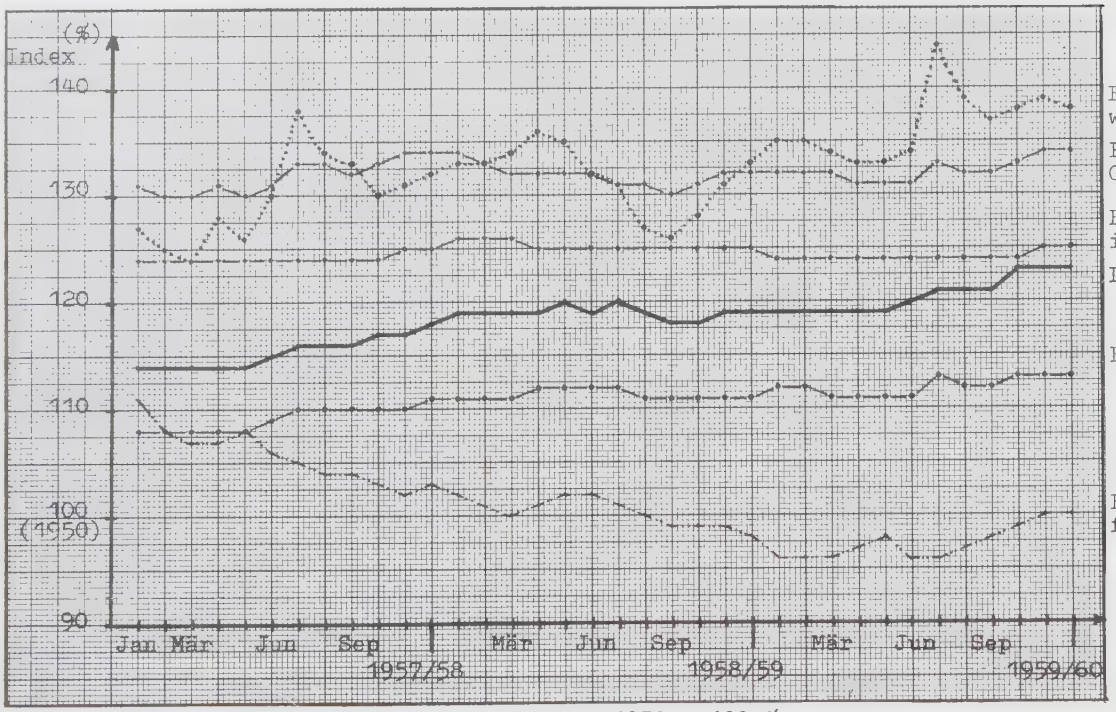
1 Vgl. dazu Seite 60 f. und auch Seite 142 f.
2 Geschäftsbericht, a.a.O., 1958, S. 7 f.
3 Siehe dazu Schaubild 6 auf Seite 52.
4 Man denke hier nur daran, daß konjunkturbelebende Maßnahmen der Öffentlichen Hand zumeist in die Bauwirtschaft fließen - hier herrschte 1958 aber Hochkonjunktur (vgl.: S. 123).
5 Die Preissenkungen müssen dabei nicht unbedingt sich auch in der Entwicklung der Indizes niederschlagen, häufig werden sie „indirekt" durch Rabatte oder Zahlungsziele gewährt.

Etwa zur Jahresmitte ging die solchermaßen recht mühsam erreichte Preisniveaustabilität dann wieder verloren. Die Ursache dafür war der sprunghafte Anstieg der Ernährungskosten durch ungünstige Witterungseinflüsse[1] und der wieder verstärkt einsetzende, die realen Angebotsgrenzen übersteigende gesamtwirtschaftliche Wiederaufschwung.
Die konjunkturelle Tendenzwende nahm ihren Ausgang in der teilweise geradezu hektischen Bestelltätigkeit des Handels (nachdem die Läger vorher lange Zeit abgebaut worden waren)[2] und dem dadurch induzierten veränderten Investitionsverhalten der Unternehmer.[3] Dies zeigt sich vor allem in der Entwicklung der Erzeugerpreise industrieller Produkte, die von Anfang 1958 bis Juli 1959 kontinuierlich um fast zwei Prozent gesunken waren, dann aber ab Oktober erstmals wieder steigende Tendenz aufwiesen (siehe Schaubild 11). Hier und im neu einsetzenden Bauboom wurden die neuen Merkmale des Konjunkturaufschwunges sichtbar: „Die Investition trieb die Investition".[4] Zugleich verschlechterten sich auch die Einkaufsmöglichkeiten im Ausland, so daß die seit fast zwei Jahren anhaltenden preisdämpfenden Einflüsse von dieser Seite nun ebenfalls wegfielen (Schaubild 11).
Daran, daß die Preisniveaustabilität 1959 verloren ging, trugen die Gewerkschaften eindeutig keine Schuld, denn die Tariflohn- und Gehaltsaufbesserungen lagen deutlich unter den Steigerungen der Vorjahre und bewegten sich im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts,[5] so daß die Lohnkosten je Produktionseinheit in der Industrie im Gegensatz zu den Vorjahren sogar fielen (Schaubild 9, S. 114).
Von den öffentlichen Haushalten sind 1959 dagegen durch die gewaltigen Ausgabensteigerungen vor allem des Bundes (siehe Schaubild 10, S. 157) stark expansive Einflüsse ausgegangen, welche vor allem die Baukonjunktur weiter anheizten und somit dazu beitrugen, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schließlich die realen Angebotsspielräume übertraf und inflatorische Tendenzen ausgelöst wurden.[6]

---

1 Gemeint ist hier die Dürre im Sommer 1959, siehe dazu S. 95.
2 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 4, S. 7.
3 Siehe dazu Seite 129 f.
4 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1960, S. 19.
5 Vgl.: Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung, in: Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960, S. 5 der Beilage.
6 Wir haben dies bereits in Kapitel 1.2.1. und auch in Kapitel 1.2.5. ausführlich beschrieben.

Schaubild 11 - Die Entwicklung der wichtigsten Preisindizes nach Monatswerten 1957 - 1959



Für alle Indizes gilt das Basisjahr 1950 = 100 %.

Quelle: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, siehe nächste Seite.

Quellenangaben zu Schaubild

1 Gesamtindex der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1958: S. 403, 1959: S. 407, 1960: S. 462 f. Stuttgart und Mainz o.J.
Wirtschaft und Statistik, Jg. 1959, Mainz o.J., S. 643 (Zahlenteil).

2 Gesamtindex der Preise ausgewählter Grundstoffe

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1958: S. 406 f., 1959: S. 410 f., 1960: S. 464 f. Für den Monat Februar des Jahres 1959 keine Angabe, daher Jahres=durchschnittswert.
Stuttgart und Mainz o.J.

3 Gesamtindex der Erzeugerpreise industrieller Produkte

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1958: S. 389 f., 1959: S. 402 f., 1960: S. 456 f.
Stuttgart und Mainz o.J.
Wirtschaft und Statistik, Jg. 1959, Mainz o.J., S. 644 (Zahlenteil).

4 Preisindex für die Lebenshaltung, mittlere Verbraucher=gruppe, Gesamtindex

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1958: S. 427, 1959: S. 431, 1960: S. 485.
Stuttgart und Mainz o.J.

5 Gesamtindex der Einzelhandelspreise

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1958: S. 426, 1959: S. 430, 1960: S. 484.
Stuttgart und Mainz o.J.

6 Gesamtindex der Einkaufspreise für Auslandsgüter

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1958: S. 410, 1959: S. 414, 1960: S. 468.
Stuttgart und Mainz o.J.
Wirtschaft und Statistik, Jg. 1959, Mainz o.J., S. 640 (Zahlenteil).

2.1.3. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Anders als bei dem Ziel der Preisniveaustabilität, das sich - hat man sich erst einmal für einen Index entschieden - relativ leicht quantitativ erfassen läßt, ist es mit dem Begriff dessen, was unter außenwirtschaftlichem Gleichgewicht zu verstehen ist, keine so einfache Sache.

Am leichtesten wäre es, könnte man den Zustand des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sinnvoll als irgendeine wählbare Quote, bspw. zwischen Bruttosozialprodukt und Außenhandelsüberschuß (Außenbeitrag), definieren, wie es in späteren Zielprojektionen der Bundesregierung denn auch häufig geschehen ist. Eine derartige „pauschale" Quantifizierung erscheint jedoch als Zielvorgabe unangemessen, da der Begriff außenwirtschaftlichen Gleichgewichts so den zahlreichen konjunkturellen und auch zahlungsbilanzpolitischen Erfordernissen nicht gerecht werden kann. Eine reine Quotenbetrachtung verstellt hier den Blick auf die wichtigen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge - oder, wie der Sachverständigenrat in seinem Gutachten 1968/69 feststellt, „solche Richtzahlen sind kein Dogma".[1]

Daran anschließend kommt der Rat dann zu einer Definition des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, die sich darauf richtet, daß „sich bei konstantem Wechselkurs die Zahlungseingänge und die Zahlungsausgänge im internationalen Verkehr die Waage halten (unveränderte Währungsreserven)".[2] Bei dieser Begriffsauffassung wird also schon von der bloßen Außenhandelsbetrachtung in so weit abgegangen, als der Entwicklung der übrigen Zahlungsbilanzbestandteile, so vor allem der Kapitalverkehrsbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen, eine größere Bedeutung zugemessen wird.

In dem von uns betrachteten Zeitraum, also von 1957 bis 1960, beginnt sich die Erkenntnis der großen Bedeutung von Kapitalbewegungen im Rahmen der Zahlungsbilanzsituation eines Landes erst allmählich durchzusetzen; dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß mit der Erreichung der vollen Konvertibilität im Jahre 1958 diese Probleme enorm an Bedeutung (und Bedrohlichkeit) gewonnen haben, wie es unsere Analyse des Verhaltens der Bundesbank gegenüber der Devisenflut bereits gezeigt hat.[3]

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1968/69, Ziffer 193.
2 Ebenda.
3 Gemeint sind hier die spekulativen Devisenzuflüsse, die im Jahre 1961 die Aufwertung erzwangen. Vgl.: S. 149 ff.

Auch die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge finden in einem Nachsatz zu dieser Definition des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts Beachtung, indem nämlich durch das Anstreben dieses Zieles sich nicht „unmittelbare Nachteile oder Gefahren für die binnenwirtschaftlichen Ziele (Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigtenstand und angemessenes Wachstum) ergeben" dürfen.[1] Gerade die Entwicklung der Jahre 1957 bis 1959 zeigt, wie irreführend eine isolierte Betrachtung von Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz sein kann: obwohl es sich um Jahre mit zumindest teilweise ganz unterschiedlichem konjunkturellem „Klima" handelt, ergibt sich für die Bilanz des Warenhandels und der Dienstleistungen ein nur verhältnismäßig geringfügiger Unterschied in den jeweiligen Salden von 7,6 Mrd. DM (1957), 7,8 Mrd. DM (1958) und 6,9 Mrd. DM (1959).[2] Dennoch waren diese Salden mit sehr voneinander verschiedenen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Entwicklungen verbunden.[3]

Neben dem Bezug auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge ist es der große Vorzug der vom Sachverständigenrat gewählten Definition, daß sie der Bundesbank nicht eine Verantwortung für die Herstellung und Erhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts aufbürdet, welche diese ohnehin nicht alleine tragen könnte, indem der Rat nämlich ausdrücklich darauf hinweist, daß zur Herbeiführung oder Aufrechterhaltung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts „nicht bestimmte Transaktionen vorgenommen oder besonders gefördert beziehungsweise eingeschränkt werden" dürfen.[4]

Wie wir bereits in Kapitel 1.2.5. dargestellt haben (S. 148 ff.) wäre die Bundesbank auch überfordert, wenn sie den durch Verzerrungen in der Zahlungsbilanz infolge ständiger Außenhandelsüberschüsse entstehenden (spekulativen) Kapitaltransaktionen ständig entgegenzuwirken hätte - jedenfalls gilt dies bei festen Wechselkursen und voller Konvertibilität der Währungen.[5]

Dies zeigt sich im Grunde schon 1957 und 1958 (in viel stärkerem Maße natürlich 1960/61) als die Bundesbank der ständigen, teils

---

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1968/69, Ziffer 193.
2 Vgl.: Tabellen zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1950 bis 1962, Sonderdruck aus: Monatsberichte, a.a.O., März 1963, S. 15. Siehe dazu auch unsere Tabelle 7 auf Seite 181.
3 Vgl.: Kapitel 1.1.2., S. 10 ff.
4 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1968/69, Ziffer 193.
5 Günter Schmölders, Konjunkturen und Krisen heute, a.a.O., S. 14.

spekulativ, teils durch die Außenhandelsüberschüsse bedingten Liquiditätszuflüsse nicht mehr Herr werden konnte. So kann vor allem die Entwicklung des Jahres 1957 geradezu als „klassisches" Beispiel eines gestörten außenwirtschaftlichen Gleichgewichts gelten, wie wir im folgenden zeigen werden.

Der jahresdurchschnittliche Aktivsaldo der Leistungsbilanz belief sich von 1952 bis 1956 auf rund 4 Mrd. DM.[1] Da diesem Aktivum nur geringer privater und öffentlicher Kapitalexport gegenüberstand, schlug sich dieser Überschuß voll in einer Erhöhung der zentralen Währungsreserven bei der Bundesbank nieder. Wie der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium 1957 rückblickend feststellte, beruhte der ständige Überschuß in der Leistungsbilanz darauf, „daß die deutsche Geld- und Kreditpolitik in einem System fixierter Wechselkurse das innere Preisniveau im Vergleich zu anderen Ländern stabil zu erhalten vermochte".[2]

Als nach Erreichen der Vollbeschäftigung in der Spätphase des Booms von 1955/56[3] eine restriktivere Politik der Bundesbank eingeschlagen wurde, um den inneren Preisauftrieb zu bekämpfen, hatte dies einen verstärkten Devisenzustrom zur Folge, da sich wegen der Zinserhöhungen in der Bundesrepublik nunmehr günstigere Kapitalanlagemöglichkeiten als im Ausland ergaben.[4]

Da sich zu dem solchermaßen angezogenen Kapitalzustrom auch noch spekulative „heiße" Gelder gesellten (wegen der antizipierten Aufwertung), geriet die Bundesbank mehr und mehr in die fatale Lage, zwischen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Erfordernissen wählen zu müssen.[5] Wie in Kapitel 1.2.5. beschrieben, ging es noch einmal glimpflich ab, denn im September 1957 kam nach der Nichtaufwertungserklärung und der allmählichen Beseitigung des Zinsgefälles zum Ausland der Devisenzustrom zum Stillstand, dann kehrte sich die Richtung der Auslandsgelder sogar wieder um (vgl. S. 139 ff.).

Damit war jedoch das Problem der fortwährenden Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland noch keineswegs gelöst, sondern die „Auseinandersetzung mit den internationalen Kapitalströmen" nur auf einen späteren Zeitpunkt,

---

1 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 30.4. 1957, Ziffer 1.
2 Ebenda, Ziffer 3.
3 Ebenda, Ziffer 4. Vgl.: Unser Kapitel 2.1.4.
4 Siehe dazu Kapitel 1.1.5., S. 57 f.
5 L. Albert Hahn, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963, S. 206 f.

nämlich 1960/61, verschoben worden. Dies gilt besonders, da mit der Herstellung der vollen Währungskonvertibilität im Jahre 1958 die letzten Schranken gegen einen freien Kapitalverkehr gefallen waren.[1]

Die bevorstehende Misere eines gestörten außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wurde bereits im Frühjahr 1957 in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats vorausgesagt, daß nämlich eine erfolgreiche restriktive Politik der Bundesbank Außenhandelsüberschüsse provoziere - und diese wiederum in einem dauernden circulus vitiosus restriktive Maßnahmen herausfordern würden.[2] Diesen Hinweis auf den Zusammenhang zwischen außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und den anderen konjunkturpolitischen Zielsetzungen halten wir hier vor allem in bezug auf das Ziel der Geldwertstabilität für bedeutsam, denn „erwirtschaftet" ein Land nämlich ständig hohe Überschüsse im Außenhandel, so bedeutet dies, daß Güter- und Dienstleistungen dem Ausland gegen Devisen zur Verfügung gestellt werden. Zugleich entstehen aber dadurch im Inland Einkommen, denen kein gütermäßiges Pendant gegenübersteht.[3] Wird die aus den Außenhandelsüberschüssen resultierende Liquidität nun nicht durch autonomen Kapitalexport und/oder notenbankpolitische Maßnahmen abgeschöpft, so entsteht hier eine ständige Bedrohung des Zieles der Geldwertstabilität, welche akut wird, sobald die aus den bewußten Überschüssen resultierenden Einkommen der Unternehmer, des Staates und der abhängig Beschäftigten sich nämlich in einer Nachfrageerhöhung im Inland auswirken, also nicht durch eine steigende Sparneigung eine „Geldstillegung" eintritt - wie es 1957 und 1958 der Fall war.[4]

Diese latente Gefährdung der Geldwertstabilität ließ sich 1958 besonders deutlich erkennen, so daß auch in diesem Jahr nur mit Einschränkungen von einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht gesprochen werden kann - oder besser: das Entstehen eines „stabilen" außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wurde einerseits durch Sondereinflüsse gestört (Preisverfall für Auslandsgüter)[5] und zum anderen auch wieder begünstigt (Konjunkturabschwächung im In- und Ausland).

---

1 Vgl.: Kapitel 1.2.5., S. 145.
2 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 30.4. 1957, Ziffer 7.
3 Ebenda.
4 Siehe dazu Kapitel „Geldmenge und Kreditvolumen", S. 54 ff.
5 Vgl.: Schaubild 11, Seite 170. Gemeint ist hier, daß die Außenhandelsüberschüsse ohne diese Preistendenzen wesentlich geringer ausgefallen wären, vgl. S. 11 ff.

Das Jahr 1958 war solchermaßen im Hinblick auf das Ziel außen=wirtschaftlichen Gleichgewichts denkwürdig und nur schwer zu beurteilen: die Liquiditätsfülle im Inland hielt zwar an, doch machte die Wirtschaft nur wenig Gebrauch von dem vorhandenen Geld- und Kreditpotential.[1] Dies wiederum erlaubte der Bundes=bank angesichts der abflauenden Konjunktur und des zum Still=stand gekommenen Preisauftriebs ihren Restriktionskurs nach und nach aufzugeben, was seinerseits wieder zum Versiegen des speku=lativen Devisenzustroms beitrug.[2] Zugleich kam der private und öffentliche Kapitalexport mehr und mehr in Gang, so daß auch von dieser Seite her ein Gegenposten der Leistungsbilanzüber=schüsse entstand.[3] Diese ließen zwar 1958 keineswegs nach, sondern der Saldo des Warenhandels und des Dienstleistungsver=kehrs erhöhte sich auf 7,8 Mrd. DM noch leicht über den Stand des Vorjahres,[4] doch war dies nicht durch ein starkes Anwachsen der Ausfuhren bedingt, sondern die tatsächlichen Güterbewegungen wurden durch den Preisverfall bei den Auslandsgütern (hier vor allem bei den Rohstoffen) im Saldo verzerrt wiedergegeben.[5] Diese Diskrepanz zwischen Wert und Volumen hatte sich zwar auch 1957 schon bemerkbar gemacht, jedoch in geringerem Maße, so daß in beiden Jahren einem nahezu gleich großen Außenbeitrag eine ganz unterschiedliche tatsächliche Güterbewegung entgegensteht.[6] Dies zeigt die Bedeutung einer Beachtung der gesamtwirtschaft=lichen Zusammenhänge bei der Beurteilung dessen, ob ein außen=wirtschaftliches Gleichgewicht vorliegt. Wir möchten daher vor=schlagen, dieses Gleichgewicht als den Zustand zu definieren, bei dem von der „außenwirtschaftlichen Flanke" keine negativen Rückwirkungen auf die Realisierung der übrigen konjunkturpoli=tischen Zielsetzungen ausgehen. Diese Definition klingt zwar einfach und bedeutet eine gewisse Unterordnung dieser Ziel=setzung, jedoch hat sie dafür den Vorzug, auch auf ganz unter=schiedliche gesamtwirtschaftliche Entwicklungen angewandt werden zu können. Jede Festlegung einer Maßgröße, sei es eine Quote zwischen Sozialprodukt und Außenbeitrag, sei es auch die Verän=derung der Devisenreserven, führt nach unserer Ansicht zu einer

---

Wir verweisen hier auf die korrespondierenden Stellen in der Verhaltensanalyse:
1 Kapitel 1.2.4., Seite 124 ff.
2 Kapitel 1.2.5., Seite 143 ff.
3 Hierzu vor allem Kapitel 1.2.1., S. 78 und Schaubild 2, S. 22.
4 Siehe Tabelle 7, S. 181.
5 Vgl.: Kapitel „Außenhandel und Zahlungsbilanz", S. 14.

einseitigen Betrachtungsweise, die den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen und - vor allem - der gewissen „Individualität" eines jeden Konjunkturverlaufs nicht gerecht werden kann.
Dazu ein Beispiel: der Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz 1958 von etwa 3,6 Mrd. DM und die entsprechende Zunahme der Währungsreserven von ca. 3,2 Mrd. DM (der Rest erklärt sich durch nicht erfaßbare Posten und Ermittlungsfehler)[1] entspricht zwar nicht der in der (1969) formulierten Definition des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts geforderten Konstanz der Währungsreserven, doch erscheint eine derartige Zunahme der finanziellen Reserven als durchaus vertretbar, wenn wir die zahlreichen, zu jener Zeit gegenwärtigen und zu erwartenden finanziellen Verpflichtungen der noch jungen Bundesrepublik Deutschland berücksichtigen. Dies gilt vor allem, wenn man berücksichtigt, daß schon im folgenden Jahr 1959 eben diese Verpflichtungen zusammen mit dem steigenden privaten Kapitalexport eine Passivierung der Leistungs- und Kapitalbilanz bewirkt haben.[2]
Was lange Zeit als ganz unwahrscheinlich galt und auch in den beiden Vorjahren sich kaum anzukündigen schien, ist 1959 dann doch eingetreten: Die Devisenbilanz wies 1959 einen Passivsaldo von 2,2 Mrd. DM auf, dies war seit 1950 nicht mehr der Fall.[3] Im Jahre 1958 hatten die zentralen Währungsreserven noch um 3,2 Mrd. DM zugenommen, gegen ein Plus von sogar jeweils etwa 5,1 Mrd. DM in den beiden Vorjahren.[4] Die neuerliche Passivierungstendenz war so nachhaltig, daß sie die immer noch relativ hohen Aktivsalden in der Bilanz der laufenden Posten (1959 etwa 4,0 Mrd. DM) übertraf, so daß die gesamte Leistungs- und Kapitalbilanz einen Defizitsaldo von 2,1 Mrd. DM aufwies, wie es uns Tabelle 7 auf Seite 181 zeigt.
Diese überraschende Entwicklung wurde durch Sonderzahlungen des Bundes von knapp zwei Milliarden DM besonders begünstigt, aber auch die zahlreichen privaten Käufe ausländischer Wertpapiere (ca. 1 Mrd. DM), das Defizit im Dienstleistungsverkehr von 4,6 Mrd. DM und der Nettogeldexport der Geschäftsbanken haben dazu beigetragen.[5]

---

1 Monatsberichte, a.a.O., März 1963, S. 14 und 15. In den Ermittlungsfehlern zeigt sich die Veränderung in den Zahlungsbedingungen im Außenhandel (terms of payment).
2 Zu den Auslandszahlungen siehe Kap. 1.1.3.1., S. 23 ff.
3 Monatsberichte, a.a.O., März 1963, S. 14 f.
4 Ebenda.
5 Monatsberichte, a.a.O., März 1960, S. 4 ff.

Wir brauchen uns hier jedoch mit dieser überraschenden Entwicklung der Zahlungsbilanz nicht weiter zu beschäftigen, da dies bereits an anderer Stelle (Kapitel 1.1.2.) ausführlich geschehen ist, sondern wollen uns statt dessen im Hinblick auf die Zielsetzung außenwirtschaftlichen Gleichgewichts mit den Auswirkungen dieser ungewöhnlichen Tendenzen im Kapitalverkehr beschäftigen.

Aus dieser Sicht erscheint die Abnahme der Währungsreserven im Jahre 1959 ebenso als störend, wie die starke Zunahme derselben im Jahre 1957. Der Kapitalexport war in jenem Jahr zu gering, um die anfallenden Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr kompensieren zu können, im Jahre 1959 ging der Kapitalexport dagegen - ebenso unerwünscht - beträchtlich über diese Überschüsse hinaus. Die vergleichsweise ruhige außenwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1958 erscheint von den beiden Extremen der benachbarten Jahre aus gesehen als besonders auffallend (vgl. mit Tabelle 7).

Obwohl im Jahre 1959 von dieser (für die Bundesrepublik) ungewöhnlichen Zahlungsbilanzsituation zunächst kaum negative Impulse auf die Erhaltung der anderen konjunkturpolitischen Zielsetzungen ausgegangen sind, zeigte sich im vierten Quartal des Jahres doch bereits die Folge des übersteigerten, „unechten" Kapitalexports in einem sprunghaften Anstieg der Überschüsse in der Leistungs- und Kapitalbilanz und - daneben - einem erneuten Zustrom spekulativer Gelder.

In Kapitel 1.2.5. haben wir die über 1959 hinausgehende Entwicklung bis zur Aufwertung am 6. März 1961 weitergezeichnet,[1] so daß wir hier nicht näher darauf einzugehen brauchen.

Es zeigte sich jedenfalls, daß der Konjunkturaufschwung immer stärker wurde, von steigender Auslandsnachfrage und Investitionsneigung der Unternehmer angeheizt. In der Folge ging dann die bereits fast anderthalb Jahre andauernde, mühsam wiedererlangte Preisniveaustabilität erneut verloren,[2] ebenso wurde das außenwirtschaftliche Gleichgewicht durch einen erneuten Rekordzufluß an Währungsreserven von 8 Mrd. DM (1960) gestört.[3] Angesichts dieser Folgen des übermäßigen Kapitalexports müssen

---

[1] Siehe Seite 148 ff.

[2] Siehe dazu Schaubild 11, Seite 170.

[3] Monatsberichte, a.a.O., März 1963, S. 15.
Im Gegensatz zu 1957 und 1958 hatte der Devisenzufluß 1959 die - konjunkturpolitisch unerwünschte - Folge, den Boom noch weiter zu verstärken. Hier zeigt sich auch die Überlegenheit der von uns gewählten Definition.

wir auch für 1959 von einem zumindest drohenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht mit negativen Rückwirkungen auf die übrigen Zielsetzungen sprechen - wenn auch der widernatürlich starke Kapitalexport und der damit verbundene Abfluß an Währungsreserven per se nach all den Jahren (seit 1950) ständiger Vermehrung noch keine Verletzung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts auf längere Sicht dargestellt hätte.
Möglicherweise wäre eine Vermeidung der resultierenden schädlichen Einflüsse in den Jahren 1960 und 1961 durch eine rechtzeitige und kräftige Aufwertung möglich gewesen.[1]
Es ist an dieser Stelle wohl angebracht, noch einmal auf die Bedeutung des von uns als „unecht" und „erzwungen" bezeichneten Kapitalexports einzugehen, zumal der Einwand vorgebracht werden könnte, daß durch die starke Passivierung der Kapitalverkehrsbilanz im Jahre 1959 eine mögliche, ja sogar wünschenswerte Bereinigung der durch die fortwährenden Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr in den Vorjahren entstandenen Verzerrungen in der Zahlungsbilanz zugunsten einer gleichgewichtigeren außenwirtschaftlichen Entwicklung hätte erreicht werden können.
Immerhin bestätigt der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1968/69 ausdrücklich, daß es dem Grundsatz der Definition des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts entspricht, „wenn bei freiem Handel- und Zahlungsverkehr ein Leistungsbilanzüberschuß durch einen autonomen Kapitalexport oder ein Leistungsbilanzdefizit durch einen autonomen Kapitalimport gedeckt wird ..."[2]
Das Schwergewicht liegt hier auf dem Wort „autonom". Auf die Frage, was denn nun als ein „autonomer" Kapitalexport anzusehen sei, finden wir im gleichen Gutachten, jedoch an anderer Stelle, Auskunft: „Zu den autonomen Kapitalexporten zählen in erster Linie langfristige Kapitalexporte der öffentlichen Hand, vor allem Darlehen an Entwicklungsländer und an internationale Geberorganisationen, private Direktinvestitionen (einschließlich Grunderwerb) und Beteiligungen im Ausland, sofern sie nicht um des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts willen gefördert werden."[3]
Zur Passivierung der Kapitalverkehrsbilanz beigetragen haben 1959 jedoch vor allem öffentliche Zahlungen an Frankreich für die

1 Zur „Aufwertungsdiskussion" siehe vor allem Kapitel 1.2.5., S. 138 ff. und S. 153 ff.
2 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1968/69, Ziffer 193.
3 Ebenda, Ziffer 88.

Wiedereingliederung des Saarlandes, Vorauszahlungen für Rüstungslieferungen und die vorzeitige Tilgung von Nachkriegsschulden; ebenso wirkte der außergewöhnlich hohe Passivsaldo bei den Dienstleistungen (im Vergleich zu den Vorjahren).[1]
Dies alles sind jedoch Zahlungen, welche von den Empfängerländern - wie die Erfahrung zeigt - früher oder später für Bezüge aus der Bundesrepublik verwandt werden, d.h. zu neuen Außenhandelsüberschüssen führen, und man kann sie nicht als „autonomen" Kapitalexport betrachten, weil sie nicht unter die oben erwähnte Definition fallen.
Die Liquidität, welche dem Ausland durch die westdeutschen Exporterfolge entzogen wurde, wird auf diese Art lediglich wieder aufgefüllt, allerdings nur, um alsbald wieder den umgekehrten Weg anzutreten - so lange an den eigentlichen Ursachen der ständigen Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik, nämlich (bspw.) dem Preisgefälle gegenüber dem Ausland,[2] nicht gerührt wird.
Nur eine Verschiebung dieses Gefälles zwischen binnen- und außenwirtschaftlichem Preisniveau kann nachhaltig die ständigen Gold- und Devisenzuflüsse - und damit Störungen des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts - beseitigen.
„Diese Verschiebung kann in dreierlei Weise erreicht werden: Durch Inflation im Inland, durch Deflation im Ausland und durch Veränderung der Wechselkursparitäten. Andere Möglichkeiten gibt es nicht."[3]
Ganz ähnlich hatte sich auch schon der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium bereits 1957 ausgesprochen, indem er nämlich explizit auf die Wirkungslosigkeit staatlichen Kapitalexports auf längere Sicht hinwies und daher eine rechtzeitige Korrektur der Wechselkurse empfahl.[4]

---

1 Vgl.: S. 31 ff.
2 Die Exporterfolge der westdeutschen Industrie basieren freilich nicht nur auf dem Preisvorteil, sondern ebenso auf der überlegenen Qualität und der günstigen Angebotsstruktur, vgl.: S. 16.
3 L. Albert Hahn, Geld und Kredit, a.a.O., S. 147.
4 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 30.4. 1957, Ziffer 14 ff.

Tabelle 7 - Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland

Bundesgebiet einschl. Westberlin, ab 6.7. 1959 einschl. Saarland
1956 bis 1961 in Mio. DM

Positionen	1956	1957	1958	1959	1960	1961
A. Leistungs- und Kapitalbilanz						
I. Laufende Posten						
a) Saldo des Warenhandels	+ 5 731	+ 7 396	+ 7 505	+ 7 752	+ 8 580	+ 9 798
b) Saldo der Dienstleistungen	- 132	+ 243	+ 329	- 766	- 1 157	- 3 317
c) Saldo der unentgeltlichen Leistungen	- 1 189	- 1 830	- 1 854	- 2 902	- 2 878	- 3 483
Saldo der laufenden Posten	+ 4 410	+ 5 809	+ 5 980	+ 4 084	+ 4 545	+ 2 998
II. Kapitalleistungen (eigene:-, fremde:+)						
a) Saldo der langfristigen Kapitallstg.	- 559	- 627	- 1 568	- 5 447	- 257	- 4 233
b) Saldo der kurzfristigen Kapitallstg.	+ 607	- 1 813	- 824	- 801	+ 1 955	- 927
Saldo der ges. Kapitalleistungen	+ 48	- 2 440	- 2 392	- 6 248	+ 1 698	- 5 160
Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	+ 4 458	+ 3 369	+ 3 588	- 2 164	+ 6 243	- 2 162
B. Devisenbilanz (Veränderung der zentr. Währungsreserven)[1]						
Saldo der Devisenbilanz (Überschuß:-, Defizit:+)	- 5 014	- 5 122	- 3 188	+ 2 204	- 8 007	+ 1 928
C. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler[2]	+ 556	+ 1 753	- 400	- 40	+ 1 764	+ 234

1) 1961 ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank um 1 419 Mio. DM.
2) In diesem als Differenz zwischen dem Saldo der Devisenbilanz und dem Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz ermittelten Restposten schlagen sich vor allem die statistisch nicht erfaßten Veränderungen in den Zahlungsbedingungen im Außenhandel (terms of payment) nieder. (Devisenbilanz günstiger als Leistungs- und Kapitalbilanz:+, Devisenbilanz ungünstiger:-).

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main) März 1963, S. 14 f. (verkürzte Wiedergabe).

2.1.4. Vollbeschäftigung

2.1.4.1. Begriffserklärung

In dem von uns bereits zitierten Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates ist in Ziffer 2 gefordert, zu untersuchen, wie, zusammen mit anderen konjunkturpolitischen Zielsetzungen, ein hoher Beschäftigungsstand „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" gewährleistet werden kann.[1]
Für diese Vorstellung eines hohen Beschäftigungsstandes hat sich in der breiten Öffentlichkeit die einprägsame Bezeichnung „Vollbeschäftigung" durchgesetzt, ein Begriff, den wir zumindest nicht ohne Kritik übernehmen wollen. Kritik aus dem Grunde, weil die ohnehin schon verschwommene Formulierung „hoher Beschäftigungsstand" durch diese schlagwortartige Ausprägung zur Vollbeschäftigung nicht nur kaum an Erfaßbarkeit gewonnen hat, sondern zudem noch dazu angetan ist, Vorstellungen über einen Beschäftigungsgrad zu schaffen, welche - zumindest in unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung - nicht zu verwirklichen sind. So lange die freie Wahl des Arbeitsplatzes einem jeden offensteht, und so lange es keine derartige Faktormobilität gibt, daß notwendiger Strukturwandel (dies gilt übrigens ganz unabhängig vom jeweiligen Wirtschaftssystem) ohne regionale und ausbildungsbedingte „Reibungsverluste" vollzogen werden kann, so lange wird es auch Arbeitslosigkeit geben.[2] Bei der Verwirklichung einer „Voll"-Beschäftigung kann es daher nur darum gehen, eben diese Reibungsverluste auf ein unvermeidbares Maß zu reduzieren. Es kann daher nur beschäftigungspolitisches Ziel sein, Arbeitslosigkeit in größerem Umfange (was zu definieren wäre) zu verhindern oder, wenn sie nicht durch Reibungsverluste, sondern Fehlentwicklungen entstanden sein sollte, wieder abzubauen. So, wie in späteren Zielprojektionen der Bundesregierung[3] das beschäftigungspolitische Ziel formuliert worden ist, richtet es sich ausschließlich auf den Beschäftigungsgrad der abhängigen

1 Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, Vorwort S. V.
2 In zentralgelenkten Wirtschaftssystemen scheint dieses Problem scheinbar gelöst worden zu sein, so heißt es bspw. bei Jürgen Kuczynski zur Arbeitslosigkeit (in der DDR): „Keine Zählung mehr, da nichts zu zählen ist. Es herrscht stete Vollbeschäftigung." (S.97) An anderer Stelle: „Während wir zum Beispiel selbstverständlich immer für Vollbeschäftigung sind, dafür, daß jeder, der arbeiten kann und arbeiten möchte - und wer möchte nicht, wenn er ein Sozialist ist! - auch Arbeit findet, ..." (S.96). Jürgen Kuczynski, Das magische Viereck, in: Marxistische Taschenbücher, Frankfurt (Main) 1971.
3 In den Jahreswirtschaftsberichten der Bundesregierung gemäß §2 des „Stabilitätsgesetzes" (StWG) vom 14. August 1963.

Erwerbspersonen, d.h. es wird dabei nicht erfaßt, ob bisher selbständig Tätige bei der bestehenden Wirtschaftslage ihre Selbständigkeit aufgeben mußten und zu den abhängig Beschäftigten überwechselten, bzw. ihren bisherigen Beruf überhaupt aufzugeben hatten. In diesem Zusammenhang sei vor allem auf das Beispiel der Landwirte und kleineren Gewerbetreibenden hingewiesen.[1]

Außerdem ist, neben der Nichterfassung des Wandels in der Beschäftigtenstruktur, sei er nun bei den abhängig Beschäftigten oder den Selbständigen, das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes in dieser Formulierung (als Arbeitslosenquote) nicht so beschaffen, daß der Grad der Kapazitätsauslastung der Produktionsanlagen,(mit) erfaßt werden könnte, sondern ausschließlich der Grad der Beschäftigung abhängiger Erwerbspersonen ist für die Beurteilung des beschäftigungspolitischen Zieles ausschlaggebend.[2]

Aber auch wenn man das Beschäftigungsziel, formuliert als die Anstrebung einer (möglichst niedrigen) Arbeitslosenquote, als hinreichend definiert und quantifizierbar ansieht, so weist diese Quotenbetrachtung jedoch auch hier - wie schon beim Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts - noch weitere, ganz erhebliche Mängel auf. Am gravierendsten ist dabei wohl die Tatsache, daß Überstunden bzw. Kurzarbeit in dieser Quote nicht erfaßt werden, d.h. daß mit einer konstanten Arbeitslosenquote ein ganz unterschiedliches Beschäftigungsvolumen verbunden sein kann.[3]

Außerdem kommt in der Arbeitslosenquote auch durchaus nicht immer die tatsächliche gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktsituation zum Ausdruck, insoweit, wie es bspw. bei durch Strukturwandel bedingten Branchenkrisen zu Massenentlassungen kommen kann, obwohl in anderen Wirtschaftsbereichen ein harter Kampf um die letzten Arbeitskräftereserven geführt wird. Ebenso können auf Grund regionaler Fehlentwicklungen und/oder mangelnder räumlicher und fachlicher Mobilität der Arbeitskräfte Erwerbslosenquoten ausgewiesen werden, welche der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssituation nicht entsprechen.

---

1 In unserer nachfolgenden Untersuchung über die Einkommens- und Vermögensverteilung werden wir noch ausführlich auf die Auswirkungen des Wandels in der Beschäftigtenstruktur eingehen.
2 Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 248.
3 Ebenda, Ziffer 249. Siehe dazu auch: Klaus Dieter Arndt, Gewerkschaften, Lohnentwicklung und Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik, in: Konjunkturpolitik, Hrsg.: Albert Wissler, 2.Jg. Berlin 1956, S. 130 ff.

Das Problem der Erfassung von Anwerbung (und „Abschiebung) ausländischer Arbeitskräfte käme noch hinzu, wird hier jedoch nicht weiter verfolgt, da es im Untersuchungszeitraum noch keine solch bedeutende Rolle gespielt hat.
Wenn eine Formulierung des Beschäftigungszieles sinnvoll sein soll, so müssen neben der Arbeitslosenquote die eben genannten übrigen Einfluß- und Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssituation auch Berücksichtigung finden, wenn es darum geht, zu entscheiden, welche Arbeitslosenquote als „nicht mehr" bzw. „noch nicht" Vollbeschäftigung anzusehen ist. Mit anderen Worten: „Die Vollbeschäftigung ist kein schmaler Grat, der in ständiger Furcht vor dem Absturz beschritten werden muß, sondern eine ziemlich breite Straße."[1]
Betrachtet man aus dieser Perspektive die in den Jahreswirtschaftsberichten vorliegenden Kommentare der Bundesregierung zur gesamt- und vor allem beschäftigungspolitischen Entwicklung, so entsteht der fatale Eindruck, daß jede Verringerung der Arbeitslosenquote ziemlich kritiklos begrüßt und für das jeweils kommende Jahr als beschäftigungspolitische Zielsetzung ausgegeben worden ist.[2] Dies alles unbeschadet der großen sozialökonomischen Probleme, die der ständig wachsende Gastarbeiterzustrom mit sich gebracht hat und auch ohne Rücksicht darauf, daß die Geldwertstabilität, deren Wiedererlangung verbal zwar immer wieder „Priorität" eingeräumt würde, bei dieser tatsächlich aber reinen Vollbeschäftigungspolitik in immer stärkerem Maße in Gefahr geraten ist.
Wenn aus diesen offensichtlichen Fehlentwicklungen Lehren zu ziehen sind, dann sicherlich die, daß eine isolierte Verfolgung bestimmter Zielsetzungen (sei es Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität oder auch Wirtschaftswachstum) notwendigerweise auf Kosten der jeweils übrigen Zielsetzungen der Konjunkturpolitik geht, und daß zu Beginn einer wirksamen, ausgerichteten Konjunkturpolitik eine Zielformulierung stehen muß, welche die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge in ausreichendem Maße berücksichtigt.

---

1 Klaus Dieter Arndt, a.a.O., S. 134.
2 Man vergleiche hierzu die Ausführungen in den Zielprojektionen der Bundesregierung in den jeweiligen Jahreswirtschaftsberichten, vor allem seit 1967.

2.1.4.2. Der Weg zur Vollbeschäftigung

Um den Beschäftigungsstand der Jahre 1957 bis 1960 richtig beurteilen zu können ist es notwendig, sich zunächst die Arbeitslosenzahlen der vorangehenden 50er Jahre vor Augen zu halten. So waren im Jahresdurchschnitt 1950 noch 1,579 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen, dies entspricht einem Anteil an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen von 10,3 %, vier Jahre später betrug diese Quote noch immer 7 % und 1955 noch 5,1 %. Erst 1956 wurden schließlich 4 %[1] und damit die Grenzen dessen, was seinerzeit als Vollbeschäftigung angesehen wurde, erreicht.[2] Auf welch niedrigem Beschäftigungsniveau der wirtschaftliche Wiederaufschwung in den Nachkriegsjahren begann, wird auch daran erkennbar, daß die Erwerbsquote der Männer (Anteil der beschäftigten Männer an der männlichen Bevölkerung) erst im Jahre 1955 annähernd 50 % und damit erstmals wieder den Stand erreichte, welcher über der entsprechenden Quote des Jahres 1939 von 48,3 % lag; bei der weiblichen Bevölkerung war diese Quote im Zeitvergleich (1939: 18,9 %) dagegen bereits 1953 erreicht worden.[3]

Bis zum Jahre 1955 war die westdeutsche Wirtschaft solchermaßen durch ein allmähliches Hineinwachsen in den vom Arbeitskräftepotential vorgezeichneten Rahmen gekennzeichnet. Die Elastizität des Arbeitsangebotes blieb so groß, daß keine Spannungen auftraten, und der Bedarf an Arbeitskräften aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung, sowie dem ständigen Zustrom von Flüchtlingen aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone un den ehemaligen deutschen Ostgebieten gedeckt werden konnte. Ausländische Arbeitskräfte wurden zu jener Zeit nur in geringem Maße verpflichtet, am Stichtag der statistischen Ermittlung, dem 31. Juli 1955, waren in der Bundesrepublik insgesamt nur 77 000 ausländische Arbeitnehmer tätig, davon wiederum hatten nur 12 000 erstmalig eine Arbeitserlaubnis erhalten.[4] Allerdings wurde schon zu jener Zeit durch die deutsch-italienische Anwerbevereinbarung vom 20.12. 1955 der Grundstein für den späteren Zustrom an Fremdarbeitern gelegt.[5]

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 6 des Zahlenteils.
2 Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 248.
3 Bericht der Bundesrepublik Deutschland über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre 1957 (i.f.z.: Bericht zur Lage), hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft (Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates), Siegburg o.J. (1956), Ziffer 66.
4 Ebenda, Ziffer 69.
5 Bericht zur Lage, a.a.O., 1958, Ziffer 44.

Erst der Konjunkturaufschwung von 1955/56 brachte jedoch den grundlegenden Wandel in der Elastizität des Arbeitskräfteangebotes zum Vorschein, denn während in den Vorjahren das Wirtschaftswachstum noch durch die Ausschöpfung der bestehenden Arbeitskräftereserven, d.h. im wesentlichen aus dem Arbeitslosenreservoir und den berufswilligen Frauen unterstützt werden konnte, zeigte sich nun erstmalig, daß dieses Wachstumspotential jetzt allmählich zur Neige ging.[1]

Diese Entwicklung zeigte sich besonders in den jährlichen Zuwachsraten des Arbeitskräftepotentials, welche sich bis etwa 1955 noch nahezu kontinuierlich erhöht hatten und nun ebenso zu schrumpfen begannen - obwohl die Gesamtbevölkerung verstärkt weiter anwuchs. Hatte sich die Gesamtzahl der Arbeitskräfte 1955 jährlich noch um 2,3 % erhöht, so erbrachten die Jahre der ersten „Vollbeschäftigung" bereits nur noch einen Zuwachs von 1,8 %. Ihren vorläufigen Tiefpunkt sollte diese Abwärtsentwicklung dann 1958 (+0,9 %) und 1959 (+0,7 %) haben.[2]

Die Ursachen für den sinkenden Arbeitskräftezuwachs bei steigender Gesamtbevölkerung waren vor allem darin begründet, daß die geburtenschwachen Kriegsjahrgänge sich in einem starken Rückgang der Zahl der Schulentlassenen auswirkten und zugleich darin, daß aus den ehemaligen Ostgebieten viele nicht mehr arbeitsfähige Umsiedler zuzogen. Außerdem machte sich aber auch hier die absolut sinkende Erschöpfung der Reserve von bisher nicht erwerbstätigen Personen bemerkbar.[3] Die Bundesregierung erwartete aus diesen Gründen schon 1957 und 1958 kaum noch eine weitere Senkung der Arbeitslosenzahlen, sofern es in der Zukunft nicht möglich sein würde, die saisonale Arbeitslosigkeit, hier vor allem im Bausektor,[4] stärker als bisher einzuschränken.[5]

Die in den Jahren 1956 und (vor allem) 1957 von den Gewerkschaften durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen bewirkten, daß sich das Arbeitsvolumen insgesamt kaum noch vermehrte, obwohl der hohe Beschäftigungsstand gehalten und teilweise sogar noch weiter ausgebaut werden konnte.[6] Für viele Unternehmen dürfte es sich angesichts der Arbeitszeitverkürzungen offenbar als sinnvoll erwiesen haben, die zunehmend knapper werdenden Arbeitskräfte auch während der Abschwächungsphase 1958 weiter zu

---

1 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1959, Heft 2, S. 24 ff.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, Tabelle S. 30.
3 Bericht zur Lage, a.a.O., 1958, Ziffer 51.
4 Siehe dazu unsere Tabelle 8 auf Seite 194.
5 Bericht zur Lage, a.a.O., 1958, Ziffer 56 ff.
6 Zu den Arbeitszeitverkürzungen siehe Tabelle 6 auf Seite 115.

beschäftigen, so daß diese Verhaltensweise der Unternehmer mit dazu beigetragen haben dürfte, daß 1958 der hohe Beschäftigungsstand erhalten blieb.[1]

In der Folge wurde der Zustrom von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten und der sowjetisch besetzten Zone allmählich zur wichtigsten Quelle einer möglichen Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes - wenn man von der jetzt verstärkt in Gang kommenden Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte absieht, welche wir später noch ausführlich erläutern werden.

Angesichts dieser offensichtlich abnehmenden Elastizität der inländischen Arbeitskräftereserven erscheint die vergleichsweise hohe jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von 662 000 im Jahre 1957 (Arbeitslosenquote: 3,4 %)[2] verwunderlich. Hier zeigt sich jedoch wieder, wie sehr eine allzu globale Quotenbetrachtung den Blick auf die tatsächlichen Zusammenhänge verstellt. Die Ausagekraft einer Arbeitslosenquote - zumal wenn sie jahresdurchschnittlich ermittelt wurde - ist eng begrenzt. Dies gilt vor allem für den längerfristigen Vergleich und hier besonders für eine Beurteilung der Nachkriegsjahre bis etwa 1958, ab 1959/60 zeigt die Entwicklung der Beschäftigungslage in der Tendenz eine bis heute, d.h. in die 70er Jahre andauernde Richtung: Arbeitslosenquoten von unter 1 % und einen ständig sich verstärkenden Zustrom an Fremdarbeitern.

Die Quotenbetrachtung vernachlässigt in diesem Zusammenhang bis 1958 vor allem die Verbindungen zwischen der Arbeitslosigkeit und den Folgen auf die Beschäftigung, die aus der Zerteilung Deutschlands resultierten und (unter anderem) eine hohe regionale Arbeitslosigkeit in den Zonenrandgebieten zum Ergebnis hatten. Hier war (und ist auch heute noch) nur durch staatliche Förderungsmaßnahmen langfristig Abhilfe zu schaffen.

Auch das Problem der saisonalen Arbeitslosigkeit, hier vor allem während des Winterhalbjahres im Baugewerbe, das zur damaligen Zeit einen ganz entscheidenden Einfluß auf die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt hatte (vgl. Tab. 8, S. 194), wird durch eine bloße Quotenbetrachtung nicht genügend berücksichtigt.

Bei unserer Analyse der Beschäftigungssituation haben wir versucht, diese saisonalen Sondereinflüsse dadurch auszuschalten, indem wir jeweils den „Hauptbeschäftigungsmonat" September für

1 Siehe dazu die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Tab. 8, S. 194).

2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 616 (Zahlenteil).

den Zeitvergleich herangezogen haben.
Die Einflüsse auf die Beschäftigungssituation, welche die Teilung Deutschlands und die weitgehende Schließung der Grenzen zum Osten durch den „Eisernen Vorhang" gehabt haben, sind - zumindest was die Zonenrandgebiete anbetrifft - zwar auch heute noch aktuell, jedoch würde es den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, wollten wir diese Auswirkungen im einzelnen miteinbeziehen. Hierzu wären umfangreiche Strukturanalysen notwendig. Ein nicht unbedeutender Teil der Arbeitslosenziffern jener Jahre resultiert auch aus dem einsetzenden Strukturwandel der Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Steinkohlebergbau. Ebenso konnte auch ein Teil der Ostzonenflüchtlinge nicht sofort wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.
Um das Ausmaß der Winterarbeitslosigkeit in den 50er Jahren zu demonstrieren, haben wir unserer Tabelle 8 (S. 194) neben den gesamtwirtschaftlichen monatlichen Arbeitslosenzahlen auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Bausektor angeschlossen. Für die Würdigung der Bedeutung dieser Zahlen muß dabei berücksichtigt werden, daß wegen der Ausstrahlungskraft des Bausektors auf die anderen Wirtschaftsbereiche[1] der tatsächliche Einfluß der im Winterhalbjahr weitgehend ruhenden Bautätigkeit zu jener Zeit noch erheblich höher zu veranschlagen ist.
Um einen Vergleich mit späteren Zeiträumen zu erleichtern, sind die entsprechenden Zahlenreihen für das „Rezessionsjahr" 1967 und das Jahr 1963 hinzugefügt. Dieses letztere Jahr wurde aus dem Grunde gewählt, weil es durch fast genau die gleiche gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate (des realen Bruttosozialprodukts), nämlich 3,2 %, wie das Jahr 1958 mit 3,3 % ausgezeichnet ist und ebenso wie dieses eine Abschwächung der Inflationsrate aufweist.[2]
Betrachten wir im Vergleich die Arbeitslosigkeit im Bausektor jeweils in den Monaten Dezember bis März (Tab. 8), so wird deutlich erkennbar, in welchem Maße sich die staatlichen Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Winterarbeitslosigkeit[3] und die unternehmerische Privatinitiative ausgewirkt haben. Im Jahre 1958 machte die durch den Ausfall im Bausektor bedingte winterliche Arbeitslosigkeit noch etwa die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosenzahl aus - bereits 1963 ist dieser Anteil auf ein

1 Wir verweisen hier (wiederum) auf den Sonderbericht des IfO-Instituts „Die konjunkturelle Schlüsselstellung der Bauwirtschaft", in: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 4, S. 17 ff.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1964, S. 5.
3 Vgl.: Bericht zur Lage, a.a.O., 1960, Ziffer 40.

Fünftel abgesunken, ebenso im Jahre 1967 (Tabelle 8).
Nun ist bei einem derartigen Vergleich freilich aus mehreren Gründen Vorsicht angebracht, so könnte bspw. die allgemeine Beschäftigungslage im Bausektor, die „Baukonjunktur", in jenen Jahren jeweils ganz unterschiedlich - auch im Verhältnis zur Gesamtkonjunktur - gewesen sein. Auch könnte eingewandt werden, daß möglicherweise unterschiedliche Witterungsverhältnisse den Wandel herbeigeführt hätten. Die Baukonjunktur verlief jedoch in allen drei Jahren etwa gleichmäßig; ein grober Vergleich ist über die jeweils fertiggestellten Wohnungen möglich, so wurden 1958 (im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin) 510 000, im Jahre 1963 etwa 569 000 und 1967 etwa 572 000 Wohnungen fertiggestellt.[1]
Auch an diesem Maßstab könnte selbstverständlich wegen seiner Ungenauigkeit Kritik geübt werden, doch selbst wenn man alle Argumente gegen eine allzu scharfgestochene Schlußfolgerung in Betracht zieht, so bleibt doch die auffallende Diskrepanz in den Beschäftigtenzahlen des Baugewerbes zwischen den Sommer- und Wintermonaten 1958 und ebenso, daß eben diese Diskrepanz ganz offensichtlich 1963 und 1967 kaum noch in dem Maße vorhanden ist (Tab. 8, S. 194).
Der Jahreswechsel 1957/58 hatte sich vor allem durch enorm hohe Arbeitslosenzahlen von Januar bis März ausgezeichnet. Fast 1,5 Millionen Arbeitslose waren zu jener Zeit in den Wintermonaten an der Tagesordnung und lösten keinerlei Unruhen aus - heute käme es dem politischen Selbstmord einer jeden Regierung gleich, wüßte sie ein derartiges Ausmaß an Arbeitslosigkeit nicht zu verhindern. An diesem Beispiel zeigt sich auch, wie sehr sich ganz allgemein inzwischen die Vorstellungen über den als erreichbar geltenden Beschäftigungsgrad gewandelt haben und ebenso, in welchem Maße seither die technischen Möglichkeiten zum Abbau dieser saisonalen Arbeitslosigkeit ausgenutzt worden sind, wie es unser Vergleich anhand der Zahlen für das Baugewerbe eindrucksvoll bestätigt.
Ebenso ist unter dem Stichwort „Zonenrandförderung" in der Zwischenzeit von den Politikern viel getan worden, um die regionale Arbeitslosigkeit ebenfalls mehr und mehr zu beseitigen, bzw. den Beschäftigungsstand dieser Gebiete durch Subventionen

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 140 ff. (für 1958).
Ebenda, 1964, S. 167 ff. (für 1963).
Ebenda, 1968, S. 160 ff. (für 1967).

und andere investitionsfördernde Maßnahmen (wie bspw. Infrastrukturinvestitionen) dem übrigen Bundesgebiet anzugleichen. Aus diesen Gründen und auch wegen den zuvor genannten, zur damaligen Zeit wirksamen Sondereinflüssen, ist eine Beurteilung der Verwirklichung des Beschäftigungszieles auf Grund von Jahresdurchschnittszahlen für den Untersuchungszeitraum nach unserer Ansicht höchst fragwürdig. Vergleichen wir zum Beispiel das Jahr 1958 mit einem Arbeitslosendurchschnitt von 683 000[1] und das Jahr 1967 mit 459 000[2], so erscheint die Beschäftigungssituation 1967 zunächst als wesentlich günstiger, ein Blick auf unsere Tabelle 8 zeigt jedoch, daß der höhere Jahresdurchschnitt im Jahre 1958 nahezu ausschließlich auf die seinerzeit technisch bedingte höhere Winterarbeitslosigkeit zurückgeführt werden kann, denn in den Sommermonaten liegen die entsprechenden Zahlen deutlich unter den Werten von 1967 - beachtlich, wenn man bedenkt, um wieviel höher in den 60er Jahren allgemein das Beschäftigungsniveau war (vgl. bspw. mit 1963).
Außerdem müßte bei einem Vergleich zwischen 1958 und 1967 berücksichtigt werden, daß im Jahre 1967 wesentlich mehr Fremdarbeiter in der Bundesrepublik beschäftigt waren, als dies 1958 der Fall war und daß diese in der Rezession 1967 dann oftmals stillschweigend „abgeschoben" worden sind, ohne daß sich dies in der offiziellen Statistik niedergeschlagen hätte. Der Sachverständigenrat schätzt in seinem Jahresgutachten über 1967, daß es auf Grund dieser Dunkelziffern 1967 tatsächlich im ersten Halbjahr insgesamt ungefähr eine Million Arbeitslose (Arbeitslosenquote: 4,5 %) gegeben hat.[3]
Die konjunkturelle Situation war daher in beiden Jahren grundverschieden, während nämlich 1958 bei leichter Wachstumsabschwächung der hohe Beschäftigungsgrad der Vorjahre noch weiter ausgebaut werden konnte (Arbeitslosenquote im September: 1,6 %),[4] lag 1967 ein tiefer Einbruch in der Beschäftigung vor, der - neben anderem - zum Sturz Bundeskanzler Ludwig Erhards geführt hat.
Dagegen wurde schon seit 1955/56 angesichts der zunehmenden Unelastizität des Arbeitskräfteangebots von „Vollbeschäftigung" gesprochen,[5] auch waren die Vorstellungen über den erreichbaren

1 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 616 (Zahlenteil).
2 Ebenda, 1968, S. 261 (Zahlenteil).
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 248.
4 Bundesgebiet ohne Berlin. Errechnet nach Angaben aus: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1958, S. 690 (Zahlenteil).
5 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, Ziffer 156.

Ausschöpfungsgrad der Arbeitslosenreserve zu jener Zeit noch wesentlich bescheidener - jedenfalls wenn man sie mit den beschäftigungspolitischen Zielsetzungen späterer Bundesregierungen vergleicht.[1] Wenn man berücksichtigt, daß die Bundesregierung in ihrem Bericht zur Lage 1958 bereits von einer „allmählich immer stärker spürbaren Erschöpfung der verschiedensten Arbeitskräftereserven"[2] angesichts einer Zahl von noch 328 000 (Arbeitslosenquote: 1,6 %) Unbeschäftigten im September 1958 sprach,[3] so wird erkennbar, wie sehr die Möglichkeiten zur weiteren Ausschöpfung der inländischen Arbeitskraftreserven und vor allem der zusätzlichen Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften unterschätzt worden sind.
Auf Grund der dargestellten Beschäftigungssituation und auch hinsichtlich der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sehen wir sowohl für das Jahr 1957 als auch für die Zeit abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Wachstums 1958 die beschäftigungspolitische Zielsetzung als erfüllt an.

Der im Jahre 1959 neu einsetzende konjunkturelle Aufschwung brachte verstärkte Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt mit sich, die Zahl der offenen Stellen überstieg im Juni erstmalig die Zahl der Beschäftigungssuchenden.[4] Jedoch war auch dieses Jahr wieder durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit zum Jahreswechsel 1958/59 gekennzeichnet (siehe Tab. 8, S. 194). Es zeigte sich aber, daß diese im Vergleich zu vorangehenden Jahren schon sehr früh und in bisher unbekannt starkem Maße abgebaut werden konnte. Diese frühe Beschäftigungsbelebung wurde zum Teil durch die günstigen Witterungsverhältnisse ermöglicht, wesentlich dazu beigetragen hat aber vor allem auch der hohe Auftragsüberhang des Baugewerbes aus dem Vorjahr.[5]
Im Zuge dieser Entwicklung erreichte die Zahl der Arbeitslosen im September 1959 mit nur 187 200 einen bisher unbekannten monatlichen Tiefstand (Arbeitslosenquote: 0,9 %).[6]
Auch in noch anderer Hinsicht sollte sich 1959 als ein Rekordjahr erweisen: der Zuwachs des Arbeitskräftepotentials erreichte mit 0,08 Millionen „den bisher niedrigsten Stand seit Bestehen der BRD."[7]

---

1 Vgl. bspw.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Z. 248.
2 Bericht zur Lage, a.a.O., 1958, Ziffer 49.
3 Siehe dazu die Angaben auf Seite 190, Fußnote 4.
4 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1959, S. 599 (Zahlenteil).
5 Vgl.: S. 127 f. und Tabelle 10, S. 208.
6 Bericht zur Lage, a.a.O., 1960, Ziffer 38.
7 Ebenda.

Nach unserer Ansicht zeigen diese Rekordergebnisse, daß die Bundesrepublik im Jahre 1959 bereits jene Grenze erreicht hat, bis zu welcher der Beschäftigungsstand ausgedehnt werden kann, ohne daß negative Auswirkungen auf die übrigen konjunkturpolitischen Zielsetzungen auftreten. Diese Ansicht gründet sich einerseits darauf, daß eine Arbeitslosenquote von 0,9 % auch in späteren Jahren nicht mehr wesentlich unterschritten werden konnte, und zweitens auf die Tatsache, daß ab 1959 in immer stärkerem Maße ausländische Arbeitskräfte herangezogen wurden. Die Beschleunigung in der Anwerbung sei mit zwei Daten demonstriert: am 31. Juli 1959 betrug die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik noch 151 000,[1] am 31. Juli 1960 waren es bereits 276 200.[2] Die mit dem Bau der „Berliner Mauer" (1961) einhergehenden Absperrungsmaßnahmen ließen den bisherigen Flüchtlingszustrom mehr und mehr versiegen - der Zugang an Gastarbeitern wurde dafür zunehmend zum Ersatz, so waren gegen Ende Juni 1961 bereits über 500 000 fremdländische Arbeitskräfte (offiziell) in der Bundesrepublik tätig.[3]
Damit wurde durch das innere soziale Gefälle und die wirtschaftliche Integration Westeuropas eine Bewegung in Gang gesetzt, welche schließlich einen Umfang annehmen sollte, der - nach unserer Ansicht - schädliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur sowohl des Heimatlandes der Gastarbeiter (Verödung weiter Gebiete durch Abwanderung; Entfremdung der im Ausland Tätigen von ihrer Heimat, Familie und sozialer Umwelt; Alibifunktion für die Unfähigkeit ausländischer Regierungen Arbeitsplätze im eigenen Lande zu schaffen etc.), als auch schädliche Wirkungen in den „Gastgeberländern" haben sollte: Probleme der sozialen Eingliederung, Export von Arbeitslosigkeit bei ungünstiger Konjunktur, starke Belastung der Kapitalbilanz durch die Überweisungen der Gastarbeiter, Abhängigkeit vom Ausland etc. Über unsere Analyse der Jahre 1957 bis 1960 würde es allerdings weit hinausgehen, wollten wir hier versuchen, mehr als nur eine Andeutung dieser durch die „Gastarbeiterbewegung" verursachten sozialen und ökonomischen Probleme zu geben, auch lassen sich viele Auswirkungen wohl zur Zeit noch gar nicht vollständig überschauen, bzw. beginnt man von politischer Seite erst damit, sich des eigentlichen Umfangs dieser Probleme bewußt zu werden.

1 Bericht zur Lage, a.a.O., 1959, Ziffer 31.
2 Ebenda, 1960, Ziffer 45.
3 Ebenda, 1961, Ziffer 40.

Für unsere Untersuchung wesentlich ist hier aber nur die Feststellung, daß ein gewisses Ausmaß an Arbeitslosigkeit, sei es durch Strukturwandel (Landwirtschaft, Steinkohlebergbau), regionale Unterschiede im Beschäftigungsniveau (Zonenrandgebiete) oder fachliche Differenzierungen (Wandel in der Berufsstruktur) begründet, offenbar nicht beseitigt werden kann.
Betrachtet man dieses Problem einer gewissen „Restarbeitslosigkeit" aber von einer anderen Seite, so muß man zugeben, daß eine gewisse „Reserve" an Arbeitskräften - wenn auch keine industrielle „Reservearmee" im Marxschen Sinne - notwendig ist, damit nämlich der Arbeitskräftebedarf expandierender Unternehmen aus dieser Reserve gedeckt werden kann[1] - sonst müßten noch mehr Fremdarbeiter angeworben werden.
Bei welcher Arbeitslosenquote diese beschriebene Untergrenze an Arbeitslosigkeit erreicht ist, kann (nach unserer Ansicht) nicht allgemeingültig formuliert werden, da hier zu viele und zu unterschiedliche Faktoren (Grad der Mobilität der Arbeitskräfte, Formen des technischen Fortschritts etc.) eine Rolle spielen, und außerdem die jeweilige gesamtwirtschaftliche Situation besonders berücksichtigt werden müßte,[2] jedoch erscheint uns im Jahre 1959 mit einer Arbeitslosenquote von 0,9 % angesichts der nachfolgenden Entwicklung die Schwelle von der sogenannten Vollbeschäftigung zu einem Zustand der - konsequenterweise - dann als „Überbeschäftigung" bezeichnet werden müßte, erreicht worden zu sein.

---

1 Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 277.
2 Welche Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Situation bei einer Beurteilung der Realisierung konjunkturpolitischer Zielsetzungen im Zeitvergleich zukommt, zeigen die gewaltigen ökonomischen Umwälzungen, die in jüngster Vergangenheit (1973 und 1974) durch die „Ölpreisexplosion" eingetreten sind.

Tabelle 8 - Die Entwicklung der monatlichen Arbeitslosenzahlen

Bundesgebiet ohne Berlin, alle Angaben bis einschl. 1959 auch ohne Saarland.
1957 bis 1959, 1963 und 1967 in Tausend.

Monat	1957	1958	1959	1963	1967	1958	1963	1967
	Arbeitslose in der Gesamtwirtschaft					im Baugewerbe		
Jan	1 476	1 432	1 344	410	621	667	75	125
Feb	1 112	1 324	1 107	416	673	589	76	133
Mär	702	1 108	588	216	576	436	24	92
Apr	588	589	396	143	501	87	5	54
Mai	493	469	321[c]	124	458	43	3	40
Jun	453	401	255	112	400	28	2	28
Jul	390	356	212	106	377	21	2	22
Aug	365	332	193	104	359	16	2	17
Sep	367	327	184	104	341	15	2	15
Okt	368	356	194	114	360	19	2	16
Nov	479	426[b]	228[d]	133	395	40	4	23
Dez	1 212[a]	931	441[e]	252[f]	526[g]	335[h]	35[i]	65[j]

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Stuttgart und Mainz o.J.

a) Für 1957: Ebenda, Jg. 1958, S. 690 im Zahlenteil.
b) Für 1958 bis Nov.: Ebenda, Jg. 1959, S. 5 im Zahlenteil.
c) Für Dez. 1958 bis Mai 1959: Ebenda, S. 282.
d) Für Jun. 1959 bis Nov. 1959: Ebenda, S. 652.
e) Für Dez. 1959: Ebenda, Jg. 1960, S. 198.
f) Für 1963: Ebenda, Jg. 1964, S. 201 im Zahlenteil.
g) Für 1967: Ebenda, Jg. 1968, S. 375 im Zahlenteil.
h) Für 1958: Ebenda, Jg. 1959, S. 176 im Zahlenteil.
i) Für 1963: Ebenda, Jg. 1964, S. 201 im Zahlenteil.
j) Für 1967: Ebenda, Jg. 1968, S. 375 im Zahlenteil.

2.1.5. Wirtschaftswachstum

2.1.5.1. Zielformulierung und wachstumstheoretischer Hintergrund

Als letzte der konjunkturpolitischen Zielsetzungen innerhalb des „magischen Vierecks" wollen wir nun die Forderung nach „angemessenem und stetigem" Wirtschaftswachstum behandeln, wie sie im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates[1] als Rahmenbedingung des Zielkomplexes der Konjunkturpolitik erhoben wird.[2]

Bevor wir uns jedoch wieder der Entwicklung der Jahre 1957 bis 1959 zuwenden, erscheint es zunächst als sinnvoll, sich mit den dieser konjunkturpolitischen Zielsetzung zugrunde liegenden Begriffen und Vorstellungen auseinanderzusetzen.

Beginnen wir dabei mit der Forderung nach „Stetigkeit". Hierbei handelt es sich ganz offensichtlich darum, das konjunkturelle Auf und Ab, die (mehr oder weniger) zyklisch wiederkehrenden Schwankungen des Wirtschaftswachstums zugunsten einer stärker kontinuierlich verlaufenden Fortschrittsrate in den Griff zu bekommen.

Dieses Bestreben beruht erstens auf der Überzeugung, daß nur ein stetiges Wirtschaftswachstum mit der Realisierung der übrigen Zielsetzungen verträglich sei, und zweitens darauf, daß es tunlich wäre, die volkswirtschaftlichen „Reibungsverluste" durch die Wachstumsschwankungen zu vermeiden.[3]

Betrachten wir hierzu das Schaubild 12 (Seite 210), welches die jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes der Bundesrepublik aufzeigt, so können wir den bisherigen Mißerfolg einer auf Verstetigung des Wachstums gerichteten Politik einwandfrei ablesen: Es zeigt sich uns ein ständiger Wechsel der Wachstumsraten mit zyklischer Wiederkehr und unterschiedlicher Intensität. Wenngleich auch anhaltende Rückschläge (Depressionen) bisher ausgeblieben sind, so kann dennoch von einer Verstetigung beim Vergleich jährlicher Wachstumsraten nicht gesprochen werden. Dieses offenkundige Versagen, Wachstumsschwankungen nachhaltig auszuschließen, hat die Verfechter zentralgelenkter planwirtschaftlicher Wirtschaftssysteme häufig frohlocken lassen. Nicht

---

1 „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" vom 14. August 1963.
Vgl.bspw.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, Vorwort.

2 Ebenda.

3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 281 f.

nur, daß bei jedem konjunkturellem Tiefpunkt eifrig die These von der „Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschafts=systems" hervorgeholt wurde,[1] sondern es erfolgte auch mit Betonung der Hinweis auf die angebliche Krisensicherheit und Stetigkeit der Wirtschaftsentwicklung in zentralgelenkten Plan=wirtschaften.[2]

Es ist zwar hier nicht der Ort, um über die Möglichkeiten von Planwirtschaften zu diskutieren, jedoch berühren die vorgebrach=ten Argumente dennoch einen ganz wesentlichen Gesichtspunkt, welchen wir bei einer Betrachtung der konjunkturpolitischen Möglichkeiten für eine Verstetigung des Wirtschaftswachstums unbedingt beachten zu müssen glauben: Die Frage nämlich, ob - und wenn ja wie weit - es in einem marktwirtschaftlichen System, in dem sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum ja erst durch die ex post Addition der Auswirkungen von Millionen von Einzelentscheidungen ergibt, überhaupt möglich ist, eine ziel=sichere Planung auf volkswirtschaftlicher Ebene vorzunehmen. Dieses Problem ist auch vom politisch gewiß unverdächtigen Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1967/68 angeschnitten worden, indem der Rat sich nämlich mit dem Einwand befaßt, „daß numerisch fixierte Wachstumsziele den Grundsätzen der Markt=wirtschaft zuwiderliefen und einen Zahlenzwang ausübten, der zu einer Zentralverwaltungswirtschaft hinführen müsse oder könne".[3]

Der Rat weist daran anschließend diesen Einwand mit der Begrün=dung zurück, daß solche numerisch fixierten Wachstumsziele nicht nur „sehr wohl" mit der marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar seien, sondern unter Umständen sogar eine „notwendige Ergänzung des Marktmechanismus" sein könnten, indem sie nämlich eine Abstimmung von Spar- und Investitionsentscheidungen und -planungen am Kapitalmarkt erleichtern, und der „ungedeckte Bedarf an Plansicherheit" auf diese Weise vermindert werden könnte.[4]

Auf die angeführten Hinweise der Vertreter zentralgelenkter Planwirtschaften läßt sich außerdem noch entgegnen, daß es auf Grund der zahlreichen „Freiheitsgrade" innerhalb der marktwirt=

---

1 So bspw.: Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise - Lehren der Rezession 1966/67, Frankfurt/Main 1973 (10.Aufl.), S. 40 ff
2 Jürgen Kuczynski, a.a.O., S. 96 ff.
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 278.
4 Ebd., Ziffer 281.

schaftlichen Ablaufmechanismen es zwar offenbar weder voll= ständig möglich - noch aber auch notwendig und überhaupt wünschenswert ist, bis auf den Prozentpunkt genau gesamtwirt= schaftliche Plandaten vorschreiben zu wollen, denn gerade hier beweist das marktwirtschaftliche System ja seine überlegene Flexibilität gegenüber der unbeweglichen Planwirtschaft.
Für eine aktive Konjunkturpolitik kann es daher nicht darum gehen, die kennzeichnenden Freiheitsgrade der marktwirtschaft= lichen Ordnung schlichtweg zugunsten exakter Fixierung von Plan= daten zu beseitigen, sondern nur darum, allzu heftige Ausschläge im Wirtschaftswachstum mit schädlichen Nebenwirkungen auf die übrigen konjunkturpolitischen Zielsetzungen zu vermeiden, mit anderen Worten: „Gleichgewichtspunkte zu markieren, zu denen ein Marktsystem mit mehr Transparenz und mehr Voraussicht von sich aus hinstreben würde, die es aber ohne Ersatz für Durch= sicht und Voraussicht, wenn überhaupt, dann nur im zyklischen Auf und Ab und also mit unnötigen Reibungsverlusten erreicht".[1]
Dieser vom Sachverständigenrat vertretenen Ansicht liegt nun aber eine (wohlbekannte) wirtschaftstheoretische Lehrmeinung zugrunde, auf die wir im folgenden kurz eingehen werden.
Es geht hierbei um die entscheidende Frage, ob die Volkswirt= schaft (als Marktwirtschaft) - sich allein überlassen - dazu neigt, sich unter zyklischen Schwankungen allmählich auf einen „gleichgewichtigen" Wachstumspfad „einzupendeln", oder aber ob es ständiger steuernder konjunkturpolitischer Eingriffe von seiten des Staates bedarf, um den gesamtwirtschaftlichen Wachs= tumsprozeß am Leben zu erhalten.
Im ersten Fall würde nämlich eine auf bloße Nivellierung der ohnehin dann zum Gleichgewicht gerichteten Wachstumsschwankungen durch bloße Stabilisierungspolitik der Regierung genügen.[2]
Im zweiten Fall wäre dagegen gezielte Wachstumspolitik unabding= bar. Die Regierung hätte in diesem Fall die Aufgabe, die desta= bilisierenden Kräfte innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems ständig zu bändigen und durch permanente Eingriffe die Einhal= tung der gewünschten Wachstumsrate zu erzwingen.[3] Angesichts der

---

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 282.
2 „Das marktwirtschaftliche System besitzt .. eine Art von auto= matischer Steuerung, die zeitweise Fehler von selbst korri= giert, so daß es einigermaßen narrensicher ist. Anders wäre es auch ohnehin längst zusammengebrochen."
Wilhelm Krelle, Verteilungstheorie, Tübingen 1962, S. 257.
3 A. Lowe, Politische Ökonomik, Frankfurt/Main 1965, S. 271.

von mancher Seite erhobenen Forderung nach weitgehenden Verstaatlichungsmaßnahmen und Investitionslenkung hat das zugrundeliegende Problem erheblich an politischer Brisanz gewonnen. Wie wir noch zeigen werden, fand die Stabilisierung des Wirtschaftswachstums während des Zeitraums von etwa Mitte 1957 bis Mitte 1959 tatsächlich ohne nennenswerte gezielte staatliche Eingriffe ab, jedoch wäre es vermessen, hieraus gleich auf die grundsätzliche Tendenz zur Stetigkeit der marktwirtschaftlichen Wachstumsfaktoren zu schließen. Um so mehr wird zu prüfen sein, ob hier nicht vor allem Sondereinflüsse wirksam gewesen sind. Allerdings ist der Theoriestreit angesichts des seitdem entwickelten und verfeinerten konjunkturpolitischen Instrumentariums auch zu einer mehr die Wirtschaftstheoretiker allein betreffenden Frage geworden, denn ob das zum gleichgewichtigen Wachstumspfad tendierende Wirtschaftswachstum nun existiert und nur durch störende exogene Einflüsse an einer Erreichung dieses Gleichgewichtszustandes gehindert wird oder nicht, ist insoweit eine rein akademische Frage, als man ja ohnehin von staatlicher Seite wenig geneigt zu sein scheint, durch eine „laissez-faire-Wirtschaftspolitik" die wirtschaftstheoretischen Grundvorstellungen der Wachstumstheorie vor die Nagelprobe zu stellen.

Wenn wir uns jetzt der **Forderung** nach „Angemessenheit" des Wirtschaftswachstums zuwenden, so ergibt sich die Frage, in welcher Hinsicht diese Angemessenheit gelten soll. Im Gegensatz zu der Forderung nach Stetigkeit ist hier keine eindeutige Festlegung möglich, sondern es besteht ein Freiraum für politische Entscheidungen darüber, welches Wachstum in der jeweiligen Wirtschaftslage als angemessen gelten soll.

Schon im Jahre 1956 stellte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium zu dieser Frage fest, daß „es zugunsten anderer, z.B. kultur-, sozial- oder auch wirtschaftspolitischer Zielsetzungen sinnvoll sein (kann), sich mit einem Tempo der Zunahme des Realeinkommens unterhalb des an sich Erreichbaren zu begnügen oder sogar die Wachstumsrate absichtlich niedriger als möglich zu halten".[1]

Da die Obergrenze des möglichen realen Wachstums durch die Entwicklung des Beschäftigungsvolumens und das Wachstum der sach-

1 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3.6. und 8.7. 1956, Ziffer 1. Diese Überlegungen haben angesichts der negativen Folgen übersteigerten Wirtschaftswachstums in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen, vgl.: Horst Siebert, Das produzierte Chaos. Ökonomie und Umwelt, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973, Kap. „Der Pferdefuß des Wirtschaftswachstums", S. 74 ff.

lichen Produktionskapazitäten bestimmt wird,[1] reicht der Raum für wachstumspolitische Entscheidungen vom „Nullwachstum" bis zu eben dieser Begrenzung in der Vollauslastung der sachlichen und menschlichen Ressourcen.
In unserer Analyse werden wir davon ausgehen, daß diejenige Wachstumsrate als „angemessen" gelten soll, welche sich mit der Realisierung der übrigen konjunkturpolitischen Zielsetzungen als vereinbar erweist.

2.1.5.2. Probleme der Wachstumsmessung

Nachdem nun zu den Forderungen nach Stetigkeit und Angemessenheit des Wirtschaftswachstums Stellung genommen worden ist, wäre vor der empirischen Darstellung noch die Frage zu klären, welche Meßzahl für das Wirtschaftswachstum gewählt werden sollte. Während der Wissenschaftliche Beirat 1956 in seinem (bereits erwähnten) Gutachten als denkbare Meßgröße von dem realen Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung ausgeht,[2] hat sich der Sachverständigenrat etwa zehn Jahre später[3] eingehender mit den möglichen Meßgrößen des Wirtschaftswachstums und ihren jeweiligen Implikationen befaßt - dies wohl auch nicht zuletzt angesichts der massiven Kritik, welche an der Wachstumsmessung über das Sozialprodukt inzwischen geäußert worden ist.
Diese Kritik basiert einerseits auf der rein rechnerischen Ungenauigkeit bei der Sozialproduktsermittlung (Doppelzählungen bspw.) und zum anderen auf der Tatsache, daß in dem Indikator Sozialprodukt die Berücksichtigung der sozialen Kosten (durch schädliche Umwelteinwirkungen der Produktion bspw.), die Bewertung öffentlicher Güter und Investitionen (Wirkung von Strukturinvestitionen bspw.) und der Wert der größeren Freizeit durch Arbeitszeitverkürzungen keine entsprechende Aufnahme finden.[4]
Aus diesen Gründen wird der Indikator Sozialprodukt als ungeeignet für die Wohlstandsmessung und die Beurteilung des sowohl quantitativen als auch qualitativen Wirtschaftswachstums angesehen und statt dessen gefordert, daß für die Wachstumsermitt-

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 280.
2 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3. Juni und 8. Juli 1956, Ziffer 1.
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 284 ff.
4 Gottfried Bombach, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - Antiquierte Methoden, in: Wirtschaftswoche (Kontaktstudium) vom 23.6. 1972, Nr. 25, S. 38.

lung bspw. die sozialen Kosten entweder in Geldeinheiten bewertet und vom Sozialprodukt abgezogen werden müßten, oder aber über sog. Sozialindikatoren unter bewußtem Verzicht auf Geldbewertung eine Erfassung dieser Faktoren zu erfolgen habe.[1]
Entgegen diesen Einwänden hält der Sachverständigenrat jedoch an der Auffassung fest, daß der dem „Stabilitätsgesetz" und dem „Sachverständigengesetz"[2] zugrundeliegende Wachstumsbegriff, der sich auf die Sozialproduktmessung bezieht, wegen seiner Praktikabilität vorzuziehen sei gegenüber den nur schwer in Zahlen zu fassenden Vorstellungen über Fortschritt und Wohlfahrt.[3]
Ein weiterer Grund für die Anerkennung der Meßgröße Sozialprodukt als - wenn auch unvollkommener - Indikator der Wohlstands- und Wachstumsmessung wäre auch, daß die Ermittlung und Formulierung von Sozialindikatoren nicht (oder nicht genügend) exakt möglich sei, und ihre wirtschaftspolitische Bewertung daher leicht der Willkür der Politiker anheimfallen könnte.[4]
Auch wenn wir uns in dieser Untersuchung zwangsläufig ebenfalls mit einer bloßen Betrachtung der Entwicklung des Sozialproduktes begnügen müssen, so sei doch hier der Hinweis erlaubt, daß gerade der gewählte Untersuchungszeitraum als Beweis dafür dienen kann, daß die Fixierung auf das Wachstum des Sozialprodukts durchaus volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen zur Folge haben kann. So zeichnete sich bspw. in den Jahren 1959 und 1960 bereits das enorme Anschwellen des Gastarbeiterzustroms nach Westdeutschland ab (vgl. Kap. 2.1.4., S. 192). Hätten die verantwortlichen Politiker schon in der damaligen Zeit neben dem bloßen Zugewinn an Sozialproduktwachstum durch die Ausdehnung des Beschäftigungsvolumens auch die übrigen - schädlichen - Auswirkungen dieser Entwicklung bedacht, so wäre möglicherweise eine rechtzeitige Eindämmung der Zuwachszahlen an Fremdarbeitern erfolgt, und viele Probleme der sozialen Eingliederung (bspw.) und schädliche Nebenwirkungen auf die Volkswirtschaft in der Gesamtheit[5] wären zumindest nicht in dem heute erkennbaren Ausmaß aufgetreten.

---

1 Gottfried Bombach, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - Antiquierte Methoden, a.a.O., S. 38 f.
2 Gemeint ist das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) v. 8.6. 1967 und das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates v. 14.8. 1963.
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 288.
4 Ernst Helmstädter, Wo liegen die Grenzen des Wachstums wirklich?, Vortrag vom 25. und 26.6. 1973 vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1973, S. 12 f.
5 Vgl.: S. 192.

Auch begann sich schon im Jahre 1957 in Verbindung mit **den ersten ernsthaften** Wechselkursspekulationen die Stärke des westdeutschen Exports und die damit verbundene Exportorientierung (und Abhängigkeit vom Weltmarkt) der westdeutschen Wirtschaft deutlich abzuzeichnen. Wenngleich sich die Erfolge einheimischer Exporteure auch während der Abschwächungsphase des Wirtschaftswachstums 1958 durchaus wohltuend auf die Erhaltung des hohen binnenländischen Beschäftigungsniveaus ausgewirkt haben,[1] so ist doch unverkennbar, daß sich die Tendenz zu fortwährenden Außenhandelsüberschüssen der Bundesrepublik bereits zu jener Zeit deutlich abzuzeichnen begann.

Diese andauernden Überschüsse und die damit verbundene übermäßige Anhäufung von Devisenreserven bei der Deutschen Bundesbank wurden und werden auch heute noch von vielen Politikern als Zeichen nationaler Wirtschaftskraft und Stabilität gewürdigt Von dieser Perspektive ausgehend läßt sich gegen die **„Exportlastigkeit" der westdeutschen** Volkswirtschaft auch wenig einwenden - zumal wenn ein möglichst kräftiges Sozialproduktwachstum als maßgeblich angesehen wird. Kritik anmelden muß man jedoch an einer derartigen Betrachtungsweise, wenn man die Strukturverzerrungen innerhalb der Gesamtwirtschaft und die geradezu zwangsläufige Abhängigkeit vom Ausland als wesentliche, schädliche Nebenwirkungen ansieht. Außerdem, wie der Wissenschaftliche Beirat schon 1957 feststellte, erweckt die Anhäufung von Devisenreserven bei der Bundesbank den Schein des Reichtums und die Begehrlichkeit der ärmeren Nachbarn.[2]

Vor allem bei den Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern (siehe Kap. 1.2.3.) hat noch ein anderer möglicher Maßstab für das Wirtschaftswachstum Bedeutung erlangt, nämlich die Zunahme des Produktionsergebnisses je Beschäftigten (Arbeitsproduktivität). Hierbei steht der Leistungsgedanke eindeutig im Vordergrund, weshalb vor allem von Unternehmerseite die Bedeutung des Produktivitätsfortschritts immer besonders hervorgehoben wird - vor allem als Leitzahl für Lohn- und Gehaltsforderungen.[3]

---

1 **Die Exportzahlen zeigten auch 1958 keine Abschwächung** (S. 16)
2 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 30. April 1957, Ziffer 7.
3 Hier sei besonders auf unsere Darstellung der tarifpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1958 hingewiesen (S. 107). Vgl. ebenso das Kapitel „Preisniveaustabilität".

In unserer Untersuchung können wir diesen Maßstab für das Wirtschaftswachstum jedoch nicht verwenden, da hier ein offener Konflikt mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes vorliegt: Nur die leistungsfähigsten Arbeitskräfte hätten bei einer isolierten Verfolgung dieser Zielsetzung eine Beschäftigungschance und nur die produktivsten Arbeitsplätze blieben besetzt.[1] Dies wäre aber höchst unsozial, denn gerade die älteren oder auch kränklichen Arbeitnehmer hätten dabei kaum eine Beschäftigungschance. Außerdem würde der ständige Zustrom von mobilen und (zumeist) jungen ausländischen Arbeitskräften die einheimischen Arbeitnehmer einem gnadenlosen Wettbewerb unterwerfen.

2.1.5.3. Analyse des empirischen Sachverhaltes

Nach dem Investitionsboom der Jahre 1954/55 hatte sich schon 1956 ein verlangsamtes Wachstum und eine verringerte private Investitionsneigung angezeigt. Diese Entwicklung mündete dann etwa gegen Jahresmitte 1957 in eine zwar langsamere, dafür aber stetige Fortschrittsrate. Noch zum Jahreswechsel 1956/57 hatte vielerorts die Befürchtung bestanden, daß ein konjunktureller Rückschlag mit negativen Folgen vor allem für das hohe Beschäftigungsniveau nicht ausbleiben würde, da die Sachkapazitäten trotz verringerter Investitionsquote ihr Wachstum weniger zu verlangsamen schienen, als es bei der Gesamtnachfrage der Fall war. Solchermaßen wäre das Problem der Anpassung von Investitionszuwachs an die allgemeine, verlangsamte Wachstumsrate ungelöst geblieben; dies **wiederum** hätte die Gefahr entweder eines deflatorischen Rückschlags oder aber - bei staatlichen Stützungen - eines inflatorischen Booms heraufbeschworen.[2] Daß dieses **Wachstumsparadoxon** eine konjunkturpolitisch befriedigende Lösung fand, lag vor allem daran, daß die Investitionsneigung trotz der zu Anfang 1957 geäußerten Befürchtungen nahezu unvermindert erhalten blieb.[3]

Die Ursache dieser gesamtwirtschaftlich äußerst vorteilhaften Entwicklung bestand in dem großen Bedarf an Rationalisierungs-

1 Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 286.
2 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1957, S. 9 f.
3 Auf die Gründe werden wir im folgenden noch kurz eingehen. Eine ausführliche Darstellung erfolgte in Kapitel 1.2.4. auf den Seiten 116 und (für 1958) Seite 122 f.

investitionen in der Industrie, welche die Folgen der starken Arbeitszeitverkürzungen und den (teilweisen) Übergang von der 6 auf die 5-Tage-Woche zu bewältigen hatte. Das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzungen wird offenbar, wenn man berücksichtigt, daß die geleistete Arbeitszeit 1958 bei abhängig Beschäftigten noch um 3 % unter der des Vorjahres lag - wobei sie bereits 1956 und 1957 in ähnlich starkem Maße abgenommen hatte.[1] Zugleich hatten die Arbeitszeitverkürzungen die hinsichtlich des Beschäftigungszieles günstige Nebenwirkung, daß dadurch bei der Wachstumsabschwächung weniger Arbeitskräfte freigesetzt wurden, ja durch die gute Konjunktur in einigen Bereichen gesamtwirtschaftlich der Beschäftigungsstand sogar noch erhöht werden konnte.[2]

Wenngleich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zwar auch in einigen Wirtschaftszweigen hinter den Erwartungen zurückblieb (Verbrauchsgüterindustrie bspw.) und bei den Grundstoff- und Textilgüterindustrien teilweise sogar bis zur Absatzkrise führte[3], so blieb das Wachstum durch die nach wie vor starke Auslandsnachfrage und die Sonderausgaben des Bundes (hier vor allem die Rentenreform) doch auf einem insgesamt befriedigenden Niveau: „Der Übergang von einer hohen zu einer sehr viel bescheideneren Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts hat sich in Westdeutschland mit einer sehr bemerkenswerten und - an internationalen Maßstäben gemessen - geradezu erstaunlichen Störungsfreiheit vollzogen."[4]

Die reale Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts war allerdings vierteljährlich von 7 % (im 1.Vj.) auf 3,5 % (im 4.Vj.) des Jahres 1957 zurückgegangen (siehe Tabelle 9). Auf diesem Niveau sollte die Fortschrittsrate dann aber auch in etwa während des gesamten Jahres 1958 und bis in das Jahr 1959 hinein mit bemerkenswerter Konstanz verbleiben.

Die Bundesbank begrüßte in ihrem Geschäftsbericht für 1957, daß sich trotz der spekulativen Geldzuflüsse (siehe S. 143) und der nach wie vor hohen Auslandsnachfrage das Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage verbessert habe, stellte jedoch auch gleichzeitig fest:

---

1 Bericht zur Lage, a.a.O., 1958, Ziffer 2.
2 Hier sei besonders auf das Kapitel „Vollbeschäftigung", Seite 190 ff. verwiesen.
3 Siehe dazu unsere Tabelle 11, 208.
4 Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1957, S. 359.

„Auch bei uns ist also noch nicht der Beweis erbracht, daß es möglich ist, Vollbeschäftigung und Stabilerhaltung des Geldwerts unter den Bedingungen der Wirtschaftsfreiheit miteinander in Einklang zu bringen und damit das kardinale ökonomische Problem der westlichen Welt zu lösen".[1]

Wie wir jedoch bereits früher festgestellt haben[2], ging die Verstetigung und Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums dann aber gegen Ende 1957 doch mit einer Erhaltung der Vollbeschäftigung und einer zunehmenden Beruhigung der Preisentwicklung einher.

Auch aus diesem Grund war der Tenor bei der Beurteilung des zwar langsamen, dafür aber stetig verlaufenden und die - zumindest annähernde - Erfüllung der konjunkturpolitischen Zielsetzungen gewährleistenden Wachstums allgemein positiv und wurde als der mögliche Übergang zu einer auch langfristig gleichgewichtigen Wachstumsrate angesehen. So schreibt das RWI[3] bspw.: „Das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland ist gegenwärtig, im ganzen gesehen, durch langsames, aber stetiges Wachstum gekennzeichnet. Es enthält keine Anzeichen, die auf der einen Seite die Gefahr eines kumulativen Rückgangs oder auf der anderen Seite hektische Übersteigerungen befürchten lassen müßten. Nimmt man hinzu, daß in den letzten Monaten die Aufwärtsbewegung der Preise zum Stillstand gekommen ist, so verstärkt sich der Eindruck der Tendenz zum gleichgewichtigen Wachstum".[4]

Offenbar hat auch hier die anfangs von uns dargelegte Vorstellung von der Existenz eines langfristigen, gleichgewichtigen volkswirtschaftlichen „Wachstumspfades" Eingang gefunden.

Bei der Beurteilung der diese Entwicklung verursachenden Faktoren kommt keinem die alleinig entscheidende Bedeutung zu, vielmehr handelt es sich hier um ein Zusammenwirken ganz verschiedenartiger Einflüsse. Zunächst wären dabei die noch immer anhaltenden Folgen der Arbeitszeitverkürzungen von 1956 und 1957 zu nennen, wenngleich sie auch 1958 schon weitgehend an Einfluß verloren hatten, so haben sie doch durch ihren effizienzfördernden Effekt - die Arbeitsproduktivität stieg 1957 in der Gesamtwirtschaft um 5 %, in der Industrie sogar um 7,5 %[5] - den

1 Geschäftsbericht, a.a.O., 1957, S. 50.
2 Vgl.: Kapitel 2.1.2., S. 165 ff.
3 „Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung"
4 Konjunkturberichte des RWI, Essen 1958, Heft 3, S. 5.
5 Bericht zur Lage, a.a.O., 1958, Ziffer 3. Die gesamtwirtsch. Prod. bezieht sich auf die Erwerbstätigenstunde, die indust. Prod. auf die Arbeiterstunde.

Kostendruck durch die beträchtlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen (siehe Kap. 1.2.3.) für die Mehrzahl der Unternehmen gemildert und zugleich einen enormen Rationalisierungsbedarf entstehen lassen. Dadurch wurde die Investitionsneigung in vielen Wirtschaftszweigen, vor allem aber in der Industrie, von der Wachstumsabschwächung nur wenig betroffen, zumal der sich bei verringerter Nachfrage verschärfende Wettbewerb ohnehin Rationalisierung dringend angeraten erscheinen ließ. Die Ausnutzung des Spielraums bei der Ausschöpfung der Möglichkeiten arbeitssparenden technischen Fortschritts durch Kapitalintensivierung dürfte daher bei den meisten Unternehmen als Investitionsmotiv vorrangig gewesen sein, wie wir in unserer Verhaltensanalyse bereits festgestellt haben (vgl. S. 136). Begünstigend wirkte für Investitionsvorhaben auch die Auflockerung des Kapitalmarktes sowie die Liquiditätsfülle bei den Banken durch Devisentransaktionen und den Anstieg der Geldkapitalbildung.[1]
Ein weiterer Einflußfaktor war die geradezu erstaunlich anmutende - unbeabsichtigte - Synchronisation von Ausgabensteigerungen des Bundes und Geldstillegung durch die privaten Haushalte. So blieb der von vielen erwartete „Konsumstoß" durch die Rentenreform aus, die Sparneigung stieg dagegen sprunghaft an - wie wir es in Kapitel 1.2.2. bereits ausführlich dargestellt haben. Nicht zuletzt diese gegenläufigen Verhaltensweisen von Bund und privaten Haushalten dürften den 1958 eintretenden Stillstand im Anstieg der meisten Preisindizes (siehe Schaubild 11, S. 170) verursacht haben.
Von der allgemeinen Ausgabensteigerung der öffentlichen Haushalte waren allerdings nicht nur die privaten Haushalte betroffen, sondern die beträchtlichen Bauinvestitionen wirkten über den Bausektor hinaus auf die Gesamtwirtschaft. Die „Ausstrahlungskraft" der Entwicklung der Nachfrage auf dem Bausektor auf die übrigen Wirtschaftsbereiche, hier vor allem die Eisen- und Stahlindustrie aber auch den Kraftfahrzeug- und Maschinenbau, hat mit dazu beigetragen, die Investitionsneigung der Unternehmer zu erhalten.[2]
Unter dem Einfluß der Senkung des langfristigen Zinssatzes am Kapitalmarkt verstärkte sich überdies noch vor allem die private

1 Siehe dazu Kapitel 1.2.4., vor allem Seite 125 f.
2 Hier sei wieder auf den Sonderbericht des IfO-Instituts: „Die konjunkturelle Schlüsselstellung der Bauwirtschaft" verwiesen. Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 4, S. 19 ff.

Bautätigkeit dergestalt, daß zum 3. Quartal 1958 das Sozialprodukwachstum wieder eine dem Vorjahr (im letzten Quartal) vergleichbare Rate von etwa 3,5 % erreichte.[1]
Schließlich - und in ihrer Bedeutung keineswegs zuletzt - dürfte die Auslandsnachfrage trotz leichter Abschwächung gegenüber 1957 im Jahre 1958 wiederum von großer Bedeutung für die Erhaltung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums gewesen sein, wenngleich der leicht gestiegene Außenhandelsüberschuß wegen der entgegengerichteten Preistendenzen[2] diese Wirkung übertreibt.

Von der Lagerhaltung des Handels, die 1957 und 1958 durch den Abbau von Beständen über sinkenden Auftragseingang bei den erzeugenden Bereichen zur Wachstumsabschwächung beigetragen hatte, gingen die belebenden Impulse des neu einsetzenden konjunkturellen Aufschwungs aus, nachdem das ruhige und stetige Wachstum der Gesamtwirtschaft von Ende 1957 noch bis in das erste Quartal 1959 angehalten hatte (siehe Tabelle 9, S. 208). Die steigende, wie wir es bei der Analyse unternehmerischer Verhaltensweisen beschrieben haben (S. 129 f.) mitunter geradezu hektische Bestelltätigkeit wirkte wiederum - wie schon in der Abschwächungsphase - ausgesprochen prozyklisch. Obwohl die private Verbrauchsnachfrage und die Exportorders zunächst keineswegs so expandierend wirkten, gewann der neue Wachstumsschub dergestalt immer mehr an Kraft: Zur Jahresmitte 1959 stieg das Bruttosozialprodukt bereits mit einer etwa doppelt so hohen Rate (von real 6 %) wie 1958.[3] Im Gefolge dieser Entwicklung ging dann (wie bereits dargestellt) die mühsam erreichte Preisstabilität zugunsten der höheren Fortschrittsrate verloren.
Die eigentlichen Ursachen dieses boomartigen Konjunkturaufschwunges, der seinen Höhepunkt etwa 1960 erreichen sollte, liegen jedoch nicht nur in dem erwähnten „umgekehrten" Lagerzyklus begründet, sondern vor allem auch in den enormen Ausgabensteigerungen der öffentlichen Haushalte, wie wir sie in Kapitel 1.2.1. (S. 80 f.) bereits ausführlich dargestellt haben. Wäre es der Bundesbank gelungen, die - oft reklamierte - öffentliche Ausgabenflut im Jahre 1959 einzudämmen, so hätte der neue Aufschwung vermutlich nicht diesen stürmischen Verlauf nehmen können. Zu Recht fühlte sich die Bundesbank im Kampf um die

1 Siehe dazu Tabelle 9, S. 208.
2 Vgl.: Kapitel 1.1.2., S. 14 f.
3 Siehe dazu Tabelle 9, S. 208.

Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität daher im Stich gelas=sen, als sie, wie beschrieben, im Herbst 1959 wieder einen restriktiven Kurs einschlug.[1]
Allerdings muß sie sich ihrerseits auch den Vorwurf gefallen lassen, zu spät die Restriktionsmaßnahmen ergriffen zu haben, und den „Bremsweg" ihrer Maßnahmen hatte sie ebenfalls unter=schätzt.[2]
Einen Teil tragen aber auch die Gewerkschaften Schuld daran, daß der Pfad stetigen und inflationsfreien Wachstums im Jahre 1959 verlassen wurde, denn sie haben den neuen konjunkturellen Aufschwung förmlich „verschlafen", denn, wie wir es in Kapitel 1.2.3. bereits dargestellt haben, sie setzten in den Jahren 1957 und 1958, also zu Zeiten schwächeren Wachstums, wesentlich höhere Lohnforderungen durch, als im Jahre des beginnenden Booms.[3] Von der Bundesbank wurde ihnen dafür zwar sozusagen bescheinigt, daß sie sich inflationsneutral verhalten hätten[4] - jedoch die Gewinnexplosion der Unternehmen allgemein, welche sich im sprunghaften Anstieg der Einkommen aus Unternehmertätig=keit und Vermögen (auch) niedergeschlagen hatte,[5] wurde von ihnen damit zumindest mitverschuldet. Durch einen etwa dem des Jahres 1957 entsprechenden Lohn- und Gehaltsanstieg wäre die zu beobachtende enorme Ausdehnung der Kosten-Ertrags-Relationen[6] wahrscheinlich vermindert worden, und die Investitionstätigkeit hätte dann wohl nicht diese hektischen Züge angenommen.[7]

---

1 Vgl. S. 150 f.
2 Eine ausführliche Darstellung erfolgt ebenda.
3 Vgl. unsere Analyse des Verhaltens der Gewerkschaften S. 111ff und das Schaubild 9 auf Seite 114.
4 Vgl.: Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung, S. 5 der Beilage in: Monatsberichte, a.a.O., Januar 1960.
5 Siehe Schaubild 3 (Seite 53) und das Schaubild 14 im Kapitel über die Entwicklung der Einkommensverteilung
6 Dies wird anhand von Schaubild 9, S. 114 erkennbar.
7 Die Implikation von Ausdehnung der Ertragsmargen und gestei=gerter Investitionsneigung halten wir angesichts der Ergeb=nisse der Verhaltensanalyse (S. 133 ff.) für vertretbar.

Tabelle 9 - Die vierteljährliche Entwicklung des Bruttosozialproduktes

(Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin)

Vierteljahre		Zahl der Arbeits-tage	in jew. Preisen	in Preisen von 1954	Wachstumsrate in vH gegen Vj.	
			in Mrd. DM		nominal	real
1957[1]	1.Vj.	76	48,5	45,1	10,5	7
	2.Vj.	71	51,3	47,3	8	4,5
	3.Vj.	79	53,7	49,0	8,5	5
	4.Vj.	76	56,1	50,8	6,5	3,5
1958	1.Vj.	76	53,2	47,6	6,5	3
	2.Vj.	71	55,6	49,6	6	2,5
	3.Vj.	79	58,0	51,3	6	3
	4.Vj.	76	60,5	53,5	5,5	3
1959	1.Vj.	74	55,2	48,9	3,5	2,5
	2.Vj.	73	60,1	52,9	8	6,5
	3.Vj.	79	62,7	54,8	8	6,5
	4.Vj.	76	66,4	57,0	10	6,5
1960[2]	1.Vj.	77	62,7	54,0	13,5	10,5

Quelle: 1 Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, hrsg. v.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jahrgang 1959, S. 404, Berlin 1959.

2 Ebd., Jahrgang 1960, S. 139.

Tabelle 10 - Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik

Meßzahlen und Zuwachsraten.
1956 bis 1960
Bundesgebiet ohne Berlin, ab 1960 mit Saarland

Bruttosozialprodukt	1956	1957	1958	1959	1960
In jeweiligen Preisen (1950 = 100)	126	137	146	159	178
Zunahme in % gegen Vorjahr	10,2	8,8	7,0	8,5	12,0
In Preisen von 1954 (1950 = 100)	119	126	130	138	151
Zunahme in % gegen Vorjahr	6,9	5,4	3,3	6,7	8,8
BSP je Einwohner					
In Preisen von 1954	117	121	124	130	140
Zunahme in % gegen Vorjahr	5,6	4,0	1,9	5,4	7,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1962, Stuttgart und Mainz o.J., S. 143.

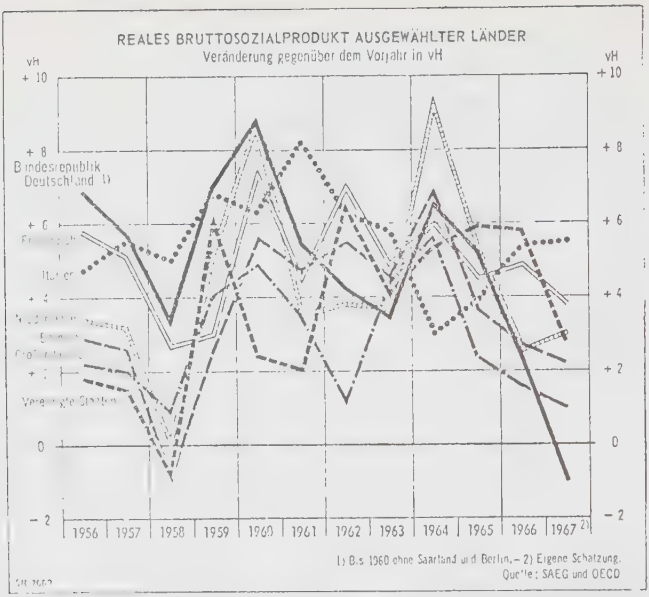
Tabelle 11 - Die realen Zuwachsraten der industriellen Produktion

Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin.
1957 bis 1959 in vH.

Industriegruppe	1957		1958				1959		
	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Grundstoff- und Produktionsgüter	4,0	5,1	1,6	1,5	2,9	3,5	3,1	14,6	13,8
Investitionsgüter	3,3	6,5	6,1	4,8	8,0	8,7	1,5	9,2	6,3
Verbrauchsgüter	6,1	3,2	0,5	-1,7	-1,1	-2,0	-4,4	8,8	6,5
Nahr. + Genußmittel	9,2	9,6	7,9	0,0	3,0	4,9	2,3	5,3	1,5
Bergbau	1,4	2,7	0,0	0,0	0,7	-2,0	-4,1	-3,5	-4,8
Industrie (ohne Bau)	5,1	5,8	3,6	1,5	3,4	3,7	0,5	9,0	6,6
Baugewerbe	-4,4	-4,2	-13,9	-0,6	8,8	11,7	18,3	14,2	8,4

Quelle: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, hrsg. v.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jg. 1959, S. 406, Berlin 1959.
Verkürzte Wiedergabe.

Schaubild 12



Quelle: Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart und Mainz 1967, Schaubild 7, S. 14.

Begleittext:

Das Schaubild zeigt die engen Verbindungen im Konjunkturverlauf der westeuropäischen Länder und der USA. Für das Jahr 1958 wird erkennbar, daß ein tiefer Einbruch im Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu den meisten Partnerländern vermieden werden konnte. Der an Heftigkeit (in diesem Zeitraum) unerreichte, darauf folgende Aufschwung führte dann wieder zu einem Jahr ähnlicher, gemäßigter Wirtschaftsentwicklung (1963), jedoch dieses Mal parallel zu der Entwicklung in den Partnerländern. In keinem anderen Jahr ist die Konjunktur in der Bundesrepublik so vom allgemeinen „Konjunkturverbund abgekoppelt" verlaufen, wie 1958.
Von einer Verstetigung kann - zumindest auf Grund dieser jährlichen Daten - angesichts der heftigen Ausschläge des Wirtschaftswachstums keine Rede sein.[1]

1 Wir haben in Tabelle 9 (S. 208) versucht, auf der Basis vierteljährlicher Daten die Entwicklung des Wirtschaftswachstums exakter zu erfassen - jedoch stehen dem beträchtliche Ermittlungsschwierigkeiten entgegen.

2.2. Exkurs: Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung

2.2.1. Vorbemerkung

Als im Jahre 1956 der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium die Zielsetzungen der Konjunkturpolitik, wie wir sie in den vorangegangenen vier Kapiteln dargestellt haben erstmals in dieser Form eines Zielkomplexes darlegte,[1] hatten die Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung offenbar noch nicht jenen Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit erreicht, daß an die Formulierung einer speziellen verteilungspolitischen Zielsetzung gedacht wurde, auch in dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates[2] (sieben Jahre später) ist das Verteilungsziel nicht explizit in den gesamtwirtschaftlichen Zielkatalog integriert worden.[3]
Die Gründe für die Zurückhaltung des Staates hinsichtlich der Fixierung eines bestimmten Verteilungszieles sind sicherlich in der Vorstellung zu suchen, daß die Tarifautonomie der Sozialpartner nicht angetastet werden dürfe, so heißt es im (obigen) Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats: „Die staatliche Konjunkturpolitik hat .. zunächst mit den Entscheidungen der Sozialpartner als einem Faktum zu rechnen und bei ihren eigenen konjunkturpolitischen Maßnahmen darauf Bedacht zu nehmen."[4]
Jedoch wird dieser Zustand schon im Jahre 1956 offenbar als unbefriedigend empfunden, denn an gleicher Stelle heißt es weiter: „Das Bestreben müßte vielmehr darauf gerichtet sein, die Maßnahmen der staatlichen Konjunkturpolitik und diejenigen der Sozialpartner von vorneherein zu koordinieren."[5]
Aus diesem Zwiespalt zwischen konjunkturpolitischen Erfordernissen und der Achtung der Tarifautonomie hat sich in den dann folgenden Jahren in paradoxer Weise die Entwicklung ergeben, daß zwar Richtlinien für die von den Sozialpartnern anzustrebenden gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen von seiten des

---

1 Vgl.: Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3. Juni 1956 und 8. Juli 1956, Thema: Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung, Ziffer 2 ff.
2 Vgl.: Im Vorwort des Sachverständigengutachtens, a.a.O., 1964/65, Seite V.
3 Der Sachverständigenrat wird vom Gesetzgeber mit einer Untersuchung über „die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen" beauftragt. Ebenda, Ziffer 4.
4 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3. Juni 1956 und 8. Juli 1956, Ziffer 59.
5 Ebenda, Ziffer 60.

Staates vorgegeben wurden,[1] man jedoch die Formulierung eines verteilungspolitischen Zieles sorgfältig umging. Zugleich hat der Staat aber durchaus schon in den Jahren 1957 bis 1959 in großem Umfang verteilungspolitische Maßnahmen ergriffen (man denke hier nur an die Einführung der „dynamischen" Rente im Rahmen der Rentenreformgesetze) jedoch fehlt der staatlichen Umverteilungspolitik bis zum heutigen Tag ein schlüssiges Gesamtkonzept.
Aus diesem Grunde mußte das folgende Kapitel über die Einkommens- und Vermögensverteilung außerhalb des Gliederungsrahmens der konjunkturpolitischen Zielsetzungen gestellt und auch entsprechend anders aufgebaut werden. Es konnte hier auch keine Überprüfung von Zielvorstellung und Zielerreichungsgrad vorgenommen werden, sondern wir mußten uns darauf beschränken, die längerfristig erkennbaren Tendenzen in der Einkommens- und Vermögensverteilung und ihre möglichen Ursachen aufzuzeigen. Zugleich ging das Bestreben dahin, einige Interdependenzen darzustellen, welche zwischen Veränderungen auf diesem Sektor und dem der Konjunkturpolitik sich insbesondere in den Jahren 1957 bis 1959 ergeben haben.

---

1 Man denke hier nur an die zahlreichen „Lohnleitlinien" und „Orientierungsdaten", sowie an die Versuche im Rahmen einer „Konzertierten Aktion" in jüngster Vergangenheit zu einer Koordinierung von Zielsetzungen und Verhaltensweisen zu gelangen.

2.2.2. Die Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

Bevor wir auf die Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung näher eingehen, soll zunächst darauf hingewiesen werden, warum gerade das „Denken in Quoten" eine solch große verteilungspolitische Bedeutung - hier besonders bei der Argumentation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften - erlangt hat.[1] Wenngleich vom theoretischen Standpunkt aus eine Analyse der personellen Einkommensverteilung ungleich aussagekräftiger wäre (wie wir bereits in der Einleitung darstellten), so bestehen in der verteilungspolitischen Praxis des „Verteilungskampfes" doch insbesonders für die Gewerkschaften gewichtige Gründe, um an einer Argumentation anhand von Lohnquoten festzuhalten. Vor allen Dingen spielt hier der Vorteil einer regelmäßigen Ermittlung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die relativ kurzfristige Überprüfbarkeit eine große Rolle: „Die autonomen Gruppen können also kurzfristig überprüfen, ob sie ihre verteilungspolitischen Ziele in der Vergangenheit durchzusetzen vermochten. Dabei kann nominal als Erfolg ausgewiesen werden, was real, unter Berücksichtigung der Geldentwertung, einen Mißerfolg darstellt."[2]
Den rein technischen Vorteilen einer Argumentation mit Lohnquoten stehen jedoch erhebliche Mängel entgegen, wenn man die Ungenauigkeit derartiger Angaben berücksichtigt. So hat bspw. eine gegen Ende der 50er Jahre stattgefundene Revision der Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für den Anstieg der Lohnquote von 1950 bis 1958 einen relativen Fehler von 6,3 % ergeben.[3] Angesichts dieser Unsicherheit selbst von amtlichen Berechnungen hält Helmstädter bspw. eine Fehlertoleranz von ± 3 % für derartige Ergebnisse sogar als ein Minimum.[4]
Für Gewerkschaftsführer ist es allerdings oftmals wichtiger, wie es scheint, daß sie die Argumentation mit Lohnquoten ihren Mitgliedern an der „Basis" verhältnismäßig leicht plausibel machen können - auf jeden Fall aber wohl eher als die relative Undurchschaubarkeit aufwendiger Untersuchungen über eine, wenn auch maßgebliche, personelle Einkommensverteilung. Dieses

---

1 Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1972, Ziffer 441.
2 Ebenda, Ziffer 447.
3 Vgl.: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 9 ff.
4 Ernst Helmstädter, Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland unter verteilungstheoretischem Aspekt 1950 - 1965. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 179, Stuttgart 1966, S. 389 ff.

Argument sollte in seiner Bedeutung keineswegs unterschätzt werden, vor allem ist zu bedenken, daß eine Gegenüberstellung von Lohnquote und Gewinnquote (auf die Anfechtbarkeit dieser Begriffe kommen wir noch) die Frontstellung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern allen vor Augen führt, und somit eine Solidarität innerhalb der gesamten Unternehmerschaft sehr viel leichter erzielbar ist als wenn die Fronten in zahlreiche, mehr oder weniger verdienende abstrakte Haushaltsschichten zerlegt werden. Dies gilt in besonderem Maße, wenn sich eine Art von „Branchenegoismus" unter den Einzelgewerkschaften zu bilden droht, wie wir in der Verhaltensanalyse bereits für den Zeitraum von 1957 bis 1959 feststellen konnten.[1]
Der - allerdings dann nur vordergründige - Erfolg einer steigenden gesamtwirtschaftlichen Lohnquote ist für die Gewerkschaftsführer auch aus Gründen des Wandels in der Beschäftigtenstruktur leichter auszuweisen, wie an späterer Stelle noch gezeigt werden wird.[2]
Es sind daher im wesentlichen der Verteilungstheorie fremde Gründe, die zu einer Bevorzugung der funktionsorientierten Betrachtungsweise in der Tagespolitik (und hier besonders der Lohnpolitik) geführt haben und die Bedeutung der vielen unterschiedlich definierten Lohn- bzw. Gewinnquoten erklären. Für die Konjunkturpolitik insgesamt ergeben sich daraus gewichtige Rückschlüsse, deren Ursachen und Folgen nun kurz dargestellt werden sollen, indem wir zunächst in Tabelle 12 die Entwicklung einiger für die funktionelle Einkommensverteilung relevanter volkswirtschaftlicher Größen wiedergeben. Um Entwicklungstendenzen besser aufzeigen zu können, wurde der Untersuchungszeitraum über die Jahre 1957 bis 1959 hinaus auch auf die Zeit vor und nach der Rezession von 1966/67 ausgedehnt.
Die Zeilen I bis VI zeigen die Verteilung des Volkseinkommens wie sie üblicher Weise in den amtlichen Statistiken ausgewiesen wird, das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergibt sich dabei als Restgröße. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit ist als Anteil in Zeile VI aufgeführt, diese Lohnquote wird im folgenden im Gegensatz zu den „rechnerischen" als die „tatsächliche" Bruttolohnquote bezeichnet.

---

1 Vgl.: Kapitel 1.2.3., S. 109 f. und 113.
2 Gemeint ist hier, daß die Bruttolohnquote automatisch eine Steigerung aufweist, sobald (ceteris paribus) sich der Wandel in der Beschäftigtenstruktur in einer steigenden Zahl von abhängigen Erwerbstätigen auswirkt.

Da für den Arbeitnehmer das verfügbare Einkommen jedoch von ungleich größerer Relevanz ist als das Bruttoeinkommen, ist in der vorangehenden Zeile (IV) die sich unter Abzug der Steuern (ohne Sozialabgaben) ergebende Nettolohnquote aufgeführt.
Nun lassen sich aber - unbeschadet unserer allgemeinen Kritik an einer funktionsbezogenen Betrachtungsweise - auch noch andere Gründe dafür anführen, warum die tatsächliche Bruttolohnquote die wirklichen Gegebenheiten der Einkommensverteilung nur unbefriedigend wiedergibt. So weist bspw. Krelle darauf hin, daß sich das Selbständigeneinkommen sowohl aus Besitz- als aber auch aus Arbeitseinkommen zusammensetzt, und daher die Bruttolohnquote als Indikator der funktionellen Einkommensverteilung nicht zuverlässig ist.[1]
Eine andere Kritik richtet sich dagegen, daß in der Lohnquote die von vielen Unternehmen gewährten Nebenleistungen (Gratifikationen, Urlaubsgeld etc. (Lohnnebenkosten)) nicht berücksichtigt werden.[2]
Der schwerwiegendste Mangel der tatsächlichen Bruttolohnquote liegt unserer Ansicht nach jedoch darin, daß sie Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur vernachlässigt. Wie wir später noch zeigen werden, war gerade in der Bundesrepublik Deutschland der Strukturwandel von den Selbständigen zu den unselbständig Tätigen von großer Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung.
Immerhin läßt sich aber wenigstens dieser augenfällige Mangel der tatsächlichen Bruttolohnquote weitgehend dadurch beheben, indem man, wie vom Sachverständigenrat vorgeschlagen,[3] der sich ergebenden Lohnquote das Verhältnis von selbständig zu unselbständig Tätigen eines Basisjahres zugrunde legt. Diese sich nach der Umrechnung ergebende „strukturbereinigte" Lohnquote wird in Zeile VII aufgeführt.
Eine weitere vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Modifikation der tatsächlichen Bruttolohnquote ist in Zeile VIII wiedergegeben. Hierbei handelt es sich um eine rechnerische Umformung, bei der der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer am Volkseinkommen je Erwerbstätigen konstant gehalten wird. Auf diese Weise soll veranschaulicht werden, wie groß

1 Wilhelm Krelle, Verteilungstheorie, Tübingen 1962, S. 10.
2 O. de la Chevallerie, Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik, in: Lebendige Wirtschaft, Bd. 22, Opladen 1964, S. 12.
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1965/66, Seite 58.

die Lohnquote sein müßte, wenn sich die Durchschnittseinkommen aus beiden Einkommensarten (Kapital und Arbeit) von einem bestimmten Basisjahr an gleichmäßig entwickelt hätten.[1] Im folgenden bezeichnen wir diese Lohnquote als „einkommensbereinigte" Lohnquote.

Anhand der aufgeführten Zahlenreihen soll jetzt zunächst eine Übersicht der längerfristigen Einkommensentwicklung dargestellt werden. Vor diesem Hintergrund erfolgt daran anschließend eine eingehende Analyse der Gegebenheiten in den Jahren 1957 bis 1959.

Tabelle 12 zeigt die Veränderung der beschriebenen unterschiedlich definierten Lohnquoten, nämlich der tatsächlichen, der struktur- und der einkommensbereinigten Bruttolohnquote in den Jahren von 1955 bis 1968. Außerdem ist die Entwicklung des Nettoeinkommens aus unselbständiger Arbeit, um in unserem Definitionsrahmen zu bleiben: die tatsächliche Nettolohnquote, aufgeführt. Auch hier wäre selbstverständlich wieder eine Umformung in die verschiedenen, sich entsprechend rechnerisch ergebenden Lohnquoten möglich gewesen, jedoch wurde darauf hier zugunsten der besseren Überschaubarkeit verzichtet. Außerdem wäre von einer weiteren Aufsplitterung kaum zusätzlicher Erkenntniswert zu erwarten gewesen.

Betrachten wir nun zunächst die Zahlenreihe für die tatsächliche Bruttolohnquote (Spalte VI), so läßt sich hier eine fast durchgehende Steigerung des Anteils am Volkseinkommen von 58,8 % im Jahre 1955 auf 64,1 % im Jahre 1968 beobachten. Dieses für die Bezieher von Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit günstige Bild trübt sich jedoch, denn wenn wir die Entwicklung der strukturbereinigten Lohnquote dem gegenüberstellen, so zeigt sich, daß der scheinbare anteilsmäßige Zugewinn auf einer bloßen Veränderung in der Beschäftigtenstruktur basiert, nämlich in der Zunahme des Anteils der unselbständig Tätigen an den Erwerbspersonen, bzw. in der Abnahme des Anteils der Selbständigen.[2]

Die Abnahme der strukturbereinigten Bruttolohnquote läßt sich bis zum Jahre 1960 verfolgen, danach hat sich eine länger anhaltende leichte Verbesserung durchsetzen können, was von

---

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1965/66, S. 58.

2 Vgl.: Rainer Skiba, Die Problematik der Lohnquote, in: WWI-Mitteilungen, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH, 22. Jg., Köln 1969, S. 303 f.

mancher Seite auf ein Erreichen des Zustands der Vollbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft und auf den Wandel in der zunehmenden Spannung auf dem Arbeitsmarkt zurückgeführt worden ist.[1] Diese Entwicklung zeigt sich 1961 in einem erstmaligen Absinken der Arbeitslosenquote auf unter ein Prozent (Tab. 12, Spalte IX), einer Grenze, die wir allerdings bereits als Verletzung des Zieles der Vollbeschäftigung ansehen, nämlich als eine Art von „Überbeschäftigung" welche schädliche Rückwirkungen auf die Erfüllung der übrigen konjunkturpolitischen Zielsetzungen ausübt.[2]

Die, für sich betrachtet, erstaunliche Ausdehnung der Lohnquote - und zwar sowohl der tatsächlichen als auch der strukturbereinigten - in Jahren relativ schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstums fällt besonders im „Rezessionsjahr" 1967 auf. Diese Erscheinung erklärt sich wesentlich aus der Unbeweglichkeit der Tariflöhne nach „unten", während nämlich die übrigen Einkommensarten (vor allem das Kapitaleinkommen) in wirtschaftlich ungünstigen Jahren nur unterproportional ansteigen, vollzieht sich das Wachstum der kontraktgebundenen Einkommen dagegen noch nach den Bedingungen, welche während des vorangegangenen Konjunkturaufschwungs ausgehandelt worden sind. Zudem spielt hierbei auch die Verhaltensweise der Unternehmer in Zeiten „flauer" konjunktureller Entwicklung einen relativ hohen Bestand an Arbeitskräften „durchzuhalten" (vgl. S.186), vor allem bei angespannter Lage auf dem Arbeitsmarkt, eine große Rolle.[3]

Die Kontraktbestimmtheit der Arbeitnehmereinkommen könnte auch erklären, warum entsprechend im konjunkturellen Wiederaufschwung die Lohnentwicklung zunächst hinter dem Wachstum der Unternehmer- und Kapitaleinkommen zurückbleibt, denn folgerichtig wären in dieser Situation die während der Rezession geschlossenen Tarifverträge gültig.[4] Unbeschadet dessen ist eine Zunahme der Kapitalakkumulation für Investitionszwecke sicherlich für den konjunkturellen Wiederaufschwung notwendig - allerdings wird dabei oft übersehen, daß aus Gründen der Akkumulation der Anteil des Arbeitnehmereinkommens am Volkseinkommen nicht zwangsläufig abzunehmen brauchte.[5]

---

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1965/66, Ziffer 91.
2 Vgl.: Kapitel 2.1.4. Vollbeschäftigung.
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65, Ziffer 125.
4 Ebenda, Ziffer 125 ff.
5 Entscheidend ist hier die Verbrauchs- bzw. Sparneigung der von der Einkommenssteigerung betroffenen Arbeiterhaushalte.

Als Paradebeispiel des „Nachhinkens" der Arbeitnehmereinkommen (auf tariflicher Basis) im konjunkturellen Wiederaufschwung kann das Jahr 1959 gelten. Trotz hoher gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsfortschritte und geringer Arbeitslosenquote (vgl. Tab. 12) sind die Bruttoeinkommen der unselbständig Tätigen nicht entsprechend den Möglichkeiten gewachsen, vielmehr zeigt sich ein sprunghaftes Ansteigen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Diese Entwicklung, welche sich sowohl an der Veränderung der tatsächlichen und der einkommensbereinigten Bruttolohnquote ablesen läßt, als auch unserer (späteren) Analyse der personellen Einkommensverteilung entnommen werden kann, ist jedoch keineswegs als zwangsläufig anzusehen, sondern beruht vielmehr auf einer falschen Verhaltensweise der Gewerkschaften, wie wir bereits an früherer Stelle festgestellt haben (vgl. S. 111 f.).

Die Begründung, daß ein Anwachsen der Unternehmer- und Kapitaleinkommen für Investitionszwecke im konjunkturellen Wiederaufschwung notwendig sei, ist nur dann haltbar, wenn davon ausgegangen werden kann, daß die Arbeitnehmerhaushalte generell eine hohe Verbrauchsneigung aufweisen, d.h. eine gleichgewichtigere Expansion der Einkommensarten eine die Angebotsgrenzen übersteigende, inflationsfördernde private Verbrauchsnachfrage zur Folge haben würde. Schlüge sich die Einkommenssteigerung der Arbeitnehmerhaushalte jedoch in einer erhöhten Sparneigung nieder, so würde der Kapitalmarkt entsprechend den Investitionsabsichten der Unternehmer versorgt, die Einkommensverteilung verliefe gleichmäßiger und die ständigen „Nachholansprüche" der Gewerkschaften würden vermieden.[1]

Das Jahr 1958 bietet wiederum ein sehr gutes Beispiel dafür, daß nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden darf, daß bei Haushalten der unteren Einkommensschichten, wozu wir hier den überwiegenden Anteil der Arbeiter- und Rentner-Haushalte rechnen, eine besonders hohe Verbrauchsneigung grundsätzlich gegeben wäre, vielmehr zeigen gerade die Folgen der Rentenreform von 1957, daß sich Einkommenssteigerungen bei solchen Haushalten nicht unbedingt in einer starken und sofortigen Erhöhung der Verbrauchsnachfrage niederschlagen müssen.[2]

---

1 Auf diesen Umstand hat auch der Sachverständigenrat wiederholt hingewiesen, vgl. bspw.: Sachverständigengutachten, a.a. O., 1969, Ziffer 231 ff., besonders Ziffer 237.

2 Vgl. zu unserer Analyse der personellen Einkommensverteilung und Kapitel 1.2.2., S. 92, ebenso Schaubild 6, S. 52.

Die Entwicklung der einkommensbereinigten Bruttolohnquote bestätigt das anteilsmäßige Zurückbleiben der Arbeitnehmereinkommen ebenso wie es bei der strukturbereinigten Bruttolohnquote der Fall ist, jedoch kann man hier nicht von einer Veränderung des Trends in der Zeit seit 1960 sprechen.
Immerhin läßt sich aber auch anhand dieser Lohnquote die bereits gemachte Erfahrung bestätigen, daß in Zeiten schwächeren gesamtwirtschaftlichen Wachstums der Abstand zwischen der tatsächlichen und der - in diesem Fall - einkommensparitätischen Lohnquote geringer wird, als wenn die Volkswirtschaft zu einem neuen Aufschwung „angekurbelt" werden soll.
Jedoch ist bei einem derartigen Vergleich insoweit Vorsicht angebracht, als hier streng darauf geachtet werden muß, daß es sich ja nur um gesamtwirtschaftliche Quoten handelt. Keineswegs darf eine Quotenbetrachtung zu dem Fehlschluß verleiten, daß deswegen die Einkommenssituation für die Arbeitnehmer in Zeiten schwächeren gesamtwirtschaftlichen Wachstums generell günstiger sei, denn hier zeigt sich vor allem die Schwäche einer Orientierung an der funktionellen Einkommensverteilung: Über die Einkommenslage der einzelnen Haushalte kann keine Aussage gemacht werden. Die mangelnde Aussagekraft der Lohnquote in dieser Hinsicht wird am deutlichsten, wenn man bedenkt, welche Wechselwirkungen zwischen der Entwicklung von Volkseinkommen und Lohnquote bestehen, steigt bspw. das Volkseinkommen, so verbessert sich die Einkommenslage der Arbeitnehmer auch bei konstanter (unter Umständen sogar sinkender[1]) Lohnquote et vice versa.[2] Die eigentliche Bedeutung einer Argumentation mit Lohnquoten besteht daher im wesentlichen im Vergleich mit anderen gesamtwirtschaftlichen Quoten (zum Beispiel dem Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, sowie den rechnerischen Lohnquoten) und im Aufzeigen von langfristigen Veränderungen in der Einkommensstruktur.
Wie eingangs bereits erwähnt wurde, ist für eine Beurteilung der Entwicklung des Anteils der Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung am Volkseinkommen wesentlich, die gesamtwirtschaftliche Belastung dieser Einkommen durch Steuern und Arbeit-

---

1 Wenn nämlich das Volkseinkommen relativ stärker wächst, als die Lohnquote sinkt.
2 Vgl. dazu: Alfred E. Ott, Diskussionsbeitrag, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, N.F., Bd. 51, Berlin 1969, S. 781 f.

nehmerbeiträge für öffentliche Einrichtungen der sozialen Sicherung zu ermitteln. Aus diesem Grund ist in Tabelle 12 neben der Bruttolohnquote auch die entsprechende Nettolohnquote aufgeführt.

Betrachten wir diese beiden Quoten im Zeitablauf, so zeigt sich, daß das Wachstum der Nettolohnquote seit 1961 immer stärker hinter demjenigen der Bruttolohnquote zurückbleibt. Dies mag in einem „Hineinwachsen" der Bruttoeinkommen in die progressive Zone des Einkommenssteuertarifs begründet sein, für die vorangehenden Jahre ab 1956 durch die Rentenreform, denn eine Erklärung für das kurzfristig starke Anwachsen der laufenden Einkommensübertragungen an den Staat bietet sich an in der Heraufsetzung der Beitragssätze für die Sozialversicherungen, deren Anteil am Gesamteinkommen der Arbeitnehmer von 16,7 % (1950) auf 19,2 % (1959) anstieg.[1] Diese Beiträge bilden mit Abstand das Schwergewicht (60,6 %) der laufenden Einkommensübertragungen an den Staat, die direkten Steuern machen nur 37,8 % aus.[2]

Im Zeitraum von 1957 bis 1959 verzeichnen die Arbeitgeber- und Versichertenbeiträge zur Sozialversicherung 1957 mit 20,1 % die größte jährliche Steigerung der Nachkriegszeit (seit 1950) und im Jahre 1958 noch einmal einen Zuwachs von 14,2 %, der sich erst 1959 auf 6,7 % ermäßigt.[3] Es zeigt sich also bei der Betrachtung der Nettolohnquote, daß die Arbeitnehmer einen guten Teil der Rentenreform und des Ausbaus der Krankenversicherung durch erhebliche Beitragssteigerungen mitfinanziert haben.[4]

Interessant ist ebenfalls, daß sich Brutto- und Nettolohnquote ab etwa 1960 zwar fast stets gleichgerichtet entwickeln, zugleich aber der Abstand beständig um ein Geringes sich zu vergrößern scheint, zumindest gilt dies bis 1966/67. Möglicherweise zeigt sich hier schon das allmähliche „Hineinwachsen" der Arbeitnehmereinkommen in die progressive Zone des Einkommenssteuertarifs durch die ständigen nominalen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen.

Die Entwicklung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bestätigt noch einmal, wie sehr die Arbeitnehmerein-

---

1 Vgl. dazu unser Kapitel 1.1.4., S. 48 ff. und: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 705.
2 Wirtschaft und Statistik, a.a.O., 1960, S. 706.
3 Ebenda, S. 707 und Tabelle 7 ebd.
4 Als Beispiel für den Ausbau der Krankenversicherung läßt sich das „Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall" vom 23. Februar 1957.

kommen im konjunkturellen Wiederaufschwung des Jahres 1959 hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben sind. So stieg der Anteil des Einkommens der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen 1959 zwar nur verhältnismäßig geringfügig auf 30,4 % (Tab. 3, S. 53) und erreichte seinen Stand von 1957 nicht wieder, jedoch verzeichnete es gegenüber dem Tiefpunkt von 1958 einen stattlichen Zuwachs von 12,2 %. Eine ganz ähnliche Entwicklung wiesen die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften auf, wogegen der Anteil des Staates konstant blieb, 1959 sogar leicht sank, und nur 1957 einen spektakulären Zuwachs durch die Auflösung der Reserven des Juliusturmes zu verzeichnen hatte.[1]
Während also vor allem die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der privaten Haushalte sich im neuen Konjunkturaufschwung von ihrem Tiefstand von 1958 schnell erholten, blieben die Arbeitnehmereinkommen dahinter zunächst weit zurück.[2]
Für die Gesamtheit der Arbeitnehmer war die Situation 1959 allerdings insoweit günstig, als der ohnehin hohe Beschäftigungsstand in einem zuvor unbekannten Ausmaß weiter ausgedehnt werden konnte, und zugleich die 1958 erreichte Preisniveaustabilität fast während des ganzen Jahres erhalten blieb.[3]
Diese Vorteile des neuen konjunkturellen Aufschwungs mußten allerdings mit der oben beschriebenen Steigerung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen „erkauft" werden.[4]
Es ist daher fraglich, ob es sich für die Gesamtheit der Arbeitnehmer ausgezahlt hat, in verteilungspolitischer Sicht, daß die gewerkschaftlichen Forderungen sich 1959 im Rahmen des Zuwachses der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (vgl.: Tab. 12) bewegt haben.
Möglicherweise wäre der neue Wirtschaftsaufschwung nicht so ungestüm verlaufen, wenn die Gewerkschaften in ihren Forderungen nicht so zurückhaltend gewesen wären. Das Wirtschaftswachstum hätte dann zwar nur geringere Zuwachsraten aufgewiesen, jedoch wären die Möglichkeiten zur Erhaltung der Preisniveaustabilität dann wahrscheinlich günstiger gewesen. Dies vor allem auch deshalb, weil dann ein „Nachholbedarf" bei der Stei-

1 Vgl. dazu Tabelle 3, S. 53.
2 Scheinbare Bestätigung einer „wage-lag-Hypothese", siehe dazu: Manfred Ziercke, Inflation und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik von 1950 bis 1969, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 22, Göttingen 1971, S. 134.
3 Vgl.: Kapitel 2.1.4. und Kapitel 2.1.2.
4 Vgl.: Kapitel 1.1.4., S. 49 und S. 51 ff.

gerung der Arbeitnehmereinkommen angesichts des rapiden Anstiegs der Besitzeinkommen vermieden worden wäre. An diesem Beispiel zeigt sich besonders deutlich, wie sehr als ungerecht empfundene Entwicklungen innerhalb der Einkommensverteilung früher oder später in einer Art „roll-back" sich auf die gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen (hier vor allem Preisniveaustabilität) schädlich auswirken.
Die Unterschiede in der Einkommensentwicklung der einzelnen privaten Haushaltsgruppen werden wir jetzt anschließend in einer Analyse der personellen Einkommensverteilung aufzudecken versuchen.

Tabelle 12 - Daten zur funktionellen Einkommensverteilung der Bundesrepublik Deutschland von 1956 bis 1968

	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Volkseinkommen[1]	154,4	168,3	180,1	194,0	235,7	258,0	277,5	295,8	324,3	355,3	377,1	375,1	415,3
Zuwachs gegen Vj. in %[2]	10,7	8,1	7,0	7,7	21,5	9,5	7,6	6,6	9,6	9,5	6,0	0,0	10,7
Nettoeinkommen aus unselbst. Tätigkeit[3]	70,8	77,0	82,3	88,6	107,3	119,9	132,0	141,0	154,2	171,6	181,7	180,8	190,8
Nettolohnquote[4]	45,9	45,8	45,7	45,6	45,6	46,4	47,6	47,7	47,5	48,1	48,0	48,0	45,7
Bruttoeinkommen aus unselbst. Tätigkeit[5]	91,8	100,5	109,0	116,8	142,8	160,5	177,5	190,4	208,4	230,0	247,6	248,0	266,0
Bruttolohnquoten: Tatsächliche ..[6]	59,5	59,7	60,5	60,2	60,6	62,2	64,0	64,4	64,3	64,7	65,7	66,1	64,1
Strukturbereinigte ..[7]	54,5	54,3	54,9	54,2	53,7	54,6	55,6	55,6	55,0	55,0	55,6	65,1	54,1
Einkommensbereinigte ..[8]	64,0	64,4	64,6	65,2	66,4	66,8	67,4	68,0	68,5	69,0	69,2	69,1	68,2
Arbeitslosenquote[9]	4,2	3,5	3,6	2,5	1,3	0,9	0,7	0,9	0,8	0,7	0,7	2,1	1,5
Inflationsrate[10]	2,5	2,0	2,2	1,0	1,4	2,3	3,0	3,0	2,3	3,4	3,5	1,4	1,5
Arbeitsproduktivität[11] Zuwachs gegen Vj. in %	4,2	3,4	2,3	5,8	9,6	4,2	3,3	3,0	6,3	4,9	3,1	2,8	6,8
Bruttoeinkommenssteigerung[12] in % gegen Vj. je besch. Arbeitnehmer	7,9	6,4	7,2	5,2	11,9	9,8	8,9	6,0	8,2	8,9	7,5	3,4	6,5

Quelle: Siehe folgende Seite.

Quellenangaben zu Tabelle 12:

1 Volkseinkommen in Mrd. DM (jeweilige Preise), bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 Bundesgebiet.
Bis 1959 Angaben aus: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jg. 1969, Stuttgart u. Mainz o.J., S. 496. Ab 1960: Ebenda, Jg. 1970, S. 490, ab 1967 vorläufige Ergebnisse.

2 Errechnet nach obigen Angaben. Der erstaunliche Zuwachs von 1960 ergibt sich aus dem veränderten Berechnungsraum, sonst hätte sich ein Zuwachs von nur 10,2 % ergeben.

3 Bis 1959 aus: Statistisches Jahrbuch, a.a.O., Jg. 1969, S. 496. Ab 1960: Ebenda, Jg. 1970, S. 490.

4 Eigene Berechnung: Nettoeinkommen aus unselbst. Tätigkeit (3) in Prozent des Volkseinkommens (1).

5 Bis 1959 aus: Statistisches Jahrbuch, a.a.O., Jg. 1969, S. 496. Ab 1960: Ebenda, Jg. 1970, S. 490.

6 Tatsächliche Bruttolohnquote = Bruttoeinkommen aus unselbst. Tätigkeit (5) in Prozent des Volkseinkommens (1). Bis 1959 aus: Statistisches Jahrbuch, a.a.O., Jg. 1969, S. 496. Ab 1960: Ebenda, Jg. 1970, S. 490.

7 Strukturbereinigte Bruttolohnquote = Proz. Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbst. Tätigkeit am Volkseinkommen bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen des Jahres 1950.
Quelle: Manfred Ziercke, Inflation und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik von 1950 bis 1969, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 22, Göttingen 1971, S. 135 f.

8 Einkommensbereinigte Bruttolohnquote = Proz. Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbst. Tätigkeit am Volkseinkommen bei konstant gehaltenem Anteil des Einkommens aus unselbst. Tätigkeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer am Volkseinkommen je Erwerbstätigen des Jahres 1950.
Quelle: Manfred Ziercke, a.a.O., S. 136.

9 Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1968/69, Stuttgart und Mainz 1969, S. 132 (Tabelle 27).

10 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % des Preisindex für die Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe, 1962 = 100 (verketteter Index).
Quelle: Manfred Ziercke, a.a.O., S. 135.

11 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität = Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je durchschnittlich Erwerbstätigen; bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1967 vorläufige Ergebnisse.
Quelle: Manfred Ziercke, a.a.O., S. 132.

12 Proz. Zuwachs gegenüber dem Vorjahr des Bruttoeinkommens aus unselbst. Tätigkeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer.
Quelle: Manfred Ziercke, a.a.O., S. 132.

2.2.3. Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung

2.2.3.1. Einleitung

Die personelle Einkommensverteilung, die sich - nicht wie der Name irreführend vorgibt - auf die Person, sondern auf die einzelnen Haushalte bezieht, umgeht die offensichtlichen Mängel einer rein funktionellen Betrachtungsweise indem sie den produktionstheoretischen Hintergrund der Einkommensentstehung vernachlässigt und sich dafür dem einzelnen einkommensbeziehenden Haushalt zuwendet, d.h. die sich ergebenden Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit die Einkommensverwendung in den Vordergrund stellt.[1]
Wäre nun ein direkter Schluß von der funktionellen auf die personelle Verteilung möglich, so könnte man sich die Probleme umfangreicher statistischer Erhebungen weitgehend ersparen, wegen der Inhomogenität der Einkommensbezieher innerhalb der sozialen Gruppen und wegen der starken Querverteilung zwischen Arbeits- und Besitzeinkommensbeziehern ist ein solcher Schluß jedoch nicht möglich.[2]
Der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang der personellen Einkommensverteilung ergibt sich einmal aus der staatlichen Umverteilungspolitik, welche die Primärverteilung der Bruttoeinkommen durch Steuern und Sozialabgaben in die Sekundärverteilung der Nettoeinkommen überführt (der personellen Verteilung im eigentlichen Sinn)[3] und zum anderen daraus, daß über das Konsum- und Sparverhalten der privaten Haushalte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch die Einkommensentwicklung wesentlich beeinflußt wird. Für unsere Analyse der Realisierung der konjunkturpolitischen Zielsetzungen ist daher eine Darstellung der Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte von großer Bedeutung.
Zuverlässige Stichprobenerhebungen über die Einkommensentwicklung und Einkommensschichtung der privaten Haushalte sind für die Bundesrepublik Deutschland noch ziemlich selten, so daß wir uns mit zwei Untersuchungen begnügen müssen.
Die erste dieser vorliegenden Erhebungen wurde mit öffentlicher Unterstützung vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

---

1 Vgl.: Hans Jürgen Krupp, „Personelle" und „funktionelle" Einkommensverteilung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1967, S. 5 ff.
2 Alfred Stobbe, Untersuchung zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Kieler Studie, Tübingen 1962, S. 35 ff.
3 Hans Jürgen Krupp, a.a.O., S. 9 f.

in Berlin von Gerhard Göseke durchgeführt und bereits erstmals im Herbst 1959 veröffentlicht.[1] Dieser Untersuchung liegen Befragungen von rd. 140 000 Haushalten der gesamten Bundesrepublik über die Einkommensentwicklung von 1955 und 1959 zugrunde.[2]

Die zweite der vorliegenden Erhebungen wurde vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen vorgenommen und von Klaus-Dieter Schmidt, Ursula Schwarz und Gerhard Thiebach ausgewertet.[3] Dieser erst 1965 veröffentlichten Untersuchung über „Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland" von 1955 und 1960 liegen im wesentlichen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und anderer öffentlicher Stellen zugrunde, es wurden jedoch auch Unterlagen anderer Wirtschaftsforschungsinstitute (und darunter ebenfalls die Erhebungen von Göseke) mit herangezogen.[4]

---

1 Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik 1955 bis 1959, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, N.F. 66, Berlin 1963.

2 Ebenda, S. 8 f.

3 Klaus-Dieter Schmidt, Ursula Schwarz und Gerhard Thiebach, Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, in: Schriftenreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Bd. 4, Tübingen 1965.

4 Siehe dazu ausführlich: Ebd., S. 206 ff.

2.2.3.2. Die Selbständigen-Haushalte

Im Gegensatz zu den anderen Haushaltsgruppen ist für die Einkommen der Selbständigen-Haushalte eine breite Streuung über alle Einkommensschichten kennzeichnend, wie sie auch in Schaubild 13 und 14 deutlich zum Ausdruck kommt.[1] Dementsprechend treten innerhalb dieser Haushaltsgruppe die Einkommensunterschiede besonders krass hervor. Dies erklärt sich daraus, daß die Tätigkeit der selbständigen Haushaltsvorstände (nach denen die Zuordnung erfolgt) sich über die verschiedenartigsten Berufsgruppen und Wirtschaftszweige erstreckt. Vom Kleinbauern und Kleingewerbebetreibenden über den freiberuflich tätigen Arzt und Rechtsanwalt bis hin zum Großunternehmer erstreckt sich die Berufs- und dementsprechend auch die Einkommenspalette in dieser Haushaltsgruppe.[2]
Die Einkommensschichtung von 1955 (siehe Tabelle 13) zeigt, daß auf die Klassen von 400 bis 700 DM etwa ein Drittel dieser Haushalte entfällt. Im Gegensatz zu den Rentner-Haushalten bspw. bei denen eine Häufung in den unteren Einkommensklassen feststellbar ist, welche dann mit steigendem Einkommen sehr rasch abfällt, haben mehr als 25 % der Selbständigen-Haushalte ein Monatseinkommen von über 1000 DM (Schaubild 13), wogegen nur etwa 10 % aller Haushalte diese Einkommensgrenze überschreiten.[3] Je höher man den Vergleich in der Schichtung ansetzt, desto günstiger wird die Situation für die Bezieher von Selbständigeneinkommen, auf die obere Randklasse von 2000 DM und mehr an monatlichem Nettoeinkommen entfallen 1955 immerhin noch 3,1 % der Selbständigen-Haushalte, wogegen diese Spitzeneinkommen nur von 1,3 % der Angestellten und Beamten, von 0,3 % der Arbeiter und von den Rentnern praktisch überhaupt nicht mehr erreicht wurden (Tabelle 13).
Im Zeitvergleich von 1955 auf 1959 verzeichnen die Selbständigen das stärkste durchschnittliche Einkommenswachstum. Dies fällt besonders daher ins Auge, weil die Zahl dieser Haushalte sich seitdem nur geringfügig verändert hat, so daß die Mehreinkommen voll den bereits 1955 vorhandenen Haushalten zugute gekommen sind, deren Durchschnittseinkommen im Zuge dieser

1 Siehe Seite 236 und 238. Ebenso Tab. 13/14, S. 237/239.
2 Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 26, Hrsg.: Heinz König, Berlin 1962, S. 103.
3 Ebenda, S. 108.

Expansion von 10 780 DM auf 15 300 DM stieg.[1]
Wir können diese Entwicklung jedoch auch anhand der Tabellen 13 und 14 nachweisen, indem wir die jeweiligen Anteile an der Gesamtzahl der Haushalte mit den Anteilen am gesamten Haushaltseinkommen zueinander in Beziehung setzen. Es zeigt sich, daß 1959 auf einen Anteil von etwa 16,5 % der Selbständigen-Haushalte an der Gesamtzahl der (untersuchten) privaten Haushalte 43,6 Mrd. DM Jahreshaushaltseinkommen entfallen - auf mehr als den doppelten Anteil (34,1 %) der Arbeiter-Haushalte kommen jedoch insgesamt nur etwa genau so viel an Jahreshaushaltseinkommen nämlich 48,7 Mrd. DM.
Vergleichen wir diese Zahlen nun mit den Ergebnissen von 1955 (Tabelle 13), so wird die Verschiebung in der Einkommensverteilung von 1955 auf 1959 klar erkennbar. Der Anteil der Selbständigen-Haushalte an der Gesamtzahl war 1955 mit 17,3 % deutlich höher, zugleich genau halb so groß wie der Anteil der Arbeiter-Haushalte von 34,6 %. Da auch der absolute Abstand zwischen den beiden Haushaltsgruppen im Jahreseinkommen mit ca. 5 Mrd. DM nahezu unverändert blieb kann man sagen, daß sich der Wandel in der Beschäftigtenstruktur von selbständiger zu unselbständiger Tätigkeit dahingehend ausgewirkt hat, daß die verbleibenden Selbständigen-Haushalte ein höheres durchschnittliches Einkommen aufweisen.[2] Dies bestätigt offenbar die (naheliegende) Vermutung, daß es sich bei den Haushaltsvorständen, welche ihre Selbständigkeit in der Erwerbstätigkeit aufgegeben haben um jene handelt, welche einkommensmäßig den unteren Klassen dieser Haushaltsgruppe zuzuordnen waren, eine Tatsache, auf die wir später noch ausführlich eingehen werden.
In der graphischen Darstellung der kumulierten Anteile (Schaubild 13 und 14) zeigt sich, daß 1959 bereits über die Hälfte (1955: ca. 25 %) aller Selbständigen-Haushalte einkommensmäßig über 1000 DM pro Monat liegen. Die Linie der monatlichen Nettoeinkommen der Selbständigen (Schaubild 13 und 14) zeigt daher auch die stärkste Veränderung gegenüber 1955, einzig die Beamter haben eine vergleichbare Verbesserung ihrer Einkommenslage aufzuweisen.[3]
Nach der Untersuchung von Schmidt, Schwarze, Thiebach zu

---

1 Lothar Gösche, Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen, a.a.O., S. 108.
2 Vgl.: Ebenda.
3 Siehe dazu Schaubild 13 und 14 auf S. 236 und 238. Ebenso die Tabellen 13 (S. 237) und 14 (S. 239).

urteilen, scheint sich die Verstärkung in der Besetzung der oberen Einkommensklassen bei den Selbständigen-Haushalten fortzusetzen, denn im Jahre 1960 erzielten demnach bereits etwa zwei Drittel (!) dieser Haushalte ein verfügbares monatliches Einkommen von über 1000 DM, während dies bei nur 38,7 % der Angestellten- und Beamten-Haushalte und bei nur 18,2 % der Arbeiter-Haushalte der Fall war.[1]

Diese Konzentrationstendenz der Selbständigeneinkommen wird besonders dann deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die „oberen" 25 % dieser Haushalte über die Hälfte, die einkommensmäßig „unteren" 25 % jedoch noch nicht einmal über ein Zehntel Anteil am gesamten Selbständigeneinkommen verfügen.[2]

Einen Causalzusammenhang zwischen der günstigen Entwicklung der Einkommen der Selbständigen-Haushalte und dem Konjunkturverlauf von 1955 bis 1959 herzustellen erscheint schwierig, da eine sichere Zuordnung wegen der sehr unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung (1955/56: Boom, 1957/58: Abschwächungsphase, 1959: Wiederaufschwung) als nicht möglich erscheint. Immerhin glauben wir aber doch zwei generelle Aussagen machen zu können, daß nämlich die Einbußen in der Entwicklungsrate der Selbständigeneinkommen im Jahre 1958 (Vgl.: S. 47 f. und S. 53) offenbar durch die vorhergehenden und nachfolgenden Jahre relativ hohen Wirtschaftswachstums mit günstiger Gewinnentwicklung zumindest ausgeglichen worden sind, und daß zweitens die Wandlungen in der Beschäftigtenstruktur von selbständiger zu unselbständiger Erwerbstätigkeit dazu geführt haben, daß vor allem Haushalte in den unteren Einkommensschichten der Selbständigen-Haushalte aus dieser Gruppe ausgeschieden sind, da die noch 1955 feststellbare Häufung in den Einkommensklassen von 400 - 700 DM im Jahre 1959 zugunsten einer gleichmäßigeren Verteilung verschwunden zu sein scheint (Vgl. Schaubild 13 und 14). Möglicherweise beruht dieses offenbare Ausscheiden vieler Selbständigen-Haushalte in den unteren Einkommensklassen auch darauf, daß die relativ schlecht verdienenden Kleingewerbetreibenden und vor allem viele Kleinbauern ihre selbständige Tätigkeit zugunsten einer abhängigen Beschäftigung in anderen Wirtschaftsbereichen aufgegeben haben.[3]

---

1 Klaus-Dieter Schmidt, Ursula Schwarz, Gerhard Thiebach, a.a.O. S. 95 und S. 101.

2 Ebenda, S. 96.

3 Die Haushalte in der Landwirtschaft prägen die Struktur der Selbständigen-Haushalte in entscheidendem Maße, vgl.: Ebd., S. 14 f.

2.2.3.3. Die Angestellten- und Beamten-Haushalte

Die bei der stark inhomogenen Gruppe der Selbständigen-Haushalte feststellbare breite Streuung über sämtliche Einkommensschichten läßt sich bei dieser Art von Arbeitnehmer-Haushalten nicht im gleichen Maße beobachten, vielmehr ist hier eine Häufung in den unteren und mittleren Einkommensschichten kennzeichnend, allerdings wiederum nicht so stark wie bspw. bei den Rentner-Haushalten.[1]

Im Jahre 1955 entfielen fast die Hälfte der Angestellten- und Beamten-Haushalte auf die Einkommensgruppen von monatlich 300 bis 600 DM der unteren Mitte. In den höheren Einkommensschichten, etwa ab 1000 DM aufwärts, fiel der prozentuale Anteil dann sehr rasch ab, nur etwa 15 % dieser Haushalte hatten ein höheres monatliches Nettoeinkommen aufzuweisen (vgl. Schaubild 13).

Von 1955 auf 1959 machte sich der Wandel in der Beschäftigtenstruktur bei dieser Haushaltsgruppe vor allem durch die starke Zunahme (8,5 %) in der Zahl der Angestellten bemerkbar,[2] gleichzeitig blieben die Angestellten und Beamten jedoch einkommensmäßig hinter der Gesamtentwicklung zurück, was besonders deutlich wird, wenn wir die Steigerung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der Haushaltsvorstände miteinander vergleichen: Rentner: + 47 %, Selbständige: + 42 %, Arbeiter: + 31 % und Angestellte und Beamte + 23 %.[3]

Insgesamt haben die Einkommensaufbesserungen für die Angestellten- und Beamten-Haushalte zu einer leichten Verschiebung der Häufigkeiten in den mittleren Einkommensschichten geführt, wie es sich auch den Schaubildern entnehmen läßt.[4]

---

1 Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen, a.a.O., S. 108 f.
2 Ebenda, S. 109.
3 Ebenda, S. 97.
4 Siehe dazu Schaubild 13 und 14 auf den Seiten 236 und 238. Vgl.: Gerhard Göseke, s.o., S. 109.

2.2.3.4. Die Rentner-Haushalte

Zu den Rentner-Haushalten werden nach der Stellung des Haushaltsvorstandes hier alle Empfänger von Zahlungen der Sozialversicherung, Beamtenpensionen und Kriegsfolgeleistungen sowie Empfänger der öffentlichen Fürsorge zugerechnet.[1]
Betrachten wir Schaubild 13 so fällt auf, daß im Jahre 1955 ein hoher Prozentsatz dieser Haushalte in den niedrigsten Einkommensschichten vertreten ist. Etwa 60 % der Rentner-Haushalte erreichten 1955 nur ein Einkommen bis zu 300 DM monatlich, über 40 % blieben sogar unter der 200 DM Grenze. Die Besetzung der mittleren und höheren Einkommensschichten nimmt dann sehr rasch ab, nur etwa ein Zehntel erreicht ein monatliches Nettoeinkommen von über 700 DM.
Die Auswirkungen der Rentenreform von 1957 (vgl.: S. 46 f.) lassen sich auf Schaubild 14 recht deutlich erkennen, da in dieser Haushaltsgruppe die Empfänger von Zahlungen der sozialen Rentenversicherung die weitaus größte Rolle spielen.[2]
Die Einkommen der Rentenempfänger erhöhten sich zumeist um reichlich die Hälfte, nicht selten verdoppelten sie sich sogar.[3]
Damit überstieg die durchschnittliche Einkommenssteigerung dieser Haushaltsgruppe mit 44 % die aller anderen Gruppen.[4]
Allerdings blieb das Einkommensniveau des durchschnittlichen Rentner-Haushalts im Vergleich mit anderen Haushaltsgruppen trotzdem vergleichsweise niedrig, wie wir es Tabelle 14 entnehmen können. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß diese Haushalte zumeist weniger Personen umfassen, als dies bei den übrigen Haushaltsgruppen der Fall ist, so daß die durchschnittliche Einkommenserhöhung je Haushaltsangehörigen genau derjenigen des Gesamtdurchschnitts entspricht.[5]
Angesichts dieser enormen Einkommensverbesserungen der Rentner-Haushalte im Vergleich zu der Situation von 1955 erscheint es rückblickend um so erstaunlicher, daß der von mancher Seite antizipierte „Konsumstoß" durch die Kaufkraftsteigerungen dieser Haushalte im Jahre 1957 und 1958 praktisch ausgefallen ist, wie wir an früherer Stelle bereits festgestellt haben.[6]

---

1 Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen, a.a.O., S. 110.
2 Ebenda, S. 110 f.
3 Ebenda, S. 111.
4 Ebenda.
5 Ebenda.
6 Vgl.: Kap. 1.2.2. der Verhaltensanalyse, S. 85 ff.

Unsere bei der Verhaltensanalyse aufgestellte Annahme, daß sich gerade diese Haushaltsgruppe durch eine besonders hohe Sparneigung auszeichnet, scheint sich damit nachträglich wieder zu bestätigen. Dies überrascht um so mehr, als man hätte vermuten können, daß eine Haushaltsgruppe mit zuvor derartig niedrigem durchschnittlichem Einkommen eine besonders hohe „Konsumfreudigkeit" aufweisen würde, wenn solch starke Erhöhungen im verfügbaren Einkommen auftreten.
Die hohe Sparneigung der Rentner-Haushalte war (mit) ursächlich dafür, daß 1958 vor allem auf dem Verbrauchsgütersektor keine Preiserhöhungsspielräume durch Nachfrageüberhang entstanden, und das Ziel der Preisniveaustabilität erreicht werden konnte.

2.2.3.5. Die Arbeiter-Haushalte

Ganz ähnlich wie die Rentner-Haushalte weisen auch die Arbeiter-Haushalte eine verhältnismäßig geringe Einkommensstreuung auf. Wie bei den Angestellten und Beamten etwa liegt die größte Häufigkeit bei den Einkommensschichten der unteren Mittelgruppe. Allerdings beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen der am stärksten besetzten Klassen 1955 etwa um 400 DM und damit doch spürbar niedriger als bei den Angestellten und Beamten.[1] Mehr als die Hälfte der Arbeiter-Haushalte bezieht ein Monatseinkommen von nur 200 bis 500 DM. Erweitert man diesen Bereich bis auf die Grenze von 700 DM monatlich, so sind damit bereits über 75 % dieser Haushalte abgedeckt (vgl.: Schaubild 13).
Der Wandel in der Beschäftigtenstruktur macht sich von 1955 bis 1959 auch bei den Arbeiter-Haushalten in einer unterdurchschnittlichen Zunahme der Gesamtzahl bemerkbar. Offenbar hat in dieser Zeit nicht nur die bereits festgestellte Verschiebung von selbständiger zu unselbständiger Erwerbstätigkeit stattgefunden, sondern zugleich sind auch viele Erwerbspersonen von der Arbeiter- zur Angestelltenposition übergewechselt.[2]
An der allgemeinen Einkommensexpansion von 1955 auf 1959 haben die Arbeiter-Haushalte in ähnlich geringem Maße wie die Angestellten und Beamten teilgenommen. Der Schwerpunktbereich der am stärksten besetzten Einkommensklassen verschob sich von

1 Vgl.: Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen, a.a.O., S. 110 und S. 109.
2 Ebenda, S. 110.

200 bis 500 DM Monatseinkommen im Jahre 1955 auf 300 bis 600 DM im Jahre 1959.[1] Im allgemeinen Vergleich wird das einkommensmäßig schlechte Abschneiden der Arbeiter-Haushalte noch deutlicher, denn gemessen am Pro-Kopf-Gesamteinkommen verzeichnete diese Haushaltsgruppe je Haushaltsvorstand nur einen Zuwachs von 31 %, wogegen die Entnahmen der Selbständigen pro Kopf einen Zuwachs von 42 % und die Bezüge je Rentner einen von sogar 47 % im gleichen Zeitraum aufweisen. Nur die Angestellten und Beamten verzeichneten eine noch geringere Expansionsrate von nur 23 %.[2]

In der Untersuchung von Göseke wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß einerseits ein Vergleich der personellen Einkommensentwicklung auf längere Sicht wegen mangelnder statistischer Grundlagen nicht möglich ist, und zum anderen die von 1955 bis 1959 feststellbaren Veränderungen keineswegs als ausreichend anzusehen sind, um daraus auf eine anhaltende Tendenz zur Nivellierung bzw. Differenzierung der Einkommensschichtung schließen zu können. Dies gilt auch für das Zurückbleiben in der Expansion der Einkommen der Arbeiter-Haushalte, da sich vor allem hier schon 1960 eine Umkehr in der Entwicklung bemerkbar gemacht hat.[3]

Die Untersuchung von Schmidt, Schwarze, Thiebach für das Jahr 1960 scheint diese Vorbehalte zu bestätigen, denn der Einkommenszuwachs an verfügbarem Haushaltseinkommen betrug demnach von 1955 bis 1960 je Selbständigen-Haushalt 38,5 %. Alle anderen Haushalte sind stärker expandiert (Arbeiter: 47,4 %, Angestellte und Beamte: 48,7 %, Rentner: 54,2 %).[4]

Hier eine abschließende Wertung dieser Entwicklung vorzunehmen, erscheint angesichts der geringen statistischen Grundlagen als ein schwieriges Unterfangen. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil gerade in den Jahren 1955/56 bis 1958/59 umfangreiche Arbeitszeitverkürzungen bei z.T. vollem Lohnausgleich (vgl.: S. 85 ff.) und soziale Besserstellungen der Arbeiter (wie bspw. die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) durchgesetzt wurden. Bei einem Vergleich mit den anderen Haushaltsgruppen müßten - neben dem bloßen Einkommenszuwachs - auch diese Verbesserungen

---

1 Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen, a.a.O., S. 110.
2 Ebenda, S. 97.
3 Ebenda, S. 126 f.
4 K.D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, a.a.O., S. 99 f.

ebenso Berücksichtigung finden.
Trotz aller gebotenen Vorsicht müßte sich aus den vorliegenden Untersuchungen jedoch der Schluß ableiten lassen, daß die Arbeiter-Haushalte offenbar im wirtschaftlichen Wiederaufschwung, also von 1959 auf 1960 im Wachstum des verfügbaren Einkommens je Haushalt beträchtlich aufgeholt haben, denn wie ließe sich sonst der Expansionsrückstand der Arbeitereinkommen in der Untersuchung für 1955/59 (Göseke) und der Expansionsvorsprung in derjenigen von Schmidt, Schwarz, Thiebach für 1955/60 erklären.
Auf der anderen Seite würden die verhältnismäßig geringen Tariflohnerhöhungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt des Jahres 1959 (vgl.: S. 111) nun allerdings nicht diesen Schluß zulassen, es sei denn, daß sich bei Vollbeschäftigung und verstärktem Wirtschaftswachstum[1] die Effektivlöhne weitaus schneller entwickelt hätten. Genau dies scheint aber der Fall gewesen zu sein.
Betrachten wir hierzu die (umseitige) Tabelle 15, so zeigt sich etwa ab Mitte 1959, daß der Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste dem Index der tariflichen Stundenlöhne voranzulaufen beginnt. Im Jahre 1960 verstärkt sich diese Entwicklung sogar noch beträchtlich.
Da sich zugleich der Index der bezahlten Wochenstunden nur etwa den Vorjahren entsprechend verändert, scheint es sich hier nicht um eine außergewöhnliche Erhöhung der Überstundenzahl zu handeln,[2] sondern in dem Auseinanderklaffen zwischen Effektiv- und Tariflöhnen kommt offenbar die starke Konkurrenz der Unternehmer bei der Beschaffung von Arbeitskräften zum Ausdruck.
Diese Vermutung wird auch dadurch bestätigt, daß vor allem bei den weiblichen Arbeitern eine ständig steigende Diskrepanz zwischen Effektiv- und Tariflohnentwicklung (mehr noch als bei den männlichen Arbeitern) feststellbar ist. Offenbar wurden von den Unternehmern starke Lohnanreize gegeben, um das weibliche Arbeitskräftereservoir möglichst weitgehend auszuschöpfen.
Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt kommt aber auch in dem sprunghaften Anwachsen der Gastarbeiterzahlen zum Ausdruck.[3]

---

1 Vgl. hier mit Kapitel 2.1.4. und 2.1.5.
2 Es wäre ja sonst denkbar gewesen, daß sich die durchschnittl. Bruttostundenverdienste auf Grund von Überstundenzuschlägen solchermaßen erhöht hätten.
3 Zu der Entwicklung der Gastarbeiterzahlen vgl. Kapitel 2.1.4.

Tabelle 15 - Indices der Lohnentwicklung

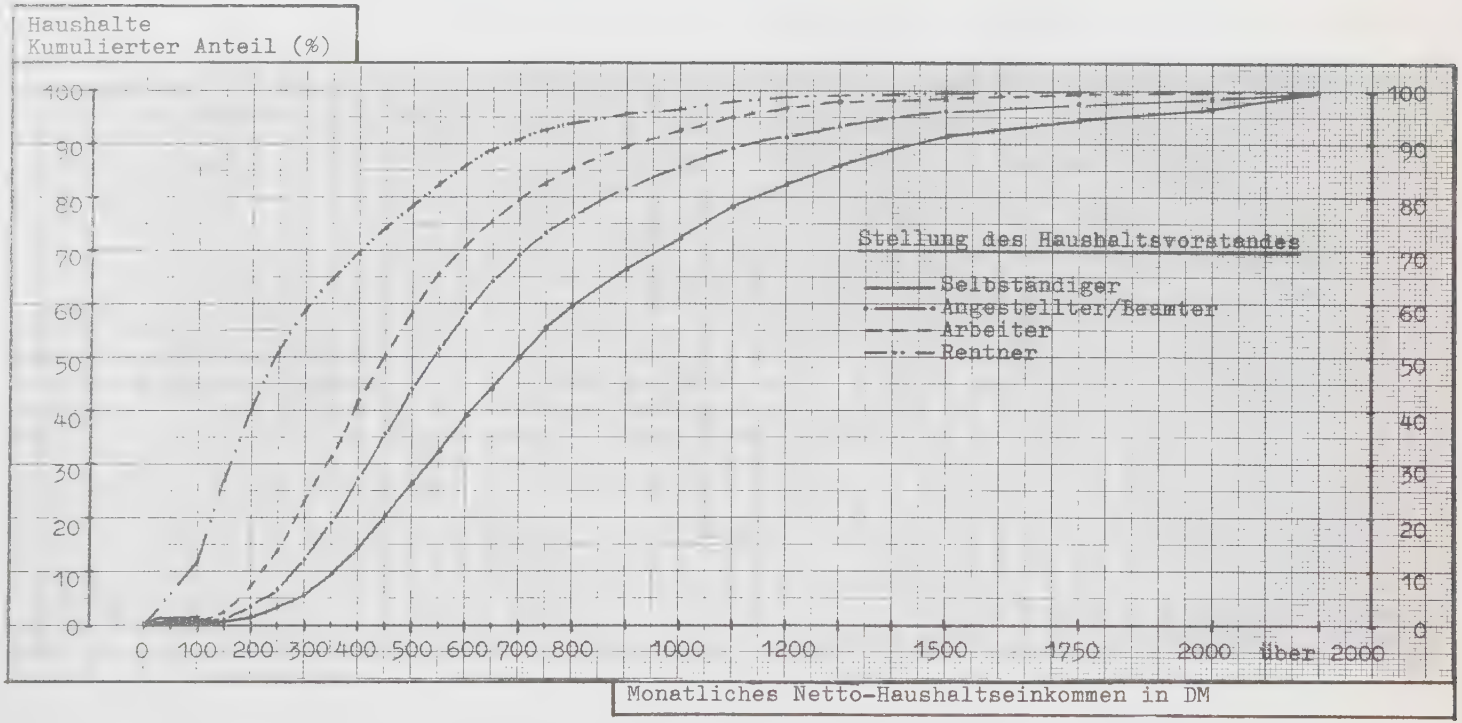
1958 bis Anfang 1961
Bundesgebiet ohne Berlin
Neuer Index (Originalbasis 1958 = 100)

Zeit	Bezahlte Wochenstunden[1]		Durchschnittlicher Bruttostundenverd.[2]		Tariflicher Stundenlohn[3]	
	männl. Arbeiter	weibl. Arbeiter	männl. Arbeiter	weibl. Arbeiter	männl. Arbeiter	weibl. Arbeiter
1958 Feb.	98	100	99	97	98	96
Mai	101	100	99	100	100	101
Aug.	100	100	101	101	101	101
Nov.	101	101	101	102	101	102
1959 Feb.	97	98	102	104	102	103
Mai	100	100	105	105	103	103
Aug.	100	100	106	107	104	105
Nov.	101	102	108	111	106	108
1960 Feb.	98	99	109	113	107	110
Mai	101	100	112	117	110	112
Aug.	100	100	117	120	112	114
Nov.	101	101	120	127	114	119
1961 Feb.	99	98	121	129	115	121
Mai	100	99	123	132	...	...

1/2 der Arbeiter in der Industrie (einschl. Baugewerbe).
3 der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Jg. 1961, Stuttgart und Mainz o.J., S. 682 (verkürzte Wiedergabe).

Schaubild 13 - Die Einkommensschichtung der privaten Haushalte 1955
Darstellung in kumulierten Anteilen



Quelle: Errechnet nach Angaben aus Tabelle 13

Tabelle 13 - Zahl und Nettoeinkommen aller Haushalte nach der Stellung des Haushaltsvorstandes und nach Einkommensklassen 1955

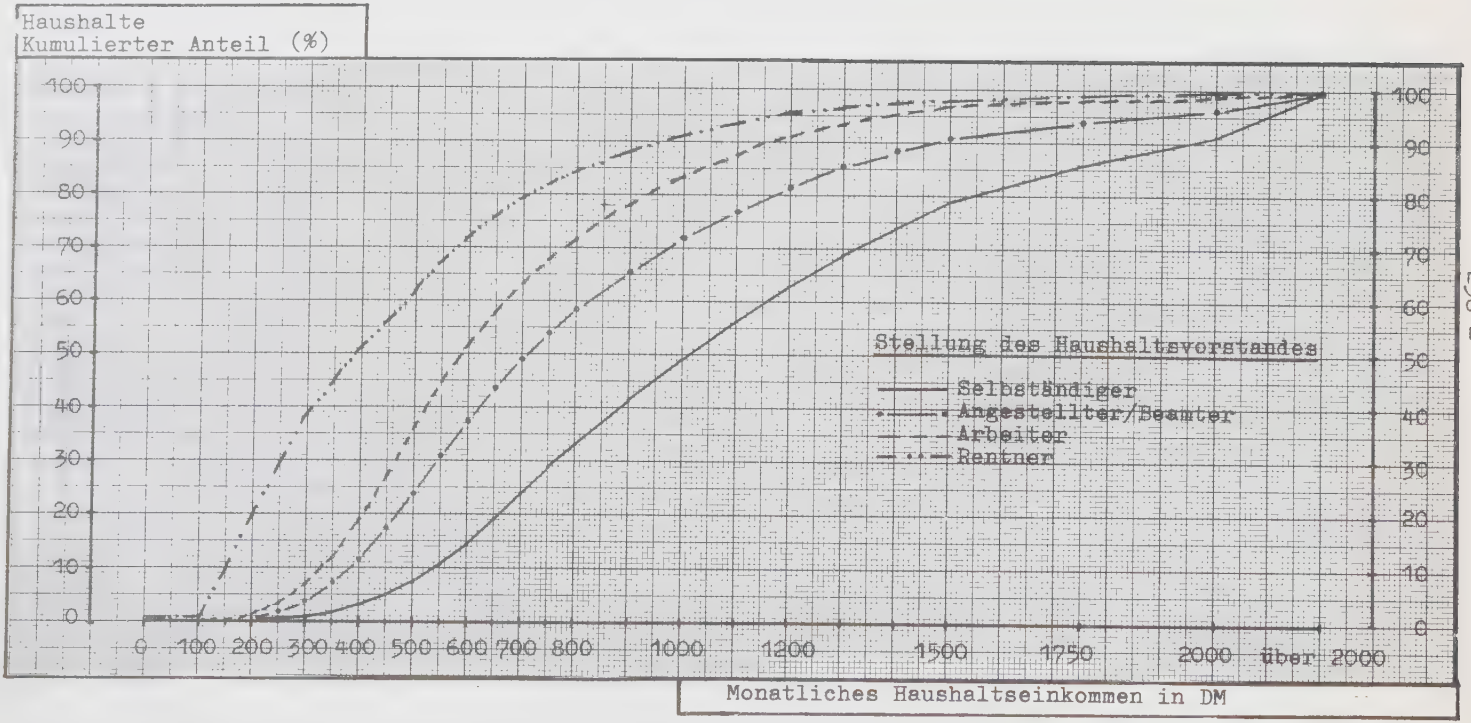
Bundesrepublik Deutschland ohne West-Berlin und Saarland

Monatliches Haushaltseinkommen in DM	Haushalte, insgesamt				Stellung des Haushaltsvorstandes															
					Selbständiger				Angestellter/Beamter				Arbeiter				Rentner			
	Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen	
	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH
unter 100	574	3,5	597	0,5	8	0,3	9	0,0	7	0,2	7	0,0	29	0,5	32	0,1	530	11,5	549	2,9
100 — 150	871	5,3	1 385	1,2	13	0,5	21	0,1	33	1,0	53	0,2	119	2,1	192	0,5	706	15,4	1 119	6,0
150 — 200	957	5,8	2 075	1,9	24	0,8	53	0,2	75	2,3	163	0,6	258	4,6	560	1,6	600	13,1	1 299	6,9
200 — 250	1 030	6,3	2 842	2,6	45	1,6	126	0,4	112	3,4	309	1,2	384	6,8	1 059	3,0	489	10,7	1 348	7,2
250 — 300	1 073	6,6	3 589	3,2	73	2,6	247	0,8	171	5,2	576	2,2	459	8,1	1 534	4,3	370	8,1	1 232	6,6
300 — 350	1 130	6,9	4 459	4,0	109	3,9	437	1,4	230	6,9	909	3,4	524	9,3	2 063	5,9	267	5,8	1 050	5,6
350 — 400	1 227	7,5	5 551	5,0	136	4,8	623	2,1	272	8,2	1 236	4,7	592	10,5	2 679	7,6	227	5,0	1 013	5,4
400 — 450	1 161	7,1	5 945	5,4	161	5,7	830	2,7	284	8,6	1 456	5,5	504	8,9	2 581	7,3	212	4,6	1 078	5,8
450 — 500	1 088	6,6	6 225	5,6	174	6,1	1 001	3,3	271	8,2	1 552	5,9	445	7,9	2 537	7,2	198	4,3	1 135	6,1
500 — 550	996	6,1	6 273	5,7	179	6,3	1 136	3,7	254	7,7	1 604	6,1	380	6,7	2 384	6,8	183	4,0	1 149	6,1
550 — 600	874	5,3	6 025	5,4	180	6,4	1 248	4,1	223	6,7	1 541	5,8	316	5,6	2 172	6,2	155	3,4	1 064	5,7
600 — 650	754	4,6	5 651	5,1	167	5,9	1 259	4,1	195	5,9	1 466	5,5	270	4,8	2 020	5,7	122	2,7	906	4,8
650 — 700	637	3,9	5 152	4,6	155	5,5	1 258	4,1	161	4,9	1 307	4,9	222	3,9	1 791	5,1	99	2,2	796	4,3
700 — 750	530	3,2	4 601	4,2	138	4,9	1 205	4,0	135	4,1	1 177	4,4	182	3,2	1 572	4,5	75	1,6	647	3,5
750 — 800	435	2,7	4 040	3,6	123	4,3	1 148	3,8	108	3,3	1 008	3,8	147	2,6	1 358	3,8	57	1,2	526	2,8
800 — 900	696	4,2	7 071	6,4	203	7,2	2 069	6,8	170	5,1	1 731	6,5	234	4,2	2 372	6,7	89	1,9	899	4,8
900 — 1 000	552	3,4	6 262	5,6	174	6,1	1 973	6,5	137	4,1	1 557	5,9	175	3,1	1 985	5,6	66	1,4	747	4,0
1 000 — 1 100	424	2,6	5 326	4,8	144	5,1	1 811	5,9	108	3,3	1 354	5,1	121	2,2	1 522	4,3	51	1,1	639	3,4
1 100 — 1 200	327	2,0	4 494	4,1	123	4,3	1 690	5,5	83	2,5	1 148	4,3	87	1,6	1 192	3,4	34	0,7	464	2,5
1 200 — 1 300	244	1,5	3 645	3,3	100	3,5	1 496	4,9	64	1,9	960	3,6	58	1,0	860	2,4	22	0,5	329	1,8
1 300 — 1 400	190	1,2	3 059	2,8	82	2,9	1 324	4,3	51	1,5	822	3,1	41	0,7	656	1,9	16	0,3	257	1,4
1 400 — 1 500	150	0,9	2 596	2,3	69	2,4	1 194	3,9	40	1,2	696	2,6	32	0,6	550	1,6	9	0,2	156	0,8
1 500 — 1 750	177	1,1	3 447	3,1	95	3,4	1 860	6,1	49	1,5	950	3,6	26	0,5	502	1,4	7	0,2	135	0,7
1 750 — 2 000	124	0,8	2 780	2,5	68	2,4	1 524	5,0	33	1,0	743	2,8	19	0,3	424	1,2	4	0,1	89	0,5
2 000 und mehr	149	0,9	7 910	7,1	87	3,1	4 968	16,3	44	1,3	2 185	8,3	16	0,3	683	1,9	2	0,0	74	0,4
Durchschnittseinkommen			DM				DM				DM				DM				DM	
je Haushalt			6 780				10 780				8 010				6 255				4 075	
je Einkommensbezieher			4 170				6 645				5 110				3 630				2 635	
je Haushaltsangehörigen			2 255				2 755				2 665				1 935				1 885	

1) Einschl. mithelfende Familienangehörige.

Quelle: Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik 1955 bis 1959, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, N.F. Nr. 66, Berlin 1963, S. 84 f. (verkürzte Wiedergabe).

Schaubild 14 - Die Einkommensschichtung der privaten Haushalte 1959
Darstellung in kumulierten Anteilen



Quelle: Errechnet nach Angaben aus Tabelle 14

Tabelle 14 - Zahl und Nettoeinkommen aller Haushalte nach der Stellung des Haushaltsvorstandes und nach Einkommensklassen 1959

Bundesrepublik Deutschland ohne West-Berlin und Saarland

Monatliches Haushaltseinkommen in DM	Haushalte, insgesamt				Stellung des Haushaltsvorstandes															
					Selbständiger				Angestellter/Beamter				Arbeiter				Rentner			
	Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen		Zahl		Jahreshaushaltseinkommen	
	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH	1000	vH	Mill. DM	vH
unter 100	50	0,3	52	0,0	1	0,0	1	0,0	.	.	.	.	.	.	.	.	49	1,0	51	0,2
100 — 150	451	2,6	719	0,5	2	0,1	3	0,0	5	0,1	8	0,0	17	0,3	28	0,1	427	8,7	680	2,3
150 — 200	586	3,4	1 265	0,8	4	0,1	9	0,0	23	0,7	49	0,1	66	1,1	145	0,3	493	10,0	1 062	3,7
200 — 250	675	3,9	1 859	1,2	8	0,3	22	0,1	41	1,2	114	0,3	127	2,2	352	0,7	499	10,1	1 371	4,7
250 300	723	4,2	2 418	1,5	14	0,5	49	0,1	76	2,1	254	0,7	208	3,5	697	1,4	425	8,6	1 418	4,9
300 350	781	4,5	3 080	1,9	24	0,8	99	0,2	119	3,3	469	1,2	300	5,1	1 187	2,4	338	6,9	1 325	4,6
350 400	887	5,2	4 013	2,5	37	1,3	170	0,4	159	4,4	717	1,9	402	6,9	1 825	3,7	289	5,9	1 301	4,5
400 — 450	1 024	5,9	5 243	3,3	50	1,8	258	0,6	206	5,7	1 051	2,8	494	8,4	2 537	5,2	274	5,6	1 397	4,8
450 500	1 105	6,4	6 293	3,9	71	2,5	409	0,9	234	6,5	1 329	3,5	535	9,1	3 043	6,3	265	5,4	1 512	5,2
500 550	1 083	6,3	6 832	4,3	94	3,3	596	1,4	250	7,0	1 573	4,2	481	8,2	3 040	6,3	258	5,3	1 623	5,6
550 600	1 006	5,9	6 943	4,4	110	3,9	765	1,8	240	6,7	1 651	4,4	424	7,2	2 933	6,0	232	4,7	1 594	5,5
600 - 650	907	5,3	6 791	4,3	127	4,4	955	2,2	220	6,1	1 642	4,3	369	6,3	2 769	5,7	191	3,9	1 425	4,9
650 - 700	808	4,7	6 533	4,1	137	4,8	1 110	2,5	197	5,5	1 590	4,2	306	5,2	2 479	5,1	168	3,4	1 354	4,7
700 - 750	714	4,2	6 198	3,8	142	5,0	1 236	2,8	176	4,9	1 524	4,0	262	4,5	2 278	4,7	134	2,7	1 160	4,0
750 800	621	3,6	5 750	3,6	137	4,8	1 277	2,9	155	4,3	1 438	3,8	220	3,8	2 027	4,2	109	2,2	1 008	3,5
800 900	1 047	6,1	10 696	6,7	230	8,1	2 385	5,5	259	7,2	2 633	7,0	373	6,4	3 803	7,8	185	3,8	1 875	6,5
900 1 000	900	5,2	10 229	6,4	218	7,6	2 483	5,7	223	6,2	2 529	6,7	308	5,3	3 501	7,2	151	3,1	1 716	5,9
1 000 1 100	759	4,4	9 502	6,0	203	7,1	2 558	5,9	191	5,3	2 390	6,3	247	4,2	3 070	6,3	118	2,4	1 484	5,1
1 100 — 1 200	634	3,7	8 702	5,5	188	6,6	2 578	5,9	164	4,6	2 249	5,9	197	3,4	2 710	5,6	85	1,7	1 165	4,0
1 200 — 1 300	507	2,9	7 574	4,8	168	5,9	2 485	5,7	136	3,8	2 029	5,4	143	2,4	2 161	4,4	60	1,2	899	3,1
1 300 — 1 400	420	2,4	6 762	4,3	150	5,3	2 413	5,5	111	3,1	1 788	4,7	113	1,9	1 820	3,7	46	0,9	741	2,6
1 400 — 1 500	347	2,0	6 052	3,8	133	4,7	2 298	5,3	88	2,5	1 574	4,2	90	1,5	1 553	3,2	36	0,7	627	2,1
1 500 — 1 750	426	2,5	8 209	5,2	198	6,9	3 796	8,7	112	3,1	2 166	5,7	76	1,3	1 472	3,0	40	0,8	775	2,9
1 750 — 2 000	334	1,9	7 480	4,7	162	5,7	3 630	8,3	87	2,4	1 948	5,2	57	1,0	1 276	2,6	28	0,6	626	2,2
2 000 und mehr	430	2,5	19 805	12,5	242	8,5	12 015	27,6	118	3,3	5 085	13,5	50	0,8	1 994	4,1	20	0,4	711	2,5
Durchschnittseinkommen			DM				DM				DM				DM				DM	
je Haushalt			9 230				15 300				10 530				8 305				5 875	
je Einkommensbezieher			5 575				9 325				6 465				4 735				3 750	
je Haushaltsangehörigen			3 070				3 910				3 470				2 555				2 715	

[1]) Einschl. mithelfende Familienangehörige.

Quelle: Gerhard Göseke, Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik 1955 bis 1959, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, N.F. Nr. 66, Berlin 1963, S. 100 f. (verkürzte Wiedergabe).

2.2.4. Die Entwicklung der Vermögensverteilung

2.2.4.1. Einleitung

Mit der Entwicklung der personellen Einkommensverteilung eng verbunden ist die gesamtwirtschaftliche Vermögensverteilung, denn aus einem hier etablierten krassen Ungleichgewicht ergeben sich für die besitzenden Haushaltsschichten überproportionale Einkommenszuwächse. Gerade diese als ungerecht empfundenen starken Unterschiede im Besitzeinkommensniveau zwischen vermögenden und nicht- bzw. weniger vermögenden Haushalten machen es notwendig, für eine Beurteilung der Einkommensverteilung eine Untersuchung über die Vermögensstruktur und die Vermögensverteilung vorzunehmen, denn in der Bundesrepublik Deutschland ist der wirtschaftliche Aufbauprozeß der Nachkriegszeit mit einer verstärkten Vermögenskonzentration einhergegangen, wie der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium bereits im Anfang des Jahres 1960 feststellt.[1]
Diese verteilungspolitisch unerwünschte, jedoch in der Aufbauphase nützliche Entwicklung (rasches Wirtschafts(wunder)wachstum durch hohe Selbstfinanzierungsquoten) wirkt sich angesichts des nunmehr erreichten hohen volkswirtschaftlichen Entwicklungsstandes in steigendem Maße auf dreifache Weise nachteilig aus:[2]

1. Parallel mit der Vermögenskonzentration geht eine Zusammenballung wirtschaftlicher Macht vor sich, welche - politisch ausgenutzt - die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen droht.[3]
2. Zugleich bewirken die Unterschiede in der Vermögensverteilung über die Einkünfte aus Vermögensbesitz der privaten Haushalte eine verstärkte Ungleichgewichtigkeit in der personellen Einkommensverteilung (wie oben erwähnt).[4]
3. Verschärft die Vermögenskonzentration die soziale Ungleichheit gegenüber denjenigen, welche kein Vermögen zur Gewährleistung ihrer sozialen Sicherheit einsetzen können, oder, wie Krelle es ausdrückt, „es widerspricht .. dem Geist der Rationalität einer Industriegesellschaft ebenso wie der

---

1 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 21. Februar 1960, Ziffer 13.
2 R. Henschel, Probleme der Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: Lebendige Wirtschaft, Bd. 22, Opladen 1964, hier vor allem die Seiten 95 f.
3 Ebenda.
4 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1971/72, Ziffer 443.

austauschenden Gerechtigkeit, eine funktionslose Rentnerschicht ähnlich wie Adel und Geistlichkeit im ancien régime herauszubilden."[1]

Ungeachtet ihrer verteilungspolitischen Bedeutung sind die statistischen Grundlagen einer Bestimmung der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland noch keineswegs als ausreichend zu bezeichnen.[2] Die amtliche Vermögenssteuerstatistik bildet daher nach wie vor einen der wesentlichsten Stützpfeiler bei der statistischen Ermittlung. Aus mehreren Gründen ist diese Statistik jedoch nur eine sehr beschränkt aussagefähige Basis für die Messung der verteilungspolitisch relevanten Vermögensstreuung, denn die Vermögenssteuerstatistik erfaßt die Vermögenswerte natürlicher und nichtnatürlicher Personen nur insoweit, wie sie der Besteuerung unterliegen, d.h. es existieren bestimmte Freigrenzen.[3] Dies bedeutet, daß die Besitzer kleinerer Vermögensbestände in dieser Statistik überhaupt nicht ausgewiesen werden, zugleich wird auf Grund der Divergenz zwischen steuerlichen und ökonomischen Vermögenswertfestlegungen (Beispiel: Einheitswerte bei Grundbesitz) die Gruppe der erfaßten Vermögensbesitzer in den unteren und mittleren Vermögensschichten relativ unterbewertet.[4] Außerdem führt die Umrechnung von steuerrechtlichen in ökonomisch sinnvolle Vermögenswerte auch ganz allgemein noch zu erheblichen Abgrenzungsschwierigkeiten.[5]

Als weitere Grundlage von Untersuchungen der Vermögensverteilung werden häufig auch die amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichproben herangezogen.[6] Wie das Statistische Bundesamt jedoch ausdrücklich feststellt, sind auch hier eines Auswertungsmöglichkeit in dieser Hinsicht enge Grenzen gesetzt.[7]

---

1 Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer (Mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland), Tübingen 1968, S. 481.

2 Vgl.: Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., Jg. 1970, S. 601.

3 Nach dem „Gesetz zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften" vom 26. Juli 1957 bspw. für unbeschränkt steuerpflichtige nichtnatürliche Personen bis zu einem Gesamtvermögen von 10999 DM und bei beschränkt Steuerpflichtigen bis zu einem Inlandsvermögen von 2999 DM. Vgl.: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., Jg. 1960, S. 640 f.

4 N.n. (H. Gr.), Anmerkungen zur Vermögensteuerstatistik, in: Die Aussprache, Bonn 1969, Heft 4, S. 64 ff.

5 Vgl.: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., Jg. 1970, S. 601 f.

6 Ebd.: Ergebnisse der Einkommens- u. Verbrauchsstichprobe 1969.

7 Ebenda, S. 601 ff.

Wie die meisten Stichprobenerhebungen auf der Basis freiwilliger Aussagen, so krankt auch die von amtlicher Seite 1969 erstmals durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe daran, daß vorwiegend bei den Haushalten mit besonders hohem Einkommen und Vermögen sich die Antwortverweigerungen häufen. Daher sind in solchen Erhebungen (im Gegensatz zur Vermögenssteuerstatistik) gerade diese Einkommensschichten zumeist nicht ihrem Anteil entsprechend repräsentiert. Diese Erhebungslücken sind oft entweder gar nicht oder aber nur durch relativ grobe Schätzungen zu schließen, so daß eine ziemliche Ungenauigkeit in Kauf genommen werden muß.[1]

Der Zeitraum 1957 bis 1959 unserer Analyse einer Realisierung der konjunkturpolitischen Zielsetzungen wird statistisch abgedeckt durch zwei vorliegende empirische Erhebungen über die gesamtwirtschaftliche Vermögensstruktur und die Vermögensverteilung auf die privaten Haushalte; es sind dies die Untersuchung über die Vermögensstruktur von 1950 bis 1960 und bis 1963 von Wilhelm Krelle, Johann Schunck und Jürgen Siebcke[2] und die Untersuchung über die Verteilung des Vermögenszuwachses von 1950 bis 1964, herausgegen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und durchgeführt von Oskar de la Chevallerie.[3] Da beide Veröffentlichungen im Jahre 1968 erschienen sind darf man wohl annehmen, daß den Verfassern in etwa das gleiche statistische Material zur Verfügung gestanden haben dürfte.[4]

---

1 Vgl.: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., Jg. 1970, S. 602 und Sachverständigengutachten, a.a.O., 1971/72, Ziffer 443.

2 Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland, in: Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, a.a.O., Band II.

3 Oskar de la Chevallerie, Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, N.F. Nr. 80 Berlin 1968.

4 Da in der Veröffentlichung der Untersuchung von Oskar de la Chevallerie keine Quellen für die statistischen Daten angegeben sind, ist die Überprüfbarkeit und der Vergleich mit ähnlichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen äußerst erschwert. In der Bibliographie von Krelle, Schunck, Siebcke (s.o.) erscheint dieser Verfasser nicht.

2.2.4.2. Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1963

Für die Erläuterung der Tabellen sollen zunächst einige Begriffserklärungen vorgenommen werden. Wir betrachten hier die jährliche Nominalvermögensbildung (=Geldvermögensbildung) der drei Hauptwirtschaftssektoren: Staat, private Haushalte und Unternehmen.[1] Die Geldvermögensbildung durch Bausparen wird innerhalb der Gruppe der privaten Haushalte getrennt ausgewiesen. Im Sektor Unternehmen ergibt sich die Nominalvermögensbildung aus dem Saldo zwischen der Neubildung an Sach- und Geldvermögen.[2]

Für unsere Analyse vor allem interessant sind hier die längerfristigen Entwicklungstendenzen; es läßt sich zeigen, daß sich zwar die Vermögensverteilung zwischen den soziologischen Schichten der privaten Haushalte wenig verändert hat,[3] dafür aber um so stärkere Verschiebungen in den Anteilen der drei Hauptwirtschaftssektoren stattgefunden haben. So entfiel von der gesamten Vermögensbildung im Jahre 1950 ca. 21 % auf die privaten Haushalte, ca. 56 % auf die Unternehmen und rund 23 % nur auf den Staat. Im Jahre 1963 dagegen sah die Verteilung so aus, daß der Anteil der Haushalte einen Anstieg auf knapp 43 % zu verzeichnen hatte, der des Staates stieg ebenfalls, wenn auch schwächer, auf etwa 32 %, und der Grad der Selbstfinanzierung der Unternehmen fiel auf rund 25 % zurück.[4]

Nun müssen wir weiter verfolgen, wie sich dieser Zuwachs in der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte auf die einzelnen Haushaltsgruppen ausgewirkt hat. Betrachten wir dazu die Tabelle 15, so zeigt sich der ungleichgewichtige Niederschlag besonders deutlich. Allerdings muß betont werden, daß diese Tabelle weitgehend auf Schätzungen beruht, und man daher

---

1 Staat: Alle Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und alle Sozialversicherungen.
Private Haushalte: Mit privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.
Unternehmen: Alle privaten und öffentlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.
Vgl.: Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, a.a.O., S. 322 f.

2 Ebenda, S. 309.

3 Vgl. mit unserer Analyse der personellen Einkommensverteilung in Kapitel 2.2.3.

4 Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, a.a.O., S. 486.

ihren Aussagewert nicht zu hoch veranschlagen darf.[1]
Immerhin lassen sich aber doch grob die Relationen der Vermögensverteilung nach diesen Werten beurteilen, so entfallen auf 10,6 Millionen Arbeitnehmerhaushalte ca. 60 Mrd. DM oder 37 % des Nominalvermögens, auf die 5,85 Millionen Rentnerhaushalte noch einmal ca. 26,5 Mrd. DM oder 16 % - demgegenüber verfügen aber insgesamt nur 3,15 Millionen Selbständigenhaushalte über 76,3 Mrd. DM oder 47 % des gesamten Nominalvermögens (vgl. mit Tabelle 15). Dies sind schon recht beeindruckende Zahlen: Grob gesagt enfällt also die Hälfte der Nominalvermögensbildung von 1950 bis 1963 auf ein knappes Fünftel der privaten Haushalte. Noch krasser tritt das Ungleichgewicht zutage, wenn, wie noch gezeigt werden wird, wir das Vermögen je Einkommensbezieher und je Haushalt gegenüberstellen (Schaubild 15).
Die Untersuchung von de la Chevallerie folgt einer anderen Gliederungseinteilung, hier wird unterschieden zwischen den Sektoren Staat, Organisationen, Selbständige und Unselbständige.[2] Zudem betrachtet de la Chevallerie vorrangig die Verteilung des jährlichen Vermögenszuwachses, d.h. den Anteil der einzelnen Sektoren an der Vermögensneubildung.[3]
Die von Krelle, Schunck, Siebcke nachgewiesene Verschiebung der Anteile von Staat, Unternehmen und privaten Haushalten an der jährlichen Geldvermögensbildung (s.o.) läßt sich auch - trotz der unterschiedlichen Sektoreneinteilung - bei de la Chevallerie aufzeigen (vgl. Tab. 16),[4] jedoch verläuft die Entwicklung teilweise sehr uneinheitlich, so daß der Wahl des Basisjahres eine große Bedeutung zukommt, keineswegs kann von einem sich beständig durchsetzenden Trend die Rede sein; so widerspricht die deutlich erkennbare Ansammlung der Finanzreserven des Bundes bei der Bildung des „Julius-Turmes" zu Anfang der fünfziger Jahre dem abwärtsgerichteten Trend der

---

1 Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, a.a.O., S. 329.
2 Staat: Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung;
Organisationen: O. ohne Erwerbscharakter (Kirche, Verb. u.ä.);
Unselbständige: Arbeitnehmer und Rentner;
Selbständige: Natürliche und juristische Personen.
Vgl.: Oskar de la Chevallerie, Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, a.a.O. S. 65.
3 Ebenda, S. 7.
4 Die unterschiedliche Sektoreneinteilung läßt sich für einen groben Vergleich dahingehend abändern, daß man die Selbständigen den Unternehmen zurechnet und die Organisationen ohne Erwerbscharakter zusammen mit den Unselbständigen dem Sektor private Haushalte bei Krelle gegenüberstellt.

Vermögensbildung des Bundes, wie er mit dem Abbau der Kassenreserven im Jahre 1957 eingeleitet wurde.[1]
Eindeutig zeichnet sich dagegen die Abnahme des Anteils der Selbständigen an der Vermögensbildung ab, dies kommt auch in beiden Untersuchungen zum Ausdruck, wenn wir den Sektor Unternehmen bei Krelle dem Sektor Selbständige bei de la Chevallerie gegenüberstellen. Hier müßte jedoch sinnvoller Weise von einem von einem Pro-Kopf- bzw. Pro-Haushalt-Vergleich ausgegangen werden, denn es ist ja nicht etwa so, daß die Anteile von Selbständigen bzw. Unselbständigen an der Gesamtzahl der Einkommensbezieher sich nicht in dem Beobachtungszeitraum signifikant verändert hätten, sondern die Zahl der Selbständigen hat sich in der Zeit erheblich verringert, wie wir in der Untersuchung über die personelle Einkommensverteilung bereits festgestellt haben.[2] Diesem Wandel in der Beschäftigenstruktur wird bei de la Chevallerie nicht ausreichend Rechnung getragen, so daß wir dazu auf die Untersuchung von Krelle, Schunck, Siebcke zurückgreifen (Schaubild 15).[3] Wie man sieht, ergibt sich bei dem Vergleich der privaten Nominalvermögensbildung für den Zeitraum von 1950 bis 1963 je Haushalt ein viel günstigeres Bild für die Selbständigen (und die selbst. Landwirte) als man es von der bloßen Entwicklung der Quoten her erwartet hätte. Bei einem Vergleich je Einkommensbezieher schneiden unter den Selbständigen die (gesondert ausgewiesenen) Landwirte wegen der relativ großen Zahl an mitverdienenden Familienangehörigen etwas schlechter ab.[4] Im Gesamtbild zeigt der Vergleich der auf die einzelnen Gruppen von privaten Haushalten entfallenden Nominalvermögensbildung daher viel deutlicher die Ungleichheit in der Vermögensverteilung.[5]
Beide Untersuchungen bestätigen dagegen die in der Verhaltensanalyse (S. 124) geäußerte Vermutung, daß die Gewinnsituation für die Mehrzahl der Unternehmer während der Abschwächungsphase des Wirtschaftswachstums im Jahre 1958 keineswegs krisenhaft ungünstig war, vielmehr schlug sich ein gewisser spürbarer

---

1 Vgl.: Kapitel 1.2.1., S. 71 ff.
2 Außerdem zeigt die Entwicklung der „strukturbereinigten" Lohnquote in Tabelle 12 des Kapitels zur funktionellen Einkommensverteilung den Einfluß des Wandels in der Beschäftigtenstruktur.
3 Zur Begründung vgl.: Oskar de la Chevallerie, Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, a.a.O., S. 44 f.
4 Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, a.a.O., S. 331.
5 Ebenda, S. 489.

„Attentismus" bei Investitionsvorhaben in einer kräftig ansteigenden Geldvermögensbildung der Unternehmen nieder. Diese „Liquiditätspolster" haben dann offenbar in großem Maße den kräftigen Wirtschaftsaufschwung von 1959 finanzieren helfen, nachdem der allgemeine Konjunkturpessimismus einer unerwartet heftigen Wiederbelebung der unternehmerischen Investitionsneigung gewichen war (vgl. S. 127).

Diese, wie man sie nennen könnte, „Liquiditätspräferenz der Unternehmer" in Zeiten ungewisser Erwartungen der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung[1] können wir der Untersuchung von de la Chevallerie recht gut entnehmen (Tab. 16). Die Differenz zwischen Brutto- und Selbstfinanzierungsquote ist hier gleich dem Anteil der Abschreibungen; dieser Anteil fällt von 1953 (Höchststand) beständig bis zum Jahre 1958 (Tiefstand). Verbunden mit dem niedrigsten Anteil der Abschreibungen weist dieses Jahr aber die höchste Selbstfinanzierungsquote im gesamten Beobachtungszeitraum auf. Berücksichtigt man dazu noch den hohen Anteil der Selbständigen an der Nettovermögensbildung des Jahres 1958 (Tab. 16), so scheint auch dies wieder unsere Hypothese zu bekräftigen, daß die Unternehmer im Jahre 1958 in hohem Maße ihre Geldvermögensbildung ausweiten konnten. Wie im letzten Gliederungsabschnitt noch ausführlich dargestellt werden wird, legen wir auf diese Feststellung vor allem deswegen so großen Wert, um hervorzuheben, daß es sich bei der Abschwächungsphase des gesamtwirtschaftlichen Wachstums im Jahre 1958 keineswegs um einen krisenhaften Zustand der Volkswirtschaft (wie etwa 1967) gehandelt hat, und daß die Preisniveaustabilität (vor allem) nicht durch einschneidende geld- bzw. kreditpolitische Maßnahmen „erkauft" werden mußte.

Unsere kurze Analyse der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland hat gezeigt, daß die radikale These von der Vermögenskonzentration in den Händen einiger „Super-Reicher" nicht bestätigt werden konnte, vielmehr zeigte sich, daß in den Jahren 1950 bis 1963 die breite Masse der privaten Haushalte - wenn auch in unterschiedlichem Maße - an der Vermögensbildung teilgenommen hat. Die hier vertretenen Vorstellungen von einer gerechteren Vermögensverteilung basieren

---

1 Optimistische bzw. pessimistische Zukunftserwartungen haben eine große Bedeutung für das Verhalten der Wirtschaftssubjekte - dies sogar losgelöst von der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation, vgl.: S. 126 f. und 98 f.

daher auch nicht darauf, die angebliche „Armut" der Massen durch Umverteilung des Bestandes an Privatvermögen herbeizuführen, sondern auf der Erreichung einer gleichmäßigeren Partizipation aller Einkommensbezieher an der jährlichen Gesamtvermögensneubildung.

Einige der verschiedenen Denkansätze und Möglichkeiten zur Erreichung einer in diesem Sinn gleichmäßigeren Einkommens- und Vermögensverteilung werden im letzten Gliederungsabschnitt noch ausführlich erläutert, weshalb wir an dieser Stelle darauf verzichten können.

Tabelle 16 - Die Schichtung der privaten Nominalvermögensbildung

1950 bis 1963, ab 1960 Bundesgebiet mit Berlin
Nach soziologischen Gruppen der privaten Haushalte

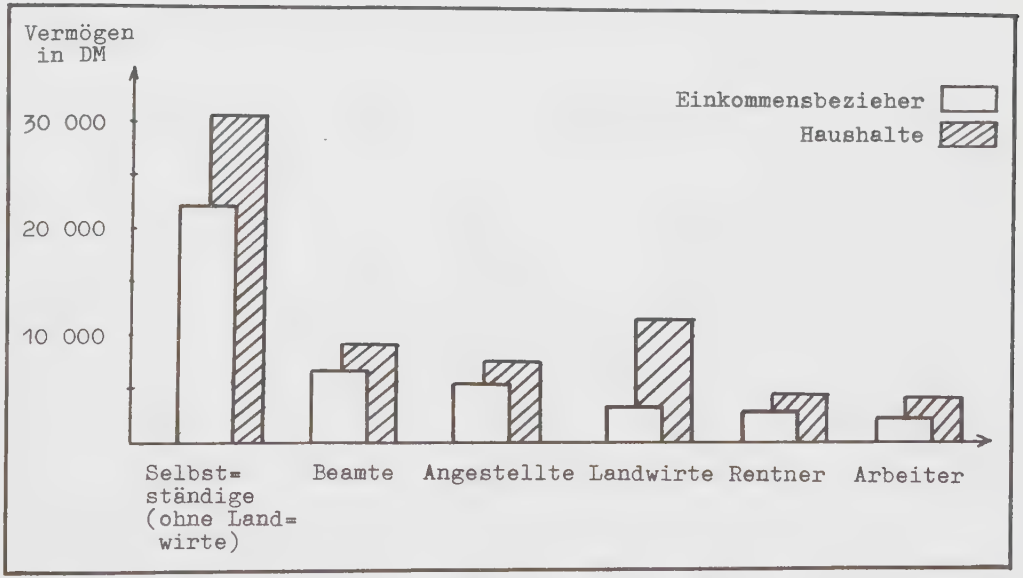
	Stellung des Haushaltsvorstandes									
	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Arbeitnehmer	Rentner	Unselbständige insgesamt	Landwirte	Selbständige (in Handel, Handw. u. Ind.), Freie Berufe	Selbständige insgesamt	Alle Haushalte
Haushaltsvorstand in Mill.[1]	6,60	2,80	1,20	(10,60)	5,85	16,45	1,05	2,10	3,15	19,60
weitere Einkommensbezieher in den Haushalten in Mill.[2]										
Arbeiter	3,10	0,90	0,20	(4,20)	1,35	5,55	0,60	0,30	0,90	6,45
Angestellte	1,00	1,10	0,30	(2,40)	0,85	3,25	0,30	0,20	0,50	3,75
Beamte	0,15	0,10	0,10	(0,35)	0,10	0,45	–	0,05	0,05	0,50
Rentner	0,40	0,15	0,15	(0,70)	0,70	1,40	0,10	0,15	0,25	1,65
Selbständige	–	–	–	–	–	–			–	–
Vermögen in Mrd. DM	27,1	21,6	11,1	(59,8)	26,5	86,3	12,4	63,9	76,3	162,5
in v.H.	17	13	7	(37)	16	53	8	39	47	100
Vermögen je Haushaltsvorstand in DM	4100	7700	9300	(5600)	4500	5200	11 800	30 400	24 200	8300

[1] Gesamtzahl geschätzt. Nach der Volkszählung vom 6. 6. 1961 gab es 19,4 Mill. Haushalte im Bundesgebiet mit Berlin. Bei den Selbständigen wurden die Einkommensbezieher ohne mithelfende Familienangehörige als Haushaltsvorstände angesehen (Wirtschaft und Statistik, 1965, S. 185). Verteilung der unselbständig beschäftigten Haushaltsvorstände geschätzt nach Wirtschaft und Statistik, 1963, S. 196.

[2] Eigene Schätzung. Im wesentlichen basierend auf Goseke, G., Die Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik 1955 und 1959, Berlin 1963.

Quelle: Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer (Mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland), Tübingen 1968, S. 330.

Schaubild 15 - Die Schichtung der privaten Nominalvermögensbildung
1950 bis 1963 nach soziologischen Gruppen
Vermögen je Einkommensbezieher und je Haushalt



Quelle: Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, Überbetrieb= liche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer (Mit einer Unter= suchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland), Tübingen 1968, S. 331.

Tabelle 17 - Strukturdaten zur Vermögensverteilung

Anteile der Sektoren an der Vermögensverteilung
Selbstfinanzierungsquote der Selbständigen
1950 bis 1964, ab 1960 Bundesgebiet mit West-Berlin und Saarland

	Bundesgebiet ohne West-Berlin und Saarland										mit W.-Berlin u. Saarl.				
	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Bruttovermögens= bildung (in vH)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Staat	14,7	22,8	24,5	28,8	27,2	27,6	27,8	23,2	18,0	19,5	23,4	25,7	24,0	20,9	21,7
Organisationen	0,5	0,7	1,2	1,1	1,0	0,9	1,0	1,0	1,2	1,5	1,8	2,1	2,6	2,7	2,5
Unselbständige	4,1	2,9	5,7	7,7	11,7	9,5	8,8	12,7	14,0	13,3	12,5	13,6	13,6	14,9	15,7
Selbständige	80,7	73,6	68,6	62,4	60,1	62,0	62,4	63,1	66,8	65,7	62,3	58,6	59,8	61,5	60,1
Nettovermögens= bildung (in vH)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Staat	25,0	36,5	37,8	43,3	38,9	37,4	38,0	31,8	24,9	26,9	32,0	36,1	35,1	31,0	31,4
Organisationen	1,0	1,3	2,0	1,9	1,6	1,2	1,4	1,6	1,8	2,2	2,5	3,0	3,9	4,2	3,7
Unselbständige	4,2	2,6	7,0	10,1	15,9	11,9	10,9	16,8	19,2	17,9	16,4	18,3	19,1	21,7	22,4
Selbständige	69,8	59,6	53,2	44,7	43,6	49,5	49,7	49,8	54,1	53,0	49,1	42,6	41,9	43,1	42,5
Selbstfinan= zierungsquote[1]	77,4	85,3	80,4	73,6	68,5	71,1	77,8	80,1	83,9	80,2	73,4	68,2	68,0	71,3	69,5
ohne Abschr.	56,1	71,0	63,0	49,2	45,2	55,4	64,2	66,8	71,7	66,1	56,9	47,0	43,3	44,7	44,1
Differenz[2]	21,3	14,3	17,4	24,4	23,3	15,7	13,6	13,3	12,2	14,1	16,5	21,2	24,7	26,6	25,4

1 Eigenmittel der Selbständigen in vH ihrer Investitionsausgaben (mit Abschreibungen).
2 Eigene Berechnung: Differenz von Brutto- und Netto-Selbstfinanzierungsquote.

Quelle: Oskar de la Chevallerie, Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, N.F. Nr. 80, Berlin 1968, S. 75 (verkürzte Wiedergabe).

2.3. Zusammenschau und Ausblick

2.3.1. Einleitung

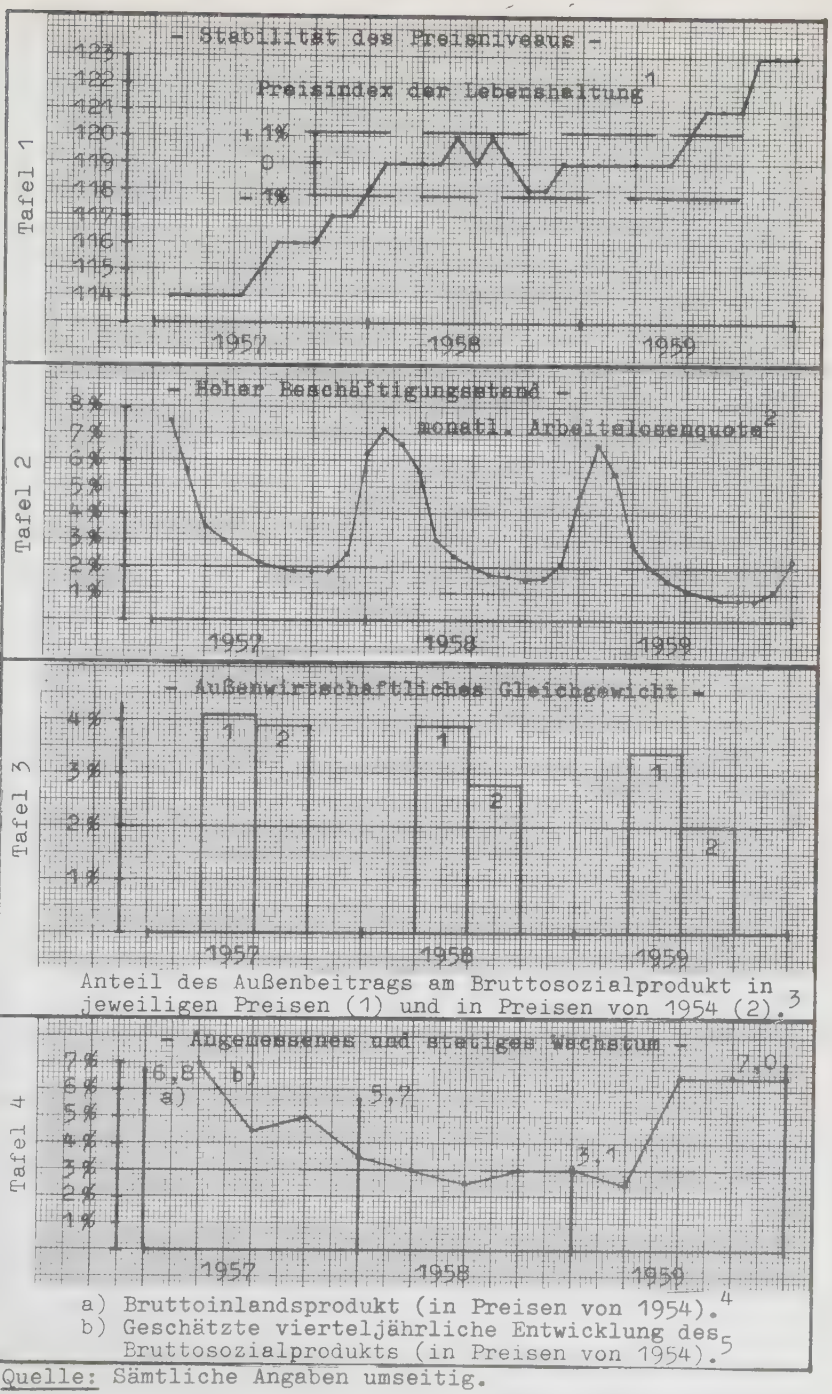
Nachdem wir in den vorangehenden Kapiteln die einzelnen konjunkturpolitischen Zielsetzungen begrifflich vorgestellt und ihre Realisierung im Beobachtungszeitraum dargestellt haben, gilt das Hauptinteresse nunmehr dem „gebündelten" Zielkomplex.
Dabei zeigte sich, daß infolge der Komplexität hier jedoch ebenfalls partialanalytisch vorgegangen werden muß. Daher wird der gesamte Zielkomplex, den wir vorangehend ja bereits weitgehend in die Analyse der Realisierung der einzelnen Zielsetzungen „zerlegt" hatten, nunmehr - ausgehend von der nachfolgenden Zweierbeziehung nach und nach wieder zusammengesetzt.
Das (umseitige) Schaubild 16 gibt einen Überblick der gesamtwirtschaftlichen Situation im Hinblick auf die einzelnen Zielerreichungsgrade. Als Beispiel für eine derartige Zusammenstellung diente dabei das im Sachverständigengutachten 1969 veröffentlichte Schaubild 34 „Die gesamtwirtschaftlichen Ziele und ihre Verwirklichung".[1]
Da wir die Wahl der jeweiligen Indikatoren bereits in den vorangehenden Kapiteln ausführlich begründet haben, liegt das Schwergewicht im folgenden in der Untersuchung der „Verträglichkeit" der Ziele untereinander, hier vor allem vor dem Hintergrund alternativer Zielerreichungsgrade.

2.3.2. Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum

Von den beiden von uns als „zentral" erachteten Zielsetzungen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung erweckt vor allem die Wiedererlangung der Preisniveaustabilität im Jahre 1958 größtes Interesse, denn nach vier Jahren anhaltender Preissteigerungen von insgesamt rund 10 % sollte es sich zeigen, daß es durchaus möglich ist, Preisniveaustabilität mit einem zwar verlangsamten, dafür aber stetigen Wirtschaftswachstum unter Beibehaltung eines hohen Beschäftigungsgrades zu vereinbaren.[2]
Dabei hatte es im Jahre 1957 noch so ausgesehen, als ob mit dem nachlassenden Wirtschaftswachstum keineswegs auch der Preisauftrieb erlahmen würde (vgl. Tafel 1). Jedoch konnten trotz der

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1969, S. 77.
2 Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), a.a.O., 1958, Heft 3, S. 5. Siehe dazu auch unser Kapitel 2.1.2. über das Ziel der Preisniveaustabilität, vor allem S. 167.

Schaubild 16 - Die Realisierung der konjunkturpolitischen Zielsetzungen



Quelle: Sämtliche Angaben umseitig.

Angaben zu Schaubild 16:

Tafel 1

Verwendet wurde hier der Preisindex der Lebenshaltung für eine mittlere Verbrauchergruppe, den wir bereits in Schaubild 11 auf Seite 170 angegeben haben (Quelle: S. 171).
Gemäß dem Sachverständigengutachten von 1967/68 sehen auch wir das Ziel der Preisniveaustabilität als erreicht an, sofern dieser Index annähernd konstant bleibt.[1] Zur besseren Anschaulichkeit wurde eine Bandbreite von ± 1 % eingezeichnet.

Tafel 2

Die monatliche Arbeitslosenquote (2) wurde ermittelt aus dem Verhältnis von monatlicher Arbeitslosenzahl und der jahresdurchschnittlichen Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen.
Quelle: Die monatlichen Arbeitslosenzahlen wurden Tabelle 8 auf S. 194 entnommen, siehe ebenda.
Die jahresdurchschnittliche Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen stammt aus: Wirtschaft und Statistik, Stuttgart und Mainz o.J. (1960), S. 616 im Zahlenteil (gilt für Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin).

Tafel 3

Wie wir bereits an anderer Stelle (S. 172 ff.) ausführlich dargelegt haben, lehnen wir eine Beurteilung des Zieles eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, die sich nicht vorwiegend auf Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Lage begründet, ab. Immerhin ist der Außenbeitrag (3) einer der denkbaren Indikatoren und wird daher hier aufgeführt. Um die Preisbewegungen im Außenhandel zu verdeutlichen, ist der Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1954 angegeben.
Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1969, Bundesdrucksache VI/100, S. 142 f. (Tabelle 33).

Tafel 4

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes (4) wurde errechnet nach Angaben aus dem (obigen) Jahresgutachten 1969, S. 138 f.
Die Angaben für das vierteljährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts (5) stammen aus unserer Tabelle 9 (S. 208). Quellenangaben ebenda.

---

1 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 261.

vielerorts geäußerten Befürchtungen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1958 dann doch in Westdeutschland „mehrere der in der westlichen Welt wirtschaftspolitisch angestrebten Zielsetzungen" erreicht werden.[1]
Mit dem „Einpendeln" des Sozialproduktwachstums auf eine Zuwachsrate von etwa 3% (vgl. Tafel 4), läßt sich dazu in geradewegs erstaunlicher Parallelität die Phase der Preisniveaustabilität verfolgen (Schaubild 16). Unwillkürlich überkommt einen hier - selbst unter Vorbehalt der relativen Ungenauigkeit der Daten - die Vorstellung eines „Einschwingungsvorganges" auf einen „Pfad gleichgewichtigen Wachstums".[2]
Dies gilt vor allem auch deshalb, weil mit den höheren Wachstumsraten des vorangehenden und des nachfolgenden Jahres auch ein verstärkter Preisauftrieb einhergeht, wie Tafel 1 und Tafel 4 des Schaubilds 16 entnommen werden kann.
Bei der positiven Beurteilung des mit Preisniveaustabilität verbundenen Wirtschaftswachstums darf nicht täuschen, daß in einigen Bereichen der Industrie (so bspw. in Teilen der Verbrauchsgüter- und Grundstoffindustrie) Absatzschwierigkeiten auftraten, denn ein gleichgewichtiges Wachstum muß geradezu durch zum Teil ganz unterschiedliche „Branchenkonjunkturen" gekennzeichnet sein, wogegen im inflationären Boom alle Wirtschaftszweige in starker Expansion begriffen sind.[3] Dies liegt darin begründet, daß notwendiger Strukturwandel sonst unterbleiben, bzw. stark verlangsamt ablaufen würde, wenn nämlich inflationäres Wirtschaftswachstum verhindert, daß Arbeitskräfte aus Bereichen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätszuwächsen in andere Bereiche abwandern, in denen ihre Arbeit produktiver gestaltet werden kann.[4]
Wie wir an anderer Stelle (S. 165) bereits begründet haben, besteht im anderen Fall die Gefahr, daß die produktivitätsschwächeren Bereiche durch über Preiserhöhungen finanzierte Lohnsteigerungen die Abwanderung der Arbeitskräfte zu verhindern suchen, und somit notwendiger Strukturwandel entweder unterbleibt oder zumindest unter Produktivitätsverlusten stark verzögert abläuft - was aus sozialen Gründen wirtschaftspolitisch zwar unter Umständen (man denke an die Landwirtschaft, den Steinkohlebergbau)

1 Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., 1958, Heft 4, S. 6.
2 Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), a.a.O., 1958, Heft 3, S. 5.
3 Auch hier können selbstverständlich unterschiedliche „Branchenkonjunkturen" vorkommen, der Grundtenor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist jedoch die Expansion.
4 Vgl.: Vierteljahrshefte, a.a.O., Jg. 1959, S. 147 f.

durchaus erwünscht sein kann, was, der Erfahrung nach, jedoch zumeist durch eine erhöhte Inflationsrate erkauft werden muß.[1]

Trotz der auffallenden Übereinstimmung zwischen der Phase der Preisniveaustabilität und derjenigen des (annähernd) stetigen Wirtschaftswachstums sollte hieraus jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß ein Wachstum von etwa 3%, wie es in dem entsprechenden Zeitraum ausgewiesen wird, etwa auch längerfristig als „einzig" vereinbar mit dem Ziel der Preisniveaustabilität anzusehen sei, denn Änderungen in den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte und der wirtschaftspolitisch maßgeblichen Instanzen, wie wir sie in der Verhaltensanalyse ja durchaus nachweisen konnten, sowie Änderungen in der Wirtschaftsstruktur und in dem externen Datenrahmen der volkswirtschaftlichen Entwicklung (man denke hier nur an die jüngsten Folgen der Rohstoffverknappung, sei es durch Mengenreduzierung, sei es durch Preiserhöhung) haben auch andere, der Situation entsprechende, gleichgewichtige Wachstumsraten der Volkswirtschaft zur Folge.[2]

Gehen wir von derlei Imponderabilien als für die Wirtschaftspolitiker ohnehin (zumindest teilweise) unvorhersehbar und auch unbeeinflußbar ab, so lassen sich die langfristigen Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft aber doch auf Grund der Entwicklung einiger Hauptbestimmungsfaktoren wenigstens annähernd abschätzen. So beurteilt bspw. Helmstädter die Möglichkeit zukünftigen volkswirtschaftlichen Produktwachstums auf Grund der Entwicklung dreier Wachstumskomponenten: einer Skalenkomponente, einer Substitutionskomponente und, als Restgröße, einer Fortschrittskomponente.[3]

Aus der seit 1951 beobachtbaren Wachstumsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland schließt Helmstädter nun wegen des sich immer weiter verringernden Arbeitskräftezuwachses, daß die Skalenkomponente, die einen proportionalen Zuwachs von Kapital und Arbeit voraussetzt (siehe Fußnote 3), ständig zukünftig an Einfluß verlieren wird, und statt dessen der Substitutionskomponente, d.h. des Wachstums durch überproportionale Vermehrung des Kapitaleinsatzes eine immer größere Bedeutung zukommt. Die Kombination

---

1 Vgl.: Herbert Timm, Bemerkungen zum inflationären Wachstum, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl, Hrsg. Harald Jürgensen, Göttingen 1964, S. 546 ff.

2 Dies ist jedoch kein Grund, in „Wachstumspessimismus" zu verfallen, wie es angesichts der Prognosen des „Club of Rome" bspw. geschehen könnte. Vorhersagen, die auf bloßen Trendfortschreibungen beruhen, sind bislang noch stets von der tatsächlichen Entwicklung „überrollt" worden.

3 Der Betrachtung zugrunde liegt die Annahme der Existenz einer gesamtwirtschaftlichen Produktwachstumsfunktion für die Fak-

von (relativ rarer) Arbeitskraft und Kapital erfordert daher einen ständig steigenden Kapitalanteil, wobei verschärfend hinzukommt, daß offenbar auch allein schon die Ausschöpfung des technischen Fortschritts (Fortschrittskomponente) nur durch immer höheren Kapitaleinsatz zu realisieren zu sein scheint.[1]
Mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung zeichnet sich daher etwa seit Ende der 50er Jahre ein „Umbruch" in den bisherigen Wachstumsbedingungen der Bundesrepublik ab, zukünftige wachstumssteigernde Investitionen sind zugleich schwieriger und risikoreicher geworden. Auf Grund seiner Berechnungen kommt Helmstädter daher zu dem Ergebnis, daß die längerfristige reale Wachstumsrate für die Bundesrepublik Deutschland etwa zwischen der Untergrenze von 2,6 % und der Obergrenze von 4 % liegen dürfte.[2]
Diese Schätzung deckt sich in etwa mit derjenigen des Sachverständigenrates, der sich in seinem Jahresgutachten 1967/68 ausführlich mit diesem Themenkreis auseinandergesetzt hat. Hier wird dabei von ganz ähnlichen Überlegungen ausgegangen: die Wachstumsmöglichkeiten werden bestimmt durch die Investitionsquote, den Kapitalkoeffizienten und das Arbeitsvolumen.[3]
Ganz parallel zu den Überlegungen Helmstädters geht auch der Sachverständigenrat davon aus, daß der Kapitaleinsatz je Produkteinheit (Kapitalkoeffizient) ständig ansteigt, das Arbeitsvolumen hingegen nahezu stagniert.[4] Diese für die Jahre 1963 bis 1966 festgestellten Tendenzen werden nun in die Zukunft projiziert, indem alternative Fortentwicklungen von Kapitalkoeffizient und Investitionsquote unterstellt werden. Daraus ergibt sich dann eine „Palette" verschiedener denkbarer volkswirtschaftlicher Wachstumsraten, die von der Untergrenze von 3,0 % bis zur Obergrenze von 7,2 % reicht. Der Sachverständigenrat selbst hält dabei eine Schätzung von etwa 4 % realen Wirtschaftswachstums für realistisch, dies sind etwas mehr als die 3,5 %, welche das Bundeswirtschaftsministerium seiner mittelfristigen Zielprojektion zugrundelegt.[5]

---

toren Arbeit und Kapital mit der Eigenschaft konstanter Skalenerträge und eindeutiger Zuordnung der partiellen Produktionselastizitäten. Vgl.: Ernst Helmstädter, Komponenten des Wachstums, in: Der Volkswirt, Frankfurt (Main) 1967, Nr. 36, S. 1961 f.
1 Ebenda, S. 1962.
2 Ebenda.
3 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 290 ff. Veränderungen des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten finden keine Berücksichtigung (vgl.ebd. Ziffer 296).
4 Ebenda, Ziffer 295.
5 Ebenda, Ziffer 303.

Welche Wachstumsrate aber auch immer als realistisch angesehen werden mag, so kommt - dies wird in beiden Berechnungen erkennbar - der Entwicklung des Beschäftigungsgrades die zentrale Bedeutung zu. Daher lassen sich auch die Jahre extremer Expansion von 1951 bis 1955, in denen hohe Wachstumsraten mit teils sinkenden, teils konstanten Preisen einhergingen, nicht mit den Jahren seit Erreichung der Vollbeschäftigung vergleichen, denn während in jenen Jahren dem Expansionstempo nur durch die Kapitalknappheit Zügel angelegt wurden, so zeichnete sich mit den sinkenden Zuwachsraten des Arbeitsvolumens ein wesentlich schwerer überwindbarer Engpaßfaktor zukünftigen Wirtschaftswachstums ab, auch wenn die Zufuhr ausländischer Arbeitskräfte seitdem in ungeahntem Maße gesteigert werden konnte.
Aus diesem Grunde wollen wir die bisherige Zweierbeziehung nun durch Einschließung des Zieles eines hohen Beschäftigungsgrades zu einem „Dreiecksverhältnis" erweitern.

2.3.3. Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung

Während wir in der bisher behandelten Zweierbeziehung zwischen Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum keinen Konflikt bei der Realisierung beider Zielsetzungen feststellen konnten, oder anders: beweisen konnten, daß eine bestimmte Rate volkswirtschaftlichen Wachstums offenbar mit der Erreichung (und Aufrechterhaltung) von Preisniveaustabilität kompatibel ist, entsteht mit der Hinzunahme des Zieles eines hohen Beschäftigungsstandes (zumal, wenn es als „Vollbeschäftigung" aufgefaßt wird), eine problembeladene Dreiecksbeziehung, denn während sich auf der einen Seite des Dreiecks Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsgrad als Zielsetzungen offenbar kumulativ zueinander verhalten (wie wir noch erläutern werden), wird der zweiten Beziehung, nämlich der zwischen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung, häufig die Existenz eines Zielkonfliktes zugrundegelegt.[1]
Die Ausschöpfung auch der letzten Arbeitskräftereserven einer Volkswirtschaft scheint mit der gleichzeitigen Verwirklichung des Zieles der Preisniveaustabilität unvereinbar zu sein.
Wir haben es hier daher mit einer alternativen Beziehung zwischen

1 Vgl. dazu: Erich Arndt, Ziele und Wege der Stabilitätspolitik und der Gestaltungsspielraum der Notenbank, in: Hamburger Jahrbücher für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von H.D. Ortlieb und B. Molitor, Tübingen 1968, S. 103 ff.

beiden Zielsetzungen zu tun, und da beide Ziele von den führenden Wirtschaftspolitikern in ihrer tagespolitischen Bedeutung zumeist als gleichwertig beurteilt worden sind, d.h. stiegen die Preise, so wünschte man sich mehr Stabilität; stiegen die Arbeitslosenzahlen, so wünschte man sich mehr Beschäftigung, so ist hier offenbar eine Kompromißlösung notwendig.[1]

Wenden wir uns deshalb zuerst innerhalb des „Dreiecksverhältnisses" der eher unproblematischen Beziehung zwischen Wachstum und Beschäftigungsstand zu.

Hier kann davon ausgegangen werden, daß kumulative Beziehungen zwischen der Verwirklichung beider Zielsetzungen bestehen, d.h.: eine um so höhere Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials bedingt ein um so höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum et vice versa.[2] Wenngleich auch der Zusammenhang nach unserer Auffassung nicht so eng sein dürfte, daß dies zu „Faustformeln" verleiten sollte, etwa in der Art wie: ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum sei gleich zwei beziehungsweise drei Prozent mehr Wirtschaftswachstum, wie sie bspw. für die USA aufgestellt worden sind,[3] aber auch in die Überlegungen des Sachverständigenrates Eingang gefunden haben.[4] Für unseren Beobachtungszeitraum ließe sich die uneingeschränkte Anwendbarkeit einer solchen Formel leicht widerlegen: war doch im Jahre 1958 eine gegenüber 1957 nahezu halbierte gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate mit einem höheren Beschäftigungsstand verbunden, wie es Schaubild 16 zeigt.

Offensichtlich ist der Zusammenhang daher (vor allem kurzfristig) nicht so eng, beziehungsweise reicht die ohnehin sehr beschränkte Aussagekraft einer Arbeitslosenquote für den Beweis nicht aus, denn Verkürzungen der tariflich festgelegten Arbeitszeit (wie sie 1958 stattgefunden haben), ebenso wie Überstunden und Kurzarbeit

---

1 Die Notwendigkeit eines Kompromisses zwischen Arbeitslosigkeit und „absoluter" Geldwertstabilität hat zu der Kontroverse geführt, daß entweder der Verwirklichung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus unter Inkaufnahme von nur „relativer" Preisstabilität Vorzug eingeräumt wurde, oder aber die Stabilität Priorität gegenüber der Vollbeschäftigung genoß. Vgl. dazu bspw.: Walter Eberle, Die Problematik der Vollbeschäftigung, in: Beiträge des Deutschen Industrieinstituts, 6. Jg. Köln 1968, Heft 12, S. 13 ff.

2 Vgl.: Alfred E. Ott, Magische Vielecke, a.a.O., S. 108 ff.

3 Siehe dazu A. Okun, Potential GNP: Its Measurement and Significance, in: The American Statistical Association, Proc. (1962), S. 98 ff. Zitiert bei: Artur Woll, Wachstum als Ziel der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 14 f.

4 Der Sachverständigenrat folgert aus dem Zusammenhang zwischen Beschäftigungsvolumen und Arbeitslosigkeit (Ziffer 249), „daß es bei der Entscheidung zwischen ein Prozent und zwei Prozent

werden in dieser Quote ja bekanntlich nicht erfaßt (wie in Kap. 2.1.4. ausführlich dargestellt wurde).[1]

Eine Aussage über den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsgrad ist daher in bezug auf die Verbindung zum Wirtschaftswachstum nur dann zwingend, wenn man in diese Überlegungen auch den Auslastungsgrad sowohl der menschlichen als auch der sachlichen Produktionskapazitäten miteinbezieht. Dies wird bei der „offiziellen" Beschäftigungspolitik jedoch zumeist übersehen.[2]

Für unsere Betrachtung der beschäftigungspolitischen Zielsetzung mag die Arbeitslosenquote - wenn auch als anerkannt grober Indikator - genügen, um den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsgrad dergestalt zu formulieren, daß eine höhere Beschäftigung ein größeres „potentielles" Wirtschaftswachstum ermöglicht.

In anderem Zusammenhang ist eine Untersuchung des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten allerdings von bedeutendem Interesse, denn obwohl das beschäftigungspolitische Ziel von den Politikern vorrangig auf den Grad der Auslastung der menschlichen „Produktionskapazität" bezogen zu werden scheint, so ist die Berücksichtigung der Auslastung des sachlichen Produktionspotentials nach unserer Ansicht vor allem hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Preisniveaustabilität und einem (so verstandenen) Grad der Beschäftigung von großer Wichtigkeit. Dies führt uns zu der dritten Seite unseres (bisherigen) konjunkturpolitischen Dreiecks, dem Beziehungen zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität.

Wie eingangs bereits angedeutet wurde, handelt es sich hier um eine nicht konfliktfreie Zielbeziehung. Gemäß unserem Vorhaben, in die beschäftigungspolitische Zielsetzung in diesem Zusammenhang auch den Auslastungsgrad der sachlichen Produktionskapazitäten miteinzubeziehen, wenden wir uns daher zunächst den Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau zu, die aus

---

Arbeitslosigkeit zur Zeit um einen Streitwert von 1,5 bis 2 Prozent des Sozialprodukts (480 Mrd. DM) geht, also um etwa 7 bis 10 Mrd. DM im Jahr."
Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 250.

1 Der Sachverständigenrat betont daher, daß seine Schätzungen (s.o.) nur mittelfristig Gültigkeit besitzen. Vgl.: Ebenda.

2 Siehe dazu: Walter Eberle, Die Problematik der Vollbeschäftigung a.a.O., S. 5 ff.
Angesichts der Rezession des Jahres 1967 hat sich der Sachverständigenrat erstmals ausführlich mit der Frage einer „optimalen" Kapazitätsauslastung des Produktionspotentials hinsichtlich des als erstrebenswert erachteten Expansionspfades der Volkswirtschaft befaßt. Dies führte zu der Konstruktion eines

alternativen Kapazitätsauslastungen des sachlichen Produktionspotentials resultieren können.
Wie bereits erwähnt (Fußnote), hat der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1967/68 eine Art von „Kapazitätsband" für für die gesamte Volkswirtschaft konstruiert, wobei die optimale Kapazitätsauslastung innerhalb dieser Bandbreite liegt und einen „erstrebenswerten Expansionspfad" des realen Wachstums bestimmt.[1] Allerdings scheint die Genauigkeit, mit der sich ein solches Kapazitätsband, zumindest für die gesamte Volkswirtschaft, festlegen läßt, nicht groß zu sein, denn bereits im Jahresgutachten 1969 mußte der Rat eine Revision seiner ursprünglichen Berechnung vornehmen.[2]
Auf jeden Fall hätten wir eine Untergliederung im Bereich der Industriewirtschaft (bspw. in Konsumgüter- und Investitionsgüterindustrien) vorgezogen.[3] Da für den hier interessanten Zeitraum keine derartigen (umfassenden) Berechnungen vorliegen und im Rahmen dieser Arbeit auch keine eigenständigen Erhebungen vorgenommen werden konnten, mögen für unsere Problemstellung einige mehr grundsätzliche Überlegungen als ausreichend angesehen werden. Dazu beschränken wir uns in der kurzfristigen Analyse der Einfachheit halber auf den industriellen Bereich.[4]
Gehen wir bei unser Betrachtung zunächst davon aus, daß bei einem bestehenden „normalen" Auslastungsgrad der sachlichen Produktionskapazitäten eine Steigerung der Nachfrage auftritt, welche zu einer Produktionsausdehnung führt (Ausschaltung eventueller Lagerbestände). Mit der eintretenden Steigerung des Auslastungsgrades einher geht zunächst ein Anstieg der Produktivität und sinkende Stückkosten.[5] Übersteigt die Nachfrage dann aber schließlich die kurzfristig mögliche Ausweitung der Produktion innerhalb des Spielraums optimaler Kapazitätsauslastung, so führt dies zu steigenden Stückkosten wegen Überlastung der maschinellen Anlagen (erhöhte Reparatur- und Betriebskosten) und zu sinkender (Grenz-) Produktivität weil nunmehr auch ältere, in der Regel weniger pro-

---

„Kapazitätsbandes", innerhalb dessen sich die anzustrebenden realen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts mittelfristig bewegen sollten. Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 317 ff.
1 Ebenda.
2 Sachverständigengutachten, a.a.O., 1969, Seite 12.
3 Ebenda erscheint auch ein Schaubild, das die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie von 1958 bis 1969 zeigt.
4 Dies erscheint als gerechtfertigt, da auch der Sachverständigenrat die Ergebnisse für die Industrie auf die Gesamtwirtschaft überträgt. Vgl.: Ebenda, Ziffer 39.
5 Der als „normal" anzusehende Auslastungsgrad ist ja nicht ein

duktive Aggregate zur Produktion herangezogen werden.[1]
Da von der Nachfrageseite in einem solchen Fall normalerweise kaum Widerstände auftreten, führen die Kostensteigerungen alsbald auch zu steigenden Preisen.[2]
Der gleiche Vorgang läßt sich auch für den Fall sinkender Kapazitätsauslastung nachzeichnen, denn hier steigen die Stückkosten ebenfalls, weil die anteiligen Fixkosten mit sinkender Ausbringungsmenge zunehmend an Gewicht gewinnen, d.h. die Produktivität der industriellen Anlagen sinkt, da die Auslastung unter den optimalen Bereich absinkt. Auch diese Überlegungen gelten natürlich nur, wenn wir von einer vorangehenden „normalen" Auslastung ausgehen.
Wie wir damit gezeigt zu haben glauben, ist sowohl ein Auslastungsgrad an der Kapazitätsobergrenze, wie auch ein Auslastungsgrad unterhalb des als optimal anzusehenden Bereiches mit steigenden Stückkosten verbunden.[3]
Bisher wurde die Auslastung des menschlichen „Produktionspotentials" von der Analyse sorgfältig ausgenommen. In der Realität ist aber natürlich jede industrielle Anlage in irgendeiner Form mit menschlicher Arbeitskraft verbunden und bestehen dementsprechend auch enge Verknüpfungen zwischen dem Auslastungsgrad der industriellen Anlagen und dem Beschäftigungsgrad der Arbeitskräfte. Daher glauben wir nun auch dafür ganz ähnliche Überlegungen anstellen zu können; auch hier gibt es eine Art von „Überauslastung", die zu Kosten- und dann zu Preissteigerungen führt.
Der Übertragungsmechanismus besteht in diesem Fall darin, daß bei zunehmender Anspannung auf dem Arbeitsmarkt infolge der Konkurrenz der Unternehmer um Arbeitskräfte die Effektivlöhne den tariflichen Vereinbarungen „davonzulaufen" beginnen, wie wir es für 1959 (und später) deutlich nachweisen konnten und in Tabelle 15 auf Seite 238 festgehalten haben.
Auch werden bei steigender Auslastung des Arbeitskräftepotentials

---

schmaler Grat, sondern durch intensivere Nutzung einer industriellen Anlage kann in der Regel die Produktion in einem gewissen Ausmaß bei konstanten (oder sinkenden) Stückkosten ausgedehnt werden.

1 Hier sei noch einmal daran erinnert, daß wir uns im Rahmen der kurzfristigen Analyse bewegen, wegen des time-lag zwischen Planung, Ausführung und Inbetriebnahme fallen Erweiterungsinvestitionen hier aus.

2 Steigende Preise erleichtern in diesem Fall natürlich auch die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung von Investitionen.

3 Selbstverständlich handelt es sich hier um ganz einfache betriebswirtschaftliche Erkenntnisse. Es geht uns hierbei ja auch nur darum, den Zusammenhang mit gesamtwirtschaftlichen Preissteigerungen aufzuzeigen.

noch zusätzlich Überstundenzuschläge gezahlt. Auch weisen die neu besetzten „Grenzarbeitsplätze" in der Regel eine unter dem Durchschnitt liegende Produktivität auf,[1] so daß Kostensteigerungen und, im Gefolge, Preissteigerungen zu verzeichnen sind.[2]
Betrachten wir nun den entgegengesetzten Fall rezessiven gesamtwirtschaftlichen Wachstums und einer Nachfrage, welche die Produktion unter das Maß „normaler" Kapazitätsauslastung sinken läßt, so ist infolge der „nach unten" kaum reagiblen Löhne und Gehälter ebenfalls eine Verschärfung der Kostenentwicklung (je Produktionseinheit) zu erwarten, sofern dem nicht durch Massenentlassungen und/oder Kurzarbeit von Unternehmerseite entgegengewirkt wird. Dies könnte mit als Erklärung dafür gelten, warum die Unternehmer auch in Zeiten langsamerer wirtschaftlicher Expansion unter Beibehaltung eines hohen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstandes - wie es im Jahre 1958 der Fall war - keine Veranlassung sehen, über Preissenkungen die Nachfrage zu beleben.[3]
Es ist daher zu erwarten, daß der Preisauftrieb auch bei tiefen konjunkturellen „Einbrüchen" der Wirtschaftsentwicklung, wie bspw. im Jahre 1967, nicht zum Stillstand kommt.
Im Jahre 1958 ist hingegen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage offenbar nicht unter jenes Maß gesunken, das zu inflationären Tendenzen Anlaß gegeben hätte, noch hat sie jenes inflationsfördernde Ausmaß erreicht, das mit den höheren Wachstumsraten der Jahre 1959/60 verbunden war.
Auf Grund der bisherigen Überlegungen und angesichts der Entwicklung im Untersuchungszeitraum erscheint uns der Schluß naheliegend, daß zwischen der Realisierung des Zieles der Preisniveaustabilität und dem der Vollbeschäftigung eine Kompromißlösung gefunden werden muß, mit anderen Worten: es existiert eine Art von „kritischem" Beschäftigungsniveau, bei dessen Überschreitung die Aufrechterhaltung der Preisniveaustabilität offenbar gefährdet ist.[4]
Das Schaubild 16 (S. 251) zeigt auf Tafel 2 die monatliche Arbeitslosenquote. Wenn wir von dem Ausmaß der damaligen Winterarbeitslosigkeit aus den (weiter oben) geschilderten Gründen absehen,[5] so weisen die Jahre 1957 bis einschließlich 1959 ein stets

1 „Wegen dieses Struktureffekts ist ein höherer Beschäftigungsstand mit einem niedrigeren Niveau der Durchschnittsproduktivität der Arbeit verbunden". Vgl.: Sachverständigengutachten, a. a.O., 1967/68, Ziffer 250 (Seite 130).
2 Dies schon wegen der günstigeren Überwälzungsmöglichkeiten.
3 Siehe dazu auch Kapitel 1.2.4., die Seiten 122 ff.
4 Vgl.: Walter Eberle, a.a.O., S. 13 ff.
5 Siehe dazu Kapitel 2.1.4., die Seiten 187 ff.

steigendes Beschäftigungsniveau im Jahresdurchschnitt auf. In den Sommermonaten des Jahres 1959 wird die (eingezeichnete) Grenze von einem Prozent erstmals überschritten. Wie wir in unserem Kapitel über das beschäftigungspolitische Ziel bereits ausführlich dargestellt haben (vgl. S. 192), sehen wir hier die Grenze zu einem die Preisstabilität gefährdenden Beschäftigungsniveau als erreicht an.

2.3.4. Einflüsse der Außenwirtschaft

Für die Betrachtung der letzten „Ecke" des konjunkturpolitischen Vierecks haben wir mit Absicht in der Überschrift den Begriff „außenwirtschaftliches Gleichgewicht" vermieden, da gemäß unserer Definition außenwirtschaftliches Gleichgewicht vorherrschen sollte, wenn von der außenwirtschaftlichen „Flanke" keine negativen Einflüsse auf die Realisierung der übrigen konjunkturpolitischen Zielsetzungen ausgehen. Um dies vollständig zu erfassen genügt nach unserer Ansicht keiner der (nachfolgend) aufgeführten Indikatoren, da sie die jeweilig bestehende gesamtwirtschaftliche Situation nicht mit berücksichtigen. Dennoch wurde in Schaubild 16 (Tafel 3, S. 251) als Indikator für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht der Außenbeitrag aufgeführt. Dies geschah nun nicht etwa deswegen, weil wir die Entwicklung gerade dieses Indikators für schlagend maßgeblich hielten, sondern weil, vor die Wahl gestellt zwischen einem halben Dutzend denkbarer Indikatoren - oder gar keinem, uns der Außenbeitrag als Meßzahl noch am ehesten als geeignet erschien. Diese Entscheidung wollen wir im folgenden begründen.

So ist von mancher Seite bspw. die Forderung aufgestellt worden, außenwirtschaftliches Gleichgewicht als realisiert anzusehen, wenn die zentralen Währungsreserven unverändert bleiben.[1] Dieser Definition haben wir deshalb nicht den Vorzug gegeben, weil es hier angesichts ungewisser Zukunftsentwicklung (sowohl im ökonomischen als auch im außerökonomischen Bereich)[2] für ein Land durchaus als sinnvoll erscheinen kann, sich ein gewisses „Devisenpolster" anzulegen. Dies gilt vor allem für die Situation der Bundesrepublik Deutschland in den 50er Jahren, wo zahlreiche finanzielle Verpflichtungen gegenüber dem Ausland bestanden.[3]

1 Vgl. bspw.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1968/69, Z. 193.
2 Man denke hier an die Folgen der‚Ölpreisexplosion' aber auch an die Möglichkeit von Naturkatastrophen etc.
3 Gemeint sind hier die Tilgungszahlungen für die Nachkriegswirtschaftshilfe (Londoner Abkommen), Wiedergutmachungsleistungen, Kosten der Wiedereingliederung des Saarlandes etc. Siehe dazu unser Kapitel 1.1.3.

Unbeschadet dieser Überlegungen ist die Forderung nach unveränderten Währungsreserven natürlich längerfristig insoweit berechtigt, als es nicht Ziel einer Wirtschafts- und Währungspolitik sein kann, ständig mehr Devisen anzuhäufen, bzw. die Handelspartnerländer zu verschulden.[1]

Ein zweiter Vorschlag zielt darauf ab, außenwirtschaftliches Gleichgewicht dann als verwirklicht anzusehen, wenn die Bundesbank zur Behauptung der bestehenden Wechselkurse nicht einzugreifen braucht.[2] Die Betonung diesen Aspekts halten wir besonders auch für unseren Untersuchungszeitraum angebracht, man denke dabei nur an den Kampf der Bundesbank gegen die Aufwertungsspekulation im Jahre 1957 und 1960/61 (siehe dazu Kap. 1.2.5.). Allerdings ist auch dieser Beurteilungsmaßstab für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht vollkommen, denn er ist wie eine Ampel, die von „grün" im außenwirtschaftlichen Verkehr gleich unmittelbar auf „rot" umspringt. Für eine aktive und vor allem vorausschauend handelnde Wirtschafts- und Währungspolitik fehlt hier sozusagen die „Gelbphase".

Wenn die Bundesbank bereits massiv gegen die Devisenspekulation zur Stützung der Wechselkursparitäten eingreifen muß, so sind die negativen Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft (Aufblähung der Liquidität, Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur durch Exportorientierung etc.) dem zumeist schon vorangegangen. Dies zeigt sich auch sehr deutlich in den Spekulationswellen nach dem boomartigen Wirtschaftsaufschwung der Jahre 1955/56 und ebenso nach 1959/60 bis zur schließlichen Aufwertung im Jahre 1961.

Der Indikator Außenbeitrag hat für eine vorausschauend handelnde Wirtschaftspolitik dagegen den Vorteil, daß er kurzfristig (monatlich) ermittelbar ist, so daß rechtzeitig bei absehbarer Gefahr negativer Einflüsse auf die Binnenwirtschaft geeignete Maßnahmen ergriffen werden können - wie bspw. Veränderungen der Wechselkurse.[3]

---

1 Vgl. dazu das Gutachten vom 30. April 1957 , Thema: „Wirtschaftspolitische Problematik der deutschen Exportüberschüsse" vom Wissenschaftlichen Beirat, a.a.O., Ziffer 7 ff.

2 „Als außenwirtschaftliches Gleichgewicht bezeichnen wir jenen Zustand, in dem Angebot und Nachfrage nach Inlandswährung einander gleich sind, so daß der Wechselkurs unverändert bleibt, ohne daß hierzu eine Intervention der Notenbank durch Ankauf oder Abgabe von Gold und Devisen erforderlich wäre."
Carl Föhl, Außenwirtschaftliches und binnenwirtschaftliches Gleichgewicht, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl, Hrsg. Harald Jürgensen, Göttingen 1964, S. 607.

3 Diese Möglichkeit hat der Wiss. Beirat bereits in dem (obigen) Gutachten vom 30.4.1957 vorgeschlagen. Vgl.: Ebenda, Ziffer 17.

Allerdings hat die Wahl des Außenbeitrags als Maßgröße für das Bestehen eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ebenfalls ihre Mängel. Dies zeigt sich sogleich, wenn wir anhand von Tafel 3 (Schaubild 16, S. 251) die Auswirkungen der Preisentwicklung auf die Außenhandelszahlen vor allem im Jahre 1958 und 1959 zeigen. Um solche vorübergehenden (bereits 1960 begann sich die „Schere" zwischen Exportgüter- und Importgüterpreisniveau wieder zu schließen) und das tatsächliche Außenhandelsvolumen verzerrenden Einflüsse auszuschließen, erscheint es daher ratsam, im Zeitvergleich nicht von jeweiligen, sondern von indizierten Preisen auszugehen, wie es in Schaubild 16 geschehen ist.
Das Bundeswirtschaftsministerium quantifiziert in seiner mittelfristigen Zielprojektion vom Jahre 1967 außenwirtschaftliches Gleichgewicht als Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland (Außenbeitrag) von einem Prozent des Bruttosozialprodukts.[1]
Angesichts der finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik, vor allem der Forderungen nach Entwicklungshilfe, hält der Sachverständigenrat diese Quote für sehr knapp bemessen.[2]
Da in dem von uns gewählten Untersuchungszeitraum die Bundesrepublik noch weit höheren finanziellen Ansprüchen des Auslands gerecht zu werden hatte, kann insoweit eine Quote des Außenbeitrags von etwa 2% (bei konstanten Preisen), wie sie in Tafel 3 des Schaubilds 16 eingezeichnet ist, als gerechtfertigt angesehen werden. Freilich gilt dies nur, wenn man sich der Art der Quantifizierung außenwirtschaftlichen Gleichgewichts durch das Bundeswirtschaftsministerium anschließt.
Wie jedoch in Kapitel „Außenwirtschaftliches Gleichgewicht" (S. 172 ff.) von uns bereits ausführlich begründet wurde, muß jedoch das Hauptgewicht bei der Beurteilung nach unserer Ansicht nicht auf der Fixierung irgendwelcher Quoten, sondern auf einer Beachtung der Einflüsse auf die Binnenwirtschaft liegen.[3]
Ganz unabhängig von der Außenbeitragsentwicklung sind von der außenwirtschaftlichen „Flanke" nämlich in den Jahren 1957 bis 1959 höchst unterschiedliche Einflüsse auf die Binnenwirtschaft ausgegangen.[4]

---

1 Vgl.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1967/68, Ziffer 304.
2 Ebenda.
3 Siehe dazu die Seiten 172 f. und 176 f.
4 Hier sei auf die ausführliche Darstellung in Kap. 2.1.3., S. 172 ff. verwiesen. Wir beschränken uns im folgenden dagegen auf eine kurze Zusammenfassung unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation.

So befand sich im Jahre 1957 die Deutsche Bundesbank in einem „circulus vitiosus" von restriktiven Maßnahmen und davon wiederum provozierten Außenhandelsüberschüssen. Die spekulativen Devisenzuströme bedeuteten eine ständige Bedrohung des Zieles der Geldwertstabilität (vgl. S. 174 ff.), so daß wegen dieser schädlichen Einflüsse auf die Binnenwirtschaft 1957 nicht von einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht gesprochen werden kann.[1]
Im Jahre 1958 sind dagegen von dem Preisverfall der Auslandsgüter (vor allem der Rohstoffe) dämpfende Einflüsse auf die inländische Preisniveauentwicklung ausgegangen, vgl. Schaubild 11, S. 170. Zugleich half die nur wenig nachlassende Auslandsnachfrage, das hohe inländische Beschäftigungsniveau zu erhalten. Gemäß unserer Definition außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sind demnach im Jahre 1958 von der Außenwirtschaft positive Einflüsse (und keine negativen) auf die Binnenwirtschaft ausgegangen, und das Ziel kann daher als erreicht angesehen werden.[2]
Im Jahre 1959 wies die Devisenbilanz erstmals seit 1950 wieder einen Passivsaldo (von 2,2 Mrd. DM) auf.[3] Die Abnahme der zentralen Währungsreserven widerspricht der (eingangs) vorgestellten Definition außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, wogegen das Ausmaß des Außenbeitrags (siehe Schaubild 16) noch durchaus als definitionsgerecht angesehen werden kann. Hier zeigt sich, daß die Indikatoren außenwirtschaftlichen Gleichgewichts in ihrer Aussagekraft beschränkt sind und daher nicht isoliert herangezogen werden sollten, auch zeigt sich hier der Nachteil der kurzfristigen Betrachtungsweise, denn obwohl im Jahre 1959 von der Außenwirtschaft noch keine wesentlichen, negativen Impulse ausgegangen sind, so ist die für Westdeutschland ungewöhnliche Entwicklung der Devisenbilanz doch als Vorbote des späteren Booms anzusehen, der schließlich zur Aufwertung im Jahre 1961 führte, wie wir es in Kapitel 1.2.5. (S. 137 ff.) beschrieben haben.
Während also in kurzfristiger Analyse das Ziel außenwirtschaftlichen Gleichgewichts für 1959 als erfüllt angesehen werden könnte so ist für eine weiter vorausschauende Konjunkturpolitik der zukünftige Konflikt (vor allem) mit dem Ziel der Preisniveaustabilität bereits erkennbar.[4]

---

1 Davon abgesehen weist das Jahr 1957 auch einen hohen Außenbeitrag von nominal und real etwa 4 % auf. Vgl.: Schaubild 16, S. 251, Tafel 3.
2 Siehe dazu auch die Seiten 175 ff.
3 Siehe dazu Seite 177.
4 Die Auslandsnachfrage stieg in der Folge stark an: Bumerangeffekt (Hahn) der starken öff. Kapitalexporte, vgl. S. 147.

Zum Abschluß dieses Kapitels sei noch kurz darauf hingewiesen, daß bereits 1956 die Möglichkeit in Betracht gezogen wurde, die Binnenwirtschaft durch flexible Wechselkurse gegen unerwünschte außenwirtschaftliche Einflüsse abzuschirmen, wenn sich nämlich die nationale Wirtschaftspolitik angesichts fortwährender Inflation oder Deflation in Handelspartnerländern vor das Dilemma gestellt sähe, wie bei „Aufrechterhaltung annähernder Vollbeschäftigung das Ziel des Ausgleichs ihrer Zahlungsbilanz mit dem Ziel eines stabilen Binnenmarktpreisniveaus" vereinbart werden könnte.[1] Es zeigt sich daher auch hier wieder, daß die Probleme der 70er Jahre bereits in den 50er Jahren in ihren Ansätzen erkennbar waren.

2.3.5. Mittel und Wege zu einer gleichmäßigeren Einkommens- und Vermögensverteilung

Als im Jahre 1956 der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium die Zielsetzungen der Konjunkturpolitik, wie wir sie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt haben, erstmals in dieser komplexen Form vorstellte,[2] hatten die Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung offenbar noch nicht jenen Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit erreicht, daß an die Formulierung einer speziellen verteilungspolitischen Zielsetzung gedacht wurde, auch in dem späteren Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates ist ein verteilungspolitisches Ziel nicht explizit in den gesamtwirtschaftlichen Zielkatalog integriert worden.[3]

Die Gründe für diese Zurückhaltung des Staates hinsichtlich der Fixierung eines Verteilungszieles sind sicherlich in der Vorstellung zu suchen, daß die Tarifautonomie der Sozialpartner nicht angetastet werden dürfe, so heißt es im (obigen) Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats: „Die staatliche Konjunkturpolitik hat daher zunächst mit den Entscheidungen der Sozialpartner als einem Faktum zu rechnen und bei ihren eigenen konjunkturpolitischen Maßnahmen darauf Bedacht zu nehmen".[4]

Jedoch wird dieser Zustand schon im Jahre 1956 offenbar als unbefriedigend empfunden, denn an gleicher Stelle heißt es weiter: „Das Bestreben müßte .. darauf gerichtet sein, die Maßnahmen der

1 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3.6. und 8.7.1956, Z. 21 f.
2 Ebenda, Ziffer 1 ff.
3 Siehe dazu bspw.: Sachverständigengutachten, a.a.O., 1964/65 im Vorwort.
4 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3.6. und 8.7.1956, Z. 59.

staatlichen Konjunkturpolitik und diejenigen der Sozialpartner von vorneherein zu koordinieren".[1]

Aus diesem Zwiespalt zwischen konjunkturpolitischen Erfordernissen und der Achtung der Tarifautonomie hat sich in den darauf folgenden Jahren dann in paradoxer Weise die Entwicklung ergeben, daß zwar Richtlinien für die von den Sozialpartnern anzustrebenden gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen von seiten des Staates vorgegeben wurden (man denke hier nur an die zahlreichen „Lohnleitlinien" und an die Versuche einer „konzertierten Aktion"), jedoch die Formulierung eines verteilungspolitischen Zieles dabei „offiziell"[2] sorgfältig vermieden wurde. Zugleich hat der Staat aber durchaus auch schon in den Jahren von 1957 bis 1960 in großem Umfang verteilungspolitischen Maßnahmen ergriffen, wie bspw. die Durchführung der Rentenreform. Der staatlichen Umverteilungspolitik fehlt jedoch bis zum heutigen Tage ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept.

Die Ursache hierfür liegt wahrscheinlich darin, daß das Äquivalenzpostulat[3] der marktwirtschaftlichen Verteilung der Wertschöpfung wegen der Unlösbarkeit des Zurechnungsproblems für eine verteilungspolitische Konzeption nicht Grundlage sein kann.[4]

Daher blieb es im wesentlichen den Sozialpartnern überlassen, dafür zu sorgen, daß alle im marktwirtschaftlichen Produktionsprozeß Beteiligten an der allgemeinen Einkommensexpansion teilhaben konnten. Dieses System hat jedoch ganz entscheidende Mängel, denn diejenigen Gruppen, welche die am wenigsten einflußreiche „gewerkschaftliche Lobby" hinter sich haben, würden demnach bei der Durchsetzung ihrer Ziele am weitesten zurückstecken müssen - mit anderen Worten: das System, die Probleme der Einkommensverteilung über die Tarifautonomie lösen zu wollen, begünstigt diejenigen, welche im „Verteilungskampf" über die stärksten „Ellenbogen" verfügen.

---

1 Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 3.6. und 8.7.1956, Ziffer 60.

2 Selbstverständlich liegt jeder Lohnleitlinie auch indirekt eine Aussage über die angestrebte gesamtwirtschaftliche (funktionelle) Einkommensverteilung zugrunde, so bedeutet die Forderung nach einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik der Gewerkschaften praktisch eine „Zementierung" der bestehenden Verteilung. Vgl. dazu bspw.: Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 12. 6. 1955 „Probleme einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik", Ziffer 14 ff. und das Gutachten vom 21.2.1960 „Möglichkeiten und Grenzen einer konjunkturbewußten Lohnpolitik", Ziffer 9.

3 Nach dem Äquivalenzpostulat sollte die Verteilung der Wertschöpfung über den Markt den produktiven Beiträgen der Wirtschaftsteilnehmer entsprechen. Vgl.: Wilfried Höhnen, Die vermögenspolitischen Gesetze und Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1968, S. 14.

4 Ebenda.

Der zweite, sich daran anschließende Mangel dieses auf der Tarifautonomie aufbauenden Systems ist jedoch noch gravierender: „Da die Zielkataloge und Prioritätsskalen des Staates einerseits und der Sozialpartner andererseits inkongruent sind, ist die Rationalität des wirtschaftspolitischen Gesamtsystems gefährdet".[1] Wenngleich hier auch eingewandt werden könnte, daß diese Inkongruenz nicht zwangsläufig eintreten müsse, so kann auf diesem Plafond der bloßen Möglichkeit einer Übereinstimmung doch keine rationale Wirtschaftspolitik betrieben werden, vielmehr ist es notwendig, über den tagespolitischen Horizont hinaus eine mittelfristige Koordinierung der Zielvorstellungen (und der entsprechenden Verhaltensweisen) von Staat und Sozialpartnern zu erreichen, „denn die pluralistische Gesellschaft hat einen noch weithin ungedeckten Bedarf an Verhaltens- und Koordinationsregeln für die öffentlichen Hände und für die nichtstaatlichen Instanzen der Wirtschaftspolitik einschließlich der Tarifpartner".[2]
Es erscheint daher die Frage berechtigt, ob sich eine gleichzeitige Realisierung der konjunkturpolitischen Zielsetzungen bei einer Isolation der Probleme der Einkommensverteilung überhaupt erreichen läßt, bzw. ob es nicht bei zunehmender Ausschöpfung der Arbeitskräftereserven und entsprechender Machtzunahme der Gewerkschaften, sowie dem parallel laufenden Konzentrationsprozeß in der industriellen Wirtschaft, ob es angesichts dieser Machtzusammenballung bei den Interessenverbänden nicht notwendig ist, eine Lösung der Probleme bei der Einkommens- und Vermögensverteilung von seiten des Staates gezielt anzusteuern.[3]
Dies gilt vor allem, „je stärker sich die Erkenntnis durchsetzt, daß mit den überkommenen Mitteln der Lohn-, Preis- und Zinspolitik eine grundlegende Veränderung der Einkommenspyramide nicht zu erreichen ist".[4] Der seit Beginn der 60er Jahre feststellbare leichte Anstieg der Bruttolohnquote ist in seiner Aussagekraft nur für die funktionelle Einkommensverteilung maßgeblich - und deren Aussagekraft ist eng begrenzt, wie wir an anderer Stelle ausführlich dargestellt haben.[5] Der Anstieg ist wohl auch eher

1 Joachim Klaus, Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 51, Hrsg. Helmut Arndt, Berlin 1969, S. 99.
2 Herbert Giersch, Rationale Wirtschaftspolitik in der pluralistischen Gesellschaft, in: Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 45, Berlin 1967, S. 137.
3 Vor allem, weil eine Austragung des „Verteilungskampfes" gesamtwirtschaftlich schädliche Folgen haben kann.
4 K.D. Schmidt, U.Schwarz, G.Thiebach, a.a.O., S. 1.
5 Siehe dazu S. 212 ff.

als eine Art von „Knappheitsrente" für den im Verhältnis zum Faktor Kapital knapp gewordenen Faktor Arbeit zu verstehen,[1] als auf erfolgreiche Gewerkschaftspolitik zurückzuführen. Außerdem ist für die tatsächliche Situation der Einkommensbezieher ohnehin nicht die funktionelle, sondern die personelle Einkommensverteilung relevant (vgl. S. 224 f.), so daß wir in unserer Problemstellung in diesem Kapitel die Verteilung von Einkommen und Vermögen auf die privaten Haushalte in den Vordergrund stellen wollen, und zwar geht es uns jetzt nicht mehr (wie in Kapitel 2.2.) um die Analyse der tatsächlich bestehenden Verteilung, sondern um die Möglichkeiten einer Umverteilung.

Hier entsteht sogleich die Frage nach den Prinzipien, unter denen eine solche Umverteilung vorgenommen werden könnte. Da das (eingangs) erwähnte Äquivalenzprinzip wegen des Zurechnungsproblems nicht erfüllt werden kann, muß ein geeigneter Beurteilungsmaßstab für die Beschaffenheit einer als „gerecht" empfundenen Einkommens- und Vermögensverteilung gefunden werden. Dies gilt vor allem, da sich das „Gerechtigkeitsziel" selbst nicht objektiv konkretisieren läßt,[2] sondern nur umschrieben werden kann. Wir sind in der Kapitelüberschrift daher von der Erreichung einer „gleichmäßigeren" Verteilung ausgegangen, obwohl auch dieser Begriff nicht ohne Kritik angewandt werden kann, da sich hier das Problem ergibt, eine „optimale" Einkommensverteilung zu bestimmen. Immerhin ist die Zielsetzung der Erreichung einer gleichmäßigeren Verteilung aber insoweit operational, als eine „Einebnung" der Niveauunterschiede zwischen den Einkommen der soziologischen Gruppen privater Haushalte als Ziel ja durchaus quantifizierbar ist - wie weit die Nivellierung dabei gehen soll, wäre dann lediglich eine (allerdings brisante) Frage der politischen Entscheidung, bei der dann immer geprüft werden müßte, ob soziale Gründe eine weitere Umverteilung rechtfertigen, oder aber (bspw.) der Leistungswillen der Wirtschaftssubjekte unter dem Druck der verteilungspolitischen Maßnahmen zum Erliegen kommt.[3]

Für die Herbeiführung einer anhaltenden und wesentlichen Verän-

---

1 Siehe dazu Kapitel 2.2.2., Seite 212 ff.

2 Siehe dazu: Rolf Funck, Möglichkeiten einer verteilungsaktiven Lohnpolitik, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl, Hrsg. Harald Jürgensen, Göttingen 1964, S. 582.

3 Vgl. dazu: Ebenda, S. 582 f.
Als Beispiel dafür, daß die drückende Last der staatlichen sozialpolitischen Maßnahmen auf die Einkommen der privaten Haushalte zu einem sinkenden Leistungswillen führen kann, läßt sich der „Wohlfahrtsstaat" Schweden anführen.

derung der personellen Verteilung von Einkommen und Vermögen bieten sich vor allem zwei Möglichkeiten an, nämlich erstens über staatliche Umverteilungspolitik (entweder durch entsprechende Gestaltung der Einkommens- und Vermögensbesteuerung oder aber auch bspw. durch Lohn- und Preisstopps) und zum anderen durch eine Neugestaltung der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik. Wegen der negativen Folgen auf die Gesamtwirtschaft eines sich bspw. in „Lohn-Preis" oder auch „Preis-Lohn" Spiralen äußernden Verteilungskampfes der Interessenverbände liegt das Hauptgewicht in diesem Kapitel nicht auf der (ansonsten wesentlichen) Bedeutung staatlicher Umverteilungspolitik,[1] sondern auf den Möglichkeiten, durch eine Neugestaltung der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik Einfluß auf die personelle Einkommensverteilung auszuüben.

An früherer Stelle (S. 106) wurden bereits zwei Möglichkeiten, die sich in der verteilungspolitischen Diskussion auf diesem Gebiet herauskristallisiert haben, vorgestellt und zwar der Plan der Bildung eines Sozialkapitalfonds (Bruno Gleitze) und der Plan eines Investivlohnes (Oswald Nell-Breuning).[2]

Diesen bereits in den 50er Jahren veröffentlichten Vorschlägen folgte dann später (1968) eine Untersuchung über die Möglichkeiten überbetrieblicher Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer.[3]

Hauptsächlich von Unternehmerseite wird, wie wir in Kapitel 1.2.3. (S. 106 f.) schon darstellten, vor allem auf die Bedeutung der Umgestaltung der personellen Einkommensverteilung durch ein vermehrtes Sparen der Arbeitnehmer hingewiesen. Diese Möglichkeit wird in diesem Kapitel jedoch nicht weiter behandelt, da sie auf einer verhaltenshypothetischen Annahme beruht, die wir in unserer Verhaltensanalyse (Kapitel 1.2.2.) nicht bestätigen konnten.[4]

Den Entscheidungen der privaten Haushalte über Konsum und Sparen liegen sehr vielschichtige Motivationen zugrunde; der Anreiz Vermögen anzusammeln, um daraus Einkommenszuwächse zu erzielen, ist

---

1 Die Auswirkungen staatlicher Umverteilungspolitik auf die personelle Einkommensverteilung haben wir ja auch bereits im Kap. 2.2.3. kurz dargestellt.

2 Vgl.: Bruno Gleitze, Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, a.a.O. und: Oswald Nell-Breuning, Sparen ohne Konsumverzicht, a.a.O.

3 Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, a.a.O.

4 Vielmehr zeigte sich, daß bestimmte soziologische Gruppen von privaten Haushalten auch ganz gruppenspezifische Verhaltensweisen und (hier) vor allem Sparmotive aufweisen. Der Schluß, daß ein höheres Einkommen auch mit einer erhöhten Sparneigung verbunden sei, erscheint daher als zu verallgemeinernd.

hier nur einer unter vielen Gründen für das Sparen, und, wie wir zeigen konnten, keineswegs einer der bedeutendsten.[1]
Selbst wenn es aber gelänge, die Sparneigung der Arbeitnehmer[2] durch geeignete Maßnahmen zu fördern, so erwiese sich dies doch wegen der gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge als ein Schlag ins Wasser, denn, wie Bombach treffend feststellt: „Sparförderung für sich bedeutet Nachfrageausfall; sie wirkt deflatorisch. Sparförderung und Investitionspolitik sind deshalb untrennbar miteinander verbunden".[3]
Nachdem wir solchermaßen die Möglichkeit der Erreichung einer gleichmäßigeren Verteilung durch ein bloßes Mehrsparen der Arbeitnehmer als unwahrscheinlich und zugleich unzweckmäßig ausgeschieden haben, bleiben alle jene Möglichkeiten offen, die ein - freiwilliges oder erzwungenes - Mehrsparen mit einer gleichzeitigen Investition verbinden.
Da wir eingangs die Notwendigkeit der Lösung der Probleme einer als ungerecht empfundenen Einkommens- und Vermögensverteilung mit der Machtzusammenballung der Interessenverbände im Verteilungskampf begründet hatten, müssen wir folgerichtig nun noch diejenigen Möglichkeiten der Umverteilung ausschließen, welche einen Machtzuwachs für eben diese Verbände beinhalten. Ein in diesem Sinne rationaler Plan der Umverteilung darf weder die Gewerkschaftsverbände noch die Arbeitgeberverbände in ihrer Machtposition bestärken, sondern muß tatsächlich allein den privaten Einkommensbeziehern zugute kommen.
Es ist daher zu fragen, was mit den neugewonnenen Vermögensanteilen der Arbeitnehmer geschehen soll, bleibt die individuelle Verfügungsgewalt der Empfänger erhalten, so ist der Umverteilungsversuch in dieser Hinsicht unbedenklich, werden diese Anteile jedoch zu einem Fonds „gebündelt", so ist zu befürchten, daß die Gewerkschaften (oder, je nach Sachlage, auch die Unternehmer) die Verfügungsgewalt über diesen Fonds erlangen.
Betrachten wir unter diesen Gesichtspunkten den (erwähnten) Plan von Bruno Gleitze, welcher vorsieht, daß die Unternehmen im Rahmen der allgemeinen Kapitalbildung einen Anteil an „Sozialkapital"

---

1 Hier sei vor allem auf unser Kapitel 1.2.2. über das Kosum- und Sparverhalten der privaten Haushalte verwiesen. Wie sich zeigte, kam dem Sparen aus Angst vor der zukünftigen Entwicklung die bei weitem größte Bedeutung zu (S. 98 ff.).
2 Analog zu den meisten verteilungspolitischen Überlegungen auf diesem Gebiet beschränken auch wir uns auf die Arbeitnehmer.
3 Gottfried Bombach, Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Hrsg. Helmut Arndt, Bd. 51, Berlin 1969, S. 835.

aufbringen, der zwar zur Investition in den Unternehmen verbleibt, dessen Anteile jedoch in einem Fonds zusammengefaßt werden, so ist dieser Plan unter den die Machtverhältnisse berücksichtigenden Gesichtspunkten unseres Kapitels bedenklich. Daran ändert sich auch nichts dadurch, daß der Gleitze-Plan die Fixierung eines individuellen Rechtsanspruchs für den einzelnen Arbeitnehmer vorsieht, da in diesem Zusammenhang die Verfügungsgewalt über die Besitzanteile allein ausschlaggebend ist.[1]

Der ursprüngliche Plan eines „Investivlohnes" von Oswald Nell-Breuning verbindet die traditionelle Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften mit der (neuen) Forderung nach einem Anteilsrecht der Arbeitnehmer an der Neubildung der betrieblichen Investitionen indem die Gewerkschaften zusammen mit der Forderung nach Nominallohnerhöhungen in für die Arbeitnehmer günstigen Situationen ein tariflich abgesichertes Miteigentum erstreiten sollen.[2]

Wie die Überschrift „Sparen ohne Konsumverzicht" eines bereits 1957 veröffentlichten Artikels aussagt, geht Nell-Breuning davon aus, daß durch ein bloßes Mehrsparen der „breiten Massen" der Bevölkerung keine grundlegende Änderung der Einkommens- und Vermögensverteilung erreicht werden kann.[3] Der Konsum soll daher auf einem Stand gehalten werden, der den Absatz der Güter gewährleistet, jedoch keinen Raum für Preiserhöhungen bietet. Darüber hinaus müssen, wegen der größeren Belastung durch Vermögensbeteiligung im arbeitsintensiven Bereich, zum Ausgleich für dort zu erwartende Preiserhöhungen im kapitalintensiven Bereich der Wirtschaft die Preise sinken.[4]

Der Plan des Investivlohns hat in den Jahren seitdem eine Anzahl von Umgestaltungen erfahren; in einem gedanklichen Sprung bis in das Jahr 1969 wollen wir die inzwischen zusammengetragenen wesentlichen Kritikpunkte kurz aufführen:[5]

(1) Die Unternehmer werden den Investivlohn als Kostenfaktor betrachten und in den Preisen überwälzen.

---

1 So beschreibt Galbraith in seiner Analyse der modernen Industriegesellschaft wie bspw. in vielen großen Kapitalgesellschaften die eigentliche Macht von den Anteilseignern längst auf das Management (die „Technostruktur") übergegangen ist. Vgl.: John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968, Kap. VI (S. 76 ff.) und Kap. VII (S. 89 ff.).

2 Die mehr grundsätzlichen verteilungspolitischen Überlegungen Nell-Breunings wurden erstmals von Karl Arnold, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, in die Tat umgesetzt. Vgl.: Carl Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, a.a.O., S.120.

3 Oswald Nell-Breuning, Sparen ohne Konsumverzicht, a.a.O., S.2051.

4 Ebenda, S. 2053.

5 Gottfried Bombach, Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik, a.a.O., S. 834 f.

(2) Der Investivlohn reduziert die Gewinne und beeinträchtigt damit das Wachstum.

(3) Der Investivlohn ist nicht strukturneutral, sondern trifft die arbeitsintensiven Betriebe stärker als die kapitalintensiven.

(4) Die Auswirkungen auf den Kapitalmarkt sind ungewiß.

(5) Die Wirtschaft braucht Risikokapital, nicht Fremdkapital.

Wir können zunächst Argument (2) und (5) dergestalt zusammenfassen, daß wir sagen: ein Rückgang der Gewinne beeinträchtigt das Wachstum vor allem insoweit, wie Argument (5) gilt, d.h. die Wirtschaft tatsächlich von einer hohen Eigenkapitalquote abhängig ist. Dies dürfte sich jedoch kaum generell nachweisen lassen.[1] Argument (1) und (2) widersprechen sich insoweit, als bei einer vollen Überwälzbarkeit der Kostensteigerungen durch den Investivlohn die Gewinne der Unternehmen nicht zurückgehen würden.[2] Die Argumente (1), (2) und (5) hängen daher dergestalt zusammen, daß dem Verhalten der Unternehmer hier große Bedeutung zukommt, denn betrachten sie den Investivlohn als bloße Kostensteigerung, die sie in den Preisen zu überwälzen suchen, und sind sie nicht bereit, einen sich ergebenden größeren Anteil Fremdkapitals (der ja immerhin Betriebsangehörigen) am Unternehmen zu akzeptieren, dann sind in der Tat negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft zu erwarten, nämlich steigende Preise, sinkende Investitionsneigung und, möglicherweise, Arbeitslosigkeit.[3] Dem Argument (3) kommt nach unserer Ansicht eine große Bedeutung zu, dies vor allem, da hier eine Verschärfung des ohnehin schon bestehenden Trends zur (relativen) Verteuerung des Faktors Arbeit zu erwarten ist. Die Auswirkungen der Einführung eines Investivlohns treffen hier ja nicht alle Unternehmen und Wirtschaftsbereiche gleichermaßen, so daß längerfristig tiefgreifende Struktureffekte zu erwarten sind.[4]

---

1 Der Wissenschaftliche Beirat hat sich in seinem Gutachten vom 16.2.1963 über „Selbstfinanzierung bei verlangsamtem wirtschaftlichen Wachstum" ausführlich mit dieser Frage beschäftigt und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß grundsätzlich kein spezifischer Zusammenhang zwischen Selbstfinanzierungsquote und Investitionsvolumen besteht. Vgl.: Wiss. Beirat, a.a.O., Gutachten vom 16.2.1963, Ziffer 2.

2 Gottfried Bombach, Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik, a.a.O., S. 835.

3 Siehe dazu: Carl Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, a.a.O. S. 123 ff.

4 Dies gilt vor allem für die Konzentrationstendenz in der Wirtschaft; Nell-Breuning empfiehlt daher vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Machtzusammenballungen. Vgl.: Oswald Nell-Breuning, Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 9.Jg. (1958), Köln-Deutz 1958, S. 470.

Das Argument (4) ließe sich insoweit umgehen, als die Veräußerung der Vermögensanteile der Arbeitnehmer einer gewissen Sperre unterworfen werden könnte,[1] oder die Anteile in einen Fonds eingebracht werden und einer Aufsicht unterliegen.[2] In diesem Falle bestünde dann allerdings wieder die Gefahr, daß, wie oben schon beschrieben, die Interessenverbände Verfügungsgewalt über den Fonds zu erlangen trachten.

Abschließend wenden wir uns noch den Möglichkeiten zu, durch eine direkte Umleitung der Unternehmergewinne eine Vermögensumverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu erreichen.

Die Gewinnbeteiligung auf betrieblicher Ebene streifen wir hier nur kurz,[3] da sie sich nicht dazu eignet, in gesamtwirtschaftlichem Rahmen die Einkommens- und Vermögensverteilung zu verändern, vielmehr trägt sie den Charakter eines besonderen „Bonus' für Beschäftigte in gewinnträchtigen Unternehmen - dies unbeschadet ihrer sonstigen Vorteile, hier vor allem der Stärkung des Leistungswillens der Arbeitnehmer und der Aufrechterhaltung der Investitionsneigung.[4]

Die Gewinnbeteiligung auf überbetrieblicher Ebene haben wir beispielhaft an dem Plan von Bruno Gleitze bereits vorgestellt. Dabei wurden vor allem Bedenken gegen die Bildung eines gesamtwirtschaftlichen Fonds erhoben. Die gleichen Bedenken müssen auch gegen die Vorschläge von seiten der Sozialdemokratischen Partei zur Vermögensbildung, bekannt unter dem Stichwort „Deutsche Nationalstiftung" geltend gemacht werden.[5]

Beide Pläne stimmen darin überein, die Unternehmungen durch ein Gesetz dazu zu zwingen, Teile ihres Gewinns an einen Fonds abzugeben, welcher sie dann durch die Vergabe von Anteilsscheinen an die Unselbständigen weitergibt. Der Unterschied liegt darin, daß nach dem Gleitze-Plan die Anteilsscheine den Unselbständigen geschenkt werden sollen, während nach den Vorstellungen der SPD diese Wertpapiere an Interessenten (d.h. auch an den Staat) verkauft werden sollen.[6] Hier zeigen sich bereits die Gefahren, die

---

1 Dies ist in den meisten Vermögensbildungsplänen vorgesehen. Die eingeschränkte Verfügbarkeit trägt den Charakter des Zwangssparens und widerspricht der Forderung nach freiwilligem Entschluß zur Vermögensbildung. Vgl.: Carl Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung, a.a.O., S. 163.

2 Dies hätte praktisch die gleiche Wirkung (wie oben).

3 Siehe dazu ausführlich: Carl Föhl, s.o., S. 126 ff.

4 Ebenda, S. 131.

5 Ebenda, S. 133.

6 Ebenda, S. 134. In beiden Fällen entspricht die Wirkung der Vermögensbildungspläne einer staatlichen Gewinnbesteuerung - entsprechend wäre von dieser einerseite auch die gleiche Reaktion zu erwarten.

mit der Bildung eines gesamtwirtschaftlichen Fonds verknüpft sein können: das Kräftegleichgewicht zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften kann durch die Verfügungsgewalt über die im Fonds angesammelten Vermögensmassen empfindlich gestört werden.
Über die Auswirkungen einer Umleitung der Unternehmergewinne auf die tatsächlich bestehende Vermögensverteilung in der Bundesrepublik herrschte lange Zeit Unklarheit. Erst im Jahre 1968 brachte die von Wilhelm Krelle, Johann Schunck und Jürgen Siebcke vorgenommene Untersuchung hier einen Überblick auf die zu erwartenden Auswirkungen. Die Ergebnisse sind - je nach Interessenlage - enttäuschend oder beruhigend, denn es zeigte sich, daß es sich hier um einen äußerst langwierigen Prozeß begrenzten Ausmaßes handelt, wie wir im folgenden kurz beschreiben werden.[1]
Die Aufteilung des neugebildeten Vermögens zwischen den bisherigen Kapitaleignern und den neuen Miteigentümern läuft unter Abhängigkeit vom jeweils zugrundegelegten Aufteilungssatz entsprechend dem Wachstum des Sozialprodukts langsamer oder schneller ab.
So werden zum Beispiel 80 % des endgültigen Verteilungssatzes erst in 80 Jahren erreicht, wenn die reale Wachstumsrate nur 2 % beträgt, liegt sie dagegen bei 6 %, so vollzieht sich die gleiche Umverteilung bereits innerhalb von 27 Jahren.[2]
Wenn die Verhältnisse von 1963 einem Umverteilungsvorgang zugrunde gelegt würden und ein (hoher) „Umleitungssatz" der Unternehmergewinne von 30 %, so würde bis zum Jahre 1990 der Vermögensanteil der Arbeitnehmer doch nur von 43 % auf 55 % ansteigen, derjenige der Selbständigen von 44 % auf 35 % und derjenige der Rentner von 13 % auf 10 % absinken.[3]
Einen sehr interessanten Aufschluß brachte diese Untersuchung auch darüber, welche Teile der Wirtschaft in eine Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer miteinbezogen werden könnten. Es zeigte sich, daß das Hauptgewicht auf der gewerblichen Wirtschaft liegt;[4] weiterhin erbringt die Aufgliederung nach der Unternehmensgröße, gemessen an der Beschäftigtenzahl, bei einer Untergrenze von 1000 Beschäftigten rund 1400 Unternehmen und 25 % des gesamten Bruttogewinns; bei 500 Beschäftigten rund 3250 Unternehmen und 32 % des Bruttogewinns; bei 100 Beschäftigten zwar bereits 19400 Unternehmen, aber erst 49 % des Bruttogewinns.[5] „Man muß also schon die

1 Siehe dazu: Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, a.a.O..
2 Ebenda, S. 482.
3 Ebenda.
4 Ebenda, S. 483.
5 Ebenda.

mittleren und kleineren Unternehmen einschließen, wenn man eine fühlbare, gesamtwirtschaftliche Wirkung haben will".[1]
Auch selbst bei einer Untergrenze von 100 Beschäftigten und einer Belastung des Nettogewinns von etwa 20 % wären im Jahre 1961 nur rund 2,6 Mrd. DM aufgekommen - „alles keine gerade überwältigenden Ziffern, wenn man bedenkt, daß das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1961 157 Mrd. DM betrug".[2]
Die Langwierigkeit des Prozesses der Vermögensumverteilung durch eine überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer darf jedoch nicht ein negatives Urteil begründen, denn ein schnellerer Ablauf würde die Gefahr negativer Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft nur vergrößern, denn auch so wird die Ertragsbeteiligung schon zu einem Standortfaktor für Unternehmensinvestitionen werden. „Das ausländische Kapital wird bei Direktinvestitionen die Bundesrepublik meiden; die Reduzierung des inneren Werts der Aktien wird sich auf die Dauer auf das Kursniveau auswirken und deutsche Aktien weniger attraktiv machen".[3]
Zum Abschluß dieses Kapitels soll noch einmal kurz zu der Frage der Bildung eines gesamtwirtschaftlichen Fonds Stellung genommen werden. Eine gesamtwirtschaftliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen ist, wie immer sie auch durchgeführt werden mag, nur schwer ohne das Bindeglied eines Fonds denkbar. Er ist zugleich Sammel- und Ausgabestelle der neugewonnenen Vermögensanteile.
In dieser Funktion, der reinen Vermögensverwaltung, ist er wohl auch unter unseren machtpolitischen Gesichtspunkten unbedenklich. Tragen die neuen Vermögensanteile jedoch den Charakter des Zwangssparens, d.h. sind die Arbeitnehmer als Anteilseigner in ihrer Verfügungsgewalt beschränkt, so ist die Bildung eines Fonds unter diesen Gesichtspunkten abzulehnen.
Am Ende unserer Überlegungen über Mittel und Wege zu einer gleichmäßigeren Einkommens- und Vermögensverteilung steht damit (wieder) die Bedeutung, welche den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte zukommt. Wenn die Arbeitnehmer ihre neugewonnenen Anteile am Betriebsvermögen alsbald wieder veräußern und den Erlös konsumtiven Zwecken zuführen, und wenn die Unternehmer die Belastung durch die Vermögensabgaben als reine Kostensteigerung betrachten und über Preiserhöhungen zu überwälzen suchen, dann ist jeder Plan zur Vermögensumverteilung zum Scheitern verurteilt.

1 Wilhelm Krelle, Johann Schunck, Jürgen Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, a.a.O., S. 483.
2 Ebenda,
3 Ebenda, S. 486.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

I. Autorenverzeichnis

II. Verzeichnis der Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

1. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

2. Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank

III. Verzeichnis der laufenden Veröffentlichungen Deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute

1. Wirtschaftskonjunktur, Berichte des IfO-Instituts für Wirtschaftsforschung München

2. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

3. Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen

IV. Verzeichnis der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

1. Wirtschaft und Statistik

2. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland

V. Verzeichnis sonstiger Veröffentlichungen

1. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft

2. Jahresberichte der Arbeitgeberverbände

3. Bericht der Bundesrepublik Deutschland über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre ...

4. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

VI. Abkürzungsverzeichnis

I. Autorenverzeichnis

Agartz, Victor — Expansive Lohnpolitik, in: WWI-Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH, 6. Jg. Köln 1953, S. 245 ff.

Arndt, Erich — Ziele und Wege der Stabilitätspolitik und der Gestaltungsspielraum der Notenbank, in: Hamburger Jahrbücher für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. H.D. Ortlieb und B. Molitor, Tübingen 1968, S. 103 ff.

Arndt, Klaus Dieter — Gewerkschaften, Lohnentwicklung und Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland, in: Konjunkturpolitik, Hrsg. Albert Wissler, Berlin 1956, S. 130 ff.

Blessing, Karl — Die Verteidigung des Geldwertes, Frankfurt am Main 1960,

" " — Im Kampf um gutes Geld, Frankfurt am Main 1966.

Bohn, Peter — Konsumenten- und Sparverhalten, in: Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung, Hrsg. M.E. Kamp, Stuttgart 1969, H. 14.

Bombach, Gottfried — Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - Antiquierte Methoden, in: Wirtschaftswoche/Der Volkswirt, Nr. 25, 1972, S. 35 ff.

" " — Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Hrsg. Helmut Arndt, Berlin 1969, Bd. 51, S. 809 ff.

Brenner, Otto — Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Fortschritt, in: Der Gewerkschafter, Frankfurt am Main 1958, Heft 9/10.

" " — Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Der Gewerkschafter, Frankfurt am Main 1959, Heft 11.

Chevallerie, Oscar de la — Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lebendige Wirtschaft, Bd. 22, Opladen 1964.

" " — Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 80, Berlin 1968.

Eberle, Walter — Die Problematik der Vollbeschäftigung, in: Beiträge des Deutschen Industrieinstituts, Köln 1968, Heft 12.

Ehrenberg, Herbert — Die Erhard Saga, Stuttgart 1965.

Erhard, Ludwig — Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf und Frankfurt am Main 1962.

" " — in: Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft Ordnung der Zukunft, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1972.

Föhl, Carl — Außenwirtschaftliches und binnenwirtschaftliches Gleichgewicht, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl, Hrsg. Harald Jürgensen, Göttingen 1964, S. 606 ff.

" " — Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung, in: Schriftenreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Bd. 2, Tübingen 1964.

Fricke, Dieter — Das Sparverhalten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. Günter Schmölders, Berlin 1972, Heft 14.

" " — Das Sparen im Spannungsfeld der Bedürfnisse, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. Günter Schmölders, Berlin 1969, Heft 11.

Funck, Rolf — Möglichkeiten einer verteilungsaktiven Lohnpolitik, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl, Hrsg. Harald Jürgensen, Göttingen 1964, S. 579 ff.

Galbraith, John Kenneth, Die moderne Industriegesellschaft, München und Zürich 1968.

Giersch, Herbert — Rationale Wirtschaftspolitik in der pluralistischen Gesellschaft, in: Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 45, Berlin 1967, S. 113 ff.

Gleitze, Bruno — Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, in: Studien zur Wirtschaftsforschung Nr. 1, des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH., Köln-Deutz 1968.

Göseke, Gerhard — Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1959, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 66, Berlin 1963.

" " — Verteilung und Schichtung der privaten Haushaltseinkommen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 26, Hrsg. Heinz König, Berlin 1962.

Götz, Hans Herbert — Weil alle besser leben wollen Porträt der Deutschen Wirtschaftspolitik, Düsseldorf und Wien 1963.

Günther, Eberhard — Das deutsche Kartellgesetz und die Konzentration, in: Die Aussprache, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e.V., 15. Jg. Bonn, September 1965.

Hahn, L. Albert — Geld und Kredit, Frankfurt (Main) 1960.

" " — Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963.

Helmstädter, Ernst	Wo liegen die Grenzen des Wachstums wirklich? Vortrag vom 25. und 26. 6. 1973 vor der Aktionsgem. Soziale Marktwirtschaft.
" "	Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland unter verteilungstheoretischem Aspekt 1950 bis 1965, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 179, Stuttgart 1966.
" "	Wachstumsfaktoren im Lichte der Wachstumstheorie, in: Wirtschaftsdienst, 49. Jg., Hamburg 1969, S. 683 ff.
" "	Komponenten des Wachstums, in: Der Volkswirt, Frankfurt am Main 1967, Nr. 36, S. 1961 ff.
Henschel, Rudolf	Probleme der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in: Lebendige Wirtschaft, Bd. 22, Opladen 1964, S. 95 ff.
Höhnen, Wilfried	Die vermögenspolitischen Gesetze und Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1968.
Jöhr, W. A.	Die Konjunkturschwankungen, Tübingen und Zürich 1952.
Katona, George	Contributions of Survey Methods to Economics, New York 1954.
" "	Die Macht des Verbrauchers, Düsseldorf und Wien 1962.
" "	Der Massenkonsum, Düsseldorf und Wien 1965.
Keynes, J. Maynard	Ein Traktat über Währungsreform, München und Leipzig 1924.
Klaus, Joachim	Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Hrsg. Helmut Arndt, Bd. 51, Berlin 1969, S. 99 ff.
Krelle, Wilhelm	Verteilungstheorie, Tübingen 1962.
" "	in: W. Krelle, J. Schunck, J. Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer (mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland), Tübingen 1968.
Krupp, Hans Jürgen	„Personelle" und „funktionelle" Einkommensverteilung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1967, S. 1 ff.
Kuczynski, Jürgen	Das magische Viereck, in: Marxistische Taschenbücher, Frankfurt am Main 1971.
Küng, Emil	Zahlungsbilanzpolitik, Zürich und Tübingen 1959.
Lohmann, Martin	„Mengenkonjunktur" in betriebswirtschaftlicher Sicht, in: Der Volkswirt, Okt.-Dez. 1958, S. 73 ff.
Lowe, A.	Politische Ökonomik, Frankfurt am Main 1965.
Mandel, Ernst	Die deutsche Wirtschaftskrise - Lehren der Rezession 1966/67, Frankfurt am Main 1973.

Müller-Armack, Alfred, in: Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft Ordnung der Zukunft, Frankfurt (Main), Berlin und Wien 1972.

N.n. (H. Gr.) Anmerkungen zur Vermögenssteuerstatistik, in: Die Aussprache, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e.V., 19. Jg., Bonn 1969, Heft 4, S. 64 ff.

Nell-Breuning, Oswald, Sparen ohne Konsumverzicht, in: Der Volkswirt, Jg. 1957, Nr. 37, S. 2051 ff.

" " Ist Eigentum eine Ordnungsmacht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 9. Jg., Köln-Deutz 1958, S. 452 ff.

Okun, A. Potential GNP: Its Measurement And Significance, in: The American Statistical Association, Proc. 1962.

Oppenländer, K. Probleme des Wirtschaftswachstums, in: IfO-Studien, Zeitschrift des IfO-Instituts für Wirtschaftsforschung, 5. Jg. 1959, S. 170 ff.

Ott, Alfred E. Magische Vielecke, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, Hrsg. Alfred E. Ott, Tübingen 1967, S. 93 ff.

" " Diskussionsbeitrag in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 51, Hrsg. Helmut Arndt, Berlin 1969, S. 777 ff.

Packard, Vance Die große Verschwendung, Düsseldorf 1961.

Pirker, Theo Die blinde Macht, München 1960.

Quast, Rudolf Konzentration und Mitbestimmung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln-Deutz Jg. 1959, S. 513 ff.

Ritter, Hugo Verrat an der sozialen Marktwirtschaft? Wirtschaftspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Hamburg 1972.

Schmidt, Klaus Dieter, in: K.D.Schmidt, U.Schwarz, G. Thiebach, Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, Bd. 4 der Schriftenreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen 1965.

Schmölders, Günter in: G.Schmölders, R. Schröder, H.St. Seidenfus, John Maynard Keynes als Psychologe, Berlin 1956.

" " Konjunkturen und Krisen heute, Bremen 1962.

" " Die Politiker und die Währung, Bd. VI der Schriftenreihe zur Geld- und Finanzpolitik, Hrsg. Hermann J. Abs, A. Hartmann, G. Schmölders, Frankfurt (Main) 1959.

" " Die Konjunkturpolitik der "moral suasion", in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Hrsg. E.v. Beckenrath, F.W. Meyer, A. Müller-Armack, Frankfurt (Main) 1957, S. 282 ff.

Schröder, R.	in: G. Schmölders, R. Schröder, H. St. Seidenfus, John Maynard Keynes als Psychologe, Berlin 1956.
Schunck, Johann	in: W. Krelle, J. Schunck, J. Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, siehe: Krelle, Wilhelm
Schwarz, Ursula	in: K. D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, siehe: Schmidt, Klaus Dieter
Seidenfus, Hellmuth Stefan	Artikel Sozialökonomische Verhaltensforschung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Tübingen und Göttingen 1961, Bd. 11, S. 95 ff.
" "	in: G. Schmölders, R. Schröder, H. St. Seidenfus, John Maynard Keynes als Psychologe, Berlin 1956.
Siebcke, Jürgen	in: W. Krelle, J. Schunck, J. Siebcke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, siehe: Krelle, Wilhelm
Siebert, Horst	Das produzierte Chaos. Ökonomie und Umwelt, Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1973.
Siegert, Werner	Währungspolitik durch Seelenmassage? Frankfurt am Main 1963.
Skiba, Rainer	Die Problematik der Lohnquote, in: WWI-Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH., Köln 1969, 22. Jg., S. 301 ff.
Stobbe, Alfred	Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Kieler Studie, Tübingen 1962.
Stucken, Rudolf	Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1963, 3. Auflage, Tübingen 1964.
Stützel, Wolfgang	Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen?, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 7, Berlin 1960.
Sweerts-Sporck, Peter	Was Erhard nicht sagte, in: Der Volkswirt, Jg. 1958, Jan.-März, S. 371 ff.
Thiebach, Gerhard	in: K. D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, siehe: Schmidt, Klaus Dieter.
Timm, Herbert	Bemerkungen zum inflationären Wachstum, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl, Hrsg. Harald Jürgensen, Göttingen 1964, S. 523 ff.
" "	als Rezensent zu: Rudolf Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1963, in: Finanzarchiv, Jg. 1966, S. 103 ff.

Woll, Artur — Wachstum als Ziel der Wirtschaftspolitik, in: Vorträge und Aufsätze des Walter Eucken Instituts, Bd. 22, Tübingen 1968.

Ziercke, Manfred — Inflation und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1969, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 22, Göttingen 1971, S. 127 ff.

II. Verzeichnis der Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

1. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Frankfurt (Main)

1957:	Januar	1958:	Januar	1959:	Januar
	Februar		Februar		Februar
	März		März		April
	April		April		Mai
	Mai		Mai		Juni
	Juni		Juni		Juli
	Juli		Juli		August
	August		August		Oktober
	September		September		November
	Oktober		Oktober		Dezember
	November		November		
			Dezember		
1960:	Januar	1961:	März	1963:	März
	Februar				
	März				
	April				
	Mai				
	Juni				
	November				

2. Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank für das Jahr ... Frankfurt (Main)

Geschäftsbericht für das Jahr 1957, Frankfurt (Main) 1958.
Geschäftsbericht für das Jahr 1958, Frankfurt (Main) 1959.
Geschäftsbericht für das Jahr 1959, Frankfurt (Main) 1960.
Geschäftsbericht für das Jahr 1960, Frankfurt (Main) 1961.

III. Verzeichnis der laufenden Veröffentlichungen Deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute

1. Wirtschaftskonjunktur, Berichte des IfO-Instituts für Wirtschaftsforschung München, Berlin und München

1957:	Heft 2	1958:	Heft 1	1959:	Heft 1
	Heft 3		Heft 2		Heft 2
	Heft 4		Heft 3		Heft 3
			Heft 4		Heft 4

2. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

Jg. 1957, Jg. 1958, Jg. 1959, Jg. 1960.

3. Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

Jg. 1958, Heft 3.

IV. Verzeichnis der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

1. Wirtschaft und Statistik, Stuttgart und Mainz o.J.

Jg. 1958, Jg. 1959, Jg. 1960, Jg. 1961, Jg. 1964, Jg. 1968, Jg. 1970.

2. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart und Mainz o.J.

Statistische Jahrbücher: 1958, 1959, 1960, 1962, 1969, 1970.

V. Verzeichnis sonstiger Veröffentlichungen

1. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft

Gutachten vom 3. Juni 1956 und 8. Juli 1956
Thema: Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung
in: Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, Hrsg. Bundesministerium für Wirtschaft, Göttingen 1973, S. 291 ff.

Gutachten vom 30. April 1957
Thema: Wirtschaftspolitische Problematik der deutschen Exportüberschüsse
in: Ebenda, S. 333 ff.

Gutachten vom 12. Juni 1955
Thema: Probleme einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik
in: Ebenda, S. 279 ff.

Gutachten vom 21. Februar 1960
Thema: Gegenwärtige Möglichkeiten und Grenzen einer konjunkturbewußten Lohnpolitik in der Bundesrepublik
in: Ebenda, S. 395 ff.

Gutachten vom 16. Februar 1963
Thema: Selbstfinanzierung bei verlangsamtem wirtschaftlichem Wachstum
in: Ebenda, S. 449 ff.

2. Jahresberichte der Arbeitgeberverbände

a) Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)
1956/57, Bergisch Gladbach o.J. (1957),
1957/58, Bergisch Gladbach o.J. (1958) und für
1959/60, Bergisch Gladbach o.J. (1960).

b) Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
1956, Bergisch Gladbach o.J. (1957),
1957, Bergisch Gladbach o.J. (1958),
1958, Bergisch Gladbach o.J. (1959),
1959, Bergisch Gladbach o.J. (1960).

3. Bericht der Bundesrepublik Deutschland über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre

1957, Siegburg o.J. (1956),
1958, Siegburg o.J. (1957),
1959, Siegburg o.J. (1958),
1960, Siegburg o.J. (1959).

Deutscher Beitrag zu den Jahresberichten des Europäischen Wirtschaftsrates, hrsg.v. Bundesministerium für Wirtschaft.

4. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld - Stetiges Wachstum"
Stuttgart und Mainz 1965

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation"
Stuttgart und Mainz 1965

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum"
Stuttgart und Mainz 1967

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung"
Stuttgart und Mainz 1968

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms"
Stuttgart und Mainz 1969

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb - Entscheidungen für morgen -"
Stuttgart und Mainz 1971

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert"
Stuttgart und Mainz 1972

VI. Abkürzungsverzeichnis

„Bericht zur Lage"	siehe:	Bericht der Bundesrepublik Deutschland über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre ... (S. 285).
„DIW"	siehe:	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (S. 284).
„Geschäftsbericht"	siehe:	Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank für das Jahr ... (S. 283).
„IfO-Institut"	siehe:	IfO-Institut für Wirtschaftsforschung München (S. 283).
„Jahresbericht (BDI)"	siehe:	Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (S. 285).
„Jahresbericht (BDA)"	siehe:	Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (S. 285).
„Monatsberichte"	siehe:	Monatsberichte der Deutschen Bundesbank (S. 283).
„RWI"	siehe:	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen (S. 284).
„Sachverständigengesetz"	siehe:	Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14.8.1963 Bundesgesetzblatt I S. 685.
„Sachverständigengutachten"	:	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (S. 285).
„Stabilitätsgesetz"	siehe:	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzblatt I S. 582).
„Statistisches Jahrbuch"	siehe:	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (S. 284).
„Vierteljahrshefte"	siehe:	Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung (S. 284).
„Wirtschaftskonjunktur"	siehe:	Wirtschaftskonjunktur, Berichte des IfO-Instituts (S. 283).
„Wiss. Beirat"	siehe:	Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (S. 284).

L e b e n s l a u f

Am 4. 2. 1947 wurde ich als Sohn des Photochemiegraphen Fritz Rösner und dessen Ehefrau (geb. Binder) in Cloppenburg im Landkreis Oldenburg geboren.

Mein Abitur habe ich am 29. Mai 1967 am neusprachlich-naturwissenschaftlichen Ratsgymnasium der Stadt Osnabrück bestanden.

Nach zehnsemestrigem, ununterbrochenem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wilhelms-Universität in Münster habe ich dort am 20. Oktober 1972 erfolgreich die Prüfung zum Diplom-Volkswirt abgelegt.